

MARTES 26 DE SEPTIEMBRE DE 2006
ÚTERÝ, 26. ZÁŘÍ 2006
TIRSDAG DEN 26. SEPTEMBER 2006
DIENSTAG, 26. SEPTEMBER 2006
TEISIPÄEV, 26. SEPTEMBER 2006
ΤΡΙΤΗ 26 ΣΕΠΤΕΜΒΡΙΟΥ 2006
TUESDAY, 26 SEPTEMBER 2006
MARDI 26 SEPTEMBRE 2006
MARTEDI' 26 SETTEMBRE 2006
OTRDIENA, 2006. GADA 26. SEPTEMBRIS
2006 M. RUGSĒJO 26 D., ANTRADIENIS
2006. SZEPTEMBER 26., KEDD
IT-TLIETA, 26 TA' SETTEMBRU 2006
DINSDAG 26 SEPTEMBER 2006
WTOREK, 26 WRZEŚNIA 2006
TERÇA-FEIRA, 26 DE SETEMBRO DE 2006
UTOROK 26. SEPTEMBRA 2006
TOREK, 26. SEPTEMBER 2006
TIISTAI 26. SYYSKUUTA 2006
TISDAGEN DEN 26 SEPTEMBER 2006

VORSITZ: DAGMAR ROTH-BEHRENDT
Vizepräsidentin

1 - Eröffnung der Sitzung

(Die Sitzung wird um 9.00 Uhr eröffnet.)

Antonio Tajani (PPE-DE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, vorrei solamente informare l'Assemblea che questa mattina, a pochi chilometri da Kabul, c'è stato un attentato terroristico in cui è rimasto ucciso un soldato italiano e altri due soldati europei, due soldati italiani, sono gravemente feriti e sono stati ricoverati all'ospedale di Kabul.

Credo che sia giusto rivolgere la nostra solidarietà a queste donne e a questi uomini impegnati nelle missioni di pace in Afghanistan, in Iraq e in Libano.

Die Präsidentin. – Vielen Dank, Herr Kollege! Wir werden das dem Präsidenten weitergeben. Ich bin sicher, er wird das Nötige dazu veranlassen.

2 - Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

3 - Weißbuch der Kommission zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt folgt der Bericht von Bernhard Rapkay im Namen des Ausschusses für Wirtschaft und Währung über das Weißbuch der Kommission zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse (2006/2101(INI)) (A6-0275/2006).

2-010

Bernhard Rapkay (PSE), Berichterstatter. – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Kommissionspräsident! Es ist nicht alltäglich, dass sich der Kommissionspräsident an einer Diskussion über einen Initiativbericht beteiligt. Ein Initiativbericht ist ja nicht unbedingt ein herausragendes Ereignis. Unsere eigentliche Aufgabe ist die Gesetzgebung. Darauf komme ich noch zu sprechen. Dass Sie jetzt hier sind, zeigt, dass die Kommission sich selbst darüber im Klaren ist, wie wichtig dieses Thema für die Bürgerinnen und Bürger und damit natürlich auch für uns als Parlamentarierinnen und Parlamentarier, die die Bürgerinnen und Bürger in Europa vertreten, ist.

Deswegen möchte ich an einen der Vorgänger von Herrn Kommissionspräsident Barroso anknüpfen, nicht irgendeinen Vorgänger, sondern Jaques Delors, der vor einigen Monaten vor einem Gremium des Ausschusses der Regionen versucht hat, die Dienstleistungen der Daseinsvorsorge in den Kontext des Europäischen Aufbauwerkes zu stellen. Er hat vor dem Ausschuss der Regionen gesagt, dass das Europäische Aufbauwerk drei Grundsätze als Bezugsrahmen habe: die Solidarität, die zusammenführt und auf den Zielen des sozialen, wirtschaftlichen und territorialen Zusammenhalts beruht, die Zusammenarbeit, die die Umsetzung der transnationalen und europäischen Bestrebungen der EU-Verträge und -Programme ermöglichen soll, und den Wettbewerb, der die Vollendung des Binnenmarktes und die Grundlage der Regeln der sozialen Marktwirtschaft ermöglichen soll und durch ein Wettbewerbsrecht geregelt wird, das ein demokratisches Recht darstellt, vor allem um wirtschaftlichen Machtmissbrauch zu beschränken und verbraucherrechtlichen Schutz zu gewährleisten.

Die Dienstleistungen von allgemeinem und von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse spiegeln sich in diesen drei Grundsätzen wider. Beziehungen zwischen Eckpunkten eines solchen Dreiecks bergen aber auch immer Spannungsverhältnisse in sich. In diesem Bereich der Dienstleistungen von allgemeinem und allgemeinem wirtschaftlichem Interesse liegen sie auf der Hand.

Öffentliche Dienstleistungen sind ein wesentliches Element der Lebensqualität der einzelnen Bürgerinnen und Bürger. Sie haben auch eine Schlüsselrolle in der Lissabon-Strategie der Europäischen Union zu übernehmen. Gute öffentliche Dienstleistungen können dazu beitragen, wirtschaftliche Stagnation, soziale Ausgrenzung und Isolation zu überwinden, den sozialen und territorialen Zusammenhalt zu stärken und die Funktionsweise des europäischen Binnenmarktes und seine Wettbewerbsfähigkeit nach innen und nach außen zu verbessern. Trotzdem habe ich mich immer, wenn ich in meiner Heimatregion und auch in anderen Regionen mit Kommunalpolitikern und denen, die diese Leistungen der Daseinsvorsorge bereitstellen, diskutiere, mit ihren Klagen auseinanderzusetzen, dass wir in ihre Kompetenz eingreifen, dass wir ihre Aufgaben erschweren, dass wir nicht klar machen, unter welchen Bedingungen sie arbeiten können. Sie sagen, sie hätten eigentlich keine rechtliche Sicherheit.

Deswegen wäre es wichtig, dass angemessene gesetzliche Initiativen ergriffen werden, um diese Rechtssicherheit herzustellen. Allen denjenigen, die in der Diskussion fragen, was wir eigentlich wollten, wir hätten doch die Kommission, die Mitteilungen macht und Leitlinien erlässt, und wir hätten den Europäischen Gerichtshof, der Recht spricht, muss ich sagen, dass das offensichtlich nicht ausreicht. Nicht nur das, es trägt zum Teil sogar zu dieser Rechtsunsicherheit bei. Denn die Kommission schafft mit Mitteilungen und Leitlinien keine Rechtssicherheit. Sie suggeriert vielleicht, dass sie Rechtssicherheit schafft, aber eine Mitteilung ist eben kein verbrieftes Recht, auf das man sich fest verlassen kann.

Wir müssen wirklich gesetzliche Initiativen ergreifen, und wir machen hierzu auch Vorschläge, die ich nicht alle aufzählen möchte. Aber ich sage Ihnen, Herr Kommissionspräsident: Machen Sie von Ihrem Initiativrecht, das auch eine Initiativpflicht ist, Gebrauch! Bausteine für diese gesetzlichen Initiativen liegen in der Entschließung, über die wir morgen abstimmen. Sie liegen auch in den Entschließungen, die wir schon beschlossen haben, etwa dem Bericht Langen oder dem Bericht Herzog. Wir geben kein konkretes Instrument vor. Es ist Ihre Aufgabe, dieses Instrument vorzugeben. Wir selbst müssen das, was die Kommission an gesetzlichen Vorstellungen vorlegt, für uns bewerten, jede Fraktion für sich. Wir werden das an dem machen, was wir als Fraktion vorgeschlagen haben — einem Vorschlag für eine Rahmenrichtlinie. Darüber werden wir weiter diskutieren. Andere müssen dies mit ihren Vorschlägen machen. Gemeinsam im Parlament müssen wir dann eine Gesetzgebung vorantreiben. Das kann nur im Mitentscheidungsverfahren funktionieren. Wir brauchen gesetzliche Initiativen im Mitentscheidungsverfahren, denn nicht Sie und Ihre Kolleginnen und Kollegen in der Kommission und die hoch qualifizierten und gut motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Kommission, auch nicht die nationalen Regierungen, sondern wir, die Parlamentarierinnen und Parlamentarier sind die unmittelbar durch Wahlen Legitimierten. Wir müssen vor Ort mit den Kommunalpolitikern und mit anderen diskutieren und vor ihnen Rechenschaft ablegen. Wir werden für das Handeln verantwortlich gemacht. Deswegen muss das Mitentscheidungsverfahren zur Anwendung kommen, deswegen müssen die vollen parlamentarischen Rechte gewahrt werden.

2-011

José Manuel Barroso, *président de la Commission*. – Madame le Président, Mesdames, Messieurs les députés, les services d'intérêt général sont au cœur même du modèle de société européen qui est le nôtre. Ils couvrent une vaste gamme d'activités, qui vont des grandes industries de réseau – énergie, télécommunications, transports et services postaux – aux services sociaux et de santé, à la gestion de l'eau et des déchets.

Les services dits de réseau, comme les transports, l'énergie, les télécommunications et les services postaux, représentent environ 7 % de notre produit intérieur brut collectif, 5 % du total de l'emploi dans l'Union européenne. Ils constituent donc un élément essentiel de la vie quotidienne de tous les citoyens, mais aussi des entreprises de l'Union. La réussite de la stratégie européenne pour la croissance et l'emploi, la stratégie de Lisbonne, qui est capitale pour notre prospérité, dépend aussi de la qualité et de l'efficacité de ces services.

Depuis que la Commission a publié son livre blanc sur les services d'intérêt général, un débat intense s'est engagé sur le rôle que devrait éventuellement jouer l'Union européenne à l'égard de ces services. C'est un débat dont je me réjouis. Je souhaite remercier le rapporteur, M. Rapkay, et ses collègues des commissions qui, avec cet excellent rapport, ont fait avancer ce débat.

La réalité des services d'intérêt général est complexe. Elle est aussi en évolution constante. Le progrès technique, les nouvelles attentes de la société et des consommateurs, la pression financière, la modernisation des administrations publiques, tout cela a profondément transformé la manière dont ces services sont fournis. En ces temps de mutation économique et technologique rapide, les services d'intérêt général réclament un cadre juridique utile et efficace, un cadre qui permette aux prestataires de ces services d'atteindre les objectifs qui leur sont fixés et de s'adapter en permanence à un environnement changeant.

La Commission est disposée à coopérer à la création d'un tel cadre juridique en se fondant sur quatre principes essentiels. Premier principe: le cadre des services d'intérêt général fournis aux niveaux national, régional et local demeure de la responsabilité des États membres, ce qui nous permet de respecter l'important principe de subsidiarité. Il n'y a tout simplement pas d'autre possibilité. Je suis fermement convaincu que l'Union européenne doit respecter la diversité des situations et des pratiques qui sont établies dans les États membres. Cette diversité est le reflet d'histoires et de cultures différentes en ce qui concerne l'intervention de l'État. Je souscris au point de vue exprimé dans votre rapport selon lequel il n'est absolument pas opportun d'arrêter des définitions uniformes au niveau communautaire. Les États membres doivent rester libres de définir leurs services d'intérêt général en fonction de leurs besoins, de leurs structures et de leurs traditions, qui sont variés.

Deuxième principe: la promotion et le respect de services d'intérêt général caractérisés par un accès universel et un bon rapport qualité/prix sont compatibles avec des marchés ouverts et concurrentiels. Il suffit pour s'en convaincre d'observer des secteurs comme les télécommunications ou le transport aérien, où une activité de service public a pu être confiée avec succès, dans le plein respect des intérêts des consommateurs, à des opérateurs privés. Il convient toutefois de préciser qu'en cas de conflit insoluble entre les règles du marché intérieur ou de la concurrence et une mission d'intérêt général, la mission d'intérêt général doit primer. C'est ce qui est prévu par le traité et qui a été confirmé par la Cour. La Commission est disposée à fournir à cet égard tout conseil ou toute précision éventuellement nécessaire.

Troisième principe: tout cadre applicable aux services d'intérêt général au niveau de l'Union européenne doit être ouvert aux différences et favorable à la modernisation. Il doit être fondé sur des objectifs de qualité élevée, de bon rapport qualité/prix et d'accès universel. Il s'agit en effet de répondre aux attentes des citoyens et des entreprises, mais également d'assurer la cohésion sociale et territoriale.

Quatrième principe: comme je l'ai évoqué, la sécurité juridique est essentielle, tant pour les consommateurs et les opérateurs que pour les pouvoirs publics. Il incombe aux pouvoirs publics de tous les niveaux de préciser les règles applicables aux services d'intérêt général. Au niveau européen, compte tenu de la diversité des situations et des secteurs, il reste encore à déterminer si la meilleure façon d'y parvenir passe par un texte législatif unique ou par des actions sectorielles spécifiques. J'ai relevé cette interrogation dans votre rapport.

Les quatre principes que je viens de mettre en évidence servent de guide pour l'action au niveau communautaire. Cette action est essentiellement pragmatique. Nous sommes en train d'élaborer des politiques sectorielles au niveau de l'Union européenne dans les secteurs où le besoin s'en fait clairement sentir et où elles peuvent apporter une réelle valeur ajoutée. Les problèmes de nature plus horizontale sont abordés lorsqu'ils se présentent.

La Commission a été très active en la matière avec votre Assemblée ainsi qu'avec le Conseil et je crois pouvoir dire que nous avons bien progressé dans plusieurs domaines. Nous avons simplifié et clarifié les règles en matière d'aides d'État applicables aux services d'intérêt général au moyen du paquet Altmark. Nous contrôlons actuellement l'application des nouvelles règles relatives aux marchés publics qui ont pris effet en janvier. Nous avons procédé à de vastes consultations sur la question des partenariats entre secteur public et secteur privé et nous avons annoncé de nouvelles initiatives pour 2007. Nous sommes parvenus à un accord sur les services de transport public. Nous avons adopté une communication sur

les services sociaux et nous entamons maintenant une consultation sur les services de santé. Nous avons engagé une vaste consultation sur le secteur énergétique et nous présenterons d'autres propositions, y compris - et j'insiste sur ce point - des propositions législatives, pas simplement des communications. En fait, nous révisons actuellement le cadre réglementaire applicable aux communications électroniques et nous proposerons une nouvelle directive sur les services postaux d'ici à la fin de l'année.

Ces avancées récentes montrent que l'Union européenne fait preuve d'initiative et d'ambition dans le domaine des services d'intérêt général. Elles illustrent également le rôle important joué par le Parlement et le Conseil. À la suite de l'adoption du rapport Rapkay, que nous analyserons avec soin, la Commission est bien décidée à aller plus loin. Nous présenterons une communication à ce sujet d'ici à la fin de l'année.

Mesdames et Messieurs les députés, le principal message que j'ai retiré de votre rapport est un double appel à l'action, d'une part, pour une plus grande sécurité juridique en ce qui concerne les règles de l'Union applicables aux services d'intérêt général et, d'autre part, pour le respect de la grande diversité que présentent les secteurs et situations dans toute l'Europe. J'estime que le temps est venu pour nous de consolider le cadre réglementaire applicable aux services d'intérêt général dans l'Union européenne. Telle est l'attente de nos concitoyens. La Commission prendra votre rapport pleinement en considération lorsqu'elle examinera cette question d'ici à la fin de l'année.

2-012

Gunnar Hökmark, *on behalf of the PPE-DE Group*. – Madam President, it is important to state one thing in this debate: there is no better way to ensure high quality, accessibility and low prices than a broad range of competition and entrepreneurship in the European economy. We have all seen the results and achievements in a number of sectors that 10 or 20 years ago were looked upon as monopolies on typical services of general interest. We have seen achievements in telecom and airlines and we will see achievements in new areas, because we are talking about services that are by nature dynamic and convergent. They are a huge and important part of the future knowledge economy. We have to open up and, at the same time, respect the specific solutions each Member State needs for what it defines as services of general interest.

I should like to underline in this debate that there is no call in the report for a framework directive or a horizontal framework of any kind, but there is an emphasis on legal clarity based on a sectoral approach and a call for sector-specific directives where they are needed.

Mr Barroso, you mentioned healthcare. We can look back and see how the sector-specific approach has been quite successful in recent years. So we are calling for legal clarity, based upon the sector-specific approach, and we look forward to seeing future sectoral directives. We underline that there is no legal basis in the Treaties for a proposal that would interfere with the internal market, competition rules or public procurement. We stress that this is an area in which there must be respect for Member States and for the principle of subsidiarity.

In the coming decades, we will see opportunities arising for more and more cross-border activities in new areas. I believe that there will be fantastic opportunities for patients to get better healthcare in different countries and that could also create vitality for the European economy. But we agree on the need to respect the internal market, at the same time as we respect subsidiarity.

I hope, Mr Barroso, that you will read this report and see the need to go further on sector-specific directives and the sector-specific approach, in order to create the legal clarity that also respects the principle of subsidiarity.

2-013

Martin Schulz, *im Namen der PSE-Fraktion*. – Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Sozialdemokratische Fraktion hat den Bericht meines Kollegen Rapkay und die Frage der Dienstleistungen von allgemeinem Interesse zu einem Kernstück ihrer Arbeit in dieser Wahlperiode gemacht. Wir haben eine außerordentliche Leistung gewagt, als wir einen eigenen Richtlinienentwurf formuliert haben, der im Wesentlichen die Elemente beinhaltet, die Bernhard Rapkay in seinen Bericht eingeführt hat. Ich hatte die Ehre, sie Ihnen, Herr Kommissionspräsident, und dem damaligen Ratspräsidenten, Herrn Schüssel, zu übergeben. Für uns ist in der Debatte um die Dienstleistungen — ich komme gleich auf einige wesentliche, einzelne Elemente dieser Debatte — wichtig, dass wir eine Ausgleichsstrategie zwischen den Notwendigkeiten des Binnenmarkts, die wir als Sozialdemokraten sehen und anerkennen, aber auch dem Schutz der Bürgerinnen und Bürger durch Stärkung lokaler und regionaler Institutionen bewerkstelligen, die im Rahmen der Dienstleistungserbringung immer noch die Besten sind, um das Subsidiaritätsprinzip aufrechtzuerhalten.

Flexibilität, wo nötig, Schutz, wo möglich — das ist eine wesentliche Botschaft, die von dieser Debatte ausgehen muss. Dass nach all den Räten von Barcelona, von Laeken, von Nizza, nach all den Debatten, die wir hatten, Sie Herr Kommissionspräsident heute hierher gekommen sind, um Ihre Meinung vorzutragen, werten wir als ein Unterstreichen der Wichtigkeit dieser Debatte durch die Kommission. Wir sind Ihnen dafür dankbar. Das ist auch der Grund, warum ich als Vorsitzender unserer Fraktion in dieser Diskussion das Wort ergreife.

Ich habe im Wesentlichen für unsere Fraktion zu unterstreichen, was Bernhard Rapkay als Berichterstatter zu diesem Bericht gesagt hat. Lassen Sie mich aber zwei zusätzliche Bemerkungen machen: Ich habe ganz aufmerksam dem Kollegen Hökmark zugehört. Es ist interessant, wenn ein überzeugter Liberaler versucht, in dieser Frage die Kurve zu bekommen. Ja klar, wir alle sind für diesen Binnenmarkt, und wir alle wollen, dass er die ökonomische Dynamik entfacht, die er entfachen kann. Hier teilen wir Ihre Auffassung. Aber es wird schon schwierig beim Subsidiaritätsprinzip, das die Liberalen sonst immer vom Grundsatz her fordern. Wenn es aber dazu kommt, dass bestimmte soziale Standards, die unverzichtbar sind, durch das Subsidiaritätsprinzip gewährleistet werden können, dann ist dieses plötzlich ein Hindernis. Das geht nicht!

Ich weiß nicht, ob es erstrebenswert ist, dass alle Gesundheitsdienstleistungen tatsächlich dem freien Markt unterworfen werden müssen. Ich weiß auch nicht, ob wir in aller Ruhe zusehen müssen, bis der letzte Kommunalfriedhof nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten betrieben wird. Ich glaube nicht, dass das sinnvoll ist. Wir brauchen durchaus nach wie vor im Rahmen der Subsidiarität durch die Stärkung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften die Möglichkeit, Dienstleistungen von hoher Qualität, aber mit unmittelbarem Bezug zu den Bürgerinnen und Bürgern und ihren Anforderungen sicherzustellen. Das ist ein Kernstück sozialdemokratischer Politik, das wir nicht aufgeben werden. Aber die Chance, dass durch Flexibilisierung und Öffnung gute Qualität hereinkommen kann, dass lokale und regionale Behörden sich des Binnenmarkts bedienen können, um in eigener, freier Entscheidung Flexibilität durchsetzen zu können und gute und bezahlbare Dienstleistungen zu ermöglichen — das wollen wir genauso. Beides ist möglich.

Wir haben sehr aufmerksam zugehört, Herr Präsident, als Sie gesagt haben, Sie wollten den Rechtsrahmen insgesamt konsolidieren. Dass Sie die Notwendigkeit eines Rechtsrahmens anerkannt haben, ist ein großer Fortschritt. Und dass Sie jetzt konsolidieren wollen, spricht dafür, dass Sie es in der Breite machen wollen und nicht sektoral. Ich könnte mir vorstellen, dass wir uns auf dieser Ebene relativ schnell treffen können.

Ich möchte für unsere Fraktion sagen, dass das, was wir hier unternommen haben — einen eigenen Richtlinienentwurf zu schreiben — in der Kombination mit dem, was Bernhard Rapkay gesagt hat, und den Ausführungen des Präsidenten auch Sie, Frau Vizepräsidentin, davon überzeugen wird, dass wir auf einem guten Weg sind.

(Beifall)

2-014

Sophia in 't Veld, on behalf of the ALDE Group. – Madam President, I wish to begin by paying tribute to the rapporteur for a magnificent job. Even if we did not always agree, he was extremely patient and open to cooperation, for which I am very grateful.

It is very important that we make our position clear once and for all. I am concerned that the report we adopted in committee has been interpreted in so many different ways. There have been jubilant press releases stating that the European Parliament has finally called for a framework directive, whereas others state that the European Parliament has finally rejected the framework directive once and for all. We need to get away from a situation in which we have watered-down compromises that can be interpreted in various ways.

I can state, on behalf of my group, that we do not want a framework directive. We do not want a one-size-fits-all solution for Europe, precisely because we want subsidiarity. But what is subsidiarity? Subsidiarity means that the national and local authorities can define their services of general interest and decide on how they are organised and financed. Subsidiarity does not mean automatic exemption from the market rules. We are therefore talking about two kinds of subsidiarity here.

I listened very carefully to what Mr Barroso said and again he left some room for interpretation. I would like to interpret his remarks as meaning that he also wants targeted and concrete solutions for real problems. Because another recommendation I should like to make to this House is: if it ain't broke, don't fix it! In that case, it is not legislation we need, but solutions to real problems. I have worked for a local authority, so I know what the real problems are. Local authorities have very legitimate concerns. However, we have to acknowledge that there is also a tendency towards protectionism. We will have to find the right balance here.

We also need to get away from the ideological debate, or at least be honest and admit that there is a certain degree of ideology involved. Some people very legitimately feel that the public authority should also be the provider of services. I agree with my colleague, Mr Hökmark, that the market can provide excellent services. Some sectors have been liberalised and that did not mean that more people were excluded from access to those services, but quite the contrary: many services have come within reach of many more people, which is extremely social.

A market is not a jungle; it has rules, because if there are no rules it is not a market. Any market – even the simplest market on the market square – has rules and that is exactly what we mean by the social market economy we have in Europe. We need to recognise the diversity of the Member States and allow them to decide for themselves what they call 'services of general interest'.

Finally, we should not try to define what services of general interest and services of general economic interest are, because the word 'economic' applies not to the nature of the service itself but to the way in which it is provided. To take an example: everybody will recognise that water is of general interest, but it may be provided in a purely commercial way. So we must not lose ourselves in a senseless debate on the differences between 'of general interest' and 'general economic interest'. The only interest we should be looking at here is the interest of our citizens and consumers.

2-015

Alain Lipietz, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Madame la Présidente, Monsieur le Président, chers collègues, j'ai beaucoup apprécié l'intervention du Président Barroso. J'ai apprécié sa protestation d'intention concernant la présentation d'un ou plusieurs textes législatifs – un ou plusieurs, nous reviendrons sur ce point dans un instant – en codécision, et les quatre principes qu'il a évoqués. Je crois que ces principes, il était important de les rappeler.

La commission économique et monétaire a écarté, lorsque nous l'avons proposé, le simple rappel de l'énoncé de l'article 122 du traité constitutionnel et, pire, le simple énoncé de l'article 86 du traité actuel. Article qui, comme vous l'avez rappelé, dispose que, en cas de conflit entre le marché et les impératifs du service public, en droit comme en fait, c'est le second qui doit l'emporter. Je crois qu'il est extrêmement important que le texte du Parlement réaffirme ce que nous avons déjà voté à l'époque du traité constitutionnel, c'est-à-dire le texte de l'article 122, et confirme que nous croyons toujours au moins à l'article 86 du traité actuel.

Ce que nous voudrions, c'est qu'on aille beaucoup plus loin dans la certitude de ce qu'implique le vote qui va avoir lieu. S'il y a un point sur lequel je suis en accord avec Mme in't Veld, c'est qu'on peut tirer de la phrase diplomatique, très judicieusement calculée, de M. Rapkay sur le besoin de légiférer aussi bien un sens qu'un autre. Alors nous vous demanderons, en vertu à la fois du traité d'Amsterdam et de l'accord interinstitutionnel, de nous présenter un projet de directive au nom du droit d'initiative législative qui a été accordé à ce Parlement. Et nous sommes tout à fait d'accord avec les quatre principes que vous nous avez énoncés.

Si nous sommes en désaccord avec Mme in't Veld, c'est précisément sur le point de la subsidiarité. Je vois une terrible maladresse dans la volonté de parler de subsidiarité pure et dure, alors que, faute d'une directive spécifique sur les SIG, ce qui s'applique, c'est la directive sur les services. Or, nous avons pu voir, de jour en jour, de semaine en semaine, le contenu, les limites du champ d'application de la directive "Services" varier sans cesse. À un moment, le logement social était inclus. Puis il a failli en être exclu, pour ensuite être réintégré, mais partiellement seulement. Il suffit de comparer le texte de notre Parlement à celui de votre Commission et à celui du Conseil, pour constater l'absence d'accord sur le domaine des services publics relevant de la directive "Services". Il faut aujourd'hui légiférer pour clarifier les choses.

2-016

Francis Wurtz, *au nom du groupe GUE/NGL*. – Madame la Présidente, Monsieur le Président de la Commission, l'intérêt général, le bien public, le bien commun, les services publics sont autant de références essentielles qui sont, comme vous l'avez dit, Monsieur le Président de la Commission, au cœur du débat sur la notion du modèle social européen.

Nous touchons là à la vie quotidienne des gens, à leur perception de l'avenir, à la conception de la société. Des valeurs fondamentales sont en jeu, comme l'égalité, la solidarité, la démocratie. Il s'agit d'enjeux trop importants pour que l'on puisse en rester, à leur sujet, à des définitions floues ou à des compromis boiteux.

Mon groupe met particulièrement l'accent sur trois aspects à clarifier. En premier lieu, le rapport des services publics aux règles régissant le marché intérieur: la concurrence, les marchés publics, les aides d'État, sans oublier les pouvoirs de la Commission et de la Cour en matière de surveillance et de sanction contre de prétendus abus.

À nos yeux, nous avons besoin d'une base juridique radicalement nouvelle qui permette au service public d'exister en Europe en dehors de la logique marchande. Certes, comme M. Barroso et M. Lipietz l'ont rappelé, le traité admet qu'en cas de conflit entre les règles de la concurrence et les missions de service public, ce sont ces dernières qui priment. Il reconnaît également que les États ont le droit de définir l'intérêt général, mais c'est la Commission, et en dernier ressort la Cour, qui décide des limites d'une telle dérogation. Ainsi, un pays qui ne passe pas pour antilibéral – les Pays-Bas – s'est-il vu reprocher de commettre, je cite "une erreur manifeste de service public parce que des coopératives de logement social subventionnées comptaient parmi leurs locataires", je cite encore, "des ménages autres que socialement défavorisés". La vérité est que ce statut dérogeant pousse, dans les faits, à des services publics qui se réduisent comme peau de chagrin.

Cela me conduit à un deuxième point à préciser: quelle ambition nourrissons-nous en matière de services publics? Selon nous, le champ à couvrir est tout simplement celui de droits fondamentaux du vingt-et-unième siècle égaux pour chacun et pour chacune: l'éducation, la santé, le logement et l'habitat, la petite enfance, l'information, la culture, les transports, les télécommunications, les services postaux, l'énergie, l'approvisionnement en eau, l'élimination des eaux usées et des déchets ainsi que des besoins devenus incontournables tels que l'accès au crédit. Ces secteurs doivent donc obéir à des règles d'efficacité sociale sans être soumis aux pressions de la concurrence.

Un troisième aspect, enfin, mérite d'être soulevé. C'est l'articulation entre subsidiarité et projet européen. Les expériences varient, comme cela a été dit, d'un pays à l'autre, en matière de gestion des services publics, de structure de la propriété et de mode de financement. Ces choix doivent relever de la souveraineté de chaque pays dans toutes leurs implications.

Alors, directive-cadre ou pas? Le débat est ouvert dans mon groupe à ce sujet et, pour ma part, je dirais: chiche! Que la Commission prépare un tel instrument sur la base des principes que je viens de rappeler. On m'objectera que cela n'est pas compatible avec les règles du traité. C'est bien pour cela que nous voulons en changer.

Je propose, Madame la Présidente, que nous inscrivions cette question en tête de l'ordre du jour du grand débat annoncé sur l'avenir de l'Europe, et on verra ce qu'en pensent les Européens.

2-017

John Whittaker, *on behalf of the IND/DEM Group*. – Madam President, one can understand the desire to define the scope of EU interference in the provision of public services. It helps if you are running a business or a public service to know what the rules are, but I am appalled that this should hinge on defining the distinction between services of economic general interest and services of non-economic general interest. Surely, all services are economic in the proper sense that they have an economic value, otherwise they presumably would not be provided. I fear that attempts at such a definition will merely cause more confusion, less efficiency and more scope for ambiguous judgments from the European Court of Justice.

At root, the problem is that national and local authorities must have sovereignty over the management of public services, because public services are paid for by national governments on behalf of their electors. Yet here we are trying to make public services obey a common set of EU rules. Has anyone spotted the inherent contradiction? Mr Barroso has outlined an ambitious programme of work for the Commission. I say to him: please just leave it alone. Please let national governments do their own thing.

2-018

Françoise Castex (PSE), *rapporteur pour avis de la commission du commerce international*. – Madame la Présidente, Monsieur le Président, mes chers collègues, vous l'avez rappelé, chaque pays de l'Union a une histoire et une conception propre des services publics. La construction européenne doit effectivement se poursuivre dans le respect de cette diversité, mais en prenant appui sur un ensemble de valeurs communes tenant à la justice sociale, à l'égalité, à la solidarité. Nous pouvons dégager un cadre commun pour un service public européen. Celui-ci ne peut être envisagé sous l'angle de la concurrence car nous savons que les bénéfices que tire la société des services publics se comptent en termes d'éducation, de santé, de sécurité, de cohésion entre les États membres et leurs concitoyens.

Nous allons prochainement, comme cela a été rappelé, adopter une directive ouvrant le marché des services au niveau communautaire. Nous connaissons les enjeux de ce marché des services dans les négociations de l'OMC. Au niveau communautaire comme au niveau mondial, il est impératif d'être capable juridiquement de distinguer entre services marchands et services non marchands et d'établir la libre circulation des uns et la réglementation des autres. La santé, l'éducation, le logement social mais aussi la distribution de l'eau doivent-ils être régis par la seule loi du profit? Bien sûr que non! Il n'y a qu'un seul impératif qui vaille, celui de l'intérêt général et du progrès social pour tous. Et seule l'autorité publique, quel que soit son niveau, est la garante de cet intérêt général.

Nos concitoyens craignent, à juste titre, que le projet européen se dilue dans la libéralisation et dans la mondialisation. Nous devons répondre à leurs exigences de qualité, d'accessibilité, de responsabilité sociale et de respect de l'environnement. Quelle meilleure garantie, Monsieur le Commissaire, offrir à nos concitoyens inquiets qu'un cadre juridique européen pour les services publics?

2-019

Proinsias De Rossa (PSE), *Draftsman of the opinion of the Committee on Employment and Social Affairs*. – Madam President, I should like to thank Mr Rapkay for the enormous amount of work he has done on this report. Indeed I welcome the presence this morning of President Barroso on this important issue. It is a signal of the importance that the Commission attaches to this issue.

There is a broad consensus in Parliament about the role of services of general interest, economic interest, and of their importance. There are divisions largely on questions of strategy and, in some cases, tactics. There is a commitment here – and also on the part of the Commission – to ensure that any legislation or moves in that area will be by codecision. That is enormously important for the credibility of what we do in that area and for our legitimacy with our citizens in what we do in that area.

I favour a framework directive. That was one of the decisions of the Committee on Employment and Social Affairs in its opinion on the report. However, two weeks ago Parliament said 'no' to a framework directive. I believe it would be a mistake to try to push that through again.

We need to find a pragmatic way of moving forward to ensure that we get clarity and an assertion of the principle you have outlined here today: that when it comes to a conflict between the right of the citizen to public services and the market, that is set down in legislation. We should not leave that issue to a decision by the courts on a case-by-case basis; otherwise we would end up with all kinds of conflicting results. It is in that context that I favour a framework directive. Perhaps that can be found in another way. We need to search for that.

I welcome your commitment to take action in the social services and health area. That is also an urgent matter.

2-020

Werner Langen (PPE-DE), *Verfasser der Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie*. – Frau Präsidentin! Ich möchte den Beschluss des Ausschusses und nicht meine eigene Meinung darstellen, obwohl beide in weiten Teilen übereinstimmen.

Der Ausschuss hat insgesamt mit großer Mehrheit 18 Punkte beschlossen, die im Wesentlichen auch in den Bericht des Kollegen Rapkay eingegangen sind. In diesem Beschluss haben wir deshalb eine breite Mehrheit gefunden, weil wir in der Lage waren, auf der Grundlage bisheriger Entschließungen des Europäischen Parlaments eine gemeinsame Strategie zu entwickeln.

Ich freue mich sehr, dass der Kommissionspräsident hier anwesend ist. Aber die Tatsache, dass gegen Jahresende wieder eine neue Mitteilung kommt, befriedigt mich überhaupt nicht. Denn seit dem Jahr 2000 schlängeln wir uns von Mitteilung zu Mitteilung, von Interpretation zu Gipfeldokument, ohne dass die notwendige Klärung der rechtlichen Unsicherheiten vollzogen wurde. Da muss die Kommission über ihren Schatten springen, den Unwillen des Wettbewerbskommissars überwinden und endlich einige Dinge klären, die sonst vom Europäischen Gerichtshof geklärt werden müssen.

Das heißt nicht – und der Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie hat das auch so gesagt –, dass wir für eine Rahmenrichtlinie sind. Dafür gibt es keine Rechtsgrundlage, auch nicht im Verfassungsentwurf. Dass wir uns das Mitentscheidungsverfahren in möglichst vielen Bereichen wünschen, ist selbstverständlich. Aber wenn wir Beschlüsse fassen sollen, die über unsere Kompetenzen hinausgehen, dann ist das nicht richtig.

Wir haben mehrere Grundsätze beschlossen, die mit dem übereinstimmen, was hier auch vom Kommissionspräsidenten gesagt wurde: den Grundsatz der Subsidiarität, dass jede Ebene selbst entscheiden muss, dass sie sich aber an Wettbewerbsregeln halten muss, dass Beihilfen transparent gestaltet werden müssen und dass die Kommission eine Missbrauchsaufsicht hat.

In diesem Rahmen können wir heute auf der Grundlage des Berichts Rapkay eine gute Stellungnahme mit einer Handlungsanweisung für die Kommission verabschieden. Jetzt muss nur noch die Kommission etwas tun.

2-021

József Szájer (PPE-DE), *a Belső Piaci és Fogyasztóvédelmi Bizottság véleményének előadója*. – Tisztelt Elnök Asszony! Schulz frakcióvezető úrnak nagyon jó szeme van, mert olyat is lát ebben a határozatban, ami ebben nem szerepel.

Szeretném jelezni, hogy az IMCO bizottság egyetértett jelentős részben azzal a fehér könyvvel, amit a Bizottság a Parlament elé terjesztett. Ennek tekintetében azzal a ponttal is egyetértettünk, hogy európai szinten nincsen szükség keretirányelvre. Ugyanakkor: azt gondolom, hogy három olyan elv van, ami alapvetően szükséges, amikor ezekről a kérdésekről beszélünk.

Az első és legfontosabb elv a szubsziaritás elve. Mi Európában nagyon sokféle állami közszolgáltatási rendszerrel rendelkezünk. Ezt a sokszínűséget nem lehet uniformizálni. Ennek következtében, hogyha Európa nem akarja átvenni a felelősséget a közszolgáltatások nyújtásáért, akkor nem is uniformizálhatja ezeket a szempontokat. Vagyis a helyi hatóságok jogkörében kell hagyni ezeket a kérdéseket.

A másik a fokozatosság kérdése. Az Európai Unió és az Európai Bizottság helyes irányt követ, amikor fokozatos szabályozást határoz el, és ebből következik a harmadik pont, a szektorális ügye. Vagyis nagyon sikeresen szabályoztunk már különböző szektorális területeket a telekommunikáció terén és más területeken. Ezt a példát kell folytatni és ennek a folyamatos ellenőrzésére kell törekedni.

Egyetérttek, és a mi bizottságunk is egyetértett azzal, hogy természetesen szükség van a nagyobb jobbiztonságra. És természetesen egy új tagország képviselőjeként hadd mondjam el azt is, hogy az egyenlő hozzáférés elvéhez igenis az Európai Uniónak is a felzárkóztatás és a kohéziós alapok segítségével biztosítani kell a közös alapot. Az új tagországokban nagyon sok helyen gyengék a verseny kikényszerítésére és a fogyasztóvédelemre szolgáló eszközök. Ezeket mindenképpen erősíteni kell. Pontosan annak érdekében, hogy mind az egyenlő hozzáférés, mind pedig a verseny érvényesülhessen ezeken a területeken.

Azt gondolom, hogy az általános érdekű szolgáltatásokról szóló jelentés egy jó jelentés, Rapkay úr és a kollégái nagyon kiváló munkát végeztek. De szeretnék kérni mindenkit arra, hogy ne értelmezzük félre, és ne lássunk bele ebbe a jelentésbe olyan elemeket, amelyek nincsenek benne. Vagyis keretirányelvről, keretirányelvvel kapcsolatos kommunikációról ebben a tekintetben nem beszélhetünk.

Az is nagyon fontos, hogy a szolgáltatásokról szóló általános irányelvnek a kérdése nagyon szorosan összefügg ezzel a kérdéssel. Ebben is világosan kell látnunk. A szolgáltatási irányelv nagyon sok ponton rögzítette azokat a kereteket, amelyekben ebben a tekintetben dolgozhatunk.

2-022

Emanuel Jardim Fernandes (PSE), *relator da Comissão dos Transportes e do Turismo*. – Senhor Presidente da Comissão, caros e caros Colegas, enquanto relator do parecer da Comissão dos Transportes e do Turismo sobre o Livro Branco dos serviços de interesse geral, defendi, e foi posição da Comissão defender, uma clara exclusão dos serviços de interesse geral do âmbito de aplicação da directiva relativa aos serviços do mercado interno no respeito pela competência exclusiva de cada Estado-Membro para definir, organizar, financiar, avaliar e controlar esses mesmos serviços, o que veio a ser consagrado pelo Parlamento e que é positivo para o funcionamento do mercado, para a solidariedade para com os cidadãos e para o respeito pela competência das autoridades nacionais, regionais e locais.

Segundo, defendemos a definição e a descrição dos serviços de interesse geral e uma clarificação da distinção entre serviços de interesse económico geral e serviços de interesse geral não económico na perspectiva da sua segurança jurídica. Terceiro, adoptar para os SIG e SIG económicos e não económicos uma legislação-quadro, um enquadramento jurídico geral, como ainda hoje foi referido pelo Presidente da Comissão, ou uma directiva-quadro, como se preferir. O que importa é que se estabeleça designadamente os requisitos mínimos a satisfazer por essas actividades e os critérios gerais para o funcionamento, a organização, a avaliação e o controlo pelos Estados-Membros e pelas autoridades nacionais, regionais e locais.

O facto de esta legislação incluir os serviços de interesse económico geral não impede que possa haver legislação específica sobre determinados sectores como os transportes. De um modo geral, as ideias que defendemos constam do relatório Rapkay e daí o meu apoio e a minha concordância, embora possa vir a aprovar algumas propostas de alteração necessárias.

Por fim, Senhora Presidente, só tenho a lamentar que não se tenha incluído uma referência às regiões ultraperiféricas, dado que aí se justifica que sejam os serviços de interesse geral aquilo que hoje não são ou poderão não ser. Espero que a Comissão e o Senhor Presidente tenham em atenção não só o relatório, mas os aspectos que aqui referi.

2-023

Markus Pieper (PPE-DE), *Verfasser der Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für regionale Entwicklung*. – Frau Präsidentin, Herr Kommissionspräsident, liebe Kollegen! Öffentlicher Personennahverkehr, Abfallwirtschaft, soziale Dienste, Wasserversorgung – wir sind uns alle einig, dass das in der Kompetenz der Regionen liegt. Ich begrüße, dass der Bericht Rapkay dies vom Grundsatz her ähnlich sieht; der Bericht hat die Stellungnahme des Ausschusses für regionale Entwicklung in vielen Punkten berücksichtigt.

Wir fordern ein Bekenntnis zur Subsidiarität, wir fordern aber auch mehr Rechtssicherheit, da, wo Konflikte der Daseinsvorsorge mit dem europäischen Wettbewerbsrecht bestehen: im Beihilferecht, beim Thema PPP, bei sozialen Diensten, auch bei der Definition von Begriffen.

Unter Daseinsvorsorge versteht ein Franzose etwas anderes als ein Pole, ein Schwede oder ein Deutscher. Deshalb darf es auch keine einheitliche europäische Rahmenrichtlinie für Dienste von öffentlichem Interesse geben, so wie die Sozialisten das wollen. Wir wollen keine einheitlichen EU-Standards. Es macht keinen Sinn, etwa den Regionen Griechenlands oder Tschechiens vorzuschreiben, was sie unter Dienstleistungen von öffentlichem Interesse zu verstehen haben. Leider hat die Linke im Parlament mehrere Textstellen im Bericht durchgesetzt, die indirekt auf eine solche Rahmenrichtlinie hinzielen könnten. Da frage ich mich schon, was Sie eigentlich wollen. Wollen Sie durch eine übergeordnete Rahmenrichtlinie die schon bestehenden Rechtsunsicherheiten noch weiter komplizieren? Oder wollen Sie durch die Hintertür das europäische Wettbewerbsrecht aushebeln und so den Regionen Europas Ihre sozialistischen Vorstellungen der öffentlichen Daseinsvorsorge aufzwingen? In beiden Fällen sagen wir ganz klar Nein. Dort, wo Rechtsunsicherheiten bestehen, müssen wir sie Thema für Thema und Branche für Branche ausräumen.

Das bedeutet auch weiter viel Arbeit. Ich bin mir aber sicher, dass nur der sektorbezogene Ansatz dem europäischen Gedanken der Subsidiarität im gemeinsamen Binnenmarkt auch gerecht werden kann. Europa darf hier keine Qualitäts- und Kostenkriterien vorschreiben. Die Definition, die Finanzierung und die Organisation der Daseinsvorsorge müssen in der Verantwortung der Regionen bleiben, denn die Regionen tragen dafür auch die politische Verantwortung.

2-024

Robert Goebbels (PSE). – Frau Präsidentin! Ich wollte fragen, ob der Ausschuss für regionale Entwicklung fest in EVP-Hand ist, denn das, was wir von Herrn Pieper gehört haben, war ein reiner EVP-Standpunkt und nicht der Standpunkt des Ausschusses für regionale Entwicklung.

2-025

Die Präsidentin. – Sicherlich werden wir in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode noch einmal darüber nachdenken müssen, dass die Berichterstatter für federführende Ausschüsse und auch die Berichterstatter für die Ausschüsse, die eine Stellungnahme abgeben, das tun, was Herr Langen gerade gesagt hat: Egal aus welcher Fraktion sie kommen, sie geben die Meinung und die Abstimmung des Ausschusses wieder. Ich bin davon überzeugt, dass das heute alle getan haben. Wer das anzweifelt, kann ja die Berichte noch einmal durchlesen. Ich als Außenstehende, die nicht so eng mit der Materie vertraut ist, habe mich zwar bei einigen Beiträgen auch gewundert, aber wir werden uns das sicherlich in der nächsten Legislaturperiode — vielleicht im Rahmen einer Parlamentsreform — noch einmal ansehen können.

Als Letzte hat jetzt Frau Stauner die Möglichkeit, den Standpunkt des Ausschusses darzustellen.

2-026

Gabriele Stauner (PPE-DE), Verfasserin der Stellungnahme des mitberatenden Rechtsausschusses. – Frau Präsidentin, Herr Kommissionspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Obwohl seit Maastricht im EG-Vertrag verankert, führt das Subsidiaritätsprinzip gleichwohl ein Schattendasein. Subsidiarität hat aber immer zu gelten, es sei denn, die ausschließliche Zuständigkeit liegt auf der europäischen Ebene.

Bei den Dienstleistungen, von denen heute die Rede ist, ist dies unstreitig nicht der Fall. Also wäre jede europäische Regelung in diesem Bereich eindeutig ein Verstoß gegen das Subsidiaritätsprinzip. Es wäre ferner ein Verstoß gegen die rechtsstaatlichen Prinzipien von Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit, wenn in gewachsene und funktionierende Strukturen in den Mitgliedstaaten eingegriffen würde.

Wenn es aber schon keine Zuständigkeiten für die EU gibt, kann es auch keine Definition dieser Dienstleistungen durch Europa geben. Definieren kann hier also allein der nationale bzw. regionale Gesetzgeber. Abgesehen davon enthüllen allein schon die im Weißbuch angestellten Definitionsversuche – meines Erachtens allesamt gekünstelt und krampfhaft – das Defizit an Praktikabilität und Bürgernähe.

Keine Lissabon- oder sonstige Strategie vermag eine Rechtsgrundlage zu ersetzen. Das gilt genauso für Handlungsmaximen und Ziele wie Wettbewerb sowie wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt.

Deshalb kann das Ergebnis unserer Diskussion nur lauten: Hände weg von einer europäischen Regelung für Dienstleistungen von allgemeinem Interesse, weil es eben keine europäische Rechtsgrundlage dafür gibt! Ich bitte, der Stellungnahme des Rechtsausschusses für ein bürgernahes, verständliches und nachvollziehbares Europa zu folgen.

2-027

Marianne Thyssen (PPE-DE). – Voorzitter, mijnheer de voorzitter van de Commissie, als beslissingen worden genomen met een marktcorrigerend doel of een marktcorrigerende uitwerking, dan weten we dat we in dit Huis altijd in politiek gevoelig vaarwater komen. En als we in concrete situaties de principes van subsidiariteit en proportionaliteit willen toepassen, dan is er dikwijls dezelfde gevoeligheid en dan is de ideologische inslag nooit ver weg. Toch is rapporteur Rapkay erin geslaagd een evenwichtig verslag op te stellen en ik wil de rapporteur hiervoor oprecht feliciteren.

Ik ben heel gelukkig te weten ten eerste dat het belang van de beschikbaarheid van diensten van algemeen belang wordt onderstreept en ten tweede dat bevestigd wordt wat ook in het gemeenschappelijk standpunt over de dienstenrichtlijn staat, namelijk dat het aan de lidstaten toekomt te bepalen wat diensten van algemeen belang zijn. Ten derde vind ik het goed dat de vraag naar rechtszekerheid prominent aanwezig is.

Ik heb geen probleem met wat sommigen hier de dubbelzinnige bewoordingen van de rapporteur noemen. Ik zou dat eerder een wijze aanpak noemen, misschien een diplomatieke aanpak, maar in elk geval een aanpak die ons verder op weg naar oplossingen kan helpen. Er wordt niet expliciet naar een kaderrichtlijn gevraagd. De sectoriële verschillen worden in dit verslag erkend. Als dit verslag goedgekeurd wordt tonen we duidelijk dat we meer belang hechten aan de inhoudelijke essentie dan aan de discussie over de vorm. En daarover moet het voor ons toch gaan.

Laat ons dus maar dicht bij dat verslag van Rapkay blijven, de Commissie weet dan waar een brede meerderheid in het Parlement is, waar nog verschillen zitten. Dan kunnen we verder, in afwachting van wat de mededeling van de Commissie ons oplevert, stappen ondernemen naar een evenwichtige benadering die de burgers van ons mogen verwachten.

2-028

Harlem Désir (PSE). – Madame la Présidente, Monsieur le Président de la Commission, je crois que le temps d'une clarification juridique et politique est venu sur cette question des services d'intérêt général.

Au plan politique, parce que le débat sur les services publics a hanté le débat européen, il a empoisonné le débat sur le traité constitutionnel, et il a été envenimé par la proposition initiale de directive sur les services dans le marché intérieur étant donné le vaste champ de services sociaux et de services d'intérêt économique général couvert.

La méfiance suscitée par le risque d'une remise en cause des services publics du fait de l'action de la Commission ou des interventions de l'Union européenne vient de loin. Elle est fondée à bien des égards, compte tenu du mauvais équilibre qui a été trouvé entre règles du marché intérieur et préservation de l'intérêt général; compte tenu également des conséquences d'un certain nombre de directives sectorielles qui n'ont pas donné les résultats promis ou attendus. Je pense par exemple à l'évolution des prix dans le secteur de l'énergie ou à certaines craintes, fondées, dans le secteur postal.

Une clarification est également nécessaire sur le plan juridique. Vous l'avez d'ailleurs souligné vous-même tout à l'heure, Monsieur le Président de la Commission, en énonçant la liste des initiatives législatives qui avaient été prises au cours de la dernière période par la Commission pour tenter de stabiliser l'interprétation du droit et des traités: aides publiques, réglementation des aides d'État, du transport des voyageurs, du financement et des compensations, etc.

Je crois donc qu'il ne faut pas, aujourd'hui, opposer la nécessité, d'un côté, d'initiatives sectorielles et, de l'autre, d'un cadre horizontal. Il faut des initiatives sectorielles – vous les avez également mentionnées – dans le domaine, par exemple, des services de santé ou dans celui des services sociaux d'intérêt général, et il faut aussi des initiatives horizontales. Pourquoi? Parce que, comme vous l'avez dit, l'un des principes sur lesquels nous devons nous fonder est le respect du droit de chaque État membre et de ses collectivités locales de continuer à définir ce qu'ils entendent par services d'intérêt général ou services d'intérêt économique général. En effet, ces notions varient d'un État membre à l'autre. Les modalités d'organisation, de financement, mais aussi le contour, le périmètre du service public ne sont pas les mêmes selon nos pays, parfois même selon nos régions, selon nos collectivités locales.

En l'absence de législation, il est revenu à la Cour de justice et, parfois, à la Commission, d'interpréter les traités. Or, cette interprétation a donné lieu à une jurisprudence inconstante, fluctuante qui a créé une insécurité juridique pour les collectivités locales, pour les opérateurs et pour les usagers. Elle a également suscité la crainte de voir les missions d'intérêt général remises en cause par une espèce de prédominance des intérêts du marché intérieur, de la concurrence ou des opérateurs privés. C'est pour cette raison que nous avons entrepris cette démarche quelque peu originale pour un groupe du Parlement européen de proposer, à titre symbolique mais aussi politique, une initiative concernant la rédaction d'une directive-cadre horizontale préservant les services d'intérêt économique général.

Nous avons voulu montrer que, si volonté politique il y a, alors on peut trouver la base dans les traités et on peut établir une directive qui réponde aux questions auxquelles nous sommes confrontés. De ce point de vue, je voudrais répondre ceci à Mme in't Veld: je crois que, pour protéger la subsidiarité, nous avons précisément besoin de ce cadre juridique, et c'est cela que nous avons montré avec ce projet de directive-cadre. J'invite Mme in't Veld à prendre connaissance de cette initiative qui a pour but de clarifier, de sécuriser et de garantir la pérennité du service public et des missions d'intérêt général.

Je crois qu'il revient à présent au législateur de fixer les règles. Il est normal que le Parlement européen, représentant les citoyens, les gouvernements, représentant les États membres, puissent ouvertement, à partir d'un débat public, dire comment l'on doit interpréter l'article 86 des traités, où s'arrêtent le marché intérieur et la concurrence pour préserver l'intérêt général. Les services publics, vous l'avez dit, Monsieur le Président de la Commission, sont au cœur du modèle social européen. Les citoyens y sont attachés parce qu'ils contribuent non seulement à la qualité de vie, à l'accès aux droits fondamentaux, à la cohésion économique et sociale, et territoriale, mais aussi à la compétitivité de notre continent et de ses territoires.

C'est donc aujourd'hui un impératif juridique, mais aussi politique, de montrer que l'Union n'est pas l'ennemie des services publics, qu'elle ne cherche pas à les entraver, mais qu'elle cherche, au contraire, à les préserver, à les encourager, à les développer.

2-029

PRESIDENZA DELL'ON. MARIO MAURO

Vicepresidente

2-030

Bernard Lehideux (ALDE). – Monsieur le Président, Monsieur le Président de la Commission, à l'occasion du débat sur le modèle social, j'ai souligné que nos concitoyens souhaitaient une Europe répondant à leurs préoccupations urgentes et concrètes. La garantie de l'existence et de la qualité des services d'intérêt général fait partie de ces préoccupations. Aujourd'hui, la situation juridique de ces services est beaucoup trop fragile en Europe. Il n'est pas sain que des services primordiaux pour la cohésion sociale de nos sociétés dépendent exclusivement de la jurisprudence de la Cour de justice. Les juges, comme chacun de nous le sait, n'ont jamais autant de pouvoir qu'en cas de démission du politique. Il est donc de notre devoir de concevoir, au niveau communautaire, un cadre juridique qui fixe les modalités et les objectifs d'organisation des services d'intérêt général.

Monsieur le Président de la Commission, si tout le monde n'est pas convaincu, cela n'interdit pas, au contraire, de préciser les choses. Je fais partie de ceux qui demandent à la Commission de proposer, dès que possible, une directive-cadre sur les services d'intérêt général. Et permettez-moi de répondre franchement à ceux qui s'y opposent et défendent la solution de l'approche sectorielle. Il ne s'agit pas là d'une alternative. C'est un leurre. Nos concitoyens ne sont pas aveugles. Ils comprennent bien que privilégier cette approche reviendrait en réalité à retarder la mise en place de la sécurité juridique qu'ils appellent de leurs vœux pour les services d'intérêt général et notamment pour les services sociaux d'intérêt général.

De plus, il est clair qu'un instrument cadre n'interdit pas, bien au contraire, de tenir compte des particularités de certains secteurs. Définir un cadre ne signifie évidemment pas uniformiser. Monsieur le Président, chers collègues, ne fuyons pas nos responsabilités. Un chantier législatif nous attend et il prouvera que l'Union est la meilleure garante d'un niveau élevé de solidarité et de cohésion sociale.

(Applaudissements)

2-031

Pierre Jonckheer (Verts/ALE). – Monsieur le Président, Monsieur le Président de la Commission, c'est à mon tour de me réjouir et de vous remercier, Monsieur Barroso, d'être présent à cette séance.

Cela fait des années que nous discutons d'une législation européenne transsectorielle en matière de services d'intérêt économique général. Le Parlement européen s'est exprimé en faveur d'une telle législation en 2001 et en 2004 et la Commission européenne - il s'agissait d'ailleurs de la Commission Prodi - n'y a pas donné suite, en avançant l'argument juridique de l'absence de base juridique et l'argument politique de l'absence de la majorité politique au Conseil nécessaire pour progresser. Sur ce dernier point, la référence à l'article 322 du projet de traité constitutionnel indique à tout le moins, de façon incontestable, qu'il y avait un accord politique au sein du Conseil européen pour aller de l'avant.

Aujourd'hui, nous nous trouvons devant une proposition de directive sur le marché intérieur des services qui couvre partiellement les services d'intérêt économique général, une directive dont beaucoup d'experts prédisent qu'elle n'empêchera pas de nombreux recours devant la Cour de justice et dont on peut craindre qu'elle compromettra la réalisation de l'objectif d'une plus grande sécurité juridique en matière de marché intérieur des services.

Aujourd'hui aussi, comme d'autres collègues l'ont indiqué, nous nous trouvons face à une résolution du Parlement européen qui sera votée demain, qui est en réalité en retrait par rapport aux résolutions de 2001 et de 2004. C'est la raison pour laquelle nous avons introduit un certain nombre d'amendements qui visent à clarifier les choses.

Mais la vraie nouveauté politique, me semble-t-il, c'est que, outre le groupe socialiste, qui a fait rédiger, par des experts juridiques, une proposition de directive-cadre, la Confédération européenne des syndicats a, elle aussi, formulé une proposition de texte. Des associations - je pense notamment au Comité européen de liaison sur les services d'intérêt général, qui connaît les dossiers sur le fond - ont également élaboré des propositions à caractère juridique revenant à dire: oui, une proposition de directive-cadre est pensable, qui soit en cohérence, d'ailleurs, avec les quatre principes que vous avez mentionnés dans votre intervention liminaire.

C'est la raison pour laquelle, Monsieur le Président de la Commission, sur la base de l'article 192 du traité actuel, nous vous demandons clairement d'aller de l'avant et de ne pas vous contenter de nous répondre dans quelques mois par un nouveau livre de consultation ou un nouveau livre blanc.

Je voudrais terminer sur un plan plus politique. Je pense que nous ne devons pas sous-estimer l'inquiétude réelle ou virtuelle d'un certain nombre de nos citoyens qui ont le sentiment d'un déséquilibre flagrant entre, d'une part, la mise en œuvre du droit de la concurrence qui, dans ses dispositions générales, est un droit horizontal et, d'autre part, la défense des services d'intérêt général au niveau européen. Et, comme certains collègues l'ont dit, Monsieur le Président, l'intérêt d'une législation cadre, pour le Conseil et pour le Parlement européen, c'est qu'elle leur donne la possibilité de dire à la Commission et, en fin de compte, à la Cour, quel est le type de dispositions générales qu'ils souhaitent pour les services d'intérêt général européens. Je pense que tel d'ailleurs est l'enjeu politique de tout ce débat. Les majorités politiques, je les voudrais différentes, mais elles sont ce qu'elles sont pour le moment.

2-032

Sahra Wagenknecht (GUE/NGL). – Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Seit über einem Jahrzehnt wird in Europa rüde und rücksichtslos liberalisiert. Elementare Leistungen, wie die Versorgung mit Energie, weite Teile des Verkehrs, aber auch Bildung, Gesundheit, Wohnungen und Krankenhäuser werden den Spielregeln von Markt und Profit überantwortet, teils direkt unter der Ägide von Brüsseler Liberalisierungsvorschriften, teils unter dem Druck des Europäischen Gerichtshofs, teils auch aus Eigeninitiative neoliberaler Regierungen – angeblich, weil dadurch Arbeitsplätze entstehen, angeblich, weil mehr Wettbewerb den Konsumenten niedrigere Preise bringen würde, angeblich, weil private Investoren effizienter wirtschaften würden. Die Liberalisierungsbilanz des vergangenen Jahrzehnts ist eine klare Widerlegung dieser neoliberalen Lügen. Hunderttausende Arbeitsplätze sind allein im Bereich Energie und Post vernichtet worden. Wer noch Arbeit hat, arbeitet überwiegend zu schlechteren Konditionen. Das kann man als Steigerung

von Effizienz preisen. Man kann es allerdings auch als forcierte Ausbeutung beim Namen nennen. Die Konsumenten haben von den sinkenden Kosten selten profitiert. In Deutschland etwa war Strom noch nie so teuer wie heute.

Dass der Bericht des Sozialdemokraten Rapkay diese Bilanz zum Erfolg verklärt und nach weiteren sektoralen Liberalisierungen ruft, ist ignorant gegenüber den gemachten Erfahrungen und rücksichtslos gegenüber jenen, die die Folgen auszubaden haben.

Wer fordert, Daseinsvorsorge den Regeln des Binnenmarktes zu unterwerfen, der will Gesundheit, Bildung und Mobilität zu einer käuflichen Ware machen, die sich nur noch Gutbetuchte leisten können, denn kapitalistische Märkte decken nicht Bedarf. Sie orientieren sich immer nur an jenem Bereich der Nachfrage, der zahlungskräftig ist, denn nur damit lassen sich Profite machen. Von einem solchen Europa mögen die Reichen und die Konzerne träumen. Die Linke hat andere Träume! Wir werden nicht aufhören, gemeinsam mit den sozialen Bewegungen in Europa diesem entfesselten Kapitalismus unseren Widerstand entgegenzusetzen.

2-033

Jens-Peter Bonde (IND/DEM). – Hr. formand! Der stod ingen lærde bøger i mit hjem. Min familie var landmænd og håndværkere. Dygtige lærere i den offentlige folkeskole, gratis boglån på et velforsynet folkebibliotek åbnede bøgernes verden for mig. Boglån, uddannelse, omsorg, pleje, vand, sikring, hospitalsbehandling, velfærd kaldes her forsyningspligtsydelser i modsætning til de mere specifikke økonomiske tjenesteydelser som at gå til frisør eller handle hus. Tænder, briller, personlig pleje ligger ind imellem. Domstolen har med talrige kendelser skabt et fælles marked for mange tjenesteydelser. Men kernen i folkestyret er, at man ikke kun stemmer med sin pung på et marked, men at man også stemmer som vælger om samfundets indretning. Vil vi have private hospitaler og dyre lægeregninger, vil vi betale for boglån, skal kollektiv trafik billiggøres, skal bedstemor vaskes hver dag på plejehjemmet, skal børnene passes i discountbørnehaver eller udvikles af trænedede pædagoger? Junibevegelsen støtter det fælles marked for varer og tjenesteydelser, vi er imod national diskrimination, men vi vil også tillade vælgerne i hvert land at sætte grænserne mellem marked og samfund og fastlægge kvalitets- og serviceniveau og brugerrettigheder.

Vi vil også fastholde den danske aftalemodel, hvor løn og arbejdsvilkår aftales i overenskomster og respekteres, og socialmodellen, hvor vi betaler høje skatter for at give sociale borgerrettigheder til alle. Her skal folkestyret kunne styre markedet, så der bliver generelle tjenesteydelser også til dem, der ikke er født med en sølvske i munden. Vi vil fortsat kunne synge med Grundtvig "og da har i rigdom vi drevet det vidt, når få har for meget, og færre for lidt".

2-034

Leopold Józef Rutowicz (NI). – Panie Przewodniczący! Biała księga Komisji na temat usług użyteczności publicznej jest dokumentem na pewno potrzebnym w kształtowaniu wspólnego rynku. W dalszych pracach należałoby uściślić pojęcie tych usług i sposób ich świadczenia, który aktualnie w dużym stopniu jest związany z wypracowanymi rozwiązaniami w danym kraju i prawodawstwem krajowym, czego trzeba mieć świadomość. Obejmowanie tych usług wspólnymi zasadami europejskimi może następować tylko w miarę doskonalenia systemu usług w Unii. Dalsze działania powinny zwiększyć pewność prawną usług publicznych i ochrony interesów konsumentów.

Sprawozdanie pana Rapkay, za które chciałbym podziękować, jasno określa istniejący stan prawny i dalsze kierunki działania. Musimy go wykorzystać.

2-035

Alexander Radwan (PPE-DE). – Herr Präsident, Herr Kommissionspräsident! Wir diskutieren heute über einen Bereich mit einem breiten Spektrum. Herr Schulz hat den kommunalen Friedhof wieder angedacht und angeregt. Kommunale Strukturen können aber auch Konzerngröße erreichen; dies ist die gesamte Bandbreite. Ob diese großen Strukturen immer richtig sind, ist fraglich.

Warum diskutieren wir eigentlich wirklich? Weil wir auf der einen Seite das Thema der Marktregeln haben und auf der anderen die Frage der Subsidiarität. Das kann sich durchaus beißen, und was am Ende herauskommt, ist nicht immer stringent. Ich bin ein starker Anhänger der Subsidiarität, der Regeln vor Ort. Die einheitliche Definition in einem Europa der möglicherweise 27 — wenn wir die heutige Entscheidung vorwegnehmen — ergibt einen Einheitsbrei, den ich ablehne. Aber Europa muss sich immer fragen: Was bringt das europäische Handeln mehr, was nützt dem Bürger in diesem Bereich? Warum diskutieren wir heute so eingehend die Rahmenrichtlinie, wo der Berichterstatter selber sagt, dass sein Bericht keine Rahmenrichtlinie in diesem Bereich fordert. Bei manchen Rednern habe ich den Eindruck, sie unternehmen schlicht und ergreifend den Versuch, über diese Diskussion und in Kombination mit der Dienstleistungsrichtlinie wettbewerbsfreie Regionen zu schaffen, die davon ausgenommen werden. Die Gefahr ist neben der Abschaffung der Marktregeln, dass wir zu einem europäischen Daseinsvorsorgebegriff kommen, zu einem Einheitsbrei für Europa. Das kann nicht das Ziel sein, weil Europa dafür zu heterogen ist.

Was aber die Bürger, die Kommunen und die Kommunalpolitiker zu Recht einfordern, ist Rechtssicherheit. Sie wollen wissen, was möglich ist und was nicht. Da herrscht große Konfusion. Ich nehme meine Geburtsstadt München als Beispiel. Da werden zur Zeit in eine Gesellschaft vier große Krankenhäuser eingebracht, und man weiß nicht, was man der

Kommission vorlegen muss und was nicht. Hier ist die Kommission gefordert, gemeinsam mit dem Parlament — weil das, was auch unsere Fraktion sehr stört, ist, dass die Kommission sich ein Stück weit „Willkür“ behält, nach dem Motto, man entscheidet immer gerade wie man es für richtig hält, und spricht es nicht mit den legitimierten Beauftragten, den legitimierten Wählern ab. Entscheidend im letzten Punkt ist — und da sind diese Diskussionen hier eigentlich überfällig — : Der Bürger muss verstehen, warum das, was wir tun, gut für ihn ist. Das ist nicht immer der Fall, gerade in diesem Bereich. Da kommt das, was wir hier machen, zu Hause ganz anders an. Das wäre eine Aufgabe für die Kommunikationsstrategie.

2-036

Robert Goebbels (PSE). – Monsieur le Président, chers collègues, l'article 5 du traité instituant la Communauté européenne dit que, et je cite: "l'action de la Communauté n'excède pas ce qui est nécessaire pour atteindre les objectifs de ce traité". C'est ce qu'on appelle le principe de subsidiarité, dont l'importance vient d'être soulignée par le président Barroso.

Or il est évident que notamment l'objectif commun de cohésion sociale exige une action politique soutenue pour offrir des services publics de qualité à tous les citoyens. Ce sont les communes, les collectivités territoriales, qui sont le plus proches des citoyens. Ce sont les élus locaux qui sont le mieux à même de juger des services nécessaires au bien-être de leurs concitoyens, et notamment des plus faibles d'entre eux.

En bonne logique, et pendant des décennies, l'Union ne s'est pas occupée de ces services publics. Mais, avec la réalisation du grand marché intérieur, il y eut de plus en plus de recours de compétiteurs privés contre des villes et des communes. La jurisprudence de la Cour ne fut pas toujours heureuse, parfois même contradictoire. À la décharge de la Cour, il faut souligner que la notion de service public n'est pas facile à cerner.

Il existe des différences notables entre les pratiques nationales dans les vingt-cinq États membres. Le Président Barroso vient de souligner la nécessité de respecter la diversité des situations nationales, régionales et locales. C'est la raison pour laquelle le groupe socialiste se bat depuis des années pour un cadre juridique clair permettant l'épanouissement des services d'intérêt général.

C'est tout ce que veulent les socialistes. Nous voulons la plus grande sécurité possible pour tous les opérateurs des services publics universels. Les juges de Luxembourg ne doivent pas devenir les arbitres de la qualité des services publics à offrir. Selon le Président Barroso, ceux-ci représentent 7% du PIB européen et 5% des emplois, ce qui équivaut à souligner leur efficacité. Il appartient aux électeurs, aux citoyens de décider des services universels qu'ils veulent. L'ancien commissaire lord Cockfield, qui fut, avec le Président Jacques Delors, un des artisans du marché intérieur avait coutume de dire:

2-037

'the Commission has to help governments to save taxpayers' money.'

2-038

Il avait tort. Ce n'est pas la Commission qui doit décider de l'utilisation des deniers publics mais, en fin de compte, le contribuable lui-même. C'est à l'électeur souverain de décider si sa commune ou sa région fait un bon usage de son argent ou non. Cela s'appelle la démocratie.

Les idéologues du tout-marché m'objecteront que les traités imposent à la Commission d'éliminer les aides publiques faussant la concurrence, mais l'article 87 du traité dispose clairement que ces aides ne sont interdites que, je cite: "dans la mesure où elles affectent les échanges entre les États membres". Or, il est difficile de soutenir que des services publics fournis localement par des collectivités publiques faussent les échanges entre les États membres.

Monsieur le Président, vous venez de nous annoncer une communication avant la fin de l'année. Je partage l'avis de mon collègue du PPE, M. Werner Langen, que nous avons connu trop de textes bien faits, mais sans conséquence politique réelle. De grâce, Président Barroso, soumettez-nous une ou autant de propositions législatives que vous voulez, mais permettez enfin au Parlement de faire son travail de colégislateur dans un domaine qui est, selon vos propres paroles, au cœur du modèle social européen.

2-039

Danutė Budreikaitė (ALDE). – Gerbiamas pirmininke, ponios ir ponai, šiandien diskutuojame apie Europos Komisijos daugiau kaip prieš du metus paskelbtą Baltąją Knygą dėl bendro intereso paslaugų. Tenka apgailestauti, kad paslaugų rinkos liberalizavimas iki šiol labai menkas. Baltojoje Knygoje bendro intereso ir bendro ekonominio intereso paslaugos apibrėžiamos labai abstrakčiai. Viešųjų paslaugų sąvoka neapibrėžta, todėl Knygoje nevertinama, tačiau vertinama sąvoka "viešųjų paslaugų įsipareigojimai", kuriems priskiriama oro, geležinkelių, kelių transporto, energijos sritys, kurios taip pat priskiriamos prie bendro ekonominio intereso paslaugų. Taigi nesuprantama apie ką kalbama, o Baltosios Knygos svarbiausias laukiamas tikslas buvo parengti teisės aktą, reglamentuojantį ir įgalinantį vienos iš svarbiausių ES vidaus rinkos laisvių, laisvo paslaugų judėjimo įgyvendinimą.

Bendro intereso paslaugų padėtis labai artima paslaugų direktyvai, kuri buvo numatyta ekonominėms paslaugoms, bendro intereso paslaugoms, dabar jau su eile išimčių neįtraukiant transporto, pašto, o pašto elektros, dujų, vandens tiekimui netaikant kilmės principo. Taigi dauguma paslaugų ES sunkiai suderinamos su vidaus rinkos, konkurencingumo, vartotojų intereso atstovavimo principais ir paslaugų judėjimo laisve. Rinkos protekcionizmas ne tik mažina ekonomikos konkurencingumą, bet neleidžia ir neleis suteikti vartotojams reikiamu laiku tinkamos kokybės paslaugų. O tai akivaizdu keliaujant po Europos Sąjungos šalis.

Kalbant apie bendro intereso paslaugas būtina jas tiksliai apibrėžti, kad išvengtume jų laisvo interpretavimo valstybėse narėse proteguojant rinkas: parengti jas reglamentuojantį teisės aktą, atsižvelgti į subsidiarumo principą, atverti paslaugų rinkas konkurencijai savo piliečių gerovės ir ES konkurencingumo vardan. Aš suprantu, kad regionų vietos savivalda yra labai svarbi teikiant paslaugas, tačiau už tos svarbos dažniausiai slypi rinkos protekcionizmas, nes paslaugos visų pirma yra stambus verslas.

2-040

Elisabeth Schroedter (Verts/ALE). – Herr Präsident! Die Leistungen der Daseinsvorsorge sind das Herzstück des Sozialmodells Europa. Das haben Sie als ersten Satz gesagt, Herr Barroso. Im gleichen Zuge preisen Sie jedoch die Effizienz des Marktes und nicht die Solidarität, den allgemeinen Zugang und das Grundrecht als Primat für solche Leistungen.

Die Bürgerinnen und Bürger erwarten jedoch von der Europäischen Union Klarheit, dass ihnen die für ihr Leben notwendigen Dienstleistungen als Grundversorgung garantiert sind, und zwar universell, d. h. unabhängig von ihrem sozialen Status und ihrem Wohnort. Wir können das Vertrauen der Menschen nur gewinnen, wenn die Leistungen der Daseinsvorsorge einen grundsätzlichen Schutz vor den Marktinteressen genießen und nicht mit ihnen verbunden werden. Wenn Sie die Daseinsvorsorge mit der Effizienz des Marktes verbinden, Herr Barroso, wollen Sie das Herzstück des europäischen Sozialmodells auflösen. Sie frohlocken über die Forderungen in diesem Haus nach dem sektoriellen Ansatz, der Ihnen alle Macht zu einer Liberalisierung der Grundversorgung gibt. Die jüngsten Beispiele in Ihrer Mitteilung zu sozialen Diensten sind hier sehr deutlich. Dort werden soziale Grundleistungen als Wirtschaftstätigkeit umdefiniert. Sie interpretieren die Definition von europäischen Gerichtsurteilen um.

Auch Ihre Vorschläge zu den Gesundheitsdiensten, wo die Patientenmobilität gegenüber der Grundversorgung Vorrang haben soll, sprechen eine eigene Sprache. Es zeigt sich darin, dass es eine Illusion ist zu glauben, dass der Markt die Grundrechte garantieren kann. Der Schutz für diese Leistungen der Daseinsvorsorge kann nur durch eine klare Rahmenrichtlinie gewährleistet werden, welche die Leistungen, die der Grundversorgung dienen sollen, nicht unter die Regeln des europäischen Wettbewerbsrechts stellt. Es handelt sich dabei um Leistungen, die selbstverständlich staatliche Zuschüsse garantiert bekommen dürfen und deren Aufgabe es ist, Grundversorgung zu garantieren und nicht, Marktinteressen als Priorität zu haben. Die Leistungen der Daseinsvorsorge, welche wirtschaftlichen Charakter haben, können ebenfalls der Grundversorgung dienen. Auch dort muss der universelle Zugang zu ihnen vor den Marktinteressen stehen.

Insofern muss eine solche Rahmenrichtlinie ein *Pendant* zur Dienstleistungsrichtlinie darstellen, um eben diesen Schutz zu garantieren. Das ist unter den derzeitigen Gesichtspunkten der einzige Weg, eine Lösung zu finden, denn wir haben die Dienstleistungen ja bereits durch die Dienstleistungsrichtlinie auf dem Markt. Insofern ist dies eine Scheindiskussion von der rechten Seite, die glaubt, dass man einfach nur zurückblicken kann und dass der sektorielle Ansatz oder die Nichtdefinition auf europäischer Ebene eine Lösung ist.

2-041

Kartika Tamara Liotard (GUE/NGL). – Voorzitter, het uitsluiten van diensten van algemeen belang van de werkingssfeer van de omstreden dienstenrichtlijn leidde destijds tot het idee van een overwinning. De publieke sector zou gevrijwaard blijven van Bolkestein, maar dat was mogelijk slechts een Pyrrusoverwinning. De diensten van algemeen belang worden immers nu pas gedefinieerd. In de strijd om een richtlijn over dit soort diensten zou uitgevochten moeten worden wat tot het domein van de markt behoort en wat niet en vooral wie daarover het beste kan oordelen.

Wat wij onder algemeen belang verstaan zullen we met hand en tand verdedigen tegen liberalisering. Marktwerking in bijvoorbeeld onderwijs, gezondheidszorg, cultuur: we hebben er ervaring mee en we hebben er schoon genoeg van! Wij kennen Europa als een 'rupsje nooit genoeg' waar het gaat om liberalisering van zaken die niet aan de markt, maar eigenlijk aan de samenleving toebehoren. Met de deur op een kier zal het huidige Europa het niet nalaten om deze snel en gulzig wagenwijd open te gooien.

Dat laatste zien we nu al gebeuren met een nieuwe beginnende aanval van de Commissie op de zorg. Wat ons betreft wordt deze richtlijn vooral een middel voor burgers, leerlingen, patiënten, consumenten om zich te verweren tegen dit 'rupsje nooit genoeg' van de al maar verder liberaliserende Unie. De richtlijn moet duidelijk maken dat het de lidstaten en hun burgers zijn die bepalen wat diensten van algemeen belang zijn en dat brengt de politiek weer dicht bij de burger, daar waar deze hoort.

2-042

Johannes Blokland (IND/DEM). – Voorzitter, in de 19de eeuw heeft de overheid veel oorspronkelijk overheidsvreemde taken op zich genomen. Onderwijs, toegang tot gezondheidszorg en regulering van de arbeidstijden zijn voorbeelden van taken die voordien niet primair tot haar taken behoorden. Het was en is noodzakelijk dat de overheid taken reguleert waar de markt faalt.

Het onderscheid tussen diensten van algemeen belang en diensten van algemeen economisch belang is theoretisch. Het maken van dat onderscheid is dan ook bedoeld om diensten vrij te geven aan de markt en overheidsingrijpen te beperken. Het beperken van overheidsingrijpen is een goed streven op terreinen waar van burgers zelfredzaamheid en verantwoordelijkheid mag worden verwacht. Wel mag het maken van dat onderscheid niet betekenen dat toegang voor burgers wordt beperkt.

Ik pleit dan ook voor terughoudend opereren in het vrijgeven aan de markt van diensten van algemeen economisch belang. De samenleving wordt gediend door een overheid die recht doet aan zwakken en zorg draagt voor toegang tot diensten die essentieel zijn voor het dagelijks leven.

2-043

Othmar Karas (PPE-DE). – Herr Präsident, Herr Kommissionspräsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich meine, dass wir in dieser Debatte zu viel Schatten boxen und zu wenig Respekt vor dem Recht und dem Bürger haben.

Nehmen wir unser eigenes Recht ernst! Wir schreiben im Verfassungsvertrag, dass die Europäische Union in Vielfalt geeint ist. Ausdruck dieser Vielfalt ist auch die vielfältige Gestaltung der Daseinsvorsorge. Geeint sind wir im Binnenmarkt. Konstituieren wir nicht zwischen der Vielfalt und dem Binnenmarkt einen zwingenden Widerspruch!

Zweitens: Wir sind für die soziale Marktwirtschaft, für uns ist der Markt nicht Selbstzweck. Der Markt hat soziale Verantwortung, Nachhaltigkeit. Es ist eine Frage der politischen Verantwortung, wo die Grenzen des Marktes jeweils liegen. Wo der Markt nicht alle Gemeinwohlaufgaben erfüllen bzw. garantieren kann, dort muss die Daseinsvorsorge ihre Aufgabe erfüllen dürfen. Sie steht nicht im Widerspruch zum Markt. Auch viele Einrichtungen der Daseinsvorsorge stehen im Wettbewerb zueinander und erfüllen die Marktkriterien.

Drittens: Wir bekennen uns zur Subsidiarität. Die Subsidiarität steht nicht im Widerspruch zur Europäischen Union. Sie ist ein Wesenselement des Ordnungsmodells in der Europäischen Union. Wir haben in der Dienstleistungsrichtlinie die Dienste im allgemeinen Interesse ausgenommen, weil wir sie subsidiär definieren. Und jetzt debattieren wir, ob diese Frage nur lösbar ist durch die Entscheidung: Rahmenrichtlinie Ja oder Nein. Wir sind dafür, dass die soziale Sicherheit, die Versorgungssicherheit und Qualität zu erschwinglichen Preisen für die Bürger gewährleistet werden können. Und dafür, dass die Politik Verantwortung trägt zwischen Markt und privat. Wir brauchen eine neue Partnerschaft zwischen Staat und privat; sie drückt sich in der Daseinsvorsorge aus.

2-044

Bernadette Vergnaud (PSE). – Messieurs les Présidents, mes chers collègues, je tiens à saluer le travail accompli par notre rapporteur, M. Bernard Rapkay, qui a contribué à relancer ce débat sur les services d'intérêt général. J'adhère totalement à ses propositions de créer d'avantage de sécurité juridique pour les services sociaux d'intérêt général. J'adhère aussi à celles relatives à la fourniture de services de qualité élevée sur l'ensemble du territoire au meilleur prix, en respectant l'équilibre social et en garantissant durablement une sécurité d'approvisionnement.

Je suis en revanche beaucoup plus sceptique lorsqu'il s'agit de demander à la Commission des explications sur l'application aux services publics des règles régissant la concurrence et le marché intérieur. M. Barroso, dont je tiens à saluer la présence dans notre hémicycle, vient de nous confirmer le prétendu bénéfice de cette concurrence pour les consommateurs.

Comme vous l'a rappelé le rapporteur, les services publics étant dépourvus d'un cadre juridique précis, leur financement et leur gestion sont tributaires des circonstances incertaines que nous offrent à tour de rôle la Commission et la Cour de justice, qui changent de casquette comme bon leur semble, à la fois juge, législateur et exécutif.

Voici quinze ans déjà au moins que le Parlement demande à la Commission de légiférer. Qu'avons-nous obtenu? La Commission nous propose une alternative entre une simple communication pour renforcer la sécurité juridique de ces services et une multitude de directives sectorielles.

En ce qui me concerne, je souhaite une directive-cadre. Un cadre juridique qui donne un statut positif, et non simplement dérogatoire, aux services d'intérêt général. Un statut que les règles du marché de la concurrence seront alors tenues de respecter. Les domaines essentiels comme l'éducation, la santé, l'eau, ne doivent pas être libéralisés et il faut faire droit aux situations mixtes où social, économie et écologie s'imbriquent.

Les services d'intérêt général confortent le lien d'appartenance des citoyens à l'Europe. Ils sont un élément essentiel de la solidarité et participent à la réalisation des droits sociaux. Je ne veux pas d'une Europe où le modèle européen ne repose

que sur la concurrence fiscale et sociale entre les territoires. Avec cette directive-cadre, je souhaite porter l'Europe au-delà du seul marché, vers une société où tous les services publics seraient garantis comme facteur essentiel de la cohésion sociale et territoriale.

2-045

Ian Hudghton (Verts/ALE). – Mr President, before I was elected to this Parliament I was the leader of a Scottish local authority which was, if I may say so, a very successful one in terms of both value for money and meeting local aspirations for public service provision in the County of Angus.

It was then, and remains today, the predominant interest of local government to protect its right to local self-government. It is therefore vital that in any new EU initiative we put an end to uncertainty. Let us not be satisfied with woolly wording in relation to vital public service. Let us not interfere in any way with the principle of local self-government. Let us distinguish clearly between private enterprise, which is subject to EU competition law, and public service: services of a local nature provided for the public good, which have little or no cross-border effect and should be provided free of EU competition rules.

The setting of standards in general interest services should also be subject to local decision. Some local authorities are sceptical of the need for new EU legislation. I say that if we are to have a framework directive, let us have one that gives cast-iron guarantees of the rights of local authorities to define, organise and finance public services in the way they see fit.

I recognise that significant economic benefits to business will arise from removing barriers to commercial service provision, but let us not further alienate public opinion by interfering with or undermining the provision of essential local public services.

2-046

Roberto Musacchio (GUE/NGL). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, se c'è qualcosa che connota l'esistenza di un modello sociale europeo sono proprio i servizi, i quali vanno garantiti in quanto elementi di cittadinanza. Siamo chiamati a dire se e come devono esserci servizi di valore generale dovuti a tutti i cittadini.

Dopo la direttiva Bolkestein, è emersa una certa confusione tra servizi commerciali e servizi generali, pertanto dobbiamo ora chiarire cosa appartiene alla sfera del mercato e cosa invece spetta ai diritti. Per questo, in una serie di emendamenti, abbiamo recepito proposte avanzate dalla CES, secondo cui tutti i servizi generali, anche quelli economici, cioè quelli per i quali i cittadini pagano direttamente o indirettamente - sono poi la quasi totalità - devono rientrare nella sfera della potestà pubblica, dei poteri pubblici, e avere carattere di universalità, accessibilità, esigibilità, qualità. In altre parole dovranno essere servizi e non merce, cioè essere Europa e non Nord America.

Chiediamo a tutti di riconoscersi in questi emendamenti, i quali accolgono le piattaforme sindacali, anche per chiarire cosa si intenda per un'eventuale direttiva quadro, ovvero capire cosa l'Europa pensa del proprio modello sociale e cosa propone ai propri Stati membri, per quanto riguarda i servizi generali, economici e non economici.

2-047

Patrick Louis (IND/DEM). – Monsieur le Président Barroso, Monsieur le Président, mes chers collègues, ce rapport invoque, à juste titre, le principe de la subsidiarité comme base juridique des questions relatives aux services d'intérêt général. Sa définition est floue. D'un principe de suppléance, nous sommes passés à un principe de délégation. De ce fait, la définition des services d'intérêt général ne peut s'établir qu'aux dépens des singularités et des nécessités nationales.

Une fois encore, nous devons déplorer que l'avertissement sans frais que vous ont adressé les peuples français et néerlandais soit traité avec autant de mépris. Je rappellerai que les services d'intérêt général ne concernent l'Union européenne que sous l'angle, très contestable, de la concurrence. On porte ici gravement atteinte à la liberté des États de définir les missions qu'ils entendent confier au service public, conformément aux vœux de leurs peuples.

Non, il n'appartient pas à des pays qui n'ont pas, historiquement, de culture des services publics d'empêcher ceux qui en ont une de disposer de tels services lorsqu'ils l'ont estimé justifié. Si vous respectiez le principe de subsidiarité dans son vrai sens, vous admettriez que les services publics, essentiels à la vie de nos sociétés, doivent être définis, organisés et gérés au plus près des citoyens dans le cadre national.

Nous pensons que seule une puissance publique forte est capable d'assurer un avenir, qui ne se conçoive pas à l'aune de la seule rentabilité trimestrielle des actions, mais sur des décennies en matière d'éducation, de santé, de transport, d'énergie, d'écologie.

(Le Président invite l'orateur à conclure)

La seule règle dont nous ayons besoin, c'est celle de la souveraineté, ce qui signifie que chaque État devrait être libre de décider de ses services publics et que les obligations de service public priment sur le droit communautaire de concurrence.

2-048

Malcolm Harbour (PPE-DE). – Mr President, I would like to get this debate back, as my colleague Mr Karas said, to the people who really matter in all of this: our citizens receiving public services. We know that in many cases those public services are not good enough, not efficient enough and are delivered at much too high a cost.

Mr Barroso, whom we are delighted to see here this morning, made an important point in his principles for the promotion of good-quality public-service delivery. He mentioned the crucial factor of how technology is now enabling those services to be transformed and new models of organisation and delivery to be sustained. Those are the things we should be talking about. We should be thinking about the diversity that is engaging the best minds, the best technology, the best people and the best managers involved in delivering those services.

However, the debate we have had, principally from that side of the House, has mainly been concerned with organisational models and protectionism. With the Services Directive in place, thanks to our efforts, more of those minds can be unleashed on delivery of services. We have work to do on public procurement from recent hearings in our committee. We have work to do on competition law. If those are included within Mr Barroso's idea of consolidation, that is fine. However, we do not want a directive of the kind set out here, which is a naked political directive. They gave the game away in their interventions. Mrs Schroedter said that it would protect against liberalisation. That is what it is all about, Mr Barroso! Have nothing to do with it. Tell us today that you will take it off your agenda. I have asked in my committee, but with no reply, what problems for our citizens this directive is intended to solve. When those on the Left give us a comprehensive analysis of those problems, we might consider it, but we have far more important things to do today than to talk about their political declaration.

(Applause)

2-049

Ieke van den Burg (PSE). – Mr President, as the coordinator of the PSE Members of the Committee on Economic and Monetary Affairs I asked to be the last speaker on the PSE Group side, precisely in order to remove some of the prejudices and misunderstandings about this debate. So I hope I can eliminate some of those misunderstandings.

Firstly, I want to thank Mr Barroso for his speech and to say that we in the PSE Group fully understand his four principles and his view that it is necessary to create more legal certainty for the service providers, whether they are public or private or something in between, for the Member States and the decentralised public authorities, and for the citizens. As Mr Harbour rightly said, that is the crucial element.

I think Mr Barroso has correctly interpreted the report that Mr Rapkay prepared on behalf of the Committee on Economic and Monetary Affairs and that we voted for by a large majority in the committee. We have not expressed a preference for any particular form of legal instrument, but have made it clear that legislative initiatives are needed and that we should have a full political process of decision-making on this, in which Parliament and the Council can participate fully. Codecision is the right way to deal with these political issues. That is the message of the report. The report does not say that there should be a horizontal instrument or sector-specific instruments only; it leaves the options open and says that both methods can be used in parallel.

It will be clear from the debates that preferences differ, but also that there are a lot of prejudices about the options and preferences we promote. In my political group, I chaired a group of legal experts who drafted a text. Unfortunately I have the impression that many did not read this text, because if Mr Harbour had read it he would see that it is not a political statement but a clear attempt to reconcile the rules of the market, of competition, the subsidiarity that we want to guarantee for local authorities, the quality aspects and the importance of public service and services of general interest and economic interest for the citizens of Europe. This is not ideological; it is a concrete attempt to reconcile these. The draft is open for debate and we hope you will participate in discussing it. But it is up to the Commission to come up with real proposals and then we can set to work on the legislative methods and formulations.

For the vote on this report, again I state that we have agreed to disagree on the issue of which instruments would be preferable. There are amendments now from both sides, from the ALDE Group and from the Verts/ALE Group, to try again to force a decision on the preference. I do not think that is wise. I agree fully with Mrs Thyssen that it is wiser to stick to the agreement that we had and to leave this issue open. It is the Commission that has to decide and if one of those amendments is adopted the only result will be that whole report would fall. That would be a pity because, as everyone has said, Mr Rapkay and the Committee on Economic and Monetary Affairs have produced a good report.

2-050

Jiří Maštálka (GUE/NGL). – Já bych chtěl poděkovat kolegovi Rapkayovi za předloženou zprávu. Musím říci, že poté, co jsem se podrobně seznámil s materiály, které se týkají této problematiky, a sledoval i dlouhodobou debatu k tomuto tématu, musím říci, že se na jedné straně ztotožňuji s myšlenkou vytvoření rámcové směrnice o službách ve veřejném ekonomickém zájmu. Souhlasím totiž s vytvořením takové směrnice, která by zajišťovala služby ve veřejném zájmu jako jeden z hlavních pilířů evropského sociálního modelu. Zajišťovala by právní jistotu, právní základ založený na obecných

principech, jako je rovný přístup, vysoce kvalitní služby, přiměřené ceny, všestrannost a bezpečnost. Zajisté je nezbytné určit rovnováhu mezi působením trhu a veřejných institucí zodpovědných za veřejné služby. Na druhou stranu ve spojení s předkládanou zprávou vyvstávají nové otázky. Budeme opravdu schopni zajistit, aby tato rámcová směrnice měla obsah, který by odpovídal výše zmíněným principům? Opravdu by rámcová směrnice ochraňovala služby ve veřejném ekonomické zájmu?

2-051

Karsten Friedrich Hoppenstedt (PPE-DE). – Herr Präsident, Herr Kommissionspräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst mein Dank an den Berichterstatter für die gute Zusammenarbeit im Wirtschaftsausschuss. Ich hoffe, dass diese gute Zusammenarbeit auch bis zum morgigen Tag anhält. Ich habe auch dafür zu danken, dass die Bedeutung dieses Berichts als Weichenstellung für die Zukunft der kommunalen Daseinsvorsorge oder, anders gesagt, für die Zukunft der Dienstleistungen von allgemeinem Interesse dargestellt wird. Die Länge der Debatte macht dies auch klar.

Wer viele Jahre im kommunalen und regionalen Politikfeld tätig war, weiß, dass die Politik für die Bürger vor der eigenen Haustür beginnt und das kommunale Selbstverwaltungsrecht und damit die Zuständigkeit der lokalen Behörden trotz vielfältiger europäischer Strukturen auch unter dem Aspekt der Subsidiarität unangetastet bleiben muss. Daraus ergibt sich, dass Kommunen einen wichtigen Beitrag zur Definition und zur Organisation der Dienstleistungen von allgemeinem Interesse leisten müssen. Dazu gehört essenziell, alle guten Wege einzuschlagen, um diese Dienste möglichst kostengünstig für den Bürger anzubieten. Das bedeutet natürlich auch, dass öffentliche und private Anbieter gemeinsam als Partner einbezogen werden müssen.

Wir sollten weiterhin alle Beteiligten aufrufen, einen Weg zu beschreiten, bei dem das begrenzte Markthandeln im kommunalen Umfeld nicht zwingend der Prozedur aller europäischen Regeln unterworfen wird, um die Kommunen nicht von diesem für Bürger positiven Weg der öffentlich-privaten Partnerschaften abzubringen. Was wir brauchen, ist Rechtssicherheit, die die Kreativität der Kommunen bei der Erfüllung ihrer Dienste fördert, sie nicht bürokratisch überfrachtet und langfristige Planung erlaubt. Kreativität und ein auf Rechtssicherheit basierendes, garantiertes kommunales Selbstverwaltungsrecht können entscheidende Impulse für den kommunalen Beitrag zum europäischen Wirtschaftswachstum liefern.

2-052

Corien Wortmann-Kool (PPE-DE). – Voorzitter, in de tekst van de resolutie is een goede balans gevonden tussen de vrijheid die lidstaten ook in de toekomst moeten behouden als het gaat om de organisatie en definiëring van hun publieke taak enerzijds en het naleven van de interne marktregels anderzijds. De focus van Europa -en ook daar is de tekst van de resolutie duidelijk over - moet gericht zijn op *legal clarification* en een sectorale benadering daar waar er problemen zijn en onduidelijkheid bestaat.

We vragen om rechtszekerheid, maar rechtszekerheid betekent niet het beperken van mededinging en protectionisme. We vragen om rechtszekerheid ook om lokale en regionale overheden te helpen, maar we moeten er ons goed van bewust zijn dat diezelfde lokale overheden hun eigen keuzeruimte willen behouden en geen extra opgelegde regels willen.

We moeten vooral ruimte bieden aan de diversiteit en die diversiteit niet bevroren in een horizontaal regelgevend kader. De dynamiek moet overeind blijven voor een slagvaardig Europa. Voorzitter Barroso, ik waardeer het zeer dat u persoonlijk bij dit debat aanwezig is. Wij vragen aan u duidelijkheid, maar u mag ook duidelijkheid van ons verwachten. Dus de EVP zal stemmen tegen het amendement van de socialisten waarin wordt gevraagd om een kaderwet.

Collega van den Burg sprak over de vooroordelen en het misbegrijpen van de intenties van de socialistische fractie. Maar uw fractievoorzitter, de heer Schulz, voedt zelfs die vooroordelen want hij zegt dat we sociale normen moeten waarborgen op Europees niveau, dat we op Europees niveau ook die kwaliteitsnormen en de kwaliteit van de dienstverlening moeten waarborgen. Dat gaat mij te ver en daarom: geen kaderwet en geen horizontaal regelgevend kader.

2-053

Małgorzata Handzlik (PPE-DE). – Panie Przewodniczący! Chciałabym pogratulować posłowi sprawozdawcy dobrego sprawozdania, jednocześnie podziękować mu za daleko idącą wolę negocjacji i dyskusji. Dzięki takiej postawie posła sprawozdawcy sprawozdanie to stanowi zrównoważony kompromis pomiędzy różnymi opcjami politycznymi. Sprawozdanie to jest bardzo ważnym krokiem do określenia miejsca usług użyteczności publicznej w porządku prawnym.

Jasno należy podkreślić, iż w prawodawstwie unijnym dyrektywa ramowa dotycząca usług użyteczności publicznej jest niepotrzebna. Tematyka dotycząca tego rodzaju usług powinna być traktowana w sposób sektorowy, a nie ogólny. Należy zostawić państwu członkowskiemu możliwość definiowania tego, co ze względu na ich charakterystykę regionalną należy do usług użyteczności publicznej, a co nie. Prawo to nie może być jednak używane przez państwa członkowskie do działań niezgodnych z Traktatem, szczególnie, jeśli chodzi o zasady wolnej konkurencji, pomocy państwowej czy zamówień publicznych.

Tak więc z jednej strony państwa członkowskie powinny mieć prawo do definiowania usług użyteczności publicznej na ich terytorium, z drugiej jednak strony nie powinny go nadużywać, co bardzo często ma miejsce. Usługi użyteczności publicznej są bowiem często używane jako argument ochrony interesu publicznego przeciwko zasadom rynku wewnętrznego. Żadna jednak dyrektywa ramowa nie będzie tutaj, w moim odczuciu, dobrym rozwiązaniem ani dla europejskiej ekonomii, ani dla konsumentów - obywateli Unii, a do problemu powinniśmy podejść w sposób sektorowy.

2-054

Zita Pleštinská (PPE-DE). – Globalizácia nás konfrontuje s väčšou otvorenosťou trhov, väčšou konkurenciou a rýchlejšími inováciami a vyžaduje lepšiu flexibilitu a adaptabilitu. Z tohto dôvodu sa musia aj verejnoprospešné služby, ako jedna zo zložiek sociálneho modelu, neustále prispôsobovať novým podmienkam globalizácie, demokratickým zmenám a pokroku vo vede.

Európsky parlament v prvom čítaní schválil smernicu o službách, ktorej pôsobnosť vymedzil. Služby všeobecného hospodárskeho záujmu boli zahrnuté do pôsobnosti smernice o službách. Na služby vo verejnom záujme, zdravotné služby či dopravné služby sa podľa schváleného návrhu pôsobnosť smernice nevzťahuje. Verejnoprospešné služby sú v 25 štátoch Európskej únie dané historicky a zakladajú sa na značne odlišných regionálnych tradíciách. Z tohto dôvodu by som chcela zdôrazniť, že je potrebné bezpodmienečne dodržať princíp subsidiarity. Podľa tohto princípu každý členský štát samostatne rozhodne, aké služby budú zabezpečovať verejné inštitúcie a ktoré sektory budú liberalizované.

Na Slovensku sa občanmi zvolené a kontrolované miestne a regionálne orgány osvedčili pri poskytovaní služieb všeobecného záujmu a sú schopné naďalej zaručovať práva týkajúce sa spoločného rozhodovania, ochranu spotrebiteľa a verejné blaho. Kompetentné verejné orgány musia mať k dispozícii vhodné nástroje, aby mohli presadzovať uplatňovanie hospodárskej súťaže a aby zabezpečili ochranu spotrebiteľa. Veľký význam má posilnenie kontrolných možností členských štátov, aby sa zabezpečila účinná realizácia cieľov verejnej politiky, ako sú prístupné ceny a kvalitné normy.

Na základe týchto skutočností som presvedčená, že nie je potrebné udeliť Európskej únii ďalšie právomoci v oblasti verejnoprospešných služieb. Zastávam jednoznačné stanovisko, že neexistuje právny základ pre rámcovú smernicu o službách vo verejnom záujme. Na záver mi dovoľte poďakovať pánovi spravodajcovi Rappkayovi za jeho prácu.

2-055

Andreas Schwab (PPE-DE). – Herr Präsident, Herr Kommissionspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich den Kolleginnen und Kollegen, die an der Erarbeitung dieses Themas maßgeblich mitgewirkt haben, herzlich danken. Das ist zum einen der Kollege Szájer aus dem Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz, der Kollege Rapkay als Hauptberichterstatter des Parlaments und unser Schattenberichterstatter Hökmark.

Herr Kommissionspräsident, was Sie heute Morgen hier gesagt haben, empfand ich als eine sehr adäquate Antwort auf das Anliegen, das die PSE-Fraktion mit ihrem Entwurf für eine Rahmenrichtlinie ins Parlament eingebracht hat. Wir sind zwar der Auffassung und bleiben dies auch, dass wir diese Rahmenrichtlinie nicht brauchen, aber in dieser Rahmenrichtlinie sind drei Bereiche angesprochen, in denen es einen Widerspruch gibt zwischen den Interessen der unteren, der kommunalen Ebene auf der einen Seite und den Interessen eines effektiven europäischen Binnenmarktes auf der anderen Seite. Da muss man bei aller Geradlinigkeit, die im Europäischen Parlament für den Binnenmarkt verlangt werden kann, doch darauf hinweisen, dass bestimmte Belange, sei es im Bereich des Vergaberechts, sei es im Bereich des Wettbewerbs- oder Beihilferechts für die Kommunen nicht unbedingt *per se* schlecht sind. Man muss vielmehr die Notwendigkeit sehen, in diesen Bereichen mehr Rechtssicherheit zu schaffen. Ob dies in der Form einer Mitteilung, die Sie in Aussicht gestellt haben, ausreichend gelöst werden kann, muss abgewartet werden. In jedem Fall aber glaube ich, dass eine Mitteilung die adäquatere Herangehensweise an das Problem ist als das, was eine Rahmenrichtlinie gebracht hätte.

Denn – Kollege Radwan hat es bereits angesprochen – das Dilemma zwischen Markt und Subsidiarität müssen wir viel stärker aus der Sicht des Bürgers betrachten. Auch das europäische Sozialmodell – ich frage mich immer, wie man sich ständig auf das europäische Sozialmodell berufen kann, ohne irgendetwas Konkretes dazu zu sagen – möchte einen Bürger, einen Verbraucher, der überall in Europa eine möglichst günstige Leistung angeboten bekommt. Da hat Kollege Hudghton durchaus Recht, wenn er die schottischen Kommunen lobt, die zu sehr günstigen, marktgerechten Preisen ihre Leistungen anbieten konnten. Wenn sie das auch in Zukunft tun sollen, muss man ihnen dafür entsprechende Rechtssicherheit geben. Doch das bedeutet eben nicht, dass der Markt an dieser Stelle ausgehebelt werden darf.

2-056

Alexander Stubb (PPE-DE). – Mr President, I should like to make three points.

Firstly, I think services should be open to competition. That is why we are here and why we have European integration. It is clear that Member States cannot sustain their welfare systems without the help of the private sector. This whole debate is about having specific public services of general interest. It has happened in a country near my own, Finland, formerly the Soviet Union. It is absurd to think that services of general interest can be provided only by the public sector. I should therefore like to promote public-private partnerships. We should draw some lessons from the debate we had on the Services Directive.

My second point, then, is: *no framework directive!* There is no basis for it. I do not want the Commission to come up with anything, not even a consolidating document. It falls within the competence of the Member States. It adds no value whatsoever. Face the facts: the Commission's study makes it clear that there are huge differences between what we consider to be a service of general interest in Finland, for instance, and what is considered to be a service of general interest in France. This debate is a smokescreen for monopolies and for protectionism. That to me is completely anti-European.

Finally, I wish to second what my Polish colleague Mrs Handzlik said. What is the right solution? It is clear that we must have a sector-specific approach. We have to go sector by sector, focus on cooperation and have clear priorities: healthcare, postal services, water and gas services and so on, but without a directive. Let us stay clear of it.

2-057

Roselyne Bachelot-Narquin (PPE-DE). – Monsieur le Président, mes chers collègues, vous avez, Monsieur le Président de la Commission, utilement rappelé les quatre principes fondateurs qui doivent guider notre réflexion sur les services d'intérêt général. Paradoxalement, on pourrait penser que vous avez rouvert le débat sur la nécessité d'une directive-cadre sur les services d'intérêt économique général, ou le choix d'initiatives sectorielles sur les services sociaux ou les services de santé.

Le vote de la directive sur les services avait fait bouger les lignes en faveur de la deuxième solution puisque la vraie frontière ne se situe pas entre les services d'intérêt général économiques et non économiques mais bien, au sein des SIEG, entre les services sociaux et sanitaires et les autres. Cette évolution avait été renforcée par le travail fin et juridiquement minutieux du rapporteur Rapkay et de notre collègue Gunnar Hökmark, qui ont jeté un pont juridique entre la directive sur les services et les instruments sectoriels.

En effet, une directive-cadre sur les SIEG soulève trois difficultés. D'abord, le traité européen n'offre pas de base juridique, comme cela a été rappelé à de nombreuses reprises. Ensuite, cette directive serait incompatible avec le champ d'application de la directive sur les services, tel qu'il a été voté en première lecture le 29 mai. Enfin, elle ne répond en rien au besoin de sécurité juridique exprimé par les acteurs, tout en menaçant la subsidiarité réclamée par les États et les collectivités territoriales.

Quel que soit l'instrument choisi, en tout état de cause, et les choix idéologiques qui guideront notre option, l'essentiel est ailleurs. Il convient de poursuivre le travail de clarification juridique dans le domaine des services sociaux et des services de santé d'intérêt général. Tel est, Monsieur le Président de la Commission, le problème qui se pose concrètement aux acteurs de terrain.

2-058

Eoin Ryan (UEN). – Mr President, this is an extremely interesting debate. As you know, the Commission published a White Paper on the issue, recommending that a framework directive be put in place to cover services of general interest. However, I do not agree with that approach; I believe that we should support regulations governing specific economic sectors. I would certainly agree with the idea in principle, but I believe that an overarching directive would cause enormous confusion in the debate, especially in the debate in Member States. It could lead to hysteria if people do not understand exactly what it means. That is why I believe we have to be far more specific and look at the directive sector by sector, at the existing providers of services. What we are trying to do here is improve services for the citizens of Europe so they will understand exactly what has been proposed; so that consumers will not be frightened that a directive which comes from Europe could privatise or undermine existing services within their country. It is very important to approach this with clarity so people can understand exactly what has been proposed by both the Commission and Parliament.

The EU has competence over matters such as telecommunications, transport and energy, but it does not have competence under the EU Treaties to legislate in a broad capacity on matters governing the operation of social services, health and education within the different Member States. The debate boils down to the powers of the EU institutions versus the competence of Member States. We must be very careful with regard to that issue.

It surprises me that some Members are against that, whereas they are very much in favour of tax harmonisation between Member States. To my mind that seems to contradict what they are saying in this debate. I do not believe in tax harmonisation. I believe that Member States should control their own tax systems. That would encourage competition within the Union.

2-059

Jean-Claude Martinez (NI). – Monsieur le Président, Monsieur le Président Barroso, mes chers collègues, l'école, la santé, la poste, l'eau, les transports, c'est le cœur de la vie en société. C'est cela que le service rendu au public, dans l'intérêt du public, demande forcément pour être géré: un service de régime juridique public.

C'est en Europe que des pays comme la France ont inventé cette façon solidaire de gérer les parties communes de la copropriété sociale. Or, c'est juste au moment où cette technique intelligente du service à portée générale, à portée

universelle pourrait inspirer les solutions audacieuses à trouver aux problèmes planétaires de l'eau, du médicament de base, de l'instruction, et de tous les biens des parties communes de la copropriété planétaire, c'est juste à ce moment que la Commission européenne réduit, sinon détruit, cet outil de pilotage des sociétés humaines.

La raison de ce gâchis consistant à détruire ce qui marchait depuis un siècle, c'est la croyance que le marché est grand, que la connaissance est son prophète et qu'on doit privatiser tous les services, comme le veut l'OMC, y compris, ici, les services des auxiliaires de session, c'est-à-dire ce squat social que nous avons fabriqué au Parlement européen, où 300 hommes travaillent sans papiers sociaux.

Monsieur Barroso, au-delà des problèmes techniques développés par nos collègues, comme par exemple Harlem Désir tout à l'heure, le problème est un problème culturel, est un problème de choix. Ou nous gérons les sociétés humaines à partir de la loi du marché, de la jungle, ou nous les gérons à partir de la loi de la raison.

Monsieur Barroso, est-ce que vous voulez continuer à sauter de liane en liane, du FMI à l'OMC, en poussant le cri de "marché, marché", ou est-ce que vous voulez vous asseoir dans la clairière et traiter raisonnablement des problèmes de raison?

2-060

José Manuel Barroso, président de la Commission. – J'aimerais d'abord vous dire, Monsieur le Président, Mesdames, Messieurs les députés, que j'ai beaucoup apprécié ce débat. Je l'ai trouvé vraiment très intéressant et je crois qu'il sera fort utile. Nous n'avons pas perdu notre temps et j'ai pu ainsi me forger une idée bien plus concrète de vos sentiments, mais aussi des difficultés que cela représente de faire progresser ce dossier.

En vérité, le débat a confirmé les ambiguïtés qui subsistent, que certains d'entre vous ont évoquées. Le rapport Rapkay est évidemment un rapport sage, intelligent. Il cherche à établir un équilibre. Mais il est vrai aussi qu'il ne répond pas complètement à certaines questions. Et cela doit vous faire mieux comprendre les difficultés que la Commission a rencontrées pendant des années pour circonscrire le sujet et fournir des définitions plus précises. C'est que la matière est complexe. Reconnaissons-le. Même considérée dans un espace-temps fixe, la question est ardue, parce qu'il s'agit de concilier des principes qui apparaissent parfois comme contradictoires. Ainsi en est-il des principes du marché intérieur et de la concurrence, principes essentiels à notre Communauté, qui sont inscrits dans les traités et que la Commission doit absolument respecter, soyons clair, tout comme les principes de l'intervention de l'État et de l'intérêt général.

Mais si la question est déjà difficile en soi, elle s'avère plus complexe encore quand on la place dans un espace et un temps qui évoluent. Le temps – c'est là une réalité que certains d'entre vous ont soulignée – est en constante mutation: transformations structurelles dans nos marchés, pressions accrues de la concurrence internationale et changements technologiques très importants. Mais en termes d'espace aussi la variété est grande selon nos États membres: le niveau d'intervention peut en effet présenter des différences notables à l'échelle nationale, régionale voire locale. La question est donc extrêmement complexe et justifie qu'il soit si difficile voire impossible de fournir une réponse uniforme au nom du principe évoqué "*one size fixes all*".

Cela veut-il dire qu'on ne peut rien faire sur le plan européen? Je ne suis pas d'accord. Au contraire, mais comment devons-nous nous y prendre? Voyons d'abord ce qu'il ne faut pas faire. Je crois qu'il y a deux approches extrêmes qu'on doit absolument écarter. La première, celle qui consiste à dire: "l'Europe, ça n'a rien à voir avec les services d'intérêt général. Ce n'est pas votre affaire". C'est faux. C'est aussi notre affaire, parce que les services d'intérêt général sont au cœur de notre modèle de société et que nous voulons les préserver. L'Europe a donc son mot à dire dans l'affaire.

L'autre approche radicale consiste à dire: "Réglementez donc, parce que cela nous permettra de nous opposer – et cela a été dit avec une grande franchise – de nous dresser contre ce que disent les traités", parce qu'on pense que la vision des traités tend plutôt à la libéralisation et que le temps est venu de la mettre en cause en édictant une réglementation contre les règles du marché intérieur, contre les règles de la concurrence. Cela, nous ne pouvons l'accepter. Le marché intérieur, c'est notre force. C'est une des grandes réussites de notre construction européenne.

Mais, si nous écartons ces deux positions extrêmes, à savoir la position ultra-minimaliste en termes européens et la position ultra-interventionniste anti-marché, que pouvons-nous faire? Il me semble, après avoir suivi ce débat, que les principes que j'ai posés au début et que reprend d'ailleurs le rapport Rapkay nous donnent la solution. Je vous fais donc la suggestion suivante Mesdames, Messieurs les députés: au lieu de nous concentrer sur un débat théologique, sur l'utilité ou l'inutilité d'une directive-cadre, qui – la discussion l'a montré – ne recueille pas à l'évidence de consensus, pourquoi ne pas nous concentrer sur la substance, comme semble le vouloir la majorité au Parlement. Sur quoi l'accord porte-t-il? Sur la subsidiarité, que nous acceptons tous. Je crois qu'il faut respecter le niveau national et le niveau local en cette matière. Il faut assurer la compatibilité entre le marché intérieur et l'intérêt public et cela, dans tous les cas où l'on constate une contradiction apparente.

Par ailleurs – et c'est peut-être à mon avis le point le plus important –, il y a la substance même des services publics. Nous voulons tous qu'ils soient de qualité élevée, qu'ils présentent un bon rapport qualité-prix et qu'ils soient accessibles à tous. On peut donc accepter le principe de la modernisation des services publics, mais sans oublier ces facteurs essentiels. Enfin, il faut citer la nécessité d'une sécurité juridique accrue.

Si nous sommes d'accord sur ces quatre points, et après avoir rencontré les différents groupes, après avoir entendu l'intervention de M. Rapkay, celle de Mme Thyssen et celle de beaucoup d'autres, je pense pouvoir dire qu'il y a quand même là un fond commun de consensus, des perspectives de compromis, il me semble qu'il est possible de faire progresser ce dossier tout en gardant les principes qui sont les nôtres, du marché intérieur, du respect des règles de concurrence, de la défense de l'intérêt général, qui définissent notre modèle européen. La communication que nous allons présenter ira dans cette direction et je crois que le débat et ma présence ici aujourd'hui nous aideront à préciser notre pensée. Nous proposerons quelque chose qui témoignera que nous avons progressé dans notre réflexion et, je l'espère, dans nos décisions, dans une matière aussi importante, au cœur même des préoccupations de l'Europe et de nos concitoyens.

(Applaudissements)

2-061

Robert Goebbels (PSE). – Monsieur le Président, je crois que nous sommes tous plus ou moins d'accord avec ce que le président Barroso vient de dire. Il nous annonce une communication. Nous l'attendons avec impatience. Mais est-ce que le président peut nous dire s'il va demander à ses services de proposer également des textes législatifs pour qu'enfin, le Parlement puisse en débattre en tant que colégislateur?

2-062

José Manuel Barroso, président de la Commission. – Monsieur le Président, ce que je peux dire à ce stade, après avoir écouté les opinions des uns et des autres, c'est ceci.

Nous allons présenter, comme je l'ai dit, d'ici à la fin de l'année, une communication qui constituera une avancée par rapport aux réflexions précédentes.

En ce qui concerne les textes législatifs, à mon avis, le débat a fait apparaître de façon évidente que nous sommes loin d'un consensus sur une directive-cadre. Cela dit, pour différents secteurs, bien entendu, il y aura des initiatives législatives. Cela dit encore, je pense que nous devons réfléchir, et moi-même je vais réfléchir avec mes services – la Commission n'est en effet pas simplement un ensemble de services, le Collège et le Président ont aussi des idées –, à ce qui peut être fait sur un plan plus général. Je ne peux, à ce stade, préjuger de notre proposition mais – et là j'anticipe sans engager la Commission, parce que c'est une question que je dois moi-même présenter au Collège – il me semble, d'après le débat, qu'il serait possible d'adopter une approche qui pourrait réunir les principes que nous avons évoqués ici, en tenant compte de la nécessité, que beaucoup d'entre vous ont exprimée, de ne pas diviser aujourd'hui l'Assemblée et l'Europe sur la question de l'opportunité de la réglementation, notamment en mettant en cause le principe de subsidiarité.

Je crois que c'est possible et je voudrais terminer par une remarque à caractère politique. Je m'adresse à vous en tant qu'Européens convaincus que vous êtes. Il est essentiel, si nous voulons faire avancer ce dossier, d'éviter ici une polarisation comme celle que nous avons connue sur la directive relative aux services. Il me semble que, de la même façon que le Parlement, avec les institutions, a réussi à trouver un équilibre politique positif sur cette directive, nous avons besoin du même type d'approche pour cette question. Si nous entrons dans une division tranchée entre deux positions extrêmes – oui ou non à une réglementation globale sur la question – il me semble que nous allons vers une confrontation qui ne sera pas dans l'intérêt global de l'Europe, telle que nous la convenons.

Donc, concentrons-nous sur la substance. Il y a du reste, dans le rapport Rapkay, assez de matière faisant l'objet d'un accord. Ensuite, nous trouverons une solution sur les instruments de décision.

2-063

Presidente. – La discussione è chiusa.
La votazione si svolgerà mercoledì alle 12.00.

2-064

4 - Programma comunitario per l'occupazione e la solidarietà sociale (PROGRESS) (discussione)

2-065

Presidente. – L'ordine del giorno reca la raccomandazione per la seconda lettura della commissione per l'occupazione e gli affari sociali sulla posizione comune del Consiglio in vista dell'adozione della decisione del Parlamento europeo e del Consiglio che istituisce un programma comunitario per l'occupazione e la solidarietà sociale - PROGRESS (06282/3/2006 - C6-0272/2006 - 2004/0158(COD)) (Relatore: Karin Jöns) (A6-0300/2006)

2-066

Karin Jöns (PSE), Berichterstatterin. – Herr Präsident, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Was lange währt, wird endlich gut. Wir werden heute das größte Beschäftigungs- und sozialpolitische Aktionsprogramm der Europäischen Union verabschieden, das es je gab. PROGRESS steht, wie sein Name schon sagt, für Fortschritt und für soziale Solidarität. Deshalb war es unserem Haus wichtig, dass PROGRESS auch wie geplant rechtzeitig Anfang Januar 2007 anläuft. Genau das werden wir nun, nachdem der Rat sich auf uns zu bewegt hat, mit dieser Abstimmung sicherstellen können.

Mein Dank gilt daher allen, die daran mitgewirkt haben, dass PROGRESS nun zu dem geworden ist, was es ist. Nämlich zu einem wirklich umfassenden und vor allem auch finanziell gut ausgestatteten strategischen Instrument, das in der Tat mehr Nachhaltigkeit im Kampf gegen Arbeitslosigkeit, Armut und soziale Ausgrenzung bewirken kann.

An dieser Stelle sei aber auch noch einmal ein Dankeschön an unsere Haushalter aus allen Fraktionen gerichtet, die im Trilog Unmögliches möglich gemacht haben und für PROGRESS eine Mittelerrhöhung von fast 20% in diesen schwierigen Verhandlungen herausgeschlagen haben.

Immer wieder wurde in der Vergangenheit beklagt, dass die bisherigen Mehrjahresprogramme — das heißt die Programme zum Arbeitsmarkt, zur sozialen Integration, zur Antidiskriminierung und zur Chancengleichheit — nicht ausreichen würden, um unsere sozialpolitische Agenda wie vorgesehen auch wirklich umsetzen zu können, um also wirklich zu einem rascheren Austausch über bewährte Politikansätze, Konzepte und Maßnahmen unter den Mitgliedstaaten zu kommen und um gemeinsam weitere Indikatoren und zielführendere Maßnahmen zu entwickeln.

Vielmehr — so war man sich einig — bedürfe es hierzu eines anders organisierten und besser strukturierten Austausches und einer stringenteren Kooperation. Genau hier setzt PROGRESS an. Es führt also nicht nur die bisherigen Programme zusammen, sondern verbessert die Kooperationsstrukturen und bindet alle Ebenen der Politikgestaltung mit ein. Dazu gehört zum Beispiel, dass die Netzwerkarbeit und das gegenseitige Voneinanderlernen auch auf grenzüberschreitender, nationaler, aber auch auf regionaler und lokaler Ebene und eben nicht nur auf europäischer Ebene gefördert werden.

Ich bin sehr froh darüber, dass wir Kommission und Rat letztlich davon überzeugen konnten, auch in Zukunft den transnationalen Erfahrungsaustausch zu fördern, denn wo, wenn nicht hier, bekommen wir den immer wieder von uns eingeforderten europäischen Mehrwert? Um aber endlich die Ergebnisse von Studien und Analysen, die gewonnenen Erfahrungen, die *best practice* rascher zu verbreiten, werden wir in Zukunft auch ein Forum bekommen, dessen Aufgabe die Evaluierung und Umsetzung der sozialpolitischen Agenda sein wird, und das darüber hinaus in die Weiterentwicklung von Strategien und in die Festlegung neuer Prioritäten mit einbezogen wird.

Ganz wichtig ist es mir ferner, dass es uns gelungen ist, die Rolle der Sozialpartner und der Nichtregierungsorganisationen gegenüber dem ursprünglichen Vorschlag der Kommission erheblich zu stärken. Sie sind jetzt auch in die konstruktive Begleitung und in die Weiterentwicklung der Strategien eingebunden und in ihrer Arbeit nicht auf die bloße Verfolgung der europäischen Ziele beschränkt.

Wir haben aber auch unseren eigenen Einfluss als Parlament gestärkt. Wir sind sowohl an der Umsetzung als auch an der Evaluierung voll beteiligt. Erstmals werden die Umsetzungsberichte der Kommission auch uns zugeleitet und nicht nur dem Programmausschuss.

Ein ganz besonderer Dank geht zum Schluss an Sie, Herr Kommissar Špidla. Ohne Ihre Unterstützung wäre es uns nämlich nicht gelungen, den Begriff des *gender mainstreaming*, der eigentlich mehr als nur ein Begriff ist, derart gut in allen Sprachfassungen zu verankern, wie dies nun geschehen ist.

2-067

Vladimír Špidla, člen Komise. – Vážený pane předsedo, vážená paní poslankyně, vážení páni poslanci, dohoda z května letošního roku o finančním výhledu dávala tušit možnost rychlého a úspěšného uzavření jednání o programu Společenství pro zaměstnanost a sociální solidaritu

– Progress, který je hlavním politickým nástrojem na podporu uskutečňování ambiciózních sociálních cílů, které si Unie vytyčila v Lisabonské strategii. Skutečnost nám dala za pravdu. A dnes se tedy připravujete k hlasování o rozhodnutí, jímž se tento program stanoví.

Dovolte mi, abych jménem Komise vyjádřil své poděkování zvláště členům Výboru pro zaměstnanost a sociální věci za kvalitní práci a úsilí, které vynaložili po celou dobu jednání. Chtěl bych zejména srdečně poděkovat paní Karin Jónsové, která byla parlamentní zpravodajkou v této věci. Rovněž bych rád poděkoval všem dotyčným stínovým zpravodajům, bez nichž by takový dobrý závěr nebyl možný.

Tento text používá pojmy uvedené v dohodě dosažené mezi orgány. Otázky, které mohl Evropský parlament vyslovit v roce 2005 u příležitosti posouzení návrhu v prvním čtení, byly již tedy vzaty v úvahu. Rozdělení rozpočtu mezi jednotlivé oddíly politik, na něž se vztahuje náš program, odráží vaše očekávání. Reagovali jsme na vaši snahu, aby byla v rámci

programu posilena důležitost oddílu týkajícího se rovnosti žen a mužů. Stejně tak tomu bylo i v případě oddílu, který se týká sociálního začlenění a sociální ochrany. Parlament bude rovněž každý rok úzce zapojen do hlasování o částkách nezbytných pro provádění činností, na něž se program vztahuje. Byl to bod, ke kterému má Parlament i Komise stejný postoj. Byli jsme toho názoru, že to má být prováděno naprosto transparentním způsobem. S uspokojením konstatuji, že Rada nakonec tento postoj přijala, čímž zároveň otevřela cestu k rychlému vyřešení těchto jednání.

Naposledy mi dovoluje, abych poděkoval váženým členům Parlamentu, kteří se svojí zjevnou odhodlaností dosáhnout uspokojivé dohody a se svým úsilím vynaloženým za tímto účelem značně přispěli k tomuto velmi dobrému výsledku.

2-068

Robert Atkins (PPE-DE). – Mr President, can you explain or give any good reason why the votes have been arbitrarily postponed to 11.40, when previously they were announced for 11.30? There was no need to start this debate at the time it did start. Yet again, the administration of this Parliament is putting the convenience of the Presidency before the interests of Members. It is not good enough.

2-069

Presidente. – Il dibattito prosegue a causa dei ritardi nelle operazioni di voto.

2-070

Jan Andersson, för PSE-gruppen. – Jag skall inte förlänga debatten särskilt mycket. Jag vill först och främst rikta ett särskilt tack till Karin Jöns som har arbetat med programmet Progress. Hon har gjort det på ett utmärkt sätt. Hennes arbete har möjliggjort att vi snabbt har kunnat nå en lösning och att det, till skillnad från förra gången, kan komma igång väldigt snabbt. Progress är ett viktigt program, ett samlat program för sysselsättningsfrågor, sociala frågor och jämställdhet och mot diskriminering. Vi har ställt oss bakom konceptet om ett samlat program. En av lösningarna var att vi i Europaparlamentet skall arbeta för att det inom ramen för långtidsbudgeten anslås mer pengar till programmet eftersom det handlar om det sociala Europa som vi pratar så ofta om. Överenskommelsen om mer pengar till programmet Progress underlättade också överenskommelsen om programmet i stort. Det fanns en del viss oenighet kring frågorna om jämställdhet och social integration, men de frågorna är nu lösta. Dessa delar av programmet har fått ökade resurser för att öka jämställdheten, den sociala integrationen och det sociala skyddet. Det har inte skett på bekostnad av andra delar, utan medel har istället tagits från reserven. Det här anser jag har blivit en väldigt bra lösning och jag tror att Progress kommer att spela en roll för byggandet av det framtida sociala Europa. Jag vill ännu en gång tacka Karin Jöns för ett mycket gott arbete!

2-071

PRESIDENZA DELL'ON. LUIGI COCILOVO
Vicepresidente

2-072

5 - Turno di votazioni

2-073

Presidente. – L'ordine del giorno reca il turno di votazioni.
(Per i risultati e altri dettagli delle votazioni: vedasi processo verbale)

2-074

5.1 - L'abitazione e la politica regionale (votazione)

2-075

5.2 - L'abitazione e la politica regionale (votazione)

2-076

5.3 - Richiesta di difesa dell'immunità parlamentare dell'on. Jannis Sakellariou (votazione)

2-077

5.4 - Media e sviluppo (votazione)

2-078

5.5 - Iniziative destinate ad integrare i programmi scolastici nazionali con misure di sostegno idonee a includere la dimensione europea (votazione)

2-079

– *Prima della votazione:*

2-080

Christopher Beazley (PPE-DE), rapporteur. – Mr President, I have a very brief textual clarification, which refers to paragraph 1. The final clause reads: ‘... to prepare them’ – that is to say school students – ‘for their roles as future citizens and as members of the European Union’. I propose that we delete the word ‘future’ so that it will read as follows: ‘... to prepare them for their roles as citizens and as members of the European Union’.

2-081

(L'emendamento orale è accolto)

2-082

5.6 - Qualità dell'aria ambiente e aria più pulita in Europa (votazione)

2-083

(La seduta è sospesa alle 11.55 e ripresa 12.00)

2-084

PRESIDENCIA DEL SR. JOSEP BORRELL FONTELLES

Presidente

2-085

6 - Sesión solemne - Liberia

2-086

El Presidente. – Señora Presidenta, el Parlamento Europeo se complace en recibirla en su sesión plenaria, y es para mí un honor dar la bienvenida a la primera mujer elegida Presidenta en un país de África, a usted y a la delegación de ministros y parlamentarios que la acompañan.

(Aplausos)

Debo decir a los colegas miembros del Parlamento Europeo que en la delegación de la señora Presidenta hay más parlamentarios que ministros.

Quiero recordar a esta Cámara que usted fue también la primera mujer que asumió la cartera de Ministra de Hacienda en su país en 1979, hace ya 27 años.

Desgraciadamente, el año siguiente su país sufrió un golpe de Estado: 1980 marca el inicio de un cuarto de siglo de violencia en Liberia, una guerra civil de 14 años, un pillaje sistemático de los recursos del país y una violación masiva de los derechos humanos de sus habitantes.

El balance de esta guerra terrible y larga –tan larga como las viejas guerras de religión europeas– no puede ser más trágico: 250 000 víctimas en un país de tres millones de habitantes supone casi un 10 % de la población, un millón de personas tuvo que abandonar sus viviendas –algunas están volviendo ahora–, se produjo una violación masiva de mujeres –más de 25 000–. En aquella época tres cuartas partes de la población “vivía” –si se puede decir vivía– con menos de 1 dólar al día y el desempleo alcanzaba el 85 % de la población, es decir, no existía una economía como la entendemos en las sociedades desarrolladas occidentales.

Señora Presidenta, en estas condiciones no debe ser tarea fácil para ningún gobernante asumir la presidencia de un país.

Nuestro Parlamento se felicita del papel que la Comunidad Económica de los Estados del África Occidental (ECOWAS) ha desempeñado en los diálogos de paz de 2002 que desembocaron en las elecciones presidenciales que usted ganó el pasado mes de noviembre.

El Parlamento Europeo envió observadores a esas elecciones, y el jefe de la delegación, nuestro compañero Max van den Berg, señalaba claramente en su informe que, a pesar de algunos pequeños incidentes, las elecciones se habían producido de acuerdo con las normas que las regían.

Por eso, la acogemos hoy como un símbolo del Estado de Derecho, de la paz, de la democracia, de los derechos de la mujer y de la lucha contra la corrupción y la impunidad.

Si ustedes leen la biografía de la Presidenta de Liberia, verán cuántas veces ha dimitido de sus puestos de responsabilidad por no estar de acuerdo con la forma en que los gobiernos se enfrentaban al problema de la corrupción en su país.

Recordarán también que el pasado mes de abril, aquí en el Pleno, tuve la ocasión de manifestar mi satisfacción por el arresto y la extradición de Charles Taylor, que el Parlamento Europeo había solicitado en varias resoluciones, y que se

llevó a cabo, al fin, a petición de la Presidenta. Esto representa un avance en la lucha contra la impunidad de los criminales de guerra en todo el mundo que saludamos aquí, entonces, y que hoy quiero recordar en su presencia.

Después de tanto sufrimiento, queremos ofrecerle nuestro apoyo.

Es bueno que las armas hayan callado. Pero a partir del momento en que las armas callan, empieza la tarea de reconstruir el país –una tarea seguida con menos interés por las cámaras de televisión–, y el riesgo que se corre es que, una vez abandonados los escenarios bélicos, se caiga en el olvido.

No sería el primer caso en que, después de haber conseguido la paz, la sociedad no haya encontrado el camino de la reconciliación ni la economía el camino del desarrollo. En ese camino, señora Presidenta, encontrará usted la ayuda europea para que Liberia siga siendo ese símbolo de libertad que fue en sus orígenes.

Esperamos y deseamos que usted construya un futuro de esperanza para todos los habitantes de su país que sea un símbolo para toda África.

Señora Presidenta, tiene usted la palabra.

(Aplausos)

2-087

Ellen Johnson Sirleaf, President of the Republic of Liberia. – Mr President, honourable Members, it is with a deep sense of gratitude that I and my delegation join you today on the occasion of your formal sitting. On behalf of the Government and people of Liberia I extend warm greetings and felicitations to you, honourable Members, and through you, to your respective governments and peoples. I am honoured by the opportunity to make a few remarks.

It has been barely eight months since the full responsibility of rebuilding post-conflict Liberia was passed over to us, following our victory during the democratically held 2005 elections. We accepted the responsibility fully aware of the magnitude of the challenges that our country faces after 14 years of civil war and destruction. The damage and negative consequences have been enormous, deepening the state of poverty throughout the country. Today, GDP per capita at USD 163 (2005) represents a 90% decline as compared with the pre-1980s pre-war levels due to sanctions and cutbacks in activities in productive sectors such as agriculture, forestry and mining.

Exports declined similarly by over 95% for the same period. Our huge external debt estimated at USD 3.7 billion represents 800% of GDP and 3000% of export earnings while domestic debt and non-salary arrears are estimated at USD 700 million. Our budget, just passed recently, at USD 129 million, although increased by over 50% from the previous fiscal year still accounts for less than 30% compared with two decades ago.

When we took office there was no electricity and no water. Schools and clinics had crumbled, roads were impassable. Institutions of governance had completely collapsed and corruption was rampant. HIV/Aids rates had soared. Few children were in school and many were dying of curable diseases. Today, well over three-quarters of our people live below the poverty line of USD 1 per day. An overwhelming majority of those people, mainly the youth, are either unemployed or employed in the informal sector.

Yet, I am pleased to tell you, Liberians are resilient people. For even after everything they have endured, the people of Liberia have faith in new beginnings. They are counting on me and our administration to create the conditions that will guarantee the realisation of their dreams.

Their dreams are not complicated. They just want the simple things that most people take for granted: to live their lives in peace, get a good education and to be able to provide for their families. Those things are not too much for Liberians to dream about.

But time is pressing. As you all know, the risks of regression to war in post-conflict societies is high when the government and the international community are not able to make strong efforts at key moments and sustain them over time.

Liberia today is at one of those key moments. Our efforts, joined by those of our partners over the next few months, the next year and beyond, will determine the future course of our nation. If we wait too long to introduce the policy changes and reforms that are needed, or if our international partners wait too long to ramp up its support, then we may lose the best chance Liberia has had in a generation to end the conflict permanently and build the foundations for growth and prosperity. We cannot afford to let that happen.

(Applause)

We must quickly consolidate the potential dividends of Liberia's hard-won peace and arrest the economic and financial haemorrhaging. We must respond to the deep wounds of the civil war, and enhance national governance, while quickly introducing new measures of structural reform. We must base our approach on the core principles of democracy, accountability, free enterprise, good governance, respect for human rights, and equitable distribution of our natural resources.

So with everything said and done, what must we do first? Poverty reduction strategies are at the core of both averting a return to conflict and establishing the foundation for sustained development. We are basing our strategy on four pillars of reconstruction and development.

The first pillar is enhancing security and consolidating peace in our country. Without peace and security there can be no development or prosperity. We must redouble our efforts to train our forces, not just in security matters but also in being accountable to the people. Our security forces over the years have been quite corrupt and largely dysfunctional. They have lacked the trust of the population and have been used to terrorise the population and to intervene in political processes without respect for due process or law. We want to change that. We must develop a clear national strategy that will take into account the gradual withdrawal of UN peace-keeping forces.

We have already started the process. We have completed the deactivation of members of our armed forces and are well on the way in recruiting a new army comprising 2000 soldiers to be adequately trained and well equipped. With the strong help of UN agencies and other partners, we have facilitated the return of 70 000 refugees and 50 000 internally displaced persons since the inauguration. Our police force and other security units are being restructured and trained. It is important that we find the means to resettle them in productive endeavours.

Second, we need to revitalise our economy. We need to focus strongly on agriculture, both in food and cash crops with emphasis on the rehabilitation of our traditional rubber industry. We also expect rapid growth in our forestry, mining and other natural resource-based industry, based upon policies that aim at creating an investment climate that will encourage investment in activities in which Liberia can compete internationally. These activities will create jobs to tackle the 80% unemployment which we face, particularly among our youth.

Towards this end, we cancelled all non-compliant forestry concession agreements and are in the midst of establishing a new concessions framework for our natural resource products, to ensure the strong growth of these sectors. We have taken an aggressive stance in collecting revenue owed to the government, and already revenues have jumped by over 20%. We have reached agreement with the International Monetary Fund on a Staff Monitoring Programme, and by all accounts our performance to date has been strong. We are concluding our Interim Poverty Reduction Strategy which articulates priority interventions over the period July 2006 through December 2007. This builds upon our 150 day Action Plan under which 70% of our desired results were achieved.

The third element of our vision is improving democratic governance. The over-concentration of power and a closed political system bred corruption, restricted access to the decision-making processes, limited the space for civil society participation in the processes of governance, and fuelled ethnic and class animosities and rivalries over time. We are working through statutory and policy changes to revise these constraints on democracy and development.

We are determined to fight corruption, which has eaten away the fabric of our nationhood and society. We are well along the way to developing a strong anti-corruption strategy and a supporting legal and regulatory framework. Our weak judicial system is under reform and being strengthened. We are working towards decentralising decision-making and allocating appropriate resources to county and municipal governments to support their own identified programmes and projects. We are placing emphasis on empowering the people, especially the poor and vulnerable, to become participants in the development process.

(Applause)

The fourth and final pillar of our agenda is revitalising our social and physical infrastructure. Education is central to renewal and reconciliation. Our vision of education for all – young and old – demands that we enforce the policy of full universal primary education and introduce literacy programmes in communities throughout the country with our resilient market women as key targets.

(Applause)

We recognise that no nation can develop under conditions of a 70% illiteracy rate. We must respond particularly to our war-affected youth, providing them with opportunities for school and skills training programmes.

We must also rehabilitate health facilities that have been partially or completely destroyed. Only 10% of our population today has access to healthcare. This must increase to at least 50% within the medium term. We must confront the growing HIV/AIDS problem, and fight malaria, parasites, malnutrition and other diseases that kill so many of our children.

Our roads are in a terrible state. Without a decent road network it will be nearly impossible to consolidate security, encourage new economic activity and strengthen local governance. We must also improve other social infrastructure, such as water and sanitation facilities. In what we consider one of our most important achievements, in July of this year we were able to turn on electricity and water to parts of our capital city, Monrovia, for the first time in 15 years.

(Applause)

We are proud that we were able to achieve in six months what previous governments had failed to do over so many years. We should like to thank the European Union through the European Commission for all they have done to support us in these first beginnings. But that accomplishment is just a beginning.

Our mission is to make the Liberian Government work again and be more responsive in delivering quality services to the Liberian people. The associated challenges are so daunting and the needs and expectations of our people so massive that our Government cannot satisfactorily respond by itself. There is a critical need for forging and building strong strategic partnerships. To this end, let me use this opportunity to express our deep appreciation for the continued assistance we have received over the years from the European Community collectively as well as from individual Member States.

(Applause)

The Government and people of Liberia appreciate this concerted support and we are keen to harness it for the recovery, reconstruction and development of our country. We take interest in the ongoing reforms within European Union development assistance to African nations, as well as the new European consensus on development towards poverty eradication. It is our desire to work with our colleagues to conclude the ongoing Economic Partnership Agreement negotiations, bearing in mind the need to arrive at a consensus on bringing into an equitable balance the development imperatives usually derived from such partnership agreements. Furthermore, the anticipated European Development Day celebration will no doubt enhance the content and results of your partnership with our countries. We welcome this innovative initiative and look forward to its good results.

In summary, we are off to a good start. For that we are grateful to the Liberian people and to the international community, including the European Union and the European Commission, which are key partners in this regard. It is just a start. In the next few months, we will be engaged in serious planning for our Partnership Conference, which is to take place in the first quarter of next year, and in developing our medium-term poverty reduction and growth strategy. We will continue our strong start in the budgetary process and adopt appropriate fiscal regulations with the GEMAP framework.

But it is critical that in the next few months Liberians begin to see steady, tangible progress. I would like to ask all our partners to work closely with us in the next few weeks so that we can make sure that the many activities that need to be implemented during the upcoming dry season are ready to go on time. We cannot afford to waste any time, and in many projects we need to speed the process of disbursement and implementation. We specifically ask for your support for this objective through the European Commission.

I also want to make sure that we do not face gaps in critical support during the transition between our emergency programmes winding down and longer-term development programmes getting started. In too many countries, this transition does not go smoothly and critical momentum can be lost.

Finally, I want to make sure that the efforts of Government and partners are fully synchronised and harmonised. To best prepare for the Partners Conference, we need to make sure that partners are supporting the most important initiatives, that there is not undue overlap and duplication, and that together with both strong planning and rapid and effective implementation we can be assured that we will take advantage of this critical moment in Liberia's history to put the conflict to rest and speed the process of reconstruction and development.

We are glad that our nation has been blessed. Liberia is not a poor country, but a country that has been poorly managed. We are committed to change that; to pursue those goals that will move us from the crisis of the past to the opportunity of the present. We are committed, as a people, to build a new Liberia from the ashes of an old turbulent past to a future of hope and promise. We are committed to strategic partnerships based upon mutuality of respect and benefits. We thank you all, collectively and bilaterally, for the support provided so far. We thank you, President Borrell Fontelles, for the opportunity of being here and we look forward to working with each and every one of your countries in the coming months and into the future. Thank you.

(The House rose and accorded the speaker a standing ovation)

2-088

El Presidente. – Señora Presidenta, sólo unas palabras para agradecer las suyas.

Estoy seguro de que su presencia en el Parlamento Europeo y las palabras que nos ha dirigido servirán para que Europa entera tome conciencia de los problemas de su país y se comprometa con el desarrollo de África.

Sabemos todos hasta qué punto Europa está hoy preocupada por la inmigración proveniente de África y todos sabemos que solamente superando los problemas que usted nos ha descrito podremos establecer esta relación de cooperación de la que usted nos ha hablado hoy.

Muchas gracias, señora Presidenta.

(Aplausos)

(Se levanta la sesión solemne a las 12.30 horas).

2-089

7 - Turno de votaciones (continuación)

2-090

El Presidente. – Reanudamos el turno de votaciones.

2-091

7.1 - Discarico 2004: Sezione I, Parlamento europeo (votazione)

2-092

PRESIDENZA DELL'ON. LUIGI COCILOVO
Vicepresidente

2-093

7.2 - Carta europea di qualità per la mobilità (istruzione e formazione) (votazione)

2-094

7.3 - Competenze chiave per l'apprendimento permanente (votazione)

2-095

7.4 - Strategia tematica sull'inquinamento atmosferico (votazione)

2-096

7.5 - Strategia tematica sull'ambiente urbano (votazione)

2-097

– *Prima della votazione:*

2-098

Gyula Hegyi (PSE), rapporteur. – Mr President, I should like to request a roll-call vote for the next two amendments, Amendment 3 (paragraph 7) and Amendment 4 (paragraph 25), because those amendments are totally against the spirit of my report.

2-099

Renate Sommer (PPE-DE). – Herr Präsident! Ich halte es aus grundsätzlichen Überlegungen heraus für falsch, direkt vor der Abstimmung plötzlich namentliche Abstimmungen zu fordern. Wir haben keine Angst, unseren Namen darunter zu setzen. Aber aus grundsätzlichen Erwägungen heraus halte ich das für nicht richtig, denn das ist ein Präzedenzfall.

2-100

(La richiesta non è accolta)

2-101

7.6 - Creazione di un quadro europeo delle qualifiche (votazione)

2-102

Presidente. – Ciò conclude il turno di votazioni.

2-103

8 - Dichiarazioni di voto

2-104

Presidente. – L'ordine del giorno reca le dichiarazioni di voto.

2-105

- Relazione: Mavrommatis (A6-0264/2006)

2-106

Hélène Goudin och Nils Lundgren (IND/DEM), skriftlig. – Föredraganden tar i sitt betänkande upp den viktiga roll som medierna spelar för ett lands utveckling. Yttrande- och pressfrihet är nödvändiga i en demokrati, men även god tillgång till medier för samtliga grupper i samhället krävs för att ett samhälle ska fungera väl.

Det finns emellertid vissa inslag i betänkandet som vi starkt motsätter oss. Vi står självfallet fast vid vår ståndpunkt att bistånd inte skall bedrivas på gemenskapsnivå. Detta är en medlemsstatsfråga. Vidare ska EU inte heller bedriva informationskampanjer i medlemsstaterna.

På det hela taget anser vi dock att innehållet är bra. Således har vi vid dagens votering röstat för betänkandet.

2-107

Daniel Stroj (GUE/NGL), v písemné formě. – Dovolte mi, abych se vyjádřil ke zprávě pana Mavrommatise, o které jsme hlasovali bez předchozí rozpravy. Zpráva obsahuje vedle řady podnětných a nezpochybnitelných myšlenek a závěrů rovněž velké množství prázdných a zbytečných frází, které nejen že nereflktují reálnou situaci v členských státech EU, ale ani nepřispívají k řešení problémů, kterými by se Unie v dané věci měla zabývat.

Chci zejména upozornit na skutečnost, že v některých členských státech nejsou média zdaleka nezávislá ani profesionální, a už vůbec nepředstavují zmiňovaný "rozhodující a základní faktor pro vývoj člověka". Například v České republice jsou média pouhou součástí trhu a přeneseně nástrojem politické manipulace a dezinformování veřejnosti. Není tajemstvím, že klíčová média v České republice patří cizím koncernům a regionální tisk patří jedinému německému vydavatelství.

Příznačným rysem souvisejícím s tímto stavem je segregace zejména levicových názorů, skandalizování a kriminalizování celých skupin obyvatelstva, a snižování role novinářů v pouhé námezdní pracovní síly, které musí bezvýhradně respektovat a hájit politickou platformu vydavatele. Pro vydavatele pak neplatí žádná omezení z hlediska koncentrace mediální moci.

Prázdna a líbivá slova o etice a humanitě musím proto chápat jako hlubokou naivitu a též jako vyhýbání se skutečným problémům existujícím ve sféře médií na teritoriu EU.

2-108

- Relazione: Beazley (A6-0267/2006)

2-109

Tomáš Zatloukal (PPE-DE). – Podpořil jsem zprávu pana kolegy Beazleyho, která se zabývá podporou aktivit zohledňujících evropský rozměr v učebních osnovách národních vzdělávacích systémů. Je zřejmé, že doplnění osnov o témata společných evropských dějin, společného kulturního dědictví a pochopení současného dění v Evropě se musí uskutečnit současně s rozvojem dalších oblastí jako např. podpora mnohojazyčnosti. Oceňuji, že pan zpravodaj zmiňuje vzdělávací portál European Schoolnet a jeho aktivity. Musím také vyzdvihnout projekt eTwinning, do něhož je zaregistrováno více než 17 tisíc evropských škol a který má za úkol spojit vzdělávací instituce z různých zemí za účelem tvorby společných projektů. Iniciativní zpráva je dobrým impulsem pro členské země, jak evropská témata začlenit do svých vzdělávacích systémů.

2-110

Ilda Figueiredo (GUE/NGL), por escrito. – Sendo verdade que existem disparidades entre os Estados-Membros e no interior destes no que se refere à inclusão da dimensão europeia na educação e que o aspecto linguístico é particularmente importante, pelo que os programas COMENIUS e LINGUA deviam contar com um maior financiamento comunitário, discordamos que haja uma única visão da História e dos valores ditos europeus.

Cada país tem a sua especificidade e cada povo a sua história. Mesmo essa pode ser vista de diferentes ângulos conforme o lado de que nos colocamos na sua observação.

Consideramos que a riqueza da Europa resulta da diversidade das suas culturas e das suas línguas, o que deve ser mantido, evitando qualquer uniformização.

Assim, embora o relatório sublinhe alguns aspectos positivos quanto às competências linguísticas e outras, aliás, no seguimento de relatórios anteriores e de programas comunitários já existentes, discordamos de algumas tentativas de uniformização a que pode conduzir. Daí a nossa abstenção.

2-111

Hélène Goudin och Nils Lundgren (IND/DEM), skriftlig. – Junilistan har i Europaparlamentet tidigare påpekat, och gör det igen, att endast medlemsländerna har ansvar för undervisningens organisation och utbildningssystemens innehåll. Tidigare har Europaparlamentet bland annat framfört att man önskar att gå in på språkundervisningen och utbildningssystemens anpassning till bland annat ny teknik och digitalisering. Nu är det den europeiska dimensionen som skall in i läroplanerna.

Men hur skall den europeiska dimensionen i Europas gemensamma historia och kulturella arv definieras? Och av vem eller vilka?

Vi måste agera i enlighet med subsidiaritetsprincipen. Medlemsstaterna skall själva förespråka demokrati och tolerans i Europa i sina läroplaner och till sina samhällsmedborgare. Detta får inte regleras från EU-nivå.

Vi har därför röstat nej till betänkandet.

2-112

Timothy Kirkhope (PPE-DE), in writing. – This own-initiative report does not seek to interfere with national competences regarding education. Essentially, this report seeks to ask for clarification as to what is the 'European dimension'.

There are a number of programmes that exist for teacher exchanges and for students such as the ERASMUS/SOCRATES programme. However, in the UK there are large numbers of students who are not aware of these opportunities and the UK is falling behind other countries in sending students abroad.

Since the Labour government made GCSE languages non-compulsory, the number of students studying French and German this year alone was 14% less than in the previous year.

Due to the language of the oral amendment which is ambiguous, British Conservatives were not able to accept this report in its entirety.

2-113

Bairbre de Brún and Mary Lou McDonald (GUE/NGL), in writing. – Our support for the Beazley report reflects our desire to see a strong emphasis on the teaching of languages to inculcate a culture of multilingualism within our education systems in Ireland. We also believe that all citizens should have access to detailed and unbiased information about the European Union and how it affects their lives.

Sinn Féin's support of the Beazley report (A6-0267/2006) 'The European Dimension of school teaching materials' should not be viewed as an endorsement of an increased role for the European Union in the education system of Member States. Education is a responsibility for each Member State and should remain so.

2-114

Luís Queiró (PPE-DE), por escrito. – O debate sobre a dimensão europeia nas escolas poderá passar despercebido ao olhar do mais distraído. No entanto, este é um debate que toca em questões de fundo.

Não podemos esquecer que as decisões que tomarmos na área da educação vão influenciar decisivamente as gerações futuras, as suas vidas e a sua compreensão do Mundo.

Assim, considero da maior relevância as afirmações do colega Beazley relativamente às competências linguísticas e gostaria de relembrar que o Indicador Europeu de Competência Linguística não pode constituir um sinal errado e contraproducente no sentido de estimular a aprendizagem generalizada de apenas algumas línguas europeias.

A projecção das restantes línguas europeias fora da Europa é um elemento da maior relevância, é um capital de conhecimento que deve ser estimulado por toda a Europa.

São os exemplos de alguns países, como a Áustria, a Espanha, Portugal ou a Eslovénia que devemos seguir. O lugar ocupado pela dimensão europeia no sistema educativo destes países está bem estabelecido e a aprendizagem das línguas europeias é estimulada.

A dimensão europeia nas escolas não pode ser negligenciada sobretudo se considerarmos a presença europeia no mundo, os novos desafios de crescimento económico que enfrentamos e os objectivos das políticas de cooperação com o resto do mundo.

2-115

Alyn Smith (Verts/ALE), in writing. – I congratulate our rapporteur on his initiative. Education is and must remain a Member State competence. Indeed, we in Scotland control our own education system and have for centuries. However, our rapporteur makes the very fair point that often our youngsters leave school ill-equipped to participate as citizens, and often

know little about the EU or other governments which work for them. The steps set out in this report make interesting homework for teachers across the EU.

2-116

Geoffrey Van Orden (PPE-DE), in writing. – While I support initiatives to enhance the study of foreign languages, to improve knowledge of the culture and history of the many European countries and to stimulate genuine debate about the nature of the EU, including its many fundamental flaws, I am strongly opposed to measures designed to inculcate support for the EU project of political integration and to construct some false identity of 'European' citizenship. The report confuses these various aspects. I therefore abstained.

2-117

- Relazione: Kraemer (A6-0234/2006)

2-118

Richard Seeber (PPE-DE). – Herr Präsident! Saubere Luft ist wohl für uns alle ein zentrales Thema. Wir haben auch zu bedenken, dass die Folgekosten einer schlechten Luft in Europa sicher höher sind als die Implementierungskosten für unsere Wirtschaft. Die Ausnahmen und die Verlängerungsmöglichkeiten, die im Kompromisstext enthalten sind, sind aber zu kompliziert und wohl auch sehr schwer administrierbar. Deshalb hat die österreichische ÖVP-Delegation diese Kompromisse größtenteils abgelehnt. Sie sind auch vor dem Hintergrund einer *better regulation* zu sehen. Genau diesem Anspruch genügen sie eben nicht. Daher war das Paket insgesamt größtenteils abzulehnen. Der Ratsstandpunkt wäre uns lieber.

2-119

Joseph Muscat (PSE). – Il-vot tiegħi dwar ir-rapporti Kraemer u Corbey kien favur livelli ogħla ta' kwalità ta' arja u kontrolli aktar stretti f'dan il-qasam. Il-punt ewlieni li wassalni biex nieħu din il-pożizzjoni huwa l-mod ta' kif qed jiġu ttrattati ċ-ċittadini Maltin u Għawdxin mill-awtoritajiet tal-pajjiż illum il-ġurnata. Ninsabu f'pożizzjoni fejn mhux talli l-istandards Ewropej mhux qed jiġu rispettati, iżda talli l-poplu mhux qed jingħata l-informazzjoni kollha li għandu dritt għaliha sabiex jiproteġi saħħtu u l-ambjent. Eżempju konkret ta' dan kien, kif kien biss wara intervent li għamilt, li l-awtoritajiet ammettew pubblikament li hemm ksur tad-direttivi Ewropej dwar l-emissjonijiet fil-'power-stations' ta' pajjiżna. Sahansitra qegħdin f'sitwazzjoni fejn l-apparat li jkejjel it-tniġġis tal-'power-stations' tal-Marsa u ta' Delimara ilu xhur ma jaħdimx wara li ntqal li ntlaqat minn sajjetti. Il-ġurnal Malti 'L-Orizzont' il-bieraħ żvela li għadna nraqqgħu l-pannu bil-qara' aħmar f'dan il-qasam, meta l-apparat il-ġdid għadu ma nxtarax. Dan mhux aċċettabbli u hemm bżonn li l-awtoritajiet responsabbli u l-Kummissjoni Ewropea jsejwu aktar mill-qrib dan il-ksur.

2-120

Jens-Peter Bonde (IND/DEM), skriftlig. – Vi tilslutter os fælles minimumsregler for luftforurening. Direktivet har godt nok som retsgrundlag art. 175 og art. 176, hvor det fremgår, at medlemsstaterne kan opretholde eller indføre mere vidtgående beskyttelse. Dog står der også i 176, at denne beskyttelse skal meddeles Kommissionen, og ikke må være i strid med traktaterne. Da grænseværdier for luftforurening kan komme i konflikt med det indre marked, mener vi derfor ikke, at et direktiv med retsgrundlag art. 175 og art. 176 i sig selv er en tilstrækkelig sikring af medlemsstaternes mulighed for at opretholde eller indføre højere beskyttelsesniveauer.

Vi stemmer imidlertidig for, fordi vi ønsker fælles minimumsregler, og vi vil derfor under Parlamentets andenbehandling fremsætte forslag, der giver hjemmel i direktivet til at tydeliggøre og sikre dette.

2-121

Anne Ferreira (PSE), par écrit. – Un air pur pour les citoyens, leur santé et leur qualité de vie, l'intention est bonne.

Malheureusement, le rapport que nous venons de voter n'est pas à la hauteur de l'enjeu.

Avec ce texte, nous sommes en deçà des préconisations de l'OMS et nous ne répondrons pas à l'urgence sanitaire qui s'impose à nous.

Les PM 2,5 sont les particules les plus fines et les plus dangereuses pour l'organisme, c'est pourquoi leur valeur limite ne devrait pas dépasser 12 microgrammes.

De plus, les délais d'application, qui s'étendent jusqu'en 2015, ne reflètent pas la gravité du problème et il n'est pas acceptable qu'on puisse en sus envisager des dérogations.

Je regrette également que cette première lecture ait été directement l'objet de compromis entre les groupes politiques, empêchant le travail parlementaire de prendre toute sa place et nous enfermant dans une position très en retrait de nos objectifs politiques.

Au final, ce rapport ne correspond pas à l'ambition que nous avons pourtant clairement affichée en matière environnementale, tant sur la scène internationale qu'auprès des citoyens européens.

2-122

Ilda Figueiredo (GUE/NGL), *por escrito*. – O elevado grau de poluição atmosférica sobretudo nas regiões e centros urbanos da UE com grande densidade populacional é responsável, a par de outros factores, por inúmeras doenças respiratórias e danos graves nos ecossistemas. São particularmente vulneráveis as crianças, os idosos e as pessoas que vivem perto das cidades mais populosas ou vias de circulação.

Já na proposta inicial da Comissão os valores propostos como valores limite de poluição significavam um retrocesso em relação ao acordado em 1999 - Directiva 1999/30/CE. Um destaque especial para os limites das partículas finas (PM_{2,5}) que são muito elevados e superiores ao que preconiza a Organização Mundial da Saúde.

Lamentavelmente, as propostas que o Grupo GUE apresentou foram rejeitadas no debate no Parlamento Europeu.

Assim, o documento que acabou por ser aprovado é de alcance limitado, embora com algumas propostas positivas que procuram caminhar para um certo equilíbrio no combate à poluição, mas de forma mitigada. Daí a nossa abstenção.

2-123

Robert Goebbels (PSE), *par écrit*. – Je me suis abstenu sur le rapport Kraemer qui dans ses principaux éléments est incompréhensible pour le commun des mortels, y compris le législateur censé faire la loi. Le Parlement, en voulant s'engager en faveur de la qualité de l'air ambiant, devrait se contenter de fixer les grands principes et le cadre général, et devrait laisser aux experts le soin de fixer les sommes à respecter.

2-124

Vasco Graça Moura (PPE-DE), *por escrito*. – A qualidade do ar ambiente é um factor determinante para a saúde e a qualidade de vida dos cidadãos europeus.

Esta proposta, que no âmbito da simplificação da legislação ambiental, vem fundir numa só mesma directiva 5 das disposições existentes relativas à qualidade do ar e acrescentar ambição às disposições existentes, assume por isso uma grande importância.

Apoiamos por isso a introdução de novos objectivos para as PM₁₀ e especialmente a definição de valores-alvo para as PM_{2,5}, consideradas as mais prejudiciais para a saúde humana e que não se encontravam ainda cobertas por legislação a nível europeu.

Apresentámos algumas emendas que introduzem medidas como a revisão da Directiva ao fim de cada intervalo de 5 anos para que possam ser introduzidos os mais recentes conhecimentos científicos, a garantia da qualidade do ar, a exclusão de certas zonas que não consideramos relevantes por terem pouca exposição ao público ou serem ambientes devidamente controlados e por último a simplificação dos critérios de medição junto das estradas.

Os deputados eleitos pelo PSD apoiam o relatório Kraemer, assim alterado.

2-125

Sebastiano (Nello) Musumeci (UEN), *per iscritto*. – L'elevato numero di malattie dell'apparato respiratorio e di perdite di vite umane dovute ad un alto tasso di inquinamento atmosferico dimostra quanto sia urgente ed improrogabile un ulteriore intervento legislativo comunitario in materia di protezione della salute, che limiti maggiormente le emissioni nocive per l'uomo.

Preoccupano, in modo particolare, le abnormi ed alte percentuali di malformazioni congenite in alcune zone industriali dell'Unione europea.

Il caso dei complessi petrolchimici di Sicilia è emblematico: tra il 1992 e il 2002, su tredicimila nati, quasi mille presentano malformazioni cardiovascolari, agli arti e all'apparato digerente, mentre il tasso di mortalità per i tumori allo stomaco nei maschi è superiore del 57% rispetto alla media italiana.

Anche in alcune zone urbane, come nella città di Messina, che assorbe giorno e notte il traffico veicolare che dalla Sicilia è diretto al continente europeo e viceversa, la situazione è ormai insostenibile.

La posizione favorevole dell'UEN alla relazione Kraemer è un ulteriore incentivo affinché la lotta all'inquinamento dell'aria in Europa si rafforzi negli anni avvenire.

2-126

Frédérique Ries (ALDE), *par écrit*. – La pollution de l'air est une préoccupation majeure de santé publique. A titre d'exemple, les particules fines émises par certaines activités humaines seraient à l'origine d'une réduction de l'espérance de vie des européens d'environ 9 mois. Rien que pour la Belgique, ce sont près de 13 000 personnes qui meurent chaque année prématurément à cause en particulier des particules émanant des moteurs diesels. Autant de maladies respiratoires

évitables qui devraient amener les législateurs à délivrer un message simple: un air pur pour l'Europe passe nécessairement par des normes antipollution drastiques.

Ce n'est pas le message délivré aujourd'hui par le Parlement européen en adoptant le rapport de mon collègue Holger Krahmer sur la directive CAFE. Je regrette que sur une thématique citoyenne majeure, celle de l'impact des pollutions sur la santé humaine, mes collègues aient manqué d'ambition, visant surtout à ne pas heurter certains secteurs industriels. Je garde espoir qu'en seconde lecture le Parlement européen rectifie le tir, se montre plus réceptif aux arguments des spécialistes de la santé environnementale et évite l'écueil d'une réglementation fixant des normes moins contraignantes que celles qui prévalent actuellement. Car avec ce vote, la Californie ne m'est jamais parue aussi loin!

2-127

Bart Staes (Verts/ALE), schriftelijk. – Dat het Parlement vandaag de bestaande regelgeving inzake luchtkwaliteit aanzienlijk verzwakt, is een levensgroot schandaal. Voor het eerst neemt het Parlement zelfs een zwakkere positie in dan de Raad. Nochtans bestaat er voldoende wetenschappelijk bewijs dat luchtvervuiling door fijne stofdeeltjes zorgt voor zowat 3,6 miljoen verloren levensjaren. Dat zijn jaarlijks 348.000 voortijdige sterfgevallen.

Tot 2020 kost de luchtvervuiling door ozon en door fijn stof Europa jaarlijks 189 tot 609 miljard euro! Het standpunt van het EP ligt aanzienlijk lager dan de aanbevelingen van de Wereldgezondheidsorganisatie en die niveaus zijn haalbaar gebleken in grote steden in industrielanden. Erger nog, het EP biedt lidstaten de kans het aantal kalenderdagen dat de grenswaarde voor PM₁₀-stofdeeltjes per kalenderjaar overschreden wordt, uit te breiden van 35 dagen tot 55. Struisvogelpolitiek dus. Dat een strengere aanpak haalbaar is, bewijzen de VS die al in 1997 een jaarlijkse grenswaarde van 15 µg/m³ voor PM_{2,5} uitvaardigden! Die limiet moet uiterlijk tegen 2010 gehaald worden. Een staat als Californië gaat nog verder. Daar geldt sinds 2003 een grenswaarde van 12 µg/m³. Het EP houdt het bij 20 µg/m³ te halen tegen ... 2015! Als de Raad onvoldoende tegengewicht biedt tegen deze afzwakking, moet de Commissie het voorstel terugtrekken.

2-128

- Relazione: Ferber (A6-0280/2006)

2-129

Richard James Ashworth (PPE-DE), in writing. – British Conservatives note with approval the Court of Auditors' observation that progress has been made with regard to the integrity of the EU accounts. We are dismayed to note, however, that the auditors have indicated that there are continuing weaknesses in supervisory and control systems and we support the rapporteur's opinion that those weaknesses should be addressed as a matter of utmost priority.

With regard to the European Parliament's lease of the Strasbourg parliament buildings, we acknowledge and approve the fact that the report states that the parliament authority behaved correctly but that the City of Strasbourg had failed to act in good faith. However, we believe that the continued occupancy of two seats by the European Parliament represents poor value for money to the European taxpayer and, therefore, we can not support any proposal to purchase the Strasbourg parliament buildings.

For these reasons the British Conservatives have abstained on the final vote on the Ferber report.

2-130

Robert Goebbels (PSE), par écrit. – J'ai voté la décharge, mais je me suis abstenu sur la résolution parce que la commission du contrôle budgétaire s'acharne à mélanger les vrais et les faux problèmes. Le Parlement ne peut pas changer à travers une résolution un siège fixé par traité.

Sur la question des loyers payés et du prix d'achat des bâtiments de Strasbourg, la Cocobu a tout faux. En économie de marché, il est impossible de parler d'un loyer juste, car tout loyer ou tout prix d'achat est le résultat d'une négociation entre le propriétaire et le locataire, respectivement l'acheteur. Même si l'on peut estimer que la façon de procéder de la Ville était inélégante, il n'y avait aucune illégalité ou malversation. C'est justement cela qu'ont prétendu certains députés et certains médias, évidemment sans l'ombre d'une preuve. Je tiens à me dissocier de ces tristes sires.

2-131

Hélène Goudin och Nils Lundgren (IND/DEM), skriftlig. – Junilistan är av den uppfattningen att ansvarsfrihet inte skall beviljas talmannen för budgetåret 2004, främst av två skäl:

För det första anser vi att ledningen för Europaparlamentet har ett lika stort ansvar som Strasbourgs stad för att man i åratall har betalt en för hög hyra för lokalerna i Strasbourg. Detta har kostat EU:s skattebetalare stora pengar och parlamentet bör i detta fall ta i med hårdhandskarna för att den för höga hyran skall återbetalas. Eftersom det i dagsläget fortfarande saknas information om de överskjutande betalningarnas storlek (se punkt 19 femte strecksatsen i förslaget till betänkande) anser vi att man inte heller ännu gått till botten med ärendet.

För det andra anser vi att Europaparlamentet som institution inte skall göras ansvarigt för underskottet i Europaparlamentsledamöternas särskilda pensionsplan. Ledamöternas pensionsrättigheter måste kopplas till

pensionsfondens investeringsresultat. Så fungerar det för vanliga medborgare inom EU och ledamöter av Europaparlamentet skall inte ha en särskild lyxförmån i detta avseende.

2-132

Silvana Koch-Mehrin (ALDE), *schriftlich*. – Die Abstimmung über den Bericht zur Entlastung 2004 (Europäisches Parlament) wurde verschoben, um die Vorfälle bei der Vermietung der Straßburg-Gebäude aufzuklären. Danach hat das Europäische Parlament Mehrzahlungen von bis zu 60 Millionen Euro an die Stadt Straßburg entrichtet. Eine Entschädigung für die dem Europäischen Parlament entstandenen Verluste ist ausgeschlossen.

Zudem wurden Mängel an Aufrichtigkeit, Transparenz und Entschlossenheit festgestellt. Trotz dieser Fakten soll der Kauf der Straßburg-Gebäude beschlossen werden. Die FDP im Europaparlament ist der Auffassung, dass es falsch ist, dass das Europäische Parlament die Gebäude in Straßburg kauft. Eine langfristige Bindung des Europäischen Parlaments an Straßburg ist nicht zu verantworten.

Deswegen haben wir die entsprechenden Anträge abgelehnt. Die FDP befürwortet die Ansiedlung des Europäischen Instituts für Technologie in Straßburg und setzt sich für einen einzigen Sitz des Parlaments in Brüssel ein.

2-133

Kartika Tamara Liotard en Erik Meijer (GUE/NGL), *schriftelijk*. – Dit verslag gaat om meer dan goedkeuring van de rekening over het dienstjaar 2004. Zonder amendement 9 betekent het ook een machtiging aan het presidium van dit Parlement om de reserve te besteden aan het in eigendom verwerven van gebouwen in Straatsburg.

Wij verzetten ons niet tegen de berekening waaruit blijkt dat aankoop op de lange termijn voordeliger is dan voortzetting van een huurovereenkomst. Als het alleen daarom gaat zouden wij voorstemmen. Belangrijker is dat het gaat om een belangrijke bijdrage aan het duurzaam kunnen voortzetten van de maandelijks vergaderweken in Straatsburg.

Die kosten per jaar €200.000.000 of inmiddels meer. Het Nederlandse parlement heeft zich in september 1999 eensgezind uitgesproken tegen het blijven vergaderen van het Europees Parlement in twee verschillende steden. Daardoor werden de Nederlandse vertegenwoordigers in alle EU-organen opgeroepen om daaraan zo snel mogelijk een eind te maken. Dat is in overeenstemming met wat de media en de publieke opinie in Nederland daarvan al vele jaren vinden.

Aankoop van gebouwen in Straatsburg wordt in Nederland gezien als een van de belangrijkste besluiten van dit Parlement, maar het komt na de in dit agendapunt verstopte aankoopmachtiging helemaal niet meer afzonderlijk aan de orde. Op grond daarvan stemmen wij tegen

2-134

Astrid Lulling (PPE-DE), *par écrit*. – La qualité principale du rapport Ferber est de clore une polémique qui n'a que trop duré. Voilà pourquoi je vote en faveur de la décharge.

Pourtant je ne puis me satisfaire d'un certain nombre d'affirmations. S'il est établi qu'aucune irrégularité juridique n'a été commise par la ville de Strasbourg, l'inélégance dont celle-ci aurait fait preuve est une accusation trop commode que lui lancent des députés, contents de profiter de l'occasion pour faire ressurgir la question du siège.

Pour avoir suivi l'affaire des immeubles dans tous ses détails, il me paraît clair que la mauvaise foi a régné en maître. Lorsque le Parlement européen, par la voix de ses députés insuffisamment initiés à une construction juridique complexe, affirme ne pas avoir été au courant de la sous-location des bâtiments, cela est tout simplement une contre-vérité. Il n'a jamais été dans l'intention de la ville de Strasbourg de "plumer" cette assemblée.

Finalemment l'achat projeté des trois immeubles est une bonne nouvelle pour le contribuable européen.

Je constate avec tristesse que le fonds de pension des députés a fait l'objet d'attaques injustifiées, selon le précepte "calomniez, calomniez, il en restera toujours quelque chose".

2-135

Cecilia Malmström och Anders Wijkman (PPE-DE), *skriftlig*. – Idag har vi valt att rösta för Markus Ferbers betänkande om ansvarsfrihet för genomförandet av Europeiska unionens allmänna budget för budgetåret 2004. Inga brottsliga handlingar har kunnat bekräftas i samband med hyran av två av de byggnader som EP brukar i Strasbourg. Samtidigt torde det stå klart att principen om "sund ekonomisk förvaltning" som finns fastslagen i budgetförordningen inte har respekterats till fullo.

Att köpa de aktuella byggnaderna är ur ett långsiktigt perspektiv en bra affär från strikt ekonomisk utgångspunkt. Trots detta anser vi att det i dagens läge vore önskvärt att skjuta ett sådant beslut på framtiden. Framför allt mot bakgrund av att parlamentets dubbla säten är en omdiskuterad fråga. En miljon av EU:s medborgare har skrivit på det medborgarinitiativ som syftar till att flyttcirkusen mellan Bryssel och Strasbourg får ett slut. Vi stödjer till fullo kravet på att Parlamentet enbart skall ha en arbetsort, dvs. Bryssel.

Betänkandet behandlar också viktiga frågor som ledamotsbidragen, sekretariatsbidragen liksom den frivilliga pensionsfonden. Vi har valt att avstå från att vara med i pensionsfonden. Det är i vår mening orimligt att Europas skattebetalare är med och bekostar en fond helt oavsett om avkastningen går med vinst eller ej.

2-136

Véronique Mathieu (PPE-DE), par écrit. – On ne peut que se réjouir de la signature de l'accord-cadre qui permet au Parlement d'acheter en pleine propriété les bâtiments WIC, SDM et IPE3 pour la somme de 143 125 millions d'euros. Néanmoins, cet accord aura du mal à effacer la suspicion et la perte de confiance qui ont entachées les relations entre Strasbourg et le Parlement.

Plusieurs leçons peuvent être tirées. Tout d'abord, la proscription de toute opération immobilière impliquant plusieurs acteurs car cela entraîne des montages juridiques et financiers très complexes et qui sont contraires aux principes de transparence. De même, il convient de réviser en profondeur la politique immobilière du Parlement, voire à l'ensemble des institutions européennes en créant un Office européen des bâtiments aux missions et aux pouvoirs clairement définis.

Concernant le débat actuel sur le siège unique, in convient de rappeler que la référence en la matière reste le Traité d'Amsterdam et son protocole 12 et que, par conséquent, le Parlement est incompétent en la matière.

Il me semble enfin primordial que l'utilisation de l'indemnité de secrétariat soit plus transparente et surtout qu'un statut pour nos collaborateurs soit rapidement proposé afin de régler les conditions de travail, les questions fiscales et de sécurité sociale. L'Europe sociale commence à notre porte.

2-137

Luís Queiró (PPE-DE), por escrito. – A localização das sedes das instituições não é uma questão meramente de ordem geográfica, logística ou económica. Quando se escolhe determinada cidade para sede de uma instituição comunitária há uma componente política nessa escolha plenamente justificada - de onde não decorre que qualquer opção política seja válida, independentemente da sua racionalidade económica ou logística.

No caso do Parlamento Europeu, a escolha de Estrasburgo teve uma razão de ser histórica que, por confronto com as necessidades de razoabilidade económica e praticabilidade, é hoje desajustada. Ora, não sendo esta a questão aqui em causa, é necessário tê-la presente.

Quando seria de esperar que a cidade de Estrasburgo facilitasse ao máximo a instalação do Parlamento neste local - sendo admissível que suportasse alguns dos custos, como é frequente nas regras de boa hospitalidade nestas circunstâncias - descobre-se (ou suspeita-se, sem que as entidades responsáveis ajudem ao esclarecimento cabal) que o Parlamento Europeu em Estrasburgo é negócio imobiliário com o qual a autarquia obtém um lucro injustificado. A falta de boa fé, de boa hospitalidade e de razoabilidade que este facto revela merece o mais firme repúdio e deve ser tida em conta nas opções que se venham a tomar relativamente à localização do Parlamento.

2-138

Alyn Smith (Verts/ALE), in writing. – I voted against the suggestion that the European Institute of Technology should be sited in Strasbourg, because I think this is a silly idea. The EIT proposals are ongoing from the Commission, and worthy of serious consideration, they should not be used as an excuse for us to solve our own dilemma getting out of Strasbourg. The Parliament should have one site, in Brussels, and the EIT idea should progress further. The two are distinct issues and it is irresponsible to attempt to link them in this way.

2-139

Catherine Stihler (PSE), in writing. – The petition of one million signatures to have one seat for the European Parliament in Brussels must be welcomed. As it is the only parliament in the world which has no say over where it sits, the Council of Ministers must, once and for all, put an end to this situation. The people of Europe have spoken. Their voice must be recognised. The European Parliament must have one home and that should be in Brussels.

On a separate issue, I would like to put on the record my opposition to the second pension scheme. As Amendment 5 was rejected, I cannot back the report and will have to vote against it.

2-140

Jeffrey Titford (IND/DEM), in writing. – Given that the report describes this Parliament as “the democratic representative body in the EU”, let everyone be clear about just how little it deserves that description.

We do not have debates in this institution, but tightly controlled and orchestrated speaking time, without the opportunity for reply. We simply go through the motions in what is a pale shadow of a parliament.

There can be no better example of this than the one million-signature petition calling for an end to the utterly pointless and grotesquely expensive monthly pilgrimage to Strasbourg. Ignoring this entreaty from the people we are supposed to

represent, this Parliament is seriously considering purchasing these buildings and making this bizarre arrangement permanent.

It is all very well for this report to question the City of Strasbourg's 'good faith', but the reality is that this city worked out the best deal it could get for itself. This Parliament tamely signed it, without bothering to verify the terms or attempting to negotiate more favourable conditions. In other words, they saw us coming!

2-141

Helga Trüpel (Verts/ALE), schriftlich. – Wir haben heute dem Bericht Ferber zugestimmt, obwohl er eine Grundlage für den Kauf der Parlamentsgebäude in Straßburg bildet. Unsere Zustimmung stellt aber keine Vorfestlegung auf den Sitz des Europäischen Parlaments dar. Mit mehr als einer Million weiteren Europäerinnen und Europäern haben wir die Initiative OneSeat.eu unterstützt. Zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern werden wir uns auch weiterhin dafür einsetzen, die Tätigkeiten des Parlaments von Straßburg nach Brüssel zu verlagern.

2-142

Lars Wohlin (IND/DEM), skriftlig. – Det finns all anledning att rikta kritik mot delar av Europaparlamentets förhållanden. Inga brottsliga handlingar har dock kunna styrkas.

De frivilliga pensionsplanerna för Europaparlamentsledamöterna är en kompletterande pensionsförsäkring utöver den ordinarie ledamotspensionen. Systemet innebär att Europas skattebetalare får stå för 2/3 av alla inbetalningar (för närvarande 2 088 euro per månad och ledamot som valt att teckna denna försäkring). Resterande tredjedel har hittills betalats av ledamöternas sekretariatsersättning, trots att revisionsrätten redan 1999 anmärkte på denna konstruktion och menade att inbetalningarna borde ske helt privat, för att undvika anklagelser om att "offentliga medel används för privata pensionsinbetalningar". Ett påpekande som i sig kan tyckas märkligt med tanke på att systemet är konstruerat så att 2/3 av alla inbetalningar görs från EU:s budget. Jag anser att hela systemet snarast borde avvecklas.

Vidare har jag röstat för de ändringsförslag som vill förhindra att parlamentet köper parlamentsbyggnaden i Strasbourg. Kortsiktigt innebär ett köp ekonomiska besparingar, men ambitionen måste vara att ett köp i sådant fall finansieras genom en försäljning av parlamentsbyggnaden i Bryssel. Det viktigaste är att EU:s säte begränsas till en plats.

2-143

- Relazione: Prets (A6-0255/2006)

2-144

Andreas Mölzer (NI). – Herr Präsident! Auslandsstudien, aber auch Fernlehrgänge erfreuen sich nicht zuletzt auch dank millionenschwerer EU-Förderungen steigender Beliebtheit. Von diesem Trend profitieren einerseits die Studierenden selbst, die neben der fachlichen Qualifikation auch ihre persönlichen Fähigkeiten weiterentwickeln können. Aber auch heimische Universitäten verzeichnen umgekehrt einen steigenden Anteil ausländischer Studenten. Erstaunlich ist jedoch meines Erachtens, dass beispielsweise in Österreich trotz geringer Akademikerquote der Anteil an den Arbeitslosen sehr hoch ist. Überlegenswert wäre in diesem Zusammenhang, verstärkt Auslandspraktika zu fördern, aber auch die Möglichkeiten berufsbegleitender Ausbildungen sowie von Fernlehrgängen zu erweitern. Deshalb habe ich für den Bericht Prets gestimmt.

2-145

Tomáš Zatloukal (PPE-DE). – Zprávu o nadnárodní mobilitě jsem podpořil s ohledem na důležitost této aktivity pro budoucí kvalitu dosažených schopností a dovedností studentů a jako důležitý předpoklad jejich úspěšného profesního uplatnění. Oceňuji, že součástí zprávy jsou zásady, jejichž dodržování zvýší efektivitu všech druhů organizované mobility v oblasti vzdělávání. Současně s využitím europasu získávají vzdělávací instituce a zaměstnavatelé transparentní informaci o průběhu a kvalitě studijních stáží a odborných praxí. Zpráva je dobrým předpokladem pro další podporu všeobecného odborného vzdělávání.

2-146

Christopher Beazley (PPE-DE), in writing. – Given the significance of Mrs Prets' report concerning transnational mobility within the Community for education and training purposes, the British Conservative delegation of the EPP-ED Group will vote in favour of the report.

However, the delegation maintains its opposition to the wording 'political integration' referred to in Amendment 3 to Recital 1a (new), as this implies a constitutional settlement in the EU, which does not reflect the current position and which has not received the assent of the 25 Member States.

2-147

Edite Estrela (PSE), por escrito. – Votei favoravelmente o relatório Prets (A6-0255/2006) sobre a Carta Europeia da Qualidade da Mobilidade porque considero essencial a adopção de medidas que garantam um aumento significativo da mobilidade, enquanto parte integrante da cidadania europeia.

A Carta Europeia da Qualidade da Mobilidade deverá contribuir para aumentar os níveis gerais de qualidade da mobilidade europeia, desenvolver o reconhecimento dos períodos dedicados à educação ou à formação profissional, dos títulos, das qualificações e das prestações de segurança social, e estabelecer laços de confiança mútua, de modo a melhorar e reforçar a cooperação entre as autoridades, as organizações e os participantes da mobilidade.

2-148

Hélène Goudin och Nils Lundgren (IND/DEM), *skriftlig*. – Junilistan är starka anhängare av ökad rörlighet i Europa, inte minst när det gäller inom utbildningssektorn. Men man kan alltid fråga sig när byråkratin tar över ett gott syfte. Vi röstar för kompromissen, men invänder mot ändringsförslag 47. Här görs tillägget att "Myndigheter, organisationer och övriga aktörer som berörs av rörligheten i hem- och värdländerna bör dela ut stadgan, som är ett grundläggande referensdokument, på respektive språk till alla studerande och personer som genomgår utbildning."

Vi anser att det tillkommer de enskilda medlemsstaterna att genomföra det de förbundit sig att göra.

2-149

Sérgio Marques (PPE-DE), *por escrito*. – Felicito a colega Christa Prets pelo oportuno relatório produzido sobre a proposta de recomendação do Parlamento Europeu e do Conselho relativa à mobilidade transnacional na Comunidade para fins de educação e de formação: Carta Europeia da Qualidade da Mobilidade, ao qual dou o meu apoio, em especial às alterações propostas com vista a incentivar as autoridades públicas da Europa a estabelecerem medidas de apoio à melhoria da mobilidade na Europa e a facilitar a mobilidade dos investigadores, estudantes e professores na UE.

A mobilidade na educação e na formação profissional contribui, de sobremaneira, para o desenvolvimento do sentimento de pertença à Europa e consequente aquisição de uma consciência europeia e de desenvolvimento da cidadania europeia, para além de ser o elemento impulsionador da criação de uma sociedade baseada no conhecimento, na inovação e no empreendedorismo.

2-150

José Albino Silva Peneda (PPE-DE), *por escrito*. – Quando os cidadãos europeus se apropriam de um projecto da UE é sinal do seu sucesso. Foi e continua a ser nitidamente o caso com os programas que fomentam a mobilidade dos estudantes. A adesão é de tal ordem que já se fala da "*geração Erasmus*", cujo número não pára de crescer de ano para ano.

São os sucessos destes que fazem acreditar numa cidadania europeia.

Porém, a iniciativa política da União Europeia foi rapidamente ultrapassada pelo sucesso dos programas comunitários. É agora necessário recuperar o atraso e adoptar uma série de medidas com vista a remover os últimos obstáculos remanescentes (legais, administrativos e financeiros) e permitir assim retirar os maiores benefícios da mobilidade na área da educação e da formação.

Apoio este relatório por defender a adopção de uma Carta Europeia da Qualidade da Mobilidade colocando a tónica não só no incremento da mobilidade, mas também na melhoria da sua qualidade, optimizando assim o desenvolvimento do capital humano.

Qualquer melhoria à mobilidade nas áreas da educação e da formação contribui inequivocamente para a realização de uma economia baseada no conhecimento, a criação de emprego e o desenvolvimento sustentável, pedras angulares da Estratégia de Lisboa.

2-151

- Relazione: Trüpel (A6-0262/2006)

2-152

Andreas Mölzer (NI). – Herr Präsident! Ich habe mich beim Bericht Trüpel der Stimme enthalten, weil der Erwerb so genannter Schlüsselkompetenzen Grundkenntnisse wie Lesen, Schreiben, Rechnen und logisches, kritisches Denken voraussetzt. Wie die Pisa-Studie offenbart, haben wir jedoch in diesem Bereich bereits Mängel zu verzeichnen. Dabei verursacht ein hoher Anteil an Ausländern in den Schulklassen gravierende Probleme beim Lernen dieser Grundkenntnisse.

Wenn wir nicht bald für Obergrenzen beim Ausländeranteil im Unterricht sorgen, dann werden die betroffenen Klassen weiterhin nicht nur unter vorprogrammierten Konflikten zwischen den verschiedenen Gruppierungen und Kulturen leiden, sondern auch immer mehr die Möglichkeit verlieren, Schlüsselkompetenzen zu erwerben.

2-153

Christopher Beazley (PPE-DE), *in writing*. – Given the significance of Mrs Trüpel's report concerning key competences for lifelong learning, the British Conservative delegation of the PPE-DE Group will vote in favour of the report.

However, notwithstanding its support overall for the report, with reference to Amendment 1 to Recital 4, the delegation does not agree that the setting of percentage targets for employment levels is an effective exercise in helping to achieve increased employment rates, but is aware that this amendment is merely a restatement of the European Council's position.

2-154

Sérgio Marques (PPE-DE), por escrito. – Felicito a colega Helga Trüpel pelo relatório produzido sobre a proposta de recomendação do Parlamento Europeu e do Conselho sobre as competências chave para a aprendizagem ao longo da vida, ao qual dou o meu apoio, em particular no que respeita à necessidade de reforçar o investimento na educação e na formação.

Considero ainda ser muito importante, neste âmbito, proporcionar aos cidadãos europeus os instrumentos necessários para se adaptarem a um mercado de trabalho característico de uma sociedade assente no conhecimento.

2-155

Zita Pleštinská (PPE-DE), písomne. – Globalizácia stavia EÚ pred stále nové výzvy, ktoré vyžadujú od každého európskeho občana, aby si neustále zvyšoval znalosti, schopnosti a širšie zručnosti v osobnom, verejnom a profesionálnom živote. Požiadavka prístupu ku kľúčovým zručnostiam, ktoré vytvárajú základ pre osobnostný rozvoj, sociálne začlenenie, aktívne občianstvo a zamestnanosť je diktovaná rozvojom znalostnej spoločnosti v kontexte lisabonského procesu a súvisí s umiestnením človeka na trhu práce.

Z týchto dôvodov som hlasovala za správu Helgy Trüpel zaoberajúcu sa odporúčaním komisie, ktoré predstavuje európsky referenčný nástroj pre kľúčové zručnosti a navrhuje, akým spôsobom sa môže zabezpečiť prístup k týmto zručnostiam pre všetkých európskych občanov pomocou celoživotného vzdelávania. Tento dokument je dôležitým príspevkom k napĺňaniu cieľov Lisabonskej stratégie pre rast a zamestnanosť a obzvlášť k realizácii pracovného programu "Vzdelávanie a odborná príprava 2010"

2-156

José Albino Silva Peneda (PPE-DE), por escrito. – Sendo natural de um país que ainda apresenta elevadas taxas de analfabetismo, iliteracia, desemprego de longa duração e onde cerca de 50% dos alunos não chegam a concluir o ensino secundário, apoiei este relatório por fazer da aprendizagem ao longo da vida uma prioridade na reforma dos mercados de trabalho.

A pressão da globalização e das novas tecnologias veio acentuar de forma notória algumas carências de uma série de competências-chave que dificultam a adaptação dos trabalhadores aos mercados de trabalho cada vez mais flexíveis.

Com a adopção de um quadro de referência europeu, a acção desenvolve-se em simultâneo a montante, ao apoiar a educação/formação dos jovens a fim de equipá-los com os conhecimentos-chave de que necessitam para entrarem na vida activa, e a jusante, ao desenvolver e actualizar as competências-chave dos trabalhadores através da aprendizagem ao longo da vida. A acção incide, assim, tanto na aquisição das competências como no seu desenvolvimento e ulterior actualização.

Esta iniciativa inscreve-se na linha dos objectivos prosseguidos pela Estratégia de Lisboa apostando no crescimento e no emprego, sendo financiada pela nova geração de programas comunitários (2007-2013), tal como o FSE, que faz da aprendizagem ao longo da vida uma das suas prioridades de acção.

Apoio este relatório por defender uma política social moderna que se coaduna com as novas realidades da sociedade em que vivemos e trabalhamos.

2-157

- Relazione: Corbey (A6-0235/2006)

2-158

Richard Seeber (PPE-DE). – Herr Präsident! Ich befürworte die Strategie, die von der Berichterstatterin ausgearbeitet wurde, sehr, bemängle aber zwei Punkte: Erstens enthält die Strategie für eine saubere Luft in Europa keine verbindlichen Ziele — das sollte sie aber. Zweitens: Die Gemeinschaft sollte den Mitgliedstaaten und Regionen die Wahl überlassen, wie sie diese Ziele erreichen. Durch sehr viele gemeinschaftsrechtliche Vorgaben wird diese Wahlmöglichkeit eingeschränkt. Denken wir insbesondere an die Wegekostenrichtlinie, die Bemaunungen von schweren Straßenfahrzeugen in Gebieten nicht erlaubt, in denen sehr starke Umwelt- und Luftbelastungen vorherrschen.

2-159

Hélène Goudin och Nils Lundgren (IND/DEM), skriftlig. – Föredraganden tar i sitt betänkande upp kommissionens tematiska strategi för luftförorening.

Junilistan anser att gränsöverskridande miljöproblem är en fråga som skall behandlas på gemenskapsnivå. Luftföroreningar är ett exempel på ett sådant problem.

I punkt 25 uppmanas Europaparlamentet, kommissionen och rådet att ingå ett interinstitutionellt avtal där de uttrycker sina ställningstaganden vad gäller luftkvalitetsmålen. Junilistan vill självklart också ha bättre lagstiftning, men vi anser att det är vanskligt om den lagstiftande och verkställande makten på förhand kommer överens om vilka regler som kommer att gälla i framtiden. Därför har vi vid dagens votering röstat emot betänkandet.

2-160

- Relazione: Hegyi (A6-0233/2006)

2-161

Péter Olajos (PPE-DE). – Tisztelt Elnök Úr! Hazám, Magyarország lakosságának kétharmada városokban él. Ők azok, akik leginkább ki vannak téve az ipari tevékenységből, közlekedésből eredő környezeti ártalmaknak. Ez már önmagában indokoltá teszi, hogy külön erőfeszítéseket tegyünk a városi környezet javítására.

Budapesten különösen rossz a helyzet, ezért tartottam fontosnak támogatni ezt a jelentést, noha annak tartalmában számos dolog kifogásolható. Hegyi úr jónéhány olyan területen vár uniós előírásokat, amelyek kizárólag a tagállamok, illetve a települési önkormányzatok hatáskörébe tartoznak. Megértem az indokait, hiszen akárcsak jómagam, ő is Budapesten él, ahol az utóbbi években semmiféle intézkedés nem történt a környezet minőségének javítására.

Az uniós elvárásoknak valóban fontos ösztönző hatása lehet, azok betartását szigorúan ellenőrizni kell. Hiba lenne azonban azt várni, hogy az Unió részletekbe menő, konkrét programokat körvonalazó előírásokkal megoldhatja az európai városok környezeti problémáit. Ez a települési önkormányzatok dolga, az ő mulasztásaikat nem lehet Strasbourgól vagy Brüsszeltől pótolni.

2-162

Edite Estrela (PSE), por escrito. – Votei favoravelmente o relatório Hegyi (A6-0233/2006) sobre uma estratégia temática para o ambiente urbano porque é fundamental promover o desempenho ambiental global das cidades na Europa, reduzindo a burocracia, reforçando a eficácia da aplicação da política ambiental e encorajando um planeamento ambiental a longo prazo.

Considerando que cerca de 80% da população europeia vive em cidades, mas que as suas necessidades e interesses nem sempre merecem a devida atenção no âmbito dos fundos, projectos, iniciativas e estratégias da União Europeia, é necessário um maior nível de exigência ao nível da legislação comunitária, tendo em vista o aumento da qualidade de vida dos habitantes das cidades da Europa, designadamente, através da adopção de planos de gestão urbana de transportes urbanos sustentáveis.

2-163

Ilda Figueiredo (GUE/NGL), por escrito. – O relatório hoje aprovado no Parlamento Europeu tem aspectos positivos que apoiamos, como seja o uso mais generalizado de transportes mais amigos do ambiente, o incentivo à utilização de transportes públicos, a redução da densidade de construção, mais espaços verdes nas zonas urbanas, a reabilitação de edifícios degradados e, em especial, dos centros históricos, e um maior desempenho ambiental dos edifícios em termos de isolamento e uso de energias renováveis.

É igualmente importante, como se refere no relatório, a promoção do intercâmbio das melhores práticas a nível comunitário quanto à estratégia e aos planos de gestão urbana sustentável bem como à participação crescente dos cidadãos nos debates públicos durante a sua elaboração.

No entanto, tudo isto pressupõe também um maior apoio comunitário quanto aos meios de financiamento, o que, infelizmente, não acontece. Pelo contrário, a União Europeia vai definindo mais obrigações e imposições sem criar os meios financeiros adequados, o que pode agravar as assimetrias entre regiões e países mais ricos e outras zonas carenciadas.

2-164

Luís Queiró (PPE-DE), por escrito. – A acessibilidade é central para o desenvolvimento sustentável. Assim, os transportes estão no centro de qualquer discussão sobre a política urbana.

Sendo várias as ideias que tentam solucionar os problemas ambientais e de congestionamento de que sofrem as nossas cidades, considero que são as consequências ao nível da saúde pública e da qualidade de vida, em termos do dinamismo socioeconómico, que nos devem preocupar.

A ideia de planos de transportes urbanos sustentáveis é, sem dúvida, importante, mas não podemos esquecer a necessidade de utilizar este instrumento de forma flexível e adequada às especificidades de cada cidade.

A utilização de modos de transporte e de tecnologias respeitadores do ambiente constitui também um factor-chave para a obtenção de um ambiente urbano mais limpo. Mas a sua disseminação só será efectiva através da troca de experiências e boas práticas entre as autoridades locais e nacionais.

Parece-me, pois, claro que para promover uma abordagem integrada da política urbana é da maior relevância promover as parcerias público-privado e gerir de forma eficaz os instrumentos comunitários já existentes de apoio às políticas urbanas.

Só com medidas adequadas às situações concretas de cada Estado-Membro poderemos garantir o futuro sustentado das nossas cidades e o crescimento harmonioso das nossas sociedades.

2-165

Carl Schlyter (Verts/ALE), *skriftlig*. – Jag röstar ja till detta betänkande trots att det finns negativa punkter som t.ex. gröna ytor per capita och hur man skall minska trafik från lägenheter i stadsmiljön, vilka är klart lokala frågor som bör avgöras på lokal nivå. Men det positiva såsom trängselavgifter, minskad biltrafik och lokala hållbarhetsplaner överväger och den borgerliga regeringen kan säkerligen behöva en knuff från EU i dessa frågor.

Innehållet bör dock behålla sin karaktär av rekommendation och inte leda till omfattande lagstiftning.

2-166

Renate Sommer (PPE-DE), *schriftlich*. – Als Schattenberichterstatterin der EVP-ED-Fraktion zu dem Bericht über die thematische Strategie für die städtische Umwelt habe ich heute die Mitglieder meiner Fraktion aufgefordert, sich in der Schlussabstimmung der Stimme zu enthalten.

Der Bericht versucht, das Subsidiaritätsprinzip zu brechen.

Gleichwohl hielt ich eine strikte Ablehnung des Berichts für nicht gerechtfertigt, da der überwiegende Inhalt bereits existierende Regelungen beschreibt, zum Erfahrungsaustausch zwischen den Städten aufruft und lediglich die Erstellung von Leitlinien durch die Europäische Kommission fordert. Die Verbesserung der städtischen Umwelt durch derartige Maßnahmen ist gerade in den neuen Mitgliedstaaten unverzichtbar.

2-167

Gabriele Stauner (PPE-DE), *schriftlich*. – Bei der Abstimmung über den Bericht über die thematische Strategie für die städtische Umwelt habe ich mich der Stimme enthalten.

Der Bericht versucht, das Subsidiaritätsprinzip zu brechen.

Gleichwohl hielt ich eine strikte Ablehnung des Berichts für nicht gerechtfertigt, da der überwiegende Inhalt bereits existierende Regelungen beschreibt, zum Erfahrungsaustausch zwischen den Städten aufruft und lediglich die Erstellung von Leitlinien durch die Europäische Kommission fordert. Die Verbesserung der städtischen Umwelt durch derartige Maßnahmen ist gerade in den neuen Mitgliedstaaten unverzichtbar.

2-168

Thomas Ulmer (PPE-DE), *schriftlich*. – Ich lehne den Bericht ab. Es geht nicht darum, die Arbeit des geschätzten Kollegen Hegy gering zu schätzen, es geht darum, dass hier die Subsidiarität missachtet wird und sich somit die EU mit ihren Institutionen in nationale Angelegenheiten einmischt. Das halte ich für nicht gerechtfertigt. Dieses Vorgehen, dass sich Europa immer in das tägliche Leben der Bürger einmischt, auch wenn es nicht nötig wäre, ist einer der entscheidenden Punkte für die Europaverdrossenheit.

2-169

- Relazione: Thomas Mann (A6-0248/2006)

2-170

Ilda Figueiredo (GUE/NGL), *por escrito*. – É verdade que o reconhecimento das qualificações entre os diversos Estados-Membros da União Europeia é importante para as pessoas que se querem deslocar para outros países, pelo que a existência de um Quadro Europeu de Qualificações pode trazer vantagens.

É igualmente positivo que se rejeite a ideia de impor critérios quanto ao ramo, à duração e ao local de estudos e cursos de formação, como se faz no relatório. Tal como consideramos positivo que se afirme que a organização e a validação da formação ao longo da vida é da competência dos Estados-Membros e que o QEQ dificilmente pode intervir sobre esta questão.

Mas é fundamental dar toda a atenção à forma como se vai construindo este Quadro Europeu de Qualificações, ao enquadramento de que se parte e aos objectivos que se pretendem.

Ora, neste campo, o relatório enferma de algumas contradições. São disso exemplo as tentativas de enquadrar toda esta construção no chamado Processo de Bolonha e na perspectiva da dita Estratégia de Lisboa, que, como sabemos, visa fundamentalmente dar cobertura aos interesses dos grupos económicos e financeiros. Daí a nossa abstenção.

2-171

José Albino Silva Peneda (PPE-DE), *por escrito*. – Apoio este relatório por estar convicto de que a criação do Quadro Europeu de Qualificações (QEQ) vai contribuir para uma maior empregabilidade e mobilidade geográfica da mão-de-obra na União Europeia.

Defendo esta abordagem europeia porque encara os novos desafios da sociedade do conhecimento e pretende dar resposta às novas exigências do mercado de trabalho europeu, já que a filosofia subjacente do QEQ se baseia precisamente na promoção da competitividade da economia europeia e da coesão social, em consonância com os objectivos da Estratégia de Lisboa.

Não posso deixar de apoiar iniciativas que contribuem para dar um maior destaque à capacidade dos cidadãos obterem trabalho, incentivando a mobilidade profissional através do reconhecimento, da comparabilidade e da transferibilidade das qualificações profissionais dentro do espaço comunitário.

Lamento, porém, que esta iniciativa não esteja suficientemente ligada às realidades do mercado de trabalho e descure a importância da formação profissional apostando predominantemente na formação académica.

2-172

9 - Correzioni e intenzioni di voto: vedasi processo verbale

2-173

(La seduta, sospesa alle 13.05, è ripresa alle 15.00)

2-174

PRESIDENCIA DEL SR. JOSEP BORRELL FONTELLES
Presidente

2-175

10 - Aprobación del Acta de la sesión anterior: véase el Acta

2-176

11 - Adhesión de Bulgaria y Rumanía

2-177

El Presidente. – El siguiente punto es la Comunicación de la Comisión sobre la adhesión de Bulgaria y Rumanía.

2-178

José Manuel Barroso, *President of the Commission*. – Mr President, the Commission has just adopted its final report on the accession of Bulgaria and Romania. Our conclusion is that both countries are in a position to take on the rights and obligations of European Union membership on 1 January 2007.

(Applause)

The accession of Bulgaria and Romania will mark an historic achievement: the completion of the fifth enlargement of the European Union, which further pursues the reunification of our European family.

On this occasion, I would like to congratulate the peoples and authorities of Bulgaria and Romania for all the efforts they have produced in order to fulfil the conditions for accession to the European Union. I would also like to thank you, honourable Members, for the constructive role played by Parliament. The European Parliament has always been a staunch champion of the political, economic and cultural benefits of enlargement. Your support has helped to spread peace, stability and prosperity in Europe.

The most recent enlargement, like others before it, has proved to be a great success. It has confirmed that the enlargement of the Union, if carefully managed, produces a win-win situation for both the existing and the acceding Member States. Enlargement stimulates economic growth and social cohesion and reinforces the role and influence of the European Union in the world.

The readiness of Bulgaria and Romania is a direct result of the sustained progress both countries have achieved over the last few years and particularly since our last report in May. The Commission takes its responsibility as guardian of the treaties very seriously. First and foremost, we must protect the functioning of the European Union. This endorsement of the 2007 accession date for Bulgaria and Romania is based on a rigorous, fair and objective assessment, as Commissioner Rehn will explain in detail in a few moments.

Bulgaria and Romania have found the right answer to our strict conditionality by addressing the areas we highlighted in May. In doing so, they have achieved considerable progress. However, today's report also outlines some areas where both

countries need to achieve further progress by sustaining the current reform drive until accession and beyond. The Commission has drawn up a number of measures to accompany the accession of Bulgaria and Romania.

In particular, the Commission will set up a mechanism for cooperation and verification of progress in the areas of judicial reform, the fight against corruption and organised crime. The mechanism contains specific benchmarks that have to be met. The Commission will report regularly to Parliament and to the Council on the progress achieved. On that basis, the Commission may, if necessary, invoke the safeguard measures set out in the Accession Treaty.

The Commission has further accompanying measures at its disposal, which will ensure the proper functioning of the Union up to and beyond the accession of both countries. European Union rules provide us with a comprehensive set of measures that allow us to combat potential risks in acceding and in current Member States and to address concerns such as food safety or the management of European taxpayers' money.

The rigorous application of these accompanying measures underlines the emphasis we have placed on conditionality throughout the accession preparations for those countries. We are therefore convinced that, once again, enlargement will proceed smoothly in a way that will strengthen, not compromise, the functioning of the European Union.

It is important to ensure that, as we enlarge, we are still able to function efficiently. I should like to use this opportunity to state my position concerning future enlargements. After the completion of this fifth enlargement, with the accession of Bulgaria and Romania, I believe that an institutional settlement should precede any future enlargement. This is the way to ensure that our enlarged Union will function in an efficient and harmonious way. In any case, the Nice Treaty already requires us to adapt our institutional set-up following the accession of the 27th member. Last June's European Council conclusions have set the course for that institutional settlement and I hope that by the end of 2008 we will succeed. In following that timetable, we will respect our commitments towards countries for which we have opened up the possibility of accession and fulfil our strategic goal of consolidating peace, democracy and prosperity on our continent.

We are looking forward to Bulgaria and Romania's historic achievement of European Union membership in 2007. I expect both to contribute energetically to the process of European integration.

(Applause)

2-179

Olli Rehn, *Member of the Commission*. – Mr President, I would like to join President Barroso in congratulating Bulgaria and Romania on their historic achievement. Over the past months, both countries have demonstrated their readiness to join the European Union. The key to this success was a combination of substantial Bulgarian and Romanian efforts with the strong encouragement and support of the Union. Let me also join President Barroso in thanking the European Parliament for its continuous support for the gradual and carefully managed accession process to the Union.

The Commission's assessment is based on an even more rigorous system of conditionality than the one applied in the past. Over the past two years in particular, Bulgaria and Romania have responded strongly to our system of conditionality. This has resulted in a remarkable transformation, with reforms in several sectors peaking over the past three to four months. Thus, the strategy we devised together last May has worked well, to the benefit of Europe, Bulgaria and Romania.

Today's report focuses on those areas which required further progress in May. The majority of Bulgaria's and Romania's overall preparations had already been completed by that time.

In terms of the political criteria, Bulgaria has continued the reform of the judiciary. The legal framework has improved, for instance, through the adoption of rules that establish objective procedures for the appointment and evaluation of magistrates, which is very important for the independence of the court systems. The ongoing preparations of constitutional reform in that regard are also very welcome.

Efforts to combat corruption have resulted in more officials having to declare their personal assets and in the establishment of internal fraud inspectorates. The Prosecutor General has continued to be proactive in terms of requests for lifting the immunity of members of parliament.

In the fight against organised crime, more specialists have been recruited and some successful actions have been registered against criminal networks. However, at the moment the number of successful prosecutions is still low and the implementation record still needs to be improved.

Romania has made further progress in reforming its justice system and the results are tangible and positive. The interpretation and application of the law is being further harmonised and staffing levels in the judicial system are increasing.

There has been definite and tangible progress in the fight against corruption. Criminal liability has been broadened to legal persons and rules on financing for political parties have been tightened. This has led to further non-partisan investigations and indictments of high-level corruption.

The report outlines a limited number of areas where we need to see further progress in the months leading up to accession and beyond. Therefore, this report also spells out accompanying measures which the Commission will initiate upon accession, unless the remaining concerns have been remedied.

The Commission will set up a mechanism for cooperation and verification of progress in the areas of judicial reform and the fight against corruption and organised crime. For this purpose, as President Barroso said, benchmarks have been established which refer to the particular circumstances of each country. The mechanism allows the Commission to help the countries to continue the reforms with vigour and rigour, and to verify that the expected progress is taking place on the ground.

The Commission will also ask both Bulgaria and Romania to report bi-annually on progress in addressing these specific benchmarks until they have been met. The first report should be submitted by the end of March 2007. We will then report to the European Parliament and to the Council by June 2007. The Commission will also apply the safeguard measures of the Accession Treaty if either country fails to address the benchmarks adequately. The report also underlines that EU rules contain the necessary guarantees for the proper management of EU agricultural and structural funds.

The new regulation on structural funds provides the mechanisms to ensure that these funds, which are of course EU-taxpayers' money, are spent properly. Payments can be interrupted, suspended or cancelled, if the Commission suspects or detects cases of irregularities or fraud, including corrupt practices. Moreover, further to this range of safeguard measures for the EU funds, financial corrections can take place if individual or systemic irregularities are found in the regular financial controls.

There is still a risk that preparations for the management of agricultural funds may not have been completed by the time of accession. As a precaution, we have adopted specific provisions to ensure the proper management of these funds by Bulgaria and Romania.

This gives both countries time to complete preparations in 2007. At the same time, failure to do so will enable the Commission to reduce the payments in 2007. Of course, we hope that we will not have to resort to this mechanism, which should be seen as an incentive for both Bulgaria and Romania.

As to the third safeguard measure, food safety, some measures are currently in place because of animal diseases. These will be maintained after accession. Restrictions may also need to be applied upon accession on the use of certain animal by-products. Non-compliant food establishments in the milk, meat and fish sectors will be denied access to the internal market, but will be allowed to produce for the national market bearing a specific label. After three years, they will have to comply with EU rules or close down.

I have outlined the sufficient guarantees offered by the *acquis* and the Accession Treaty. I am therefore confident that Bulgaria and Romania will enrich the Union without compromising the proper functioning of EU policies and institutions. The interests of the EU and our citizens can be assured and EU taxpayers' money protected.

Overall, Bulgaria and Romania should be commended for their far-reaching efforts and achievements to adapt their legislation and administration to the laws and rules of the European Union. On the basis of the progress made, our report shows that both countries will be ready to join the Union in 2007. The suggested accompanying measures will ensure the continuity and irreversibility of the reforms in the two countries.

I trust that we can count on your support for facilitating a swift and successful ratification of the Accession Treaty in the remaining Member States. Bulgaria and Romania have undertaken remarkable efforts to join us in the European Union and they deserve our congratulations and a very warm welcome.

(Applause)

2-180

Paula Lehtomäki, *neuvoston puheenjohtaja*. – Arvoisa puhemies, hyvät parlamentin jäsenet, Bulgaria ja Romania ovat olennainen osa Euroopan unionin viidettä laajentumista. Tiedossa on, että tavoitteenamme on ollut toivottava molemmat maat tervetulleiksi jäsenvaltioina 1. päivä tammikuuta 2007. Tältä osin komission tiedonantoa voikin tervehtiä tyytyväisyydellä.

Euroopan parlamentin näkemykset Bulgarian ja Romanian liittymisvalmiudesta on otettu huomioon koko laajentumisprosessin ajan. Puheenjohtajavaltion edustajana haluankin kiittää Euroopan parlamenttia siitä merkittävästä panoksesta, jonka se on antanut molempien maiden unioniin liittymisen osalta.

Euroopan unioni on seurannut tarkasti molempien maiden edistymistä tarvittavien uudistusten saattamisessa päätökseen ja liittymissopimuksen mukaisten jäsenyysvelvoitteiden täyttämässä. Samalla kun kesäkuussa kokoontunut Eurooppa-neuvosto kiitti Bulgariaa ja Romaniaa viime aikoina toteutetuista uudistustoimenpiteistä, se vetosi molempiin maihin, jotta ne ponnistelisivat entistä enemmän ratkaistakseen päättäväisesti ja viipymättä ne jäljellä olevat ongelmat, jotka mainittiin komission viime toukokuussa antamassa edistymiskertomuksessa.

Puheenjohtajavaltio on kannustanut molempia maita käsittelemään ratkaisematta olevia kysymyksiä. Näitä kysymyksiä ovat erityisesti oikeuslaitoksen uudistaminen, järjestäytynyt rikollisuus, korruptio ja hallinnolliset valmiudet muutamilla avainalueilla. Assosiaationeuvoston kokoukset ovat tarjonneet tilaisuuden arvioida EU:n säännösten suhteen tapahtunutta edistymistä ja osoittaneet selkeästi, että tarvittavat uudistukset on saatava päätökseen ja pantava täytäntöön viipymättä. Myös parlamentaaristen sekavaliokuntien kokouksilla on ollut tässä työssä keskeinen merkitys.

Puheenjohtajavaltio panee merkille komission raporteissa esitetyt suositukset. Haluamme kiittää sekä Bulgariaa että Romaniaa niiden pyrkimyksestä täyttää liittymiselle asetetut vaatimukset. Bulgarian ja Romanian on nyt viipymättä puututtava kaikkiin jäljellä oleviin ongelmiin. Tiedän, että maat pyrkivät jo ratkaisemaan näitä ongelmia.

Neuvosto panee merkille komission suunnitelmat, jotka koskevat liittymissopimuksen artiklojen 37 ja 38 perusteella mahdollisesti käyttöön otettavia suojatoimenpiteitä sekä vahvistettua monitorointia, jos edistys näillä alueilla ei ole riittävää.

Neuvosto aikoo nyt tutkia perusteellisesti komission tiedonantoa ja suosituksia ja arvioida keskeisiä kysymyksiä kokonaisvaltaisesti. Neuvosto ottaa tässä työssä luonnollisesti huomioon myös Euroopan parlamentin esittämät näkökohdat.

Itse liittymissopimuksen ratifiointiprosessi on jo pitkällä, ja luotamme siihen, että se saadaan ajoissa päätökseen.

Arvoisa puhemies, vaikka unionin jatkolaajentuminen liittyykin enemmän seuraavaan asiakohtaan, haluan tässä todeta, että Eurooppa-neuvosto on viimeksi kesäkuussa 2006 vahvistanut noudattavansa olemassa olevia sitoumuksia. Puheenjohtajavaltio Suomi toimii näiden päätösten pohjalta.

(Suosionosoituksia)

2-181

Hans-Gert Poettering, im Namen der PPE-DE-Fraktion. – Herr Präsident, Herr Kommissionspräsident, Herr Kommissar Rehn, Frau Ratspräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die EVP-ED-Fraktion begrüßt den Vorschlag der Kommission, dass Bulgarien und Rumänien zum 1. Januar 2007 der Europäischen Union beitreten. Bulgarien und Rumänien sind zwei große europäische Kulturnationen, und sie werden mit dem Beitritt Mitglied unserer europäischen Familie. Wir haben in unserer Fraktion – wie die anderen Fraktionen auch – bereits nationale Abgeordnete aus Bulgarien und Rumänien. Die Bulgaren werden vertreten durch Maria Cappone, die Rumänen durch Marian-Jean Marinescu, und wir haben in den letzten Monaten eine gute Zusammenarbeit entwickelt.

Ich möchte für die EVP-ED-Fraktion sowohl Bulgarien als auch Rumänien, den Regierungen, aber insbesondere den Menschen in beiden Ländern Anerkennung aussprechen für die große Anstrengung, die sie in den Jahren seit dem Niedergang des Kommunismus unternommen haben. Denn wenn ein Land vierzig, fünfzig Jahre lang vom Kommunismus beherrscht wurde, wenn es keinen Rechtsstaat, keine am Rechtsstaat orientierte Verwaltung und keine unabhängigen Richter gab – wenn man all dies in Betracht zieht, dann weiß man, welche gewaltige Leistung diese beiden Völker – wie die anderen früheren kommunistischen Länder – unternehmen mussten. Wenn wir aus der so genannten alten Europäischen Union kritisch auf diese Länder schauen, würde ich mir manchmal wünschen, dass wir uns an die gewaltige Leistung der Menschen in diesen Ländern erinnern und dies auch einmal anerkennend zum Ausdruck bringen.

(Beifall)

Alles in allem sehen wir diesen Vorschlag, den Sie unterbreiten, Herr Kommissionspräsident und Herr Kommissar Rehn – ich möchte Ihnen, Herr Kommissar Rehn, auch ausdrücklich für Ihr wirklich ehrliches Bemühen in den letzten Jahren herzlich danken – als einen ausgewogenen Vorschlag an: Einerseits ist die Mitgliedschaft zum 1. Januar 2007 vorgesehen, andererseits dürfen wir aber auch nicht die Augen davor verschließen, dass es noch viel Arbeit zu tun gibt. Es wäre unverantwortlich, nicht nur den Menschen in der bisherigen Europäischen Union gegenüber, sondern auch gegenüber Bulgarien und Rumänien, all die Arbeit, die dort noch geleistet werden muss, zu verschweigen.

Sowohl beim Kommissionspräsidenten als auch bei Kommissar Rehn war die Rede davon, dass es bei der Verwendung der europäischen Gelder noch große Defizite gibt, dass die Gefahr der Korruption besteht, dass wir bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität, bei der inneren Sicherheit noch große Defizite vorfinden. Herr Kommissar Rehn hat ja ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Umsetzung der Strafverfolgung noch äußerst mangelhaft erfolgt. Das heißt, die Gesetze sind zwar da, aber sie müssen auch angewandt werden. Auch muss es, wenn schwere Gesetzesverstöße vorliegen, eine Ahndung durch die Gerichte geben, und die Verantwortlichen müssen zur Rechenschaft gezogen werden. Dies wird unter anderem auch dadurch im Auge behalten, dass beide Länder im Abstand von sechs Monaten einen Bericht über den Fortschritt vorlegen müssen.

Herr Kommissar Rehn hat, wie ich finde, sehr klug davon gesprochen, dass die so genannten Schutzklauseln – man könnte ja auch Übergangsbestimmungen sagen – hoffentlich keine Anwendung finden müssen. Ob sie Anwendung finden, hängt davon ab, wie die Reformschritte unternommen werden. Wenn die Reformschritte, die auch nach dem 1. Januar 2007 mit aller Kraft weitergeführt werden müssen, nicht unternommen werden, dann würden diese Schutzklauseln in Kraft treten. Dies müssen wir immer mit berücksichtigen.

Ich möchte den Menschen in Bulgarien und Rumänien sagen: Bei aller Freude über den Beitritt – Sie treten am 1. Januar 2007 nicht einer Europäischen Union bei, die sozusagen das Paradies auf Erden ist! Wir haben ja bei anderen Ländern erlebt, dass, wenn sie einmal Mitglied der Europäischen Union waren, die Begeisterung deutlich nachgelassen hat. Nun muss man nicht für Europa begeistert sein. Aber man sollte sich immer zu diesem Europa bekennen, und wir müssen das gemeinsame Bewusstsein haben, dass wir als Europäische Union nur in einer handlungsfähigen und auf gemeinsamen Werten beruhenden Europäischen Union eine gemeinsame Zukunft im 21. Jahrhundert haben. Ich hoffe, dass in diesen beiden Ländern, die nun beitreten, in Bulgarien und Rumänien, aber auch in den anderen Ländern der Europäischen Union dieses Bewusstsein niemals verloren geht.

Der Kommissionspräsident hat zu Recht von der institutionellen Festigung der Europäischen Union gesprochen, die jeder Erweiterung vorangehen soll. Ich sage für den EVP-Teil unserer Fraktion: Institutionelle Festigung: ja! Aber wir sind dabei ehrgeizig. Wir wollen, dass die Prinzipien und die Substanz des Verfassungsvertrags einschließlich seiner Werte rechtliche und damit politische Wirklichkeit werden. Das ist die große Agenda in den vor uns liegenden Monaten und Jahren. Lassen Sie uns gemeinsam dafür arbeiten! In diesem Sinne heißen wir Bulgarien und Rumänien herzlich willkommen!

(Beifall)

2-182

Martin Schulz, *im Namen der PSE-Fraktion.* – Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn mich die Leute in meinem Wahlkreis fragen, warum ich dem Beitritt von Bulgarien und Rumänien zustimme, obwohl es doch so viele Probleme gibt, obwohl die letzte Erweiterung noch nicht verkraftet ist, obwohl wir die Verfassung nicht haben, obwohl so viele Probleme in den Ländern selbst ungelöst sind, versuche ich nicht, eine Antwort zu geben, indem ich auf das eine oder andere Problem hinweise. Das ist die Aufgabe von Herrn Kommissar Rehn, und das hat er heute getan. Es gibt in Bulgarien und Rumänien noch die eine oder andere Sache, die geklärt werden muss. Es gibt das eine oder andere Problem, das beschrieben werden muss, wo sich die Regierungen um die Lösung bemühen müssen und das Volk davon überzeugen müssen, dass man Reformen durchführen muss. Das wird alles gemacht und ist auch alles notwendig. Die Defizite müssen behoben werden.

Aber heute ist in diesem Haus nicht die Stunde, über das eine oder andere Problem zu reden. Wenn Bulgarien und Rumänien am 1. Januar 2007 der Europäischen Union beitreten, dann geht in Europa ein Einigungswerk weiter, das in der Welt seinesgleichen sucht. Unsere Großväter und Großmütter waren stolz auf das westeuropäische Einigungswerk. Warum sind wir eigentlich nicht stolz auf das gesamteuropäische Einigungswerk, das wir heute mit dieser Debatte weiterführen? Bulgarien und Rumänien gehören zu Europa, und ich finde es richtig, was Herr Poettering gesagt hat: Sie sollen uns willkommen sein. Ich sage für meine Fraktion: Ja, sie sind uns willkommen.

(Beifall)

Es geht um nichts Geringeres als darum, dass eine gegen die historische Entwicklung unseres Kontinents gestellte Teilung, die nach dem Zweiten Weltkrieg bittere Wirklichkeit wurde, beendet wurde und beendet wird. Ich bin im Westen Europas geboren. Ich bin in einem Land geboren, das geteilt war und das in einen Freudentaumel geriet, als es seine Einheit wiederherstellen konnte. Zu Recht, die Deutschen hatten es verdient.

Aber was die Deutschen verdient hatten, hat der ganze Kontinent verdient. Die Männer und Frauen, die gegen die kommunistische Diktatur in Bulgarien und Rumänien gekämpft hatten, das Volk, das in den letzten sechzehn Jahren in Bulgarien und Rumänien einen Transformationsprozess durchmachen musste, der härter war als die Belastungen, mit denen die Menschen in Westeuropa in den letzten Jahren konfrontiert waren. All das verdient, belohnt zu werden, indem die Europäische Union diese beiden Staaten aufnimmt. Welches Problem würde denn einfacher, wenn sie draußen

blieben? Welche Sorge, die wir haben, würde denn leichter gelöst, wenn sie nicht aufgenommen würden? Nichts würde besser, wenn wir sie draußen ließen! Im Gegenteil: Die Unsicherheit in den Ländern und in der ganzen Schwarzmeerregion würde zunehmen, wenn wir sie nicht aufnahmen. Deshalb ist es auch ein Akt der Vernunft, sie aufzunehmen.

Alles, was in der Europäischen Geschichte erreicht worden ist, was erstritten werden musste, ist gegen Skepsis erstritten worden. Ich bin ziemlich sicher: Als 1950/51/52 die Staatsoberhäupter und Regierungschefs in Belgien, Luxemburg, den Niederlanden und Frankreich ihren Völkern gesagt haben, dass sie die Deutschen in die damalige Europäische Gemeinschaft, die Montanunion, aufnehmen müssten, erhielten sie auch keine stehenden Ovationen. Es gab jede Menge Leute, die sagten: Die Deutschen haben gerade zweimal unser Land zerstört, und jetzt sollen wir sie aufnehmen? Jetzt sollen sie Geld von uns kriegen? Aber die Staats- und Regierungschefs waren fest davon überzeugt, dass die Integration Deutschlands in die Europäische Gemeinschaft Frieden und wirtschaftliches Wachstum bringt und dass die Integration den Hass und die Feindschaft überwinden hilft. Das ist gelungen!

Nichts anderes tun wir auch jetzt. Wir stehen in jedem Land vor einer Bevölkerung, die fragt: Übernehmt ihr euch nicht? Gebt ihr dort nicht zu viel Geld aus? Kostet das nicht zu viel? Ist das nicht alles zu unsicher? Unsere Antwort kann doch nur sein: Unser Ziel ist die Steigerung der Wirtschaftskraft und des sozialen Zusammenhalts, der Export der Integration von Kultur und Völkern als friedensstiftendes Projekt. Was im alten Europa nach innen verwirklicht wurde, jetzt in die Länder auszudehnen, die bis dato nicht davon profitieren konnten. Das alles geschieht nicht, indem man die Unterschrift unter den Vertrag setzt, sondern das muss erkämpft und erarbeitet werden. Aber man muss damit beginnen. Dazu gehört der Mut, gegen viele Skepsis und gegen viele Widerstände zu sagen, dass die europäische Einigung im Westen wie im Osten der richtige Schritt war, weil diese Einigung Frieden, wirtschaftliches Wachstum und auch im Binnenmarkt mehr Raum für wirtschaftliche Entwicklung schafft. Jedes Land, das wir aufnehmen, ist für den europäischen Binnenmarkt eine Bereicherung. Es schafft sozialen Zusammenhalt, und es schafft die Größe, die Europa als ökonomischer Raum braucht, um im interkontinentalen Wettbewerb auf Dauer überlebensfähig zu sein.

In der Summe kann man an vielen kleinen Dingen herumrörgeln: Dies geschieht noch nicht richtig, da ist noch eine Reform notwendig, hier muss die Verwaltung reformiert werden, da die Justiz, die Polizei, die Landwirtschaft. Das alles ist richtig und muss alles gemacht werden. Es ändert aber nichts an der Tatsache, dass wir Rumänien und Bulgarien aufnehmen sollten, weil wir sie brauchen.

(Beifall)

2-183

Graham Watson, on behalf of the ALDE Group. – Mr President, there is a Romanian proverb: *Unde-s doi puterea creste*. It means where there are two or more, we are stronger. Well, there are two: Bulgaria and Romania recognise that they will be stronger in the European Union and the European Union will be stronger with Romania and Bulgaria.

Size matters. With the supranational challenges we face in today's world, the more countries that share our values and practise good government and democracy within our Union, the more able we will be to promote those values beyond it. So I salute the people of Romania and Bulgaria. I salute their governments, in which Liberals and Democrats are proud to play an important role. I salute, in particular, Meglena Kuneva and Anca Boagiu, who have conducted the detailed negotiations on behalf of their countries like a pair of swans, apparently gliding serenely across the surface of the water but with their feet paddling away ten to the dozen underneath.

I express my thanks to the European Commission, and in particular to Commissioner Rehn, for a difficult task imaginatively tackled and accomplished appropriately under a Finnish Presidency.

We all recognise that there is unfinished business. The European Union is a moving target with the *acquis communautaire* constantly evolving. Bulgaria and Romania are developing themselves. We know that democracies are sometimes run by crisis management: often problems are often not solved until they have to be solved. We acknowledge that there is only a certain elasticity in the management of public affairs. Moreover, we recognise that there is a need, as in previous enlargements, for transition periods and safeguard clauses.

I urge the governments and people of both countries to continue their reforms, but to those who doubt their readiness I ask, would they be better off and would we be better off with them outside? Should we say 'no' or 'not yet'? As the American commentator Mencken once said, that 'For every complex problem there is an answer which is clear, simple and wrong.' Leaving them outside the Union would be the wrong answer.

I am pleased, however, that the Commission draws attention in its report to the need for greater efforts in the fight against crime and the need for more serious efforts in improving the situation of the Roma people in both the countries joining us. The rule of law and social inclusion are fundamentals of our Union. More action needs to be taken by the governments of both countries and the Commission needs to monitor that action on our behalf.

What matters to the health of a society is less what it possesses than the direction in which its face is set. It seems to me that the direction of both countries is the right one. To quote from the hymn to St Cyril and St Methodius: 'March ahead, oh revived people, to your future march ahead, forge your destiny of glory ...'. Forge it with us.

There is work to be done in Romania and Bulgaria to make the European Union a reality. We build the European Union together. It will never be built purely from the top down. It must be built from the ground up. That was perhaps summed up by the Romanian writer Adrian Marino, when he wrote: '*Sa aducem Europa, din nou, la noi acasă*' – 'We must bring Europe into our homes'.

But there is work to be done in the European Union, too, to convince our citizens that the cost they are paying for the accession of Romania and Bulgaria is not a net negative. To explain to them, as the Špidla report showed us, that those countries which welcome new countries as partners gain economic benefits. To point out to them that unless we let low-cost labour come to where the investment is, then the investment will go to where the low-cost labour is. It is a win-win calculation in bringing new countries such as Romania and Bulgaria into the Union. We will all be winners.

There are some who ask whether this will be the last enlargement. I believe that our Member States will be obliged to sort out Europe's constitutional challenges before new countries are taken in. I hope that is what the Commission President meant when he said that this might be the last enlargement. We owe our citizens and the citizens of these two future Member States the duty of sorting out Europe's constitution before we take in further countries. In conclusion, let us welcome Romania and Bulgaria today, not in a spirit of triumph but in a spirit of satisfaction with work well accomplished.

(Applause)

2-184

Daniel Cohn-Bendit, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Monsieur le Président, chers collègues, j'ai rarement vu dans ce Parlement un débat plus hypocrite que celui que nous tenons aujourd'hui.

Premièrement, de toute façon, ce Parlement n'a plus rien à dire. Nous avons décidé, il y a un an, de dire oui. Alors, vous pouvez me dire: "ils nous ont livré 150 pages". Moi, je vous assure qu'avec les 100 pages que nous avons ici, vous auriez dit non il y a un an, mais aujourd'hui, vous devez dire oui, puisque de toute façon vous avez dit oui. Ce Parlement est donc amputé et il est content de l'être. Bravo, à vous de jouer!

Deuxièmement, M. Barroso vient de nous faire une déclaration extraordinaire: "mais, pour la prochaine fois, il faudra une réforme institutionnelle!" Nous avons dit cela, quand nous étions dix! Nous l'avons dit quand nous étions quinze! Nous avons dit cela à 17, nous avons dit cela à 25, nous disons cela à 27 et je vous promets que nous le dirons à 30, 35, 40, 45, que ce sera la dernière fois, et nous serons tous morts et ce sera la dernière fois, l'année prochaine à Jérusalem.

Y en a assez! Y en a assez d'entendre de tels mensonges, parce que, avec les arguments de M. Schultz, avec les arguments poétiques de M. Watson, comment pourrez-vous dire non aux Balkans? On a parlé de paix, mais il est évident que les Balkans ont un futur dans l'Union européenne, il est évident que la Roumanie et la Bulgarie ont un futur dans l'Union européenne. Ils doivent devenir européens. Le problème c'est de savoir comment! Et à quelles conditions, et à quel rythme et comment on s'organisera. Ce n'est pas la poésie qui organise la politique quotidienne, ce n'est hélas pas la poésie, et aujourd'hui, je vous demande une chose: c'est d'être sérieux. Je vous dis sérieusement, avec ce rapport-ci, si cela avait été pour la Turquie, vous auriez tous dit non!

Alors que les arguments de la paix, du futur, du marché, de ma grand-mère, de mon grand-père, auraient été les mêmes, mais non... parce que vous avez un a priori idéologique très simple, et qui est juste: il faut que l'Union européenne s'élargisse. Et il y a un effet d'entonnoir. La Commission et le Conseil décident, le Conseil décide, la Commission suit, le Parlement fait son béni-oui-oui, c'est l'entonnoir et ça glisse, ça glisse, ça glisse et ça rentre. Et plus personne n'est capable de rien, parce que, quand vous avez un effet d'entonnoir, vous n'êtes plus capable de l'arrêter... Et vous n'avez aucune possibilité de poser des problèmes politiques.

Mais lisez donc: en ce qui concerne les médias, les conditions d'équité ne sont pas garanties, mais ça ne fait rien, ça va venir. Dans tel cas, la justice n'est pas indépendante, mais ça ne fait rien, ça va venir; concernant les mécanismes de protection des minorités, ce n'est pas encore fait, mais ça ne fait rien, ça va venir. Ça va venir quand et comment? Comment pouvez-vous savoir que ça va venir? C'est que, chez nous, on a des problèmes.

Par ailleurs, pour les problèmes d'immigration, le Conseil est incapable de faire passer la politique de justice et de droit, de la faire passer au premier pilier. L'unanimité n'est pas requise. À 27, ça va être beaucoup plus facile! Vous allez voir, beaucoup plus facile, à l'unanimité, de tout faire passer.

Et le gouvernement allemand qui nous promet que l'on va régler ça grâce à la Constitution! Mais comment? Comment faire passer cette Constitution dans les 27 États membres. Personne ne le sait, mais absolument personne; mais vous allez voir ce que vous allez voir.

Moi, je crois que nous sommes hypocrites. Oui, la Roumanie, oui, la Bulgarie ont une perspective européenne. Oui, les Balkans, mais nous, nous sommes incapables de faire de l'Europe une véritable Europe, et le pire, et je termine par là, c'est qu'avec l'élargissement tel que nous le faisons, nous allons vers une renationalisation de la pensée des États, de la politique et des pratiques. Vous avez vu ça au dernier Conseil; eh bien moi je vous dis: nous sommes des impuissants, mais en tant que Parlement, nous sommes fiers de l'être!

(Applaudissements)

2-185

Erik Meijer, *namens de GUE/NGL-Fractie*. – Voorzitter, in 2004 werden Roemenië en Bulgarije minder rijp gevonden dan de tien staten die toen lid werden. Er was geen twijfel over dat ze met enige vertraging een gelijkwaardige behandeling zouden krijgen. De fractie van Europees Verenigd links heeft dit streven altijd ondersteund. Daarbij is ons uitgangspunt dat die landen niet in de eerste plaats moeten worden beoordeeld op privatiseringen, op bezuinigingen, op goede betrekkingen met internationaal werkzame grote ondernemingen of op hun lidmaatschap van de NATO. Wij leggen in ons oordeel de nadruk op mensenrechten, behoorlijk democratisch bestuur en goed milieubeleid.

Bij de stemming in 2005 heb ik ingestemd met het principe van de toekomstige toetreding van Bulgarije en Roemenië. De vraag bleef toen open wanneer en hoe deze uitbreiding op een goede manier zou kunnen plaatsvinden. Dit Parlement heeft ten aanzien van Roemenië het recht bedongen om tot uitstel te besluiten, terwijl voor Bulgarije de toepassing van die mogelijkheid geheel aan de Raad werd overgelaten. Dat gebeurde op een moment dat de verontrusting over de tekortkomingen in Roemenië het grootst was en werd verwacht dat Bulgarije de minste problemen zou opleveren. Inmiddels is juist over Bulgarije de verontrusting gegroeid.

In beide landen is de situatie voor de Roma-bevolkingsgroep slechter dan in de meeste andere nieuw toetreden staten. In een aantal gevallen wordt de plek waar zij reeds lang wonen, illegaal verklaard en worden ze daaruit verjaagd. Ook voor de mensen die behoren tot de Hongaarse minderheid in Roemenië of tot de Turkse minderheid in Bulgarije bestaan problemen, al zijn die minder groot dan in het recente verleden. Het is niet langer doelbewuste achterstelling door de overheid maar wel laksheid tegenover de discriminatie die door ultranationalisten tegen deze groepen wordt uitgeoefend. Ook het antisemitisme is nog steeds niet verdwenen.

Bij eerdere debatten over dit onderwerp deed mijn fractie voorstellen om verbeteringen te eisen, onder meer naar aanleiding van de illegale betalingen die in Bulgarije worden gevraagd aan doorreisende ingezetenen van de Europese Unie van Turkse afkomst. Een meerderheid van dit Parlement heeft onze eisen helaas niet gesteund. Dat was wel het geval met betrekking tot Rosia Montana, waar mijnbouw met behulp van gevaarlijk gif wordt voorbereid. In een op 23 september door Roemenië verspreide mededeling wordt gemeld dat een milieueffectrapportage is gestart en dat met buurland Hongarije wordt overlegd over het gevaar dat giftig afvalwater daarheen stroomt. Omdat er nog geen eindresultaat is kan het op 11 oktober helaas niet worden betrokken bij het eindoordeel van dit Parlement over het Roemeense lidmaatschap.

Mijn fractie vreest dat na de toetreding nog veel problemen zullen moeten worden opgelost en dat bij tegenvallers een verdere uitbreiding van de Europese Unie bij de publieke opinie in de huidige lidstaten steeds meer omstrede zal worden. Desondanks ziet het er na de voorbereidende discussie naar uit dat een meerderheid van mijn fractie bij de stemming zal instemmen met toetreding per 1 januari 2007. Een belangrijk argument daarvoor is dat eerder ook andere lidstaten zijn toetreden ondanks hun onopgeloste problemen en dat een jaar uitstel geen belangrijke verbeteringen zal opleveren.

Tot slot moet ik u anderzijds melden dat mijn partij, de socialistische partij, zich op grond van de vele problemen in het Nederlandse parlement samen met de christen-democraten tegen toetredingsdatum 2007 heeft uitgesproken. We denken dat er nog heel wat problemen opgelost zouden moeten worden, maar de echte stemming vindt op 11 oktober plaats.

2-186

Brian Crowley, *on behalf of the UEN Group*. – Mr President, I would like to welcome President Barroso, Commissioner Rehn and President-in-Office Lehtomäki and join with my colleagues in welcoming the very sensible decision on Romanian and Bulgarian accession on 1 January 2007.

Despite all the difficulties, what has actually been achieved in both those countries in the last 12 to 13 years is phenomenal: the change of culture, the change of attitude, the willingness to engage, the openness and transparency. The enormous sea change in legislation alone to comply with the *acquis communautaire* is something that no existing Member State could achieve in such a short time.

We can speak about the theoretical importance of this enlargement and the abstract and political arguments. But the most important argument of all is for the 7.5 million people in Bulgaria and the 22 million people in Romania to be given the same opportunities that all of us in the European Union have today, which we got when we were weaker or smaller countries or poorer economies with less developed judiciaries or economic and educational spheres.

Of course, there is more work to be done. Ongoing reforms are needed; constant vigilance is necessary against the ability of mankind to interfere with, interrupt or corrode public life. That is why the safeguard clauses are there. But let us celebrate what has been achieved so far.

I have only one small query and that concerns the ongoing difficulties in both countries with abandoned and orphaned children and children and young people with disabilities. They still do not get the levels of support, independence and protection they need.

Many years ago, a greater Irishman than I am said, 'Nobody or no group has the right to put a stop on the march of a nation'. We do not have the right to stop the reunification of Europe to correct the mistakes of history. Like all good families, we should encourage those within our family who are trying to achieve more to pursue common ideals, goals and standards.

We should welcome Romania and Bulgaria, congratulate their officials, their governments and their people for what they have achieved so far, remember the horrors that they have come through and look forward to the bright future that lies ahead for them and for us.

(Applause)

2-187

Vladimír Železný (IND/DEM). – Pane předsedo, my poslanci z postkomunistických zemí, které už jsou členy Unie, se náhle ocitáme v pokušení, kterému podléhali a ještě podléhají zástupci zemí původních, starých, vyspělých, západních, dodejte si jakýkoli další pochvalný přívlastek. Jsme uvnitř hradeb a shovívavě se můžeme dívat na příchozí, kteří se do vysněného hradu Unie snaží vstoupit. Zkoumáme je, poučujeme je. Naštěstí my v České republice jsme sami toto potupné poučování a neustálé vršení nových nesmyslných podmínek, kvót a nerovnoprávných omezení ještě ne tak dávno zažívali na vlastní kůži. Proto dnes můžeme vyjádřit solidaritu s oběma zeměmi. Víme totiž, že mnohé problémy, které dnes sužují Rumunsko a Bulharsko, si tyto země samy svobodně nevybraly. Jsou výsledkem toho, že na půl století byly stejně jako my odstaveny od přirozeného vývoje, od tržní ekonomiky a svobodné zastupitelské demokracie. Jako my rozhodnutím poválečných velmocí přepadly na tu nesprávnou polovinu Evropy a národy obou zemí si vytrpěly své pod komunistickou diktaturou.

Věříme, že my v České republice proto odoláme pokušení vystavovat je dalším potupným omezením z hlediska pohybu, zaměstnání a služeb. Dost na tom, že je tomu nesporně vystaví západní ochránářské země Unie. Věřím, že náš vztah k nim bude takový, jaký jsme my naopak očekávali od 15 západních zemí v okamžiku, kdy jsme se stali plnoprávními členy. Jsme stále členskými zeměmi druhé kategorie. Věřím, že proto nebudeme ze dvou nových zemí dělat členské země třetí kategorie. Už proto ne, že zatím co Evropská unie dnes pokrytecky poučuje Rumunsko a Bulharsko, dvě země s evropskou tradicí, kulturou a evropskými hodnotami, současně rozvíjí nebezpečnou hru na přistoupení s Tureckem a přimhuje oči nad jeho postojem k minoritám, demokratickým právům, pluralitě církví, právům žen, výkladu brutální historie. Věřím, že dvě výsostně evropské země Rumunsko a Bulharsko se brzy stanou našimi plnoprávními členy.

2-188

Irena Belohorská (NI). – Som veľmi rada, že na oboch stranách, tak na strane bulharskej a rumunskej vlády, ako aj na strane Európskej únie došlo k spoločnému konsenzu, ktorému predchádzali konštruktívne rokovania o podmienkach pre vstup Bulharska a Rumunska do EÚ.

Ako europoslankyňa, ktorá reprezentuje Slovensko, štát, ktorý sa stal členom Únie len pred dvoma rokmi, chcem vyjadriť potešenie z toho, že od 1. 1. 2007 sa Rumunsko a Bulharsko stanú členmi Európskej únie, a ich vstup plne podporujem. Zároveň si želim, aby tieto nové členské štáty nikto v Únii nepokladal za menejcenné a aby sa už v súčasnosti ich dobre nastavené ekonomiky, ako aj demokratické štruktúry ďalej zdravo rozvíjali.

V súvislosti s často spomínanými nedostatkami týchto prístupujúcich štátov by som sa chcela bližšie vyjadriť k novému rumunskému zákonu o zákaze medzinárodných adopcií. Medzinárodná adopcia je globálny a v rovnakej miere aj etický problém. Obchodovať s deťmi a schovávať sa za alibi, že je to v záujme týchto detí, je nedôstojné a v Európskej únii neprijateľné. Štát, ktorý obchoduje so svojim budúcim potenciálom, vlastnými občanmi, nahráva medzinárodné organizované zločinu. Takýto štát by mal prehodnotiť svoje priority, a to nielen na papieri, ale aj v realite. Mal by hlboko zvážiť, aké prostriedky využije na dosiahnutie týchto cieľov. Predaj detí je kontraproduktívnym mrhaním vlastného potenciálu a degradáciou podpory zmyslu rodiny.

Rumunsko – plnoprávny člen Európskej únie - by sa malo vedieť postarať o svojich občanov od narodenia až po úmrtie, ako to minulý týždeň vyjadril rumunský premiér. Je potrebné zlepšiť prácu v sociálnej oblasti a profesionalizovať personál, ktorý poskytuje poradenstvo o adopciách v Rumunsku, ako aj zjednodušiť adopciu na vnútroštátnu adopciu.

Aj napriek niektorým dobre známym problémom v súvislosti s implementáciou tohto zákona považujem jeho prijatie za vynikajúci krok vpred. Tento zákon sa určite môže zaradiť medzi líniu štandardov európskej legislatívy.

Rumunskí a bulharskí priatelia, vitajte medzi nami!

2-189

ΠΡΟΕΔΡΙΑ του κ. ΑΝΤΩΝΙΟΥ ΤΡΑΚΑΤΕΛΛΗ
Αντιπροέδρου

2-190

Elmar Brok (PPE-DE). – Herr Präsident, Herr Kommissionspräsident, Herr Kommissar, Frau Ratspräsidentin! Für den Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten geht langsam eine lange Periode der Diskussion um diese beiden Länder zu Ende, die wir von Beginn an als Mitglieder der Europäischen Union begrüßen wollten. Wir sollten uns daran erinnern, dass wir bei vielen Beitritten Sorgen hatten und sich alle diese Beitritte nachträglich als politisch und ökonomisch gelungen erwiesen haben. Sie sind zu einer *Win-Win*-Situation geworden. Hier gibt es auch eine Reihe von Übergangsregeln zugunsten beider Seiten, damit die Mitgliedschaft aus der Sicht der Europäischen Union ohne große Kontroversen vonstatten geht, beispielsweise dass die Grenzkontrollen für Personen noch nicht aufgehoben werden, weil es sich bei diesen Ländern noch nicht um Schengen-Länder handelt, oder auch was die Freizügigkeit für Arbeitnehmer angeht.

Aber bei allem Begrüßen müssen wir klarstellen, dass jede Erweiterung nur funktioniert, wenn auch die Regeln eingehalten werden. Es ist von großer Bedeutung, wenn die Kommission heute erklärt, sie habe einen *Benchmarking*-Prozess und einen *Monitoring*-Prozess, mit denen die Fragen des Rechtssystems, der Korruption, der Geldwäsche und der organisierten Kriminalität gelöst werden könnten. Dann werden wir abwarten müssen, ob sie im Notfall wirklich angewandt werden. Das Gleiche gilt für die rechtlichen Voraussetzungen und Kontrollen bei den Struktur- und Agrarfonds wie auch für die Öffnung der Märkte für Lebensmittel.

Die Kommission trägt heute ein hohes Maß an Verantwortung. Denn nur, wenn es funktioniert und sie ihre Mechanismen auch glaubwürdig einsetzt, wird die Zukunft der Europäischen Union gesichert sein, und nur dann können wir auch in Zukunft über Erweiterungen nachdenken. Es ist außerordentlich wichtig, dass wir die Länder willkommen heißen, dass aber auch beide Seiten die Regeln einhalten, damit uns nicht durch das Nichteinhalten von Regeln am Ende des Tages große Probleme entstehen. Deswegen werde ich mit großer Aufmerksamkeit beobachten, wie die Kommission die Möglichkeiten, die sie heute genannt hat, in der Praxis nutzen wird.

Eine letzte Bemerkung: Der Verfassungsvertrag wurde erstellt für die Union der 25 bzw. der 27 am Ende dieser Erweiterungsrunde mit den Ländern, die so unsäglich unter dem Kommunismus gelitten haben. Aber die Europäische Union wird in dieser Welt nicht durch Größe eine Rolle spielen, sondern nur durch innere Stärke. Äußere Größe ist kein Ausdruck von Stärke. Deswegen ist gerade in dieser Stunde daran zu erinnern, dass wir als Europäische Union unsere Hausaufgaben noch nicht gemacht haben.

2-191

Geoffrey Van Orden (PPE-DE), rapporteur. – Mr President, Commissioner Rehn and the staff of DG Enlargement, in particular Timo Summa and Mrs Bridget Czarnota, deserve our thanks for the very professional and dedicated manner in which they have conducted their work in regard to Bulgaria over many months and years. There is no doubt that Bulgaria and Romania have been subject to a degree of scrutiny probably unparalleled in EU history. The reasons for this are not just related to the countries concerned but are also a reflection of the growing scepticism about enlargement in certain political quarters. This is a pity. Enlargement is, I hope, a vehicle for reform and change in the European Union.

I very much welcome the Commission's confirmation that Bulgarian accession should take place on 1 January 2007. Postponement would have served no useful purpose. At the same time, we are under no illusions that much remains to be done. Continuing reform is needed in Bulgaria, not just because of EU accession but for the sake of Bulgaria and its people. The key word now is 'transparency' in every sector, whether it is public procurement, the appointment of officials and magistrates or whether it concerns the reasons why a particular investigation is suddenly stopped dead in its tracks. Citizens need to have confidence that those in authority are acting openly for them and in their best interests.

Of course, many measures are still being put in place by the Bulgarian authorities. I particularly welcome the recent announcement that the services of the Dutch former Prosecutor General have been enlisted to assist Bulgaria's own excellent Prosecutor General and I would encourage other countries to come forward with similar assistance.

On the subject of migration of workers, many of our countries, not least the United Kingdom, have seen the consequences of a decade and more of failed and catastrophic immigration policies, largely unrelated to the European Union. It is a pity that Bulgaria and Romania may now suffer the consequences of this.

It has been a colossal task for Bulgaria to recover from the effects of 50 years of communism. Now we see a stable democracy, a buoyant economy, 5% growth, record foreign direct investment, a factor of regional stability and a contributor to NATO. Well done Bulgaria – and welcome!

(Applause)

2-192

Jan Marinus Wiersma (PSE), Plaatsvervangend rapporteur. – Voorzitter, ik vervang mijn collega Pierre Moscovici, onze rapporteur voor Roemenië, die helaas op dit belangrijke moment niet aanwezig kon zijn. Laat ik beginnen met beide landen van harte te feliciteren met de conclusies die de Commissie vandaag heeft gepresenteerd over de toetredingsdatum van Roemenië en Bulgarije. Ik heet beide landen van harte welkom en in het bijzonder Roemenië. Na alles wat er gebeurd is, de geschiedenis van dat land, 50 jaar dictatuur, 15 jaar hard werken, wordt nu de prijs daarvoor gegeven door de Europese Unie in de vorm van lidmaatschap.

Mijn fractie heeft consistent de toetreding van beide landen, Bulgarije en Roemenië, gesteund. Het zijn verschillende regeringen geweest, niet alleen de huidige maar ook de voorgaande, die het mogelijk gemaakt hebben dat in Roemenie de dynamiek is ontstaan die nu ook leidt tot de conclusie die de Europese Commissie heeft voorgelegd. Het is een enorme prestatie van beide landen en een belangrijke dag in Boekarest en in Sofia, in Bulgarije en in Roemenië.

Ik ben ook blij met de opmerking die de voorzitter van de Commissie maakte dat op basis van de permanente vooruitgang van die twee landen ook nu kan worden besloten die uitstelvariant niet te gebruiken, maar gewoon op 1 januari volgend jaar te beginnen. De Commissie heeft aangegeven dat er voldoende mogelijkheden zijn, ook voor de Commissie in samenwerking met deze twee nieuwe lidstaten, om ervoor te zorgen dat de open kwesties die er nog zijn, de komende jaren zorgvuldig worden opgeruimd in een proces van verificatie en samenwerking tussen de Europese Commissie en deze twee landen, en dit op basis van duidelijk en concreet geformuleerde doelen waaraan zowel de Commissie als de twee regeringen zich zullen committeren. Het verdrag biedt voldoende garanties voor de Commissie om ervoor te zorgen dat de belangen van de Unie in dat proces gewaarborgd zijn. Een jaar uitstel zou waarschijnlijk betekend hebben dat beide kanten zich niet langer zouden inspanssen en zou tot een soort automatisch lidmaatschap leiden. Nu wordt gebruik gemaakt van de vooruitgang en de dynamiek die in beide landen heerst om de laatste restjes van het toetredingsproces op een grondige manier weg te werken en het bureau zo snel mogelijk leeg te maken.

Kortom, gefeliciteerd, dank aan de Commissie, dank aan Commissaris Rehn voor alle werk dat hij de afgelopen jaren verricht heeft en nogmaals mijn gelukwensen aan Roemenië en Bulgarije.

2-193

Πρόεδρος. – Η συζήτηση έληξε.

Η ψηφοφορία θα διεξαχθεί την Πέμπτη.

2-194

12 - Πρόοδος της Τουρκίας προς την προσχώρηση (συζήτηση)

2-195

Πρόεδρος. – Η ημερήσια διάταξη προβλέπει τη συζήτηση της έκθεσης του Camiel Eurlings, εξ ονόματος της Επιτροπής Εξωτερικών Υποθέσεων, σχετικά με την πρόοδο της Τουρκίας προς την προσχώρηση [2006/2118(INI)] (A6-0269/2006).

2-196

Camiel Eurlings (PPE-DE), rapporteur. – Mr President, we are bringing to the final debate this report on Turkey at a special moment. This report is preceding the European Commission's progress report, and therefore provides a unique opportunity to influence and enrich the stance of the European Commission.

This does not mean, however, that there would be so much need to influence the Commission on this point, because the report as I have presented it to the Committee on Foreign Affairs, and as I present it now here in this sitting, has been prepared in very good cooperation with the European Commission and with Commissioner Rehn himself. I also think of Mr Rehn's words when I presented the report in the Committee on Foreign Affairs, words of welcome which were very clear.

The Committee on Foreign Affairs adopted the report by a large majority: 54 votes to 6. The report has been described as fair but tough: fair because it is based on facts and is constructive; tough because, unfortunately, there is reason for criticism of at least a strong push from Parliament.

The basic conclusion of the report is that we, as the European Parliament, regret that there is a slowdown in reforms. We had expected at the start of the negotiations in 2004, when we made a decision, that the impressive reforms of 2002-2004 would continue. Unfortunately they have slowed down. That is not to say that nothing has happened. I compliment the Turkish politicians on their ninth package of legislative reforms and the many proposals that were adopted by Parliament. I also compliment the Turkish officials for their professional work in the negotiations so that the first chapter could be provisionally closed.

So why then is there criticism? Because we would have liked to have seen more progress in the mainstream of further political reforms. I will mention a few vital areas. Firstly, on freedom of expression, we as a Parliament have already criticised some parts of the new penal code. Although it was a big improvement, some articles raised doubts – Article 301, first and foremost. Some people have been set free. However, the reconfirmation of the sentence of Mr Hrant Dink proves, as Ali Birand, the famous journalist, also stated so clearly, that Article 301 has to be changed or repealed. I ask the Turkish Government and the Turkish people to see the need for this. It is important for the freedom of the Turkish people, it is important for the image of Turkey in Europe and the wider world.

Second, a lot needs to be done as regards freedom of religion. I was in Turkey a few weeks ago. Until recently, monasteries and churches have been taken away, and the new proposed law on foundation, as the Commissioner said, is not good enough. So please let this stop. Give back the properties to the religious minorities and change the proposal of the law on foundation so that if they cannot be given back, then at least there is a good compensation for the minority churches.

Also, the training of clergy must resume. Since 1971 seminaries are closed, and for a country that wants to be European, it is very important that it should be as easy to build a Christian church in Turkey as it is to build a Turkish mosque in the rest of the European Union.

We said we want priority for these reforms because that is the European spirit. We ask it as a Parliament, and Turkey signed, in the revised accession partnership, a commitment to achieve the short-term priorities before the end of 2007, and then we as a Parliament asked Turkey to do what was agreed.

A third situation that worries us is the situation in the south-east. We strongly condemn the PKK and any terrorism. We strongly condemn it – there is never any excuse for terrorism; but at the same time we ask Turkey to try to find peaceful interlocutors, try to find a political way and invest in the social and economic development of the south-east.

A last major point: Cyprus. It was agreed at the start of negotiations that there would be no formal recognition ceremony by Turkey of Cyprus but that there would be an Ankara Protocol as a kind of normalisation of relations. The protocol was signed, the Council asked for it to be implemented before the end of 2006, and it is now a matter of credibility – also for the credibility of our institutions – that Turkey fulfils its commitments and implements a protocol before the end of 2006. As a Parliament, we also make it very clear that we want to see more efforts in the northern part of the island in terms of trade regulation. But once again, Turkey cannot just sign up to this: it should do what it promised to do.

I shall finish with one last point – I shall try to make it short. There was a vast majority in the committee for the basic line of the report and I thank the Members for it because with it we are giving an important signal. There was unease, however, because of an amendment on the Armenian genocide. Allow me in two sentences to make my position clear. In paragraph 50 of the report, as rapporteur I tried to put forward a position that is both strong but also realistic. It says that recognition as such is formally not a criterion, but for a country on its road to Europe it is indispensable to come to terms with its past and therefore we want committees, research, open discussion. I think that is a line that is strong but fair and beyond criticism.

I know that, with an amendment from Mrs De Keyser, another text has been voted in as well. It is of course the responsibility of every Member of Parliament to vote as he or she pleases, but if you ask for my opinion, the text in paragraph 50 is the best text and the one that takes us the furthest.

I have been speaking for too long. I want to thank Members once again for their support up till now and I just want to say that I hope, as the rapporteur for Turkish accession, that this signal – a tough but fair signal – will be perceived by Turkish politicians and the Turkish public as an encouragement to restart the reform process, to vigorously support those people who want it, so that I as rapporteur can be more positive in my next report than I have been here today.

(Applause)

2-197

Paula Lehtomäki, *neuvoston puheenjohtaja*. – Arvoisa puhemies, hyvät parlamentin jäsenet, puheenjohtajavaltion ominaisuudessa haluan kiittää Euroopan parlamenttia ja erityisesti Camiel Eurlingsia kattavasta mietinnöstä Turkin edistymisestä liittymisprosessissa.

Jokainen keskustelu tarjoaa hyvän mahdollisuuden lisätä tietoisuutta Turkin liittymisprosessista, innostaa sekä EU-maiden että Turkin kansalaisia osallistumaan aktiivisesti tähän prosessiin sekä tilaisuuden tukea Turkin hallitusta sen liittymistavoitteissa. Neuvoston puheenjohtajana Suomi luonnollisesti ottaa huomioon Euroopan parlamentin näkemykset.

Komissio julkaisee marraskuun alkupuolella vuotuisen kertomuksen Turkin liittymisneuvotteluiden edistymisestä. Eurooppa-neuvosto tulee tarkastelemaan tätä raporttia erityisen huolellisesti. Tänään tässä keskustelussa haluaisin kiinnittää huomiota muutamiin kohtiin Turkin liittymisneuvotteluissa.

Puheenjohtajavaltio jakaa Euroopan parlamentin huolen Turkin uudistusprosessista. Turkin on vauhditettava poliittisten reformien toteutumista sekä koko uudistusprosessia. Reformien pysyvyyden ja jatkuvuuden turvaamiseksi niiden täysipainoinen ja tehokas toimeenpano on erittäin tärkeää. Konkreettiset tulokset ovat tarpeen.

Jaamme parlamentin huolen Turkin hitaasta edistymisestä keskeisen tärkeillä perusvapauksien ja ihmisoikeuksien alueilla. Vaikka olot Turkissa ovatkin parantuneet verrattuna viiden vuoden takaiseen tilanteeseen, on konkreettisia reformeja jatkettava erityisesti ilmaisunvapauden, uskonnonvapauden, kulttuuristen oikeuksien, naisten oikeuksien sekä kidutuksen ja pahoinpitelyn vastaisten toimien aloilla. Useimmat näistä asioista on tarkastetussa liittymiskumppanuudessa määritelty prioriteeteiksi, jotka Turkin tulee täyttää viipymättä.

Tällä hetkellä puheenjohtaja odottaa yhdeksännen lakiuudistuspaketin hyväksymistä, jonka on tarkoitus vastata joihinkin edellä mainittuihin puutteisiin. Uusien lakien on oltava täysin yhteensopivia EU:n standardien kanssa.

Erityisesti ilmaisunvapauden osalta neuvosto odottaa Turkilta välittömiä toimia, jotta jatkossa voidaan välttää oikeuskanteet, joita on nostettu joitakin ei-väkivaltaisia mielipiteitä esittäneitä henkilöitä vastaan. Mitä tulee uskonnonvapauteen, odotamme ei-muslimivähemmistöjen oikeuksia koskevan lainsäädännön täysipainoista ja välitöntä toimeenpanoa eurooppalaisten standardien mukaisesti.

Parlamentin tavoin olemme huolestuneita Kaakkois-Turkin tilanteesta. Puheenjohtajavaltio on tuominnut viimeaikaiset pommi-iskut useissa eri kohteissa Turkissa pitäen niitä järjestöinä terroritekoina. Terroriteot eivät voi koskaan olla oikeutettuja. Tämä on monitahoinen kokonaisuus, jota seuraamme tarkasti osana uudistusprosessia. Turkin on kehitettävä ripeästi kattava lähestymistapa alueellisen eriarvoisuuden vähentämiseksi. Tavoitteena tässä tulisi olla Turkin kaikkien kansalaisten, mukaan lukien kurdit, taloudellisten, sosiaalisten ja kulttuuristen mahdollisuuksien vahvistaminen.

Kööpenhaminan poliittisten kriteerien lisäksi Turkin edistymistä liittymisprosessissa arvioidaan neuvottelukehyksen vaatimuksilla, joihin kuuluu Ankaran sopimuksen lisäpöytäkirjan täytäntöönpano. Edistyminen tässä kysymyksessä on olennaista neuvottelujen jatkamisen kannalta. Turkin on sovellettava pöytäkirjaa täysimääräisesti kaikkiin Euroopan unionin jäsenvaltioihin ja poistettava esteet tavaroiden vapaalta liikkumiselta, kuljetusrajoitukset mukaan luettuina. Tähän olennaisesti liittyvien neuvottelulukujen avaaminen riippuu siitä, kuinka Turkki huolehtii sen sopimusperusteisista velvoitteista jäsenvaltioita kohtaan. Näistä velvoitteista huolehtimatta jättäminen vaikuttaa kokonaisuudessaan neuvottelujen etenemiseen.

Edistystä seurataan kaikkien niiden olennaisten kysymysten osalta, jotka on mainittu Euroopan yhteisön ja jäsenvaltioiden 21. syyskuuta 2005 antamassa julkilausumassa.

Euroopan unionin standardien ja jäsenyysvaatimusten täyttäminen vaatii jatkuvaa yritteliäisyyttä ja päättäväisyyttä. Tätä päättäväisyyttä vaaditaan paitsi hakijamaalta myös unionilta itseltään. Siksi haluan todeta hyvin selkeästi, että Turkin liittymisprosessi on meille erittäin tärkeä ja puheenjohtajana Suomi tekee kaikkensa mahdollistaakseen edistymisen liittymisneuvotteluissa.

Unioni tukee Turkkiä sen jäsenyyspyrkimyksissä, mutta edistyminen liittymisneuvotteluissa riippuu tietenkin pitkälti Turkin omista toimista. Liittymisprosessi jatkuu, kun Turkki jatkaa uudistusprosessia ja huolehtii sille kuuluvista velvoitteista.

2-198

Olli Rehn, komission jäsen. – Arvoisa puhemies, arvoisat jäsenet, haluan aluksi pahoitella sitä, että joudun poistumaan tästä istunnosta kesken keskustelun vastoin tapojani sen vuoksi, että pidämme komission puheenjohtaja Barroson kanssa klo 16.30 eli kymmenen minuutin kuluttua tiedotustilaisuuden, johon joudun osallistumaan. Välittömästi tämän jälkeen lähdemme hänen kanssaan yhdessä kohti Sofiata, Bulgariaa, ja Bukarestia, Romaniaa, viestimään komission tämänpäiväisestä päätöksestä ja parlamentin keskustelusta näille kahdelle tulevalle EU:n jäsenvaltiolle. Valitan, että joudun palvelemaan kahta herraa, mutta tämän istunnon aikataulu hieman venähti edellisessä keskustelussa, ja muuta vaihtoehtoa ei valitettavasti ole.

2-199

Mr President, in the previous debate Mrs Lehtomäki made a statement on behalf of the Council on the future of enlargement. Like President Barroso, I welcome the statement and reiterate the Commission's commitment and our policy

of a consolidated enlargement agenda, which covers south-eastern Europe apart from Bulgaria and Romania. It covers Turkey and Croatia and the other countries of the western Balkans. We are cautious about any new commitments, but we stick to our existing commitments to the countries of south-eastern Europe *pacta sunt servanda*. They have the prospect of joining the European Union once they meet the conditions, as promised for the countries of the western Balkans at the Thessaloniki Summit in 2003. While we prepare internally for a new institutional settlement, the gradual and carefully-managed accession process continues with these countries of south-eastern Europe. We cannot take a sabbatical from our responsibilities for peace, stability, liberty and democracy.

We expect the EU Member States to be able to agree on a new institutional settlement in 2008; hence the new institutional settlement should have been born by the time the next member is likely to join. If Croatia, which is likely to be the next new member, pursues reforms with rigour and results, it should be ready to join the Union around the end of this decade.

Let me thank Mr Eurlings for his report, which includes useful elements for the assessment of Turkey's progress towards accession. I also thank the members of the Foreign Affairs Committee for their contributions.

Turkey's accession is a matter of constant debate. It is true that the momentum for reform has slowed down in Turkey in the past year. However, we should not lose sight of the progress accomplished in the last decade, nor of our commitments towards Turkey. The goal of the negotiations started on 3 October 2005 is full EU membership of Turkey, and by its very nature it is an open-ended process with no automatism.

This commitment stems from a solid understanding that integrating Turkey into the EU is of mutual benefit. In its own interest, the European Union needs a democratic, stable and increasingly prosperous Turkey. Turkey's strategic significance was once again illustrated by its decision to take part in the UNIFIL mission in Lebanon.

In the past twelve months, there has been a lack of progress in the reforms. It is important that new initiatives are taken and that tangible progress is still achieved before the Commission presents its report on 8 November.

First, freedom of expression is the cornerstone of the reforms. Journalists, authors, publishers and human rights activists still face judicial proceedings for violations of the notorious Article 301 of the Penal Code on the vague grounds of 'insulting Turkishness'. In July, the final ruling of the Court of Cassation in the case of Hrant Dink established jurisprudence on that notorious Article 301, which violates European standards. Thus, despite the acquittal of novelist Elif Shafak last week, freedom of expression remains under threat in Turkey.

The judicial proceedings have a chilling effect and damage the important work carried out by journalists, intellectuals and activists. I have repeatedly expressed my concerns about this, most recently last week to Foreign Minister Gül. Frankly, I am rather tired of repeating myself endlessly, but I shall continue to do so until the end of my term, unless this shortcoming is corrected. I cannot even imagine a Member State in the European Union which does not respect such a fundamental principle as freedom of expression. It is now high time for Turkey to amend the restrictive articles in the penal code and bring them truly into line with the European Convention on Human Rights.

This matters also as regards the internal debate on Turkey to which the rapporteur, Mr Eurlings, referred. An open and constructive exchange of views is needed in Turkey, including the most sensitive issues. That is necessary both for the democratic process in Turkey and for facing tomorrow's challenges, as well as for Turkey's reconciliation with its neighbours, including Armenia. Reconciliation is a principle that is both the origin and the outcome of the European integration process. I therefore urge Turkey to continue to take concrete steps in that direction.

Secondly, with regard to freedom of religion, I fully agree with the rapporteur and the Council on this important matter. The Law on Foundations currently debated in the Turkish Grand National Assembly should address the shortcomings. Restrictions applied to property rights, management of foundations and training of the clergy must be lifted.

There are also Muslim minorities that face discrimination. The Alevi, a community of 15 to 20 million people, face legal restrictions on establishing places of worship and receive no financial support from the State religious authority.

In the south-east, the spiral of violence undermines positive developments witnessed since emergency rule was lifted some years ago. Terrorism is our common enemy. Turkey and the EU unequivocally condemn the PKK, and I deeply deplore the loss of innocent lives in the attacks that have taken place throughout the year in Turkey.

However, a policy based merely on security considerations is not sufficient to address the problems of the region. The south-east faces an aggravated socio-economic situation, due not only to security threats but also to high unemployment and poverty. We expect Turkey soon to adopt a comprehensive strategy targeting all the needs of this region: economic, social and cultural.

Let me turn to the obligations which Turkey needs to respect. We expect Turkey to implement fully the Additional Protocol of the Ankara Agreement. That means that Turkey should remove obstacles to the free movement of goods, including those on means of transport, which are in breach of the Association Agreement. Hence Turkey should open its ports to vessels under flags of all Member States, including the Republic of Cyprus. As set out in the Negotiating Framework, progress in the negotiations also depends on Turkey meeting its obligations. Let me reiterate that Turkey's obligations under the Ankara Protocol are not linked to the ending of economic isolation of the Turkish-Cypriot community.

The draft report rightly calls on the Council to make renewed efforts to reach an agreement on the trade facilitation regulation concerning the northern part of Cyprus. The Commission fully supports the serious efforts of the Finnish Presidency to overcome the stalemate on the trade regulation, thus helping the Council and the EU Member States to live up to their commitments. It is also appropriate to underline the continuation of the constructive commitment by Turkey in finding a comprehensive settlement on the Cyprus question, acceptable to both Greek Cypriots and Turkish Cypriots, based upon the principles on which the EU was founded.

To conclude, it is in our mutual interest for Turkey to pursue its democratic, societal and economic transformation with the goal of joining the EU. If Turkey succeeds, with our consistent support, it can become an ever-sturdier bridge between civilisations, at a moment when the relationship between Europe and Islam is the greatest challenge of our time. Turkey is an important benchmark in this regard and it matters for our own future and for the future of our children and grandchildren.

While the Commission is prepared to support Turkey through the process, it is ultimately up to Turkey to carry it forward. The extraordinary parliamentary session convened last week to accelerate the adoption of the ninth reform package is a welcome step in the right direction. Yet a more resolute reform process is needed for Turkey to progress on the path to EU accession. In this process, we should remember that – as Prime Minister Erdogan suggested – the Copenhagen criteria should be called the Ankara criteria, since they are there, in the first place, for the sake of Turkish citizens and their rights, not merely to please the EU.

(Applause)

2-200

Emine Bozkurt (PSE), *Rapporteur voor advies van de Commissie rechten van de vrouw en gelijke kansen*. – Voorzitter, ik wil beginnen met collega Eurlings te bedanken voor zijn harde werk, dat niet altijd even gemakkelijk is geweest. Helaas is het verslag zoals het er nu uitziet door toedoen van tegenstanders van een Turkse toetreding tot de EU voor velen van ons een teleurstelling geworden, een teleurstelling ook voor hervormingsgezinde Turken, een teleurstelling voor Europeanen die Turkije als bondgenoot willen en niet in de laatste plaats een teleurstelling voor de vrouwen in Turkije.

Als rapporteur vrouwenrechten heb ik gezien dat Turkije wel degelijk vorderingen maakt op het gebied van vrouwenrechten, mede als gevolg van de druk van de EU in het algemeen en het Europees Parlement in het bijzonder. De strategie van uitbreiding om kandidaat-lidstaten aan te sporen tot hervormingen, werkt. Maar het werkt alleen als die hervormingen ook erkend worden. Zoals de partij van de heer Eurlings in Nederland zo graag zegt, na het zuur moet het zoet komen.

Het verslag Eurlings erkent de dingen die Turkije al gedaan heeft niet. Het is negatief, niet alleen qua inhoud maar ook qua toon. Dit is dé manier om hervormingen in Turkije te dwarsbomen, door de publieke steun ervoor te ondermijnen en Turkse eurosceptici een machtig wapen te geven voor de komende verkiezingen in Turkije. Wat we echt willen is toch dat de kritiek in dat verslag omgezet wordt in daden, daar wordt iedereen beter van.

Het kan ook anders: noem hervormingen die wel al succesvol zijn geweest, neem kennis van de eerste stappen die Turkije heeft ondernomen om in het reine te komen met zijn verleden en spoor aan tot verdere pogingen, maar haal erkenning van genocides eruit als voorwaarde voor lidmaatschap. Dit is geen deel van de Kopenhagen-criteria en is dus ook terecht nooit aan een lidstaat gevraagd. Schrap alle referenties naar het geprivilegieerde partnerschap. Doel van de onderhandelingen is lidmaatschap van een hervormd Turkije. Voer deze veranderingen door en we kunnen de Turken behouden voor Europa. Voer deze veranderingen door en we kunnen deze seculiere staat met zijn moslimbevolking verwelkomen als bondgenoot in de strijd tegen terrorisme en fundamentalisme. Verandert u dit niet dan laat u de hervormers in Turkije, miljoenen mannen en vrouwen, simpelweg in de kou staan.

2-201

Elmar Brok, *im Namen der PPE-DE-Fraktion*. – Herr Präsident, Herr Kommissar, Frau Ratspräsidentin! Bei dem letzten Beitrag weiß ich nicht, ob das eine persönliche Meinung war oder die Stellungnahme des zuständigen Ausschusses.

Ich möchte mich sehr herzlich bei dem Kollegen Eurlings für den von ihm vorgelegten, sehr ausgewogenen Bericht bedanken. Manches, was von der einen oder anderen Fraktion heute kritisiert wurde, ist von Mitgliedern dieser Fraktion überhaupt erst in den Bericht eingebracht worden. Auch dies darf man, etwa im Zusammenhang mit der Medienfrage, nicht vergessen.

Es ist wichtig festzustellen, dass die Verhandlungen laufen und dass sie von beiden Seiten konstruktiv geführt werden müssen. Wir stimmen darin überein, dass die Türkei eine europäische Perspektive haben soll. Aber wir müssen deutlich machen – und das hat der Kommissar auch zum Ausdruck gebracht –, dass der Reformprozess seit dem 3. Oktober langsamer geworden ist. Es ist richtig und notwendig, darauf hinzuweisen, und dies anhand einer Reihe von konkreten Fragen, die mit Menschenrechten, mit Minderheitenrechten, mit Meinungs- und Religionsfreiheit zu tun haben. Es ist auch wichtig klarzustellen, dass dies die Voraussetzungen für den Fortgang der Dinge sind.

Das Europäische Parlament hat in einem Beschluss zum Verhandlungsbeginn gesagt, dass die politischen Kriterien am Anfang der Verhandlungen erfüllt werden sollen und nicht am Schluss.

Manches an der Debatte stört mich jetzt – das ist fast ein Mentalitätsproblem – so etwa, dass es nicht erlaubt sein soll, Fakten auszusprechen, weil dies dann in der Türkei kritisch bzw. falsch verstanden werden könnte. Wir können solche Verhandlungen nur führen, wenn man die Fakten auch wirklich zum Ausdruck bringt. Nur dann kann man die Dinge auch voranbringen. Denn wir sind auch dazu da, unsere Bürger auf diesem Wege mitzunehmen. Wenn die Bedingungen nicht erfüllt sind und Fakten nicht klar und deutlich ausgesprochen werden, dann haben wir ein Problem.

Es kann nur jemand in die Europäische Union hineinkommen, der alle Kriterien, auch die politischen Kriterien und die Voraussetzungen für die Verhandlungen erfüllt: Das heißt, das Ankara-Protokoll muss endlich in Gang gesetzt werden, was bisher nicht erfolgt ist. Die Zypern-Frage muss – wie festgelegt – in diesem Jahr gelöst werden und kann nicht weiter verschoben werden, weil uns sonst niemand mehr ernst nimmt.

Im Übrigen muss auch zum Ausdruck gebracht werden, dass die Erweiterungsfähigkeit der Europäischen Union von entscheidender Bedeutung ist. Das bedeutet auch, dass die finanziellen Perspektiven nach dem Verhandlungsmandat es erst ab 2013 ermöglichen, die Verhandlungen über die finanzwirksamen Kapitel zu führen. Auch das sollte dargestellt werden. Denn diese Regelung im Verhandlungsmandat zeigt ja, dass aus heutiger Sicht die Erweiterungsfähigkeit der Europäischen Union angesichts der finanziellen Möglichkeiten der Europäischen Union nicht gegeben ist.

2-202

Jan Marinus Wiersma, namens de PSE-Fractie. – Voorzitter, het is vandaag een belangrijke discussie over een zaak die ons allen aangaat: onderhandelingen met Turkije, de toekomst van Turkije in relatie tot de Europese Unie. Turkije is een sleutelpartner in een cruciale regio. Het is meer dan ooit duidelijk dat we Turkije aan de Europese Unie moeten binden en dat we de hervormers in het land moeten ondersteunen. Turkije heeft zich gecommitteerd aan een UNIFIL-operatie in Libanon. We moeten Turkije bijstaan om een positieve en constructieve rol te spelen op dat vlak in de regio. We hebben daar absoluut een partner nodig.

Het onderhandelingsproces is de beste manier om een betere en sterkere relatie met Turkije te ontwikkelen. De onderhandelingen zullen een lange tijd duren, dat weten we allemaal. Maar wij blijven bij het standpunt dat een kritische doch constructieve dialoog de beste wijze is om dat proces tot een succesvol einde te brengen. De verslagen van het Europees Parlement dienen daarom evenwichtig te zijn en het einddoel, het lidmaatschap, niet uit het oog te verliezen. Voortbouwen op de vooruitgang die de afgelopen jaren geboekt is, maar ook constateren dat er in de afgelopen jaren vertragingen zijn opgetreden.

Binnen een reeks amendementen van onze fractie proberen we een aantal zaken in dat verslag wat evenwichtiger te maken en, reagerend op wat de heer Brok zei, onze fractie hoeft natuurlijk niet automatisch te accepteren wat er uit de Commissie buitenlandse zaken komt. Speculatie over alternatieve associatievormen doen het proces geen goed, dat is ons blijvend bezwaar met artikel 71 in het verslag. We mogen daarover geen verwarring laten bestaan.

De onderhandelingen worden gevoerd met het oog op volledig lidmaatschap. Dat staat gelukkig helder in het verslag Eurlings, daarover zijn wij het ook eens en ik twijfel ook niet aan de inzet van de heer Eurlings op dat punt. Wel is het duidelijk - en ik sluit aan bij wat de heer Brok daarover zei - dat de huidige institutionele kaders niet voldoende zijn voor toetreding van nieuwe lidstaten na de twee waarover we vandaag eerder gesproken hebben. En dat is gelukkig ook in het verslag Eurlings helder verwoord: zonder noodzakelijke hervormingen in het kader van het institutionele proces accepteren wij geen verdere besluiten over uitbreiding.

Dan de twee punten waar het ons eigenlijk om gaat in het verslag. Ten eerste wat de Armeense genocide betreft ben ik het eens met het standpunt dat de heer Eurlings daarover heeft ingenomen. Het compromis dat wij gesloten hadden in de onderhandelingen is namelijk precies datgene wat wij nodig hebben: een oproep aan de Turkse regering om die genocide te erkennen, een goed intern debat te voeren in Turkije, maar daar niet aan te koppelen dat dat een voorwaarde is voor

lidmaatschap van de Europese Unie. Ik hoop dat we er morgen in slagen dat onderdeel uit het verslag te verwijderen. Die hele zaak is formeel geen onderdeel van de Kopenhagen-criteria en dat moet ook zo blijven.

Tenslotte wat Cyprus betreft zijn we het eens met de stelling dat het Ankara-protocol geratificeerd moet worden. Tegelijk vinden we ook dat we iets moeten doen om de Turks-Cyprioten op Cyprus meer te helpen. Onze fractie zal vanavond nog een keer discussiëren over de voorliggende stemlijst en op basis daarvan en op basis van de stemming van morgen zullen we ons eendoordeel vellen.

2-203

Andrew Duff, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, I certainly agree with Mrs Bozkurt and Mr Wiersma that the resolution at present gets the balance wrong. Parliament's special role inside the accession process is surely to promote the growth of parliamentary democracy in Turkey. Our criticism should be constructive, designed to encourage Turkey's path to modernisation and not to block it.

We are correct to stress the existing impediments to freedom of expression, but we should not put up spurious blocks to the continuation of the process that we have started. We must pace the reaction, try to be consistent and, above all, be fair, especially on Cyprus and Armenia.

Turkey's candidature is a defining moment for the Union. Should there be a train crash in Cyprus there would be two trains involved. One of them carries the efforts of Turkey to create a viable form of European Islam, where the Prophet meets the Enlightenment. The success of that mission will drag both Islam and Christianity far away from the terrible certainties of the 14th century. The second train carries European efforts to develop a strong common foreign security and defence policy, a task towards which Turkey will make an extraordinary contribution.

Perhaps the involvement of Turkey's troops under French command in Lebanon will prove to be a turning point in the life of CFSP and a welcome sign of things to come.

Membership for Turkey will be a two-way process.

2-204

Joost Legendijk, *namens de Verts/ALE-Fractie*. – Voorzitter, ik heb een groot probleem met het verslag Eurlings zoals het nu voorligt. Voor alle duidelijkheid, dat probleem zit hem niet in de vele kritische paragrafen waarin de Turkse regering wordt opgeroepen om meer te doen en sneller hervormingen door te voeren. Zo is er terecht een oproep aan de Turkse regering om het beruchte artikel 301, dat al geleid heeft tot tientallen processen tegen schrijvers en journalisten, zo snel mogelijk uit het strafrecht te halen.

Mijn probleem met het verslag zit hem in de enkele paragrafen waarbij het verslag volstrekt uit de bocht vliegt, met name de paragraaf waarin de erkenning van de Armeense genocide als een soort voorwaarde voor toetreding wordt genoemd en de Cyprus-paragrafen, waarin het lijkt alsof Turkije de enige is die schuldig is aan het huidige probleem. Het oorspronkelijke verslag, zoals het voorgelegd is door de rapporteur, was kritisch maar fair en er zijn goede afspraken gemaakt tijdens onze behandeling in de Commissie buitenlandse zaken om het verslag te verbeteren door vele amendementen.

Waar het fout is gegaan, is dat er tijdens die behandeling op het laatste moment via allerlei mondelinge amendementen formuleringen aan het verslag zijn toegevoegd die het evenwicht dat in het verslag zat, eruit hebben gehaald. Dat was een groot succes voor een aantal lobbygroepen, maar dat heeft het verslag drastisch verslechterd. En wat wij willen, wat mijn fractie wil door het indienen van een aantal amendementen, is eigenlijk terug te keren naar het oorspronkelijke verslag Eurlings omdat dat in onze ogen zowel kritisch als fair was.

Ik ben dan ook blij vandaag te horen, maar ook te lezen in de interviews van de rapporteur in de Turkse pers, dat hij onder het motto: "beter ten halve gekeerd dan ten hele gedwaald", bereid is de pogingen om het verslag weer terug te brengen naar zijn oorspronkelijke vorm, te steunen. Ik reken dan ook op zijn steun morgen tijdens de stemmingen.

Waarom is het zo belangrijk dat het verslag kritisch maar tegelijkertijd fair is? Ik wil heel graag dat het Europees Parlement een rol blijft spelen in het hervormingsdebat in Turkije door die groepen en die mensen te steunen die net als wij voor hetzelfde vechten in hun dagelijkse werk. Het zijn juist die mensen die ons de afgelopen weken aangesproken hebben en hebben gezegd: dit verslag in zijn huidige vorm helpt ons niet. Het geeft alleen maar wind in de rug van degenen die in Turkije tegen de hervormingen zijn en ik wil niet dat het Europees Parlement die mensen helpt die Turkije niet vooruit willen helpen.

Als dat verslag niet verandert, als dat verslag in zijn huidige vorm blijft, dan betekent dat dat wij onszelf buiten de discussie zetten Want dan worden al onze terechte punten die in het verslag genoemd worden, niet meer serieus genomen en dat is niet hoe ik de rol van het Europees Parlement zie. Daarom zijn de veranderingen nodig, ik reken op uw steun, ik

reken op de steun van de rapporteur. Ik hoop echt dat de meerderheid van het Parlement bereid is om die weg te gaan: constructief, kritisch maar fair en niet de doodlopende weg van het verslag in zijn huidige vorm.

2-205

Vittorio Agnoletto, *a nome del gruppo GUE/NGL*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il GUE ha votato a favore dell'apertura dei negoziati con la Turchia, ma pensiamo che al centro di questi negoziati debba esserci l'attenzione al rispetto dei diritti umani e della democrazia e questo rispetto debba essere legato in modo indissolubile alla soluzione politica e diplomatica della questione curda.

La settimana scorsa ho partecipato alla missione della sottocommissione per i diritti umani in Turchia e torno con un'immagine molto diversa da quella che speravo. In particolare abbiamo trovato nel Kurdistan turco una situazione drammatica, ovvero una zona totalmente militarizzata. Un conto è la condanna da parte di tutti noi del terrorismo, altro è considerare un popolo intero terrorista, altro è incarcerare ragazzini minorenni solo perché hanno salutato con le dita a "V", altro è continuare nella logica delle torture e spostare quei magistrati che indagano, per esempio, poliziotti ritenuti responsabili di un attentato.

Come Parlamento dobbiamo appoggiare la richiesta del DTP per la cessazione del fuoco e dobbiamo invitare il PKK a rispondere positivamente a questo appello. Dobbiamo chiedere al governo turco di avviare direttamente dei colloqui col DTP per trovare una soluzione politica, non è possibile alcuna altra alternativa.

Tuttavia i problemi non riguardano solo la vicenda curda: tutti noi abbiamo gioito per la soluzione di Elif Shafak, come in precedenza Pamuk, ma questo rischia di essere uno specchio delle allodole unicamente per l'occidente: vi sono almeno altri ottanta tra scrittori, giornalisti che sono sotto processo per l'articolo 301.

E contemporaneamente il parlamento turco ha approvato nella sua formulazione originale la legge antiterrorismo, nonostante il parere in direzione opposta espresso non solo dall'Europa, ma anche dalle Nazioni Unite. Inoltre, abbiamo potuto verificare come nella regione di Hakkari, sempre nella zona del Kurdistan, vi sono su duecentocinquantamila persone, settemila guardiani del villaggio e cioè una situazione di una polizia che risponde direttamente al governo per la quale, da tempo chiesto, l'Unione europea ha richiesto il suo scioglimento.

L'impegno che noi chiediamo al Parlamento, alla Commissione e al Consiglio è quello di proseguire nella strada delle trattative con la Turchia, ma che al centro vengano posti i diritti umani e non unicamente, dibattiti ideologici o interessi economici. Noi pensiamo che il futuro possa prevedere un'Europa multi-etnica e multi-religiosa, ma sempre nel rispetto dei diritti umani di tutti.

2-206

Konrad Szymański, *w imieniu grupy UEN*. – Panie Przewodniczący! To prawda, sprawozdanie w sprawie Turcji jest w wielu miejscach chłodne, ale to właśnie czyni je prawdziwym. Po ponad 40 latach kraj ubiegający się o członkostwo jest bowiem konfliktowo nastawiony do swoich sąsiadów, w tym do państw członkowskich Unii Europejskiej.

Mamy też prawo i obowiązek upominać się nie tylko o wyjaśnienie krzywd historycznych, ale i naprawienie gorszącej sytuacji łamania praw mniejszości chrześcijańskiej w Turcji. Ta mniejszość nie ma nikogo oprócz nas, kto mógłby się za nią ująć. Nie sposób nie wspomnieć tutaj o skandalicznych deklaracjach przedstawicieli tureckiego rządu w związku z wykładem Benedykta XVI w Ratyźbonie. Kokietowanie skrajnych odłamów opinii muzułmańskiej cofa ten rząd o dwa kroki do tyłu. Mimo to nie powinniśmy się od Turcji odwracać. Jestem jednak pewien, że wszelkie wzajemne gospodarcze i polityczne owoce współpracy osiągniemy na podstawie innych niż członkostwo form współpracy.

Trzeba też zaznaczyć, że mamy wciąż wielką nierównowagę w myśleniu o przyszłych rozszerzeniach. Mamy zaawansowany politycznie proces turecki i kompletnie wychładzany proces ukraiński. A to przecież nie Ukraina ma 250 przegranych spraw rocznie przed Trybunałem Praw Człowieka. To nie Ukraińcy masowo zabiegają u nas o azyl. To w końcu nie Ukraina utrzymuje napięcia w swoim sąsiedztwie na tle dzisiejszych i historycznych sporów. Tak długo, jak utrzymujemy tę nierównowagę w relacjach politycznych, tak długo podtrzymujemy w mocy stalinowskie wyroki, które na Ukrainę zapadły w komunistycznej Rosji 60 lat temu.

(Oklaski)

2-207

Bastiaan Belder, *namens de IND/DEM-Fractie*. – Voorzitter, collega Eurlings heeft een wetenswaardig verslag geschreven. Daarop dringen zich een tweetal vragen aan Raad en Commissie op. Zij betreffen het fenomeen van de zogenaemde 'diepe staat' (*derin devlet*) en het schrijnende gebrek aan godsdienstvrijheid in de Republiek Turkije. De anti-Europese krachten in Turkije ballen zich samen in intransparante staatsstructuren, nationalistische kringen in leger, politie, gendarmerie en veiligheidsdiensten. In hoeverre blokkeren deze krachten, samengevat onder de noemer van de 'diepe staat', de huidige toetredingsonderhandelingen?

Hardnekkige speculaties brengen diezelfde ominieuze 'diepe staat' in direct verband met de moord op de Italiaanse geestelijke Andrea Santoro in Trabzon februari dit jaar. Dat brengt mij bij de ronduit vernederende positie van de christelijke kerk in Turkije. Hun voorgangers en leden worden als buitenlanders beschouwd. Contacten tussen kerken en overheid verlopen via het Ministerie van Buitenlandse Zaken nota bene. Raad en Commissie, ik zou graag op dit punt actie van u willen zien. Of maakt soms de vrees van een islamitische opmars in Turkije u terughoudend om aan te dringen op volledige godsdienstvrijheid in het land van Atatürk?

2-208

Andreas Mölzer (NI). – Herr Präsident! Inzwischen rächt es sich, dass die Kommission im Fall der Türkei nicht nur ein, sondern häufig gleich beide Augen zugeedrückt hat. Türkische Reformen brauchen nur auf dem Papier zu existieren und schon feiert man vermeintliche Fortschritte. Die Umsetzung einer seit über 50 Jahren aus der Europaratsmitgliedschaft der Türkei heraus bestehenden Verpflichtung zur Übernahme internationaler Menschenrechtsübereinkommen wurde beispielsweise im Jahre 2004 als großer Erfolg gefeiert! Beim Europäischen Rat wurde 1999 beschlossen, dass die Kopenhagener Kriterien vor Verhandlungsbeginn erfüllt sein müssen. Darüber hinaus wurden noch weitere politische Bedingungen im Zusammenhang mit dem Griechenland- und Zypern-Konflikt festgelegt. Nicht nur, dass die Kommission in ihrer Auslegung im Hinblick auf die Türken bis dato sehr großzügig war, nun will man erneut die Frist für die Anerkennung Zyperns verlängern, in der vagen Hoffnung, dass die Türkei sich dann doch daran halten möge.

Von türkischer Seite wird die nun geäußerte Forderung nach der tatsächlichen Einhaltung der Kriterien als politisch motiviert und ohne Realitätsbezug abgetan und die Entscheidung des EU-Parlaments offenbar als nicht bindend angesehen. In ihrer typischen Manier fordern die Türken die Abgeordneten sogar auf, sich doch gefälligst politisch vernünftig zu verhalten und somit weiterhin Schönfärberei zu betreiben. Die Realitäten sehen aber anders aus, nämlich dergestalt, dass die Türkei nach wie vor schlicht und einfach nicht europareif ist. Es gibt keine wirkliche Anerkennung Zyperns, kein wirkliches Unrechtsbewusstsein im Hinblick auf den Genozid an den Armeniern und keine wirkliche Bereitschaft, das kurdische Volk korrekt zu behandeln. Es kann hierauf nur eine einzige Antwort geben, die unsere Bürger quer durch Europa im Übrigen längst gegeben haben: Jede nur mögliche Unterstützung für die Reformkräfte in der Türkei, aber ein deutliches Nein zum Beitritt der Türkei zur Europäischen Union.

2-209

Antonio Tajani (PPE-DE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, vorrei soffermarmi soprattutto su un aspetto della relazione dell'onorevole Eurlings, ovvero il dialogo interreligioso. Si tratta di un tema che in questi giorni si trova sotto i riflettori di tutto il mondo per quello che è accaduto, per le polemiche che ci sono state, per l'attenzione che è stata rivolta alle parole pronunciate da Benedetto XVI in Germania e per le reazioni del mondo islamico.

Ieri c'è stato un incontro molto importante che ha dimostrato quanto sia importante per tutti noi il dialogo costruttivo e positivo tra i rappresentanti di religioni diverse, ovvero tra cristiani e musulmani. L'incontro si è basato sul principio di reciprocità, secondo cui è diritto di ogni parte sostenere la propria tesi, difendere i propri valori, poter manifestare il proprio credo, per i musulmani dove sono in maggioranza i cristiani, e per i cristiani dove sono in maggioranza i musulmani.

Ieri a Castel Gandolfo per il confronto con il Santo Padre era presente anche l'Ambasciatore turco. Si è parlato a lungo di questi temi e credo, quindi, che sia di fondamentale importanza il viaggio che Benedetto XVI svolgerà in Turchia. Sarà un viaggio importante perché, a nostro giudizio, favorirà il dialogo tra cristiani e musulmani, tra una maggioranza musulmana e una minoranza cristiana, sia essa cattolica, protestante od ortodossa, che vive in Turchia.

Ecco perché abbiamo presentato un emendamento con il relatore Eurlings. e con l'onorevole Tannock che sottoponiamo all'attenzione di tutta l'Assemblea, comprese le altre forze politiche, affinché, attraverso anche un messaggio forte del Parlamento, si possa incentivare il dialogo tra cristiani e musulmani, tra cristianesimo e islam, lasciamo fuori l'estremismo, isoliamo i fondamentalisti e dialoghiamo tra chi veramente vuole costruire la pace in Medio Oriente e in Africa.

In conclusione aiutare le riforme e favorire il dialogo tra cristiani e musulmani è interesse della stessa Turchia. I progressi di questo paese nel cammino verso l'Unione europea si misurano soprattutto dai risultati ottenuti nel dialogo interreligioso, nel rispetto dei diritti delle minoranze e nel rispetto dei diritti civili di tutti coloro che vivono in Turchia.

2-210

Hannes Swoboda (PSE). – Herr Präsident! Ich möchte an das anschließen, was Herr Tajani gesagt hat. Wir stimmen sicherlich mit ihm darin überein, dass der Dialog der Religionen, insbesondere zwischen den christlichen Religionen und dem Islam, sehr wichtig ist. Gerade aus diesen Gründen haben uns die Äußerungen des Papstes nicht gefallen. Ich anerkenne aber sowohl seine Entschuldigung für die Äußerung als auch die Initiative von gestern mit den Botschaftern aus islamischen Ländern, um den Dialog wiederzubeleben. Gerade auch deshalb ist uns eine mögliche Mitgliedschaft der Türkei, ein Weg der Türkei nach Europa so wichtig, denn dadurch kann dieser Dialog unterstützt werden.

Die Türkei ist uns auch als strategischer Partner in einem Friedensprozess im Nahen Osten wichtig, der sicherlich durch einen europäischen Weg der Türkei entsprechend gefördert werden kann. Dennoch — und hier stimme ich mit dem

Berichterstatter Eurlings, dem ich für seine Bemühungen danke, durchaus überein — müssen die kritischen Punkte geäußert werden, die eben anzubringen sind. Ich war vor Jahren selbst einmal Berichterstatter des Europäischen Parlaments. Ich bin sehr froh, dass der Prozess weitergeführt wurde, dass mit der Türkei verhandelt wird, dass in der Türkei auch einiges geändert worden ist. Aber ich bin auf der anderen Seite darüber enttäuscht, dass der Fortschritt, was die Türkei betrifft, in etlichen Fragen zu gering ist. Zum Beispiel bezüglich der Meinungsfreiheit: Sicher, viele der Schriftsteller werden freigesprochen, aber der Skandal ist, dass Schriftsteller für ein Meinungsdelikt überhaupt vor Gericht gestellt werden. Das ist nicht akzeptabel und muss verhindert werden.

Was das Kurdenproblem betrifft, so ist schon gesagt worden, dass niemand in diesem Haus Verständnis für den Terrorismus hat und dass sich die PKK endlich dauerhaft zum Friedensprozess bekennen sollte. Aber die Regierung hat das ihre zu tun, um den Frieden wirtschaftlich, sozial und politisch zu fördern. Sie muss sich von jenen Kräften — dem Militär und dem Sicherheitsapparat — freimachen, die den friedlichen Dialog — insbesondere was das Kurdenproblem betrifft — nicht wollen.

In diesem Sinne hat sich der Berichterstatter durchaus bemüht, wenngleich wir noch einiges ändern wollen, um klar sagen zu können: Ja, wir wollen, dass die Türkei den europäischen Weg geht. Aber wir werden deswegen — auch im Interesse der Türkei — nicht auf unsere gerechten Forderungen verzichten, denn der größte Nutznießer des Reformprozesses ist nicht die Europäische Union, sondern die Türkei selbst.

2-211

PRZEWODNICZY: JANUSZ ONYSZKIEWICZ

Wiceprzewodniczący

2-212

Jean-Louis Bourlanges (ALDE). – Monsieur le Président, mes chers collègues, il y a un mystère du rapport Eurlings. Mais ce mystère n'est pas celui qu'on dit. Ce n'est pas de la dureté, du durcissement du rapport qu'il s'agit. En réalité, quand on lit ce rapport, on s'aperçoit qu'on y répète ce qu'on a dit, à juste titre, depuis toujours. On y dit que les droits de l'homme et la liberté d'expression ne sont pas respectés de façon satisfaisante en Turquie. On y dit que les minorités religieuses n'ont pas le droit de posséder, de publier, d'enseigner, comme partout dans l'Union européenne. On y dit que, quand on rentre dans un club, la moindre des choses, c'est de serrer la main de tous les membres et de ne pas engager des mesures guerrières contre l'un de ces membres. Et on y dit enfin qu'il y a eu un génocide arménien, qu'on ne construira rien sans la reconnaissance de ce génocide, et cela, ce n'est pas nouveau. Nous l'avons dit en 2004, nous avons demandé en 2004 la reconnaissance du génocide et en 2005, nous avons dit que ce devait être un préalable. Si nous ne votons pas le paragraphe 49, ce serait un recul de ce Parlement.

Mais le vrai mystère, le vrai mystère du rapport Eurlings, tient à sa constance. Voilà une institution qui continue, quelques années plus tard, de dire ce qu'elle avait dit auparavant. Or, dans le climat d'abâtardissement général que dénonçait Dany Cohn-Bendit il y a quelques instants, c'est insolite. Il est insolite qu'aujourd'hui nous disions que ce que nous avons dit hier doit rester au centre des préoccupations. Le mystère du rapport Eurlings, c'est que nous constatons que, pour la première fois dans l'histoire des négociations, nous avons un État qui régresse dès avant l'adhésion, et non après, et qui nous explique que c'est à ses conditions que doit se faire l'adhésion et pas aux nôtres. Le mystère du rapport Eurlings, c'est que cette institution, à la différence de la Commission dans son rapport sur la Bulgarie et la Roumanie, a décidé de dire la vérité, de parler vrai, de dire les faits, et si je sais - Guy Béart l'a dit il y a quelque temps - que le premier qui dit la vérité, il doit être exécuté, j'espère que ce ne sera pas le cas de M. Eurlings et de son rapport que je soutiendrai avec force et vigueur.

(Applaudissements)

2-213

Cem Özdemir (Verts/ALE). – Herr Präsident! Ich möchte zunächst dem Berichterstatter dafür danken, dass er sich bemüht hat, die Stimmung hier im Parlament aufzunehmen und sie in eine Mehrheit zu gießen. Ich glaube allerdings, dass für den Beschluss des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten gilt, dass das Zuviel der Feind des Guten ist.

Das möchte ich an zwei Punkten festmachen. Zum einen an dem Punkt, den mein Kollege gerade eben zum Schluss seiner Rede angesprochen hat, an der Armenier-Frage. Ich war Teilnehmer und Referent auf der Konferenz über die Armenierfrage in Istanbul, die mittlerweile von vielen als historisch bezeichnet wird. Es war die erste Konferenz dieser Art, auf der alle Fragen in diesem Kontext – inklusive jene der schärfsten Kritiker – in Istanbul besprochen wurden. Die Teilnehmer dieser Konferenz, von Taner Akçam über Halil Berktaş bis zu Hrant Dink – der sich zurzeit mit dem Paragraph 301 herumschlagen muss – haben mich alle gebeten, hier ausdrücklich auszurichten, dass, wer der Debatte in der Türkei helfen möchte, die Anerkennung des Genozids nicht zur Vorbedingung für die Mitgliedschaft in der Europäischen Union machen darf. Deshalb meine Bitte an die Kolleginnen und Kollegen: Wer helfen möchte, dass die Debatte weitergeht, wer etwas zur Veränderung in der Türkei beitragen möchte, der sollte auf die oppositionellen Stimmen in der Türkei hören. Ich wünsche mir, dass die Grenze zwischen der Türkei und Armenien eines Tages so wird wie die Grenze zwischen Deutschland und Frankreich. Damit dies so wird, müssen wir allerdings auch mithelfen.

Der zweite Punkt: Auch in der Zypern-Frage sind wir uns alle einig, dass die Türkei ihren Teil der Verpflichtungen erfüllen und das Ankara-Protokoll umsetzen muss. Nur gibt es auch einen politischen Teil der Verpflichtungen, und der sieht so aus, dass die Menschen im Norden der Insel Zypern, die türkischen Zyprioten, darauf warten, dass wir unseren Teil des gegebenen Versprechens umsetzen, und das ist die Beendigung der wirtschaftlichen und der Bildungsisolation der Menschen im Norden der Insel Zypern. Die Türkei muss das Ankara-Protokoll umsetzen, aber wir müssen auch mithelfen, dass die Isolation im Norden der Insel Zypern für die Menschen türkischer Herkunft beendet wird.

2-214

Κυριάκος Τριανταφυλλίδης (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, για να προχωρήσει απρόσκοπτα την ενταξιακή της πορεία, η Τουρκία οφείλει να πράξει όσα και οι προηγούμενες υπό ένταξη χώρες και να συμμορφωθεί με τις συμβατικές της υποχρεώσεις, όπως το άνοιγμα λιμένων και αεροδρομίων της σε πλοία και αεροπλάνα της Κύπρου και η άρση του βέτο στη συμμετοχή της Κύπρου σε διεθνείς οργανισμούς και πολυμερείς συνθήκες.

Η συνεχιζόμενη άρνησή της να προχωρήσει στα ανωτέρω συνιστά εξόφθαλμη παραβίαση της συμφωνίας σύνδεσης, της τελωνειακής ένωσης και του συμπληρωματικού πρωτοκόλλου, που αποτελούν συμβατικές υποχρεώσεις της απέναντι στην Ευρωπαϊκή Ένωση. Ως εκ τούτου, λανθασμένα η Τουρκία τα συνδέει με το Κυπριακό.

Παρά ταύτα, κύριε Πρόεδρε, η πρόταση της Κυπριακής Κυβέρνησης για κοινή χρήση του λιμανιού της Αμμοχώστου υπό την αιγίδα των Ηνωμένων Εθνών με ταυτόχρονη επιτήρηση από την Ευρωπαϊκή Επιτροπή, συνδυασμένη με την επιστροφή της περιφραγμένης περιοχής της Αμμοχώστου στους νόμιμους κατοίκους της, μπορεί να βοηθήσει να ξεπεραστεί το παρόν αδιέξοδο.

Εμείς, ως ΑΚΕΛ, κύριε Πρόεδρε, εργαζόμαστε για τη λύση του κυπριακού προβλήματος, το σεβασμό των ανθρωπίνων δικαιωμάτων όλων των Κυπρίων -Τουρκοκυπρίων και Ελληνοκυπρίων- και δεν επιδιώκουμε να προβάλλουμε εμπόδια στην ενταξιακή πορεία της Τουρκίας. Ταυτόχρονα όμως, δεν μπορούμε να συγκατανεύσουμε στην παραβίαση των συμβατικών υποχρεώσεων της Τουρκίας έναντι της Ευρωπαϊκής Ένωσης σε βάρος της Κύπρου, να αποδεχθούμε τον μη σεβασμό των ανθρωπίνων δικαιωμάτων όλων των κατοίκων της Τουρκίας και την μη αναγνώριση της γενοκτονίας των Αρμενίων.

Συμπερασματικά, κύριε Πρόεδρε, αδυνατούμε να κατανοήσουμε τη λογική των τροπολογιών που στοχεύουν σε απαλλαγή της Τουρκίας από τις υποχρεώσεις της. Τέτοιες λογικές είναι αχρείαστες και θα μας οδηγήσουν σε ανεπιθύμητες επιπλοκές.

2-215

Mogens N.J. Camre (UEN). – Tak, hr. formand! Det hedder Den Europæiske Union. Hr. Erdogan, har De mon et landkort? Så enkelt kan spørgsmålet om Tyrkiets optagelse i EU besvares. Tyrkiet er ikke et europæisk land, og derfor skal Tyrkiet ikke være medlem af Den Europæiske Union. EU's statschefer har lovet Tyrkiet, at det på visse betingelser kan blive medlem af EU, men statscheferne har ikke deres befolkninger bag sig. To tredjedele af de europæiske borgere ønsker ikke Tyrkiet som medlem, og det er statscheferne i den sidste ende nødsaget til at bøje sig for, hvis de ikke vil miste deres vælgeres tillid.

Hr. Eurlings betænkning er et udmærket bevis på, at EU's borgere baserer deres holdninger på kendsgerninger og ikke på følelser. Jeg vil anbefale at stemme ja til betænkningen, uanset at nogle af dens formuleringer kan udlægges sådan, at vi anser Tyrkiets optagelse som et, om end fjernt, endemål. Tyrkiets regering har igen og igen demonstreret, at den ikke anerkender de europæiske værdier, men tværtimod kræver, at vi skal respektere uantagelige tyrkiske og islamiske værdier. Vi så det i sagen om de berømte danske Muhammed-tegninger i Jyllands-Posten, og ligeså i de tyrkiske udfald mod pave Benedikts tale i Regensburg. Tyrkiet besætter ulovligt Nordcypren, og tror, at det kan tvinge EU til at acceptere dette. Tyrkiet vil kvæle Europas frihed, vores ytringsfrihed, og et medlemskab ville betyde dannelsen af parallelsamfund rettet imod europæisk kultur. Tiden er inde til at sige sandheden.

2-216

Bogusław Rogalski (IND/DEM). – Panie Przewodniczący! Europa ma długą historię kontaktów z Turcją i niestety jest to historia prawie w całości bolesna i pełna krzywd. To historia ciągłych najazdów, wojen, rzezi, okupacji południowo-środkowej Europy – tego doświadczali Europejczycy przez wieki.

Dzisiaj Turcja niewiele się zmieniła, wywołując strach wśród sąsiadów. Turcja w dalszym ciągu stosuje bezprawną blokadę Armenii, grozi Grecji, kwestionując jej prawa do określenia zasięgu własnych wód terytorialnych, dyskryminuje Kurdów i wreszcie Turcja nie uznaje pełnej niepodległości Cypru, który jest jednym z członków Unii Europejskiej. To niedorzeczność. Turcja stanowi zagrożenie dla stabilności w tym regionie, a my jak zaślepieni negocjujemy z tym państwem członkostwo w naszych strukturach. Turcja nie respektuje również wartości, które dla nas są niezbywalne, łamie i narusza prawa i wolności człowieka oraz ogranicza korzystanie z nich, prześladowuje opozycję polityczną łącznie z rodziną Leyli Zany – laureatki nagrody im. Sacharowa przyznawanej przez Parlament Europejski, ogranicza wolność religijną, czego efektem było zabójstwo włoskiego misjonarza.

Oto cała prawda o Turcji. Nie zgadzam się z tym, że Turcja może odegrać rolę pomostu między Europą a światem islamu, wręcz przeciwnie, może stać się otwartą bramą dla terroryzmu. Turcja to obcy nam kulturowo i cywilizacyjnie świat. Musimy to sobie uświadomić i zadać pytanie: *quo vadis*, Europo? Czy Unia ma być europejska czy euroazjatycka?

Przyjęcie Turcji do Unii Europejskiej uczyni niebezpieczny precedens, który będzie końcem znanej nam dzisiaj Europy. Negocjacje z Turcją na temat członkostwa należy jak najszybciej zakończyć.

2-217

Francesco Enrico Speroni (NI). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il Primo Ministro turco Erdogan ha pesantemente criticato la lezione tenuta dal Pontefice all'Università di Ratisbona: una lezione basata sulla religione con fondamenti di teologia non di politica.

Il fatto che sia stato il Primo Ministro e non un esponente religioso turco a criticare il Papa, denota come in quel paese ci sia ancora una commistione inaccettabile fra sacro e profano, fra politica e religione, non c'è quella separazione cui siamo abituati nella nostra Unione europea.

Questa confusione fa sì che, anche per questo motivo, la Turchia non debba entrare nell'Unione europea, anche se il motivo principale non sarà mai eliminabile, ovvero che la Turchia non deve entrare nell'Unione in quanto la Turchia non è geograficamente in Europa.

2-218

Γιώργος Δημητρακόπουλος (PPE-DE). – Κύριε Πρόεδρε, να συγχαρώ κατ' αρχάς τον κ. Eurlings για την εξαίρετη εργασία του και την έκθεσή του. Και βέβαια, να εκμεταλλευτώ την ευκαιρία για να επαναλάβω ότι είμαστε υπέρ της ευρωπαϊκής προοπτικής της Τουρκίας.

Στην ουσία, η έκθεση Eurlings δεν αποτελεί μόνο μια προειδοποίηση, ένα μήνυμα προς την Τουρκία για τα βήματα που πρέπει να κάνει και τις υποχρεώσεις που πρέπει να τιμήσει ώστε να συνεχισθεί η ευρωπαϊκή της πορεία. Αλλά αποτελεί ταυτόχρονα και μια επαναβεβαίωση των αρχών πάνω στις οποίες οικοδομήθηκε η Ευρωπαϊκή Ένωση, αρχές από τις οποίες έχουμε υποχρέωση να μην αποκλίνουμε. Διότι όταν ο συνάδελφος Eurlings μιλάει για σεβασμό των ανθρωπίνων δικαιωμάτων και των δικαιωμάτων των μειονοτήτων επαναλαμβάνει μια ευρωπαϊκή αρχή. Το ίδιο και όταν μιλάει για θεσμικές μεταρρυθμίσεις, το ίδιο και όταν μιλάει για ειρηνική επίλυση των διαφορών, το ίδιο και όταν ζητεί να τιμηθεί η υπογραφή του πρωτοκόλλου της Άγκυρας και να εφαρμοσθεί το πρωτόκολλο αυτό αμέσως.

Κύριε Πρόεδρε, αγαπητοί συνάδελφοι, όπως γνωρίζετε, κάθε χώρα, κάθε λαός που ξεχνά ή δεν συμβιβάζεται με την ιστορία του, κάποια στιγμή έχει προβλήματα. Έτσι, η παράγραφος 50 που αναφέρεται στην τραγική ιστορία των Αρμενίων, των Ελλήνων του Πόντου και των Ασσυρίων, κάνει ακριβώς αυτό. Καλεί την Τουρκία να το πράξει. Η παράγραφος αυτή είναι το αποτέλεσμα μιας ευρείας συναίνεσης και πρέπει να μείνει ως έχει. Συνεπώς, δεν πρέπει να αλλοιωθεί προς τη μία ή την άλλη κατεύθυνση με τροπολογίες που έχουν υποβληθεί.

Τέλος, κύριε Πρόεδρε, θέλω να θυμίσω, σε όσους θεωρούν την έκθεση υπερβολικά αυστηρή, ότι υπάρχουν στην Τουρκία πολίτες δημοκρατικοί οι οποίοι θέλουν μια Τουρκία σύγχρονη, μια Τουρκία αναπτυγμένη, προοδευτική και με ευρωπαϊκό προσανατολισμό και οι οποίοι αγωνίζονται γι' αυτό ενάντια σε γνωστά σε όλους κατεστημένα. Αυτοί χρειάζονται ένα μήνυμα που θα το δώσουμε ψηφίζοντας την έκθεση Eurlings.

2-219

Pasqualina Napoletano (PSE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la valutazione dei progressi della Turchia nel processo di adesione all'Unione dovrebbe concentrarsi maggiormente sul merito delle valutazioni proprie ai criteri stabiliti a Copenaghen e dei *dossier* legati all'*acquis* comunitario.

Eviterei di introdurre diversivi, nuovi criteri che non aiutano un processo già di per sé difficile, che richiede da parte nostra trasparenza, coerenza ed obiettività. Condivido, a questo proposito, il paragrafo 50, così come proposto dal relatore, sulla questione del genocidio armeno.

Il ruolo di questo paese è cruciale in un'area geopolitica che va dal Mashrek al Sud Est asiatico, al Caucaso. Tutto ciò ci induce ad incoraggiare gli sforzi di quanti lavorano per una Turchia democratica e pacifica. Ciò detto, dobbiamo essere puntuali nei giudizi e richiedere al governo turco, all'insieme degli apparati e delle istituzioni, alla società turca, di impegnarsi a fondo su temi rispetto ai quali i progressi devono essere più significativi e costanti. Essi riguardano i diritti civili, politici e sociali, le libertà di espressione, in particolare i diritti delle minoranze, in primo luogo delle minoranze curde e delle donne, le quali costituiscono invece una maggioranza.

Auspichiamo una ferma condanna per il terrorismo, l'applicazione del protocollo di Ankara nei tempi stabiliti.

In conclusione cerchiamo di restare al merito e di essere credibili ed efficaci nel continuare ad influenzare positivamente gli sviluppi interni di questo paese e il suo ruolo esterno di stabilizzazione pacifica in un'area esplosiva dove sono concentrate le più gravi minacce alla pace.

2-220

Lapo Pistelli (ALDE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, chi ha votato a favore dell'avvio dei negoziati con la Turchia ha già spiegato molte volte le buone ragioni per arrivare domani a un'adesione, non c'è dunque bisogno di ripeterci.

Questo dibattito annuale sullo stato dei progressi compiuti è, invece il termometro che registra concretamente le riforme fatte e l'umore delle opinioni pubbliche e credo che tutti noi possiamo notare come in questo ultimo periodo sia aumentata la freddezza su entrambi i fronti.

Noi siamo contrari ai matrimoni combinati: per sposarci bisogna conoscersi e amarsi, questo vale anche per l'ambizioso obiettivo turco. Per questo il governo turco deve compiere sforzi maggiori nelle proprie riforme e anche nella diffusione presso la propria società.

La relazione è molto dura in questo senso, ma è leale ed è giusto che il negoziato sia duro e leale. Tuttavia anche in Europa cresce lo scetticismo sull'ulteriore allargamento dopo Bulgaria e Romania se le regole non cambieranno. Si tratta di uno scetticismo che rischia di travolgere anche i Balcani occidentali.

E' per questo non dobbiamo bloccare l'allargamento ma rilanciare piuttosto la riforma delle regole. La domanda sulla Turchia è, infatti, anche una domanda su noi stessi e su ciò che vogliamo essere.

2-221

Hélène Flautre (Verts/ALE). – Monsieur le Président, la semaine dernière, j'étais avec d'autres collègues de la sous-commission des droits de l'homme dans la province d'Akari, à l'extrême sud-est de la Turquie, à quelques sommets de l'Irak et de l'Iran. Dans cette région, nous avons rencontré des parents, des parents désespérés et impuissants de voir partir dans les montagnes leurs jeunes fils. On nous dit que plus de 200 jeunes ont rejoint ces dernières semaines les groupes armés du PKK. Nous avons rencontré également des jeunes filles qui luttent contre le féodalisme familial, qui luttent contre l'isolement économique et social et la violence quotidienne. Beaucoup d'interlocuteurs nous ont parlé du suicide de jeunes filles.

À Akari comme ailleurs, ce n'est pas l'espoir, encore moins l'enthousiasme pour l'avenir que nous avons rencontré. Des faits extrêmement précis et nombreux témoignent de la violence des forces de sécurité, y compris contre des paysans, mais aussi des arrestations extrajudiciaires, des actes de torture infligés à des jeunes comme à Diyarbakir cette année. La démission forcée du procureur de Van pour avoir démontré la responsabilité de membres de l'armée dans l'attentat de Semdinli est également très traumatisante. Outre les faits de sale guerre qu'elle met à jour, la mise en échec de l'indépendance de la justice n'est pas admissible.

Tout le monde dit, tout le monde sait qu'il n'y a pas de réponse militaire à la question kurde et pourtant, à travers les *check points*, les chars, les soldats, les attaques armées, c'est la seule qui semble effective. Le PKK est appelé à un cessez-le-feu unilatéral. Si cet appel est entendu et tenu comme nous l'espérons, une proposition politique de grande ampleur devra y faire suite. L'attention et le soutien de l'Union européenne seront déterminants. La dégradation de la situation dans le sud-est altère la situation des droits de l'homme dans l'ensemble du pays. La loi antiterroriste a été unanimement critiquée par nos interlocuteurs non gouvernementaux. Elle n'est pas conforme au droit international. Elle irait jusqu'à annuler certaines des avancées contenues dans les dernières réformes législatives.

La situation dans le sud-est suscite par ailleurs un retour de flamme nationaliste qui s'oppose clairement et parfois violemment aux aspirations démocratiques. L'écrivaine Magden Perihan parle de feu de forêt. Elle parle d'avocats hooligans. Des mesures immédiates doivent être mises en œuvre, en particulier la suppression de l'article 301 du code pénal, la mise en conformité avec le droit international de la loi antiterroriste, la lutte contre l'impunité – en 2005 seuls 2 agents sur 305 inculpés ont été condamnés –, la mise en œuvre de la loi de compensation – 2000 dossiers traités sur 3000 dans la province d'Akari – et enfin, la suppression du seuil national électoral de 10% qui entrave l'expression démocratique des populations.

2-222

Αθανάσιος Παφίλης (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, οι βουλευτές του ΚΚΕ θα κατανηφίσουμε την έκθεση Eurlings. Πρώτον, γιατί είμαστε αντίθετοι με την ένταξη της Τουρκίας στην Ευρωπαϊκή Ένωση για τους ίδιους λόγους που ταχθήκαμε και κατά της ένταξης της Ελλάδας και όχι για πολιτισμικούς λόγους.

Δεύτερον, διότι και αυτή η έκθεση -όπως και άλλες- μοιάζουν με λάστιχο. Προσαρμόζονται κάθε φορά ανάλογα με τις αντιθέσεις που υπάρχουν στην Ευρωπαϊκή Ένωση και άλλοτε εμφανίζονται πιο αυστηρές και άλλοτε πιο ευνοϊκές.

Τρίτον, διότι σε σοβαρά και επίμαχα σημεία που αφορούν τη στάση της Τουρκίας σε θέματα διεθνούς δικαίου η έκθεση εξαντλείται σε ευχολόγιο, επαναλαμβάνοντας τις ίδιες ευχές, χωρίς να προτείνει όμως κανένα συγκεκριμένο μέτρο, όπως για παράδειγμα, για την ύπαρξη 40.000 τουρκικών κατοχικών στρατευμάτων στην Κύπρο και το γεγονός ότι η Τουρκία αγνοεί προκλητικά τις αποφάσεις και τα ψηφίσματα του ΟΗΕ με αποκορύφωμα την άρνηση αναγνώρισης της Κυπριακής Δημοκρατίας. Και ρωτάμε λοιπόν: από την προηγούμενη έκθεση μέχρι τώρα έχει γίνει κάτι συγκεκριμένο σ' αυτούς τους τομείς; Όχι! Η Τουρκία εξακολουθεί να αγνοεί προκλητικά όλες αυτές τις αποφάσεις και εσείς συνεχίζετε στην ίδια ακριβώς πορεία.

Τέταρτον, γιατί διαφωνούμε ριζικά με την έμμεση αναφορά στην παράγραφο 51 για συννοριακές διαφορές μεταξύ Ελλάδας και Τουρκίας καθώς επίσης και με τα συμπεράσματα του Ελσίνκι που τις παραπέμπουν στο Διεθνές Δικαστήριο ...

(Ο ομιλητής διακόπτεται από τον Πρόεδρο)

2-223

Seán Ó Neachtain (UEN). – Mr President, let me say at the outset that, as a member of the European Parliament's High Level Contact Group for relations with Northern Cyprus, I am clearly aware of the sense of isolation the Turkish Cypriots feel in light of the rejection of the Annan Plan. In fact, I believe that the European Union, together with the United Nations, should continue to work to build peace and reconciliation on the island of Cyprus.

However, Turkey too has serious obligations. For example, Turkey must open its ports and airports to Cypriot ships and aeroplanes. This is an obligation that Turkey will have to honour in accordance with the accession negotiations. I also feel that Turkey must consider repealing clause 301 of its Penal Code, which is being used to charge dozens of Turkish writers with insulting Turkishness.

It is clear that significant efforts are needed in the field of human rights and fundamental freedoms in Turkey. These are serious issues. In conclusion, I must stress that they have to be effectively addressed by the Turkish Government sooner rather than later, because these policy matters are an intrinsic element of accession negotiations.

2-224

Gerard Batten (IND/DEM). – Mr President, why on earth does Turkey want to join the European Union in the first place? Perhaps it wants to join the mass ranks of the parasite nations that already live off the backs of the British and German taxpayers. Perhaps it sees an opportunity to export some of its unemployed and criminals to Britain. But the Turks should think about the impact on their own society.

Only yesterday, the Turkish Army Chief of Staff, General İlker Başbuğ, warned of the dangers posed by Islamist extremists politicising religion, and pledged that the Turkish army would protect the secular nature of the Turkish Republic. But in the past the Turks have not had to contend with the European Union. They may find that their Islamist extremists are able to exploit the EU's non-discrimination, equality and human rights legislation to their advantage. Perhaps the Turks will have to learn the hard way that membership of the European Union means losing control of your own destiny.

2-225

Philip Claeys (NI). – Voorzitter, het was een historische vergissing om onderhandelingen te beginnen met Turkije omdat de Europese Unie, zoals de naam het zegt, een Europees project is. Nu moeten we toekijken hoe alles fout loopt. Turkije is een islamitisch land met een overwegend autoritaire en patriarchale cultuur. Dan kun je als EU best duidelijk tonen wie de baas is in het onderhandelingsproces, maar nu blijkt in feite het omgekeerde. Turkije weigert zijn verplichtingen ten aanzien van Cyprus na te leven en durft nu zelfs te eisen dat Europa het zogenaamde isolement van het bezette deel van Cyprus zou doorbreken. Turkije stelt zélf voorwaarden.

De Commissie en de Raad hebben de kiezers in Europa voorgehouden dat de onderhandelingen op elk moment kunnen worden stilgelegd als Turkije niet meewerkt. Nu wringen ze zich in alle mogelijke bochten om toch nog maar niet te moeten handelen. Eerst wil men het Europees gerechtshof een uitspraak laten doen over de kwestie Cyprus. Nu wil men de onderhandelingen zo voeren dat de gevoelige hoofdstukken pas op het einde aan het bod komen. Dat allemaal om tijd te winnen en om achteraf te kunnen zeggen dat we niet meer terug kunnen. Waar is de geloofwaardigheid van de Europese Unie?

2-226

Jacques Toubon (PPE-DE). – Monsieur le Président, mes chers collègues, ce rapport est excellent. Nous le soutenons, car il marque un tournant dans la prise de conscience par le Parlement européen de la réalité des relations entre la Turquie et l'Union européenne.

Il est le plus critique de tous ceux qui ont été produits dans cette enceinte depuis des décennies. En particulier, il comporte trois points déterminants pour nous: la mention de la capacité d'intégration de l'Union européenne comme critère, la nécessité absolue de normaliser l'attitude de la Turquie à l'égard de Chypre, membre à part entière de l'Union européenne,

et la reconnaissance du génocide arménien comme condition préalable à l'adhésion. Je me permets de rappeler à mes collègues socialistes français que cela faisait partie de leur programme pour les élections européennes de 2004.

L'adoption de ce rapport, que nous souhaitons, doit avoir des conséquences politiques. Je demande tout d'abord à la Commission de ne plus jouer à cache-cache et de produire, le 8 novembre, un rapport véridique et non pas un conte pour enfants dont elle est coutumière dans ce domaine. Je demande au Conseil des ministres de regarder la situation avec lucidité et courage et d'envisager de marquer un arrêt dans des négociations dont le sens échappe aujourd'hui au commun des mortels.

Au-delà du cas de la Turquie, c'est l'ensemble du processus d'élargissement qui est en cause. Il ne faut entreprendre désormais aucun nouvel élargissement tant que nous n'aurons pas donné à l'Union européenne des mécanismes de décision efficaces et un budget suffisant. Poursuivre dans l'illusion et l'hypocrisie compromettrait le projet européen, c'est-à-dire la construction de l'union politique, et creuserait encore plus le fossé entre le bon sens des peuples et l'aveuglement des dirigeants.

(Applaudissements)

2-227

Véronique De Keyser (PSE). – Monsieur le Président, on a parlé de volte-face de la position des socialistes européens à l'égard de la Turquie. Laissez-moi vous rappeler notre position, elle est claire depuis le début. Nous visons, à terme, l'adhésion de la Turquie parce que nous croyons, et c'est un véritable projet politique, en une Europe multiculturelle, laïque mais multiconfessionnelle, pacifique et ouverte au reste du monde.

Si nous avons en AFET envoyé des signaux clairs à la Turquie en ce qui concerne notamment les droits de l'homme, les droits des femmes, les droits des minorités, la reconnaissance de Chypre, c'est dans le même esprit constructif. C'est pour concrétiser une Europe en projet qui ne serait ni celle de Sarkozy, ni celle d'Angela Merkel, ni probablement celle du pape. Le défi est immense et il bute déjà sur le rapport Eurlings qui, dans sa nouvelle mouture, est mal balancé.

Ce rapport souligne, à juste titre, que le processus de démocratisation actuel de la Turquie n'est pas aussi rapide que nous le souhaitons, mais il néglige certains progrès essentiels faits par la Turquie, notamment dans le domaine des affaires étrangères, et je pense à sa participation à la Finul, et aussi à sa non-participation à la guerre d'Irak. Les amendements du PSE ont donc tenté de corriger le tir, disons d'adoucir le ton.

Pour ce qui est de l'Arménie maintenant, M. Eurlings m'a interpellée tout à l'heure, et je voudrais être très claire. Le Parlement a reconnu le génocide arménien et il n'y aura jamais de révisionnisme dans cette enceinte. Nous avons un devoir de mémoire vis-à-vis du million et demi d'Arméniens qui ont été massacrés en 1915, c'est-à-dire avant la République d'Atatürk. Ce devoir de mémoire, nous ne l'avons pas seulement en Europe, nous l'avons à l'échelle du monde, et c'est pourquoi nous avons demandé que l'ONU diligente une commission d'experts internationaux sur ce sujet en Turquie.

Mais se servir de cette tragédie, comme certains le font, pour contrer la candidature de la Turquie, ou entrouvrir la porte à une islamophobie rampante, est un piège dans lequel nous ne voulons pas tomber. C'est pourquoi, après de très difficiles discussions, après, véritablement, des négociations ultrasensibles dans mon groupe, nous avons adopté la ligne que vous avez entendue à différentes reprises – je la ferai mienne. Je vous le dis, c'est une ligne difficile: nous ne demanderons pas la reconnaissance du génocide arménien comme prérequis, mais, mes chers collègues, il est clair cependant qu'à l'heure de faire les comptes avant l'adhésion, ce point sensible pèsera très lourd dans la balance, et la Turquie le sait. Pour l'heure, nous attendons d'elle ce travail de mémoire, une consolidation de son rôle stabilisateur au Moyen-Orient et des avancées en matière...

(Le Président retire la parole à l'orateur)

2-228

Marios Matsakis (ALDE). – Mr President, our European Union exists because it is firmly based on strict adherence to our European principles and values. Those principles and values are not negotiable and that must be clearly understood by all those who belong to the EU and by those wishing to join. Turkey is welcome to join our Union and I very much hope that it does, but it must accept and abide by our European principles and values. It is Turkey that must achieve the required accession changes, not us, and we must be honest in making our position clear to Turkey. We should not try to trick Turkey into joining the EU. Turkey must do so only if it really wants to and in full awareness of exactly what is demanded of it. The Eurlings report makes that clear, firmly and honestly.

The Eurlings report is the result of much discussion and debate and many compromise amendments have been voted in by the Committee on Foreign Affairs, finally achieving a much-desired balance. Please support it and resist attempts to introduce any amendments on key issues at this stage, which is likely to cause more harm than good. Let me remind some of my colleagues that we will bring about reforms in Turkey by telling the Turkish people the truth and not hiding the truth from them.

2-229

Nils Lundgren (IND/DEM). – Junilistans företrädare i Europaparlamentet röstade nej till förslaget att börja förhandla med Turkiet om medlemskap. Vårt nej motiverades inte med att Turkiet skulle ligga utanför Europa och inte heller med att Turkiet är ett muslimskt land. Vi pekade på att Turkiet fortfarande har lång väg att gå för att uppfylla de krav som vi ställer för medlemskap i EU. Och vi uttryckte våra farhågor om att en förhandlingsstart skulle minska trycket på Turkiet att etablera en demokratisk rättsstat med fullständiga mänskliga rättigheter för kvinnor, för kurder, för kristna, för fackliga rörelser, för författare. Så har det också blivit. Den tidigare lovande utvecklingen har brutits och i vissa avseenden förbytts i en tillbakagång. Vi har hamnat i den ovärdiga situationen att EU börjar ställa krav på hur valsyste­met skall se ut och hur en ny författning skall vara utformad i den suveräna staten Turkiet. Detta är inte EU:s uppgift. Det är Turkiets sak att välja hur det vill leva upp till EU:s krav, Turkiets sak att välja egna lösningar. I väntan på tillräckliga reformer bör förhandlingar om medlemskap bordläggas.

2-230

Paweł Bartłomiej Piskorski (NI). – Panie Przewodniczący! Nasza dyskusja na temat Turcji jest oczywiście znacznie bardziej krytyczna i przez to znacznie bardziej otwarta niż poprzednia, ale też należy pamiętać o tym, że my powinniśmy zadać sobie pytanie o to, jaki jest nasz podstawowy interes.

Turecja z punktu widzenia wszystkich podstawowych kryteriów dzisiaj do Unii Europejskiej się nie nadaje, nie musimy ich powtarzać. Mówiliśmy tu zarówno o kwestii cypryjskiej, kwestii przestrzegania praw człowieka i obywatela, kwestii religijnych, kwestii ormiańskich, ale podstawowy interes Unii Europejskiej jest taki, aby takie kraje jak Turcja czy Ukraina zbliżyły się do Unii, i tu na tej drodze jest wyczuwalny z naszej z kolei strony – ze strony Unii Europejskiej – pewien fałsz: otóż my cały czas otwarcie nie mówimy, że wejście takich dużych krajów jak Turcja oznacza tak naprawdę kres pewnych polityk, zwłaszcza polityk gospodarczych, polityk strukturalnych, polityk rolnych Unii Europejskiej.

My powinniśmy otwarcie przedstawiać skutki tego, jak takie duże kraje mogą funkcjonować w Unii Europejskiej, bo taki delikatny fałsz jest odczuwany po stronie naszych partnerów takich jak Turcja.

2-231

Bernd Posselt (PPE-DE). – Herr Präsident! Die Türkei ist kein europäisches Land. Ihr Beitritt würde die EU überdehnen, überfordern, schwächen, vielleicht sogar gefährden. Wer dies sagt, setzt sich dem Vorwurf aus, er würde darauf verzichten, den Reformprozess zu unterstützen und Kriterien durchzusetzen. Aber auch für eine privilegierte Partnerschaft müssen die Kopenhagener Kriterien eingehalten und die Reformen vorangetrieben werden, nicht zuletzt im Interesse der türkischen Bevölkerung selbst.

Wir müssen uns kritische Fragen stellen. Wer eine Vollmitgliedschaft der Türkei will, der will vielleicht eine andere Türkei, er wird aber nur eine andere europäische Union bekommen, eine mit politischen Elementen garnierte Freihandelszone. Was die Türkei selbst betrifft, so müssen wir uns folgende Fragen stellen: Ist Laizismus wirklich vereinbar mit Demokratie, wenn er nur ein Minderheiten- und Elitenprojekt ist? Ist Religionsfreiheit wirklich vereinbar mit einem als Laizismus getarnten Staatsislam? Sind Minderheitenrechte wirklich vereinbar mit Kemalismus, der eine Art Jakobinismus der Türkei ist? Das sind ernsthafte, solide Fragen, die wir uns stellen müssen. Wir dürfen nicht länger in eine Sackgasse rennen, an deren Ende dann womöglich eine Ablehnung des Beitritts der Türkei durch die europäischen Staaten und Völker stehen wird, mit entsetzlichen Folgen für die innere Stabilität der Türkei.

Wir sind es der Türkei — gerade weil sie ein wichtiger Partner ist — schuldig, ehrlich zu sein, saubere Kriterien für eine vernünftige, maßgeschneiderte Partnerschaft auszuarbeiten, die sowohl den Interessen der Türkei als auch den Interessen der Europäischen Union entspricht, anstatt uns selbst ständig irgendein Bild der Türkei zu malen, das mit der Realität nicht das Geringste zu tun hat. Deshalb müssen wir uns davor hüten, hinter die Linie des Berichts Eurlings zurückzufallen, den ich im Ausschuss abgelehnt habe, weil er mir nicht weit genug ging. Aber diese Linie sollte unser Konsens sein, sonst wäre das Signal an die Türkei verheerend.

2-232

Vural Öger (PSE). – Herr Präsident! Wir haben uns im Dezember 2004 hier in diesem Parlament mit 402 Stimmen klar für den Beginn der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei entschieden. Dies war ein klares Signal. Heute debattieren wir über den Bericht „Fortschritte der Türkei auf dem Weg zum Beitritt“, einen Bericht, der eigentlich zum Ziel haben sollte, die Verhandlungen und den Beitrittsprozess der Türkei konstruktiv zu begleiten. Mir scheint allerdings, dass unser Ziel – die EU-Mitgliedschaft der Türkei – in dem aktuellen Bericht Eurlings zu stark aus dem Blick gerät. Ich frage mich daher: Was ist unser Ziel? Soll die Türkei an ihrem Reformkurs festhalten, und dann behandeln wir sie auch fair? Oder sagen wir: Was auch immer ihr anstellt, ihr werdet niemals Mitglied der EU! Unsere türkischen Partner werden mit einem Sammelsurium von Negativbeispielen konfrontiert. Die erzielten Fortschritte und positiven Beispiele werden fast gänzlich ignoriert.

Das ist kein fairer Umgang. Es ist zwar richtig, dass die Türkei weiter an ihrem Reformprozess arbeiten muss. Es ist auch richtig, dass sie ihren Verpflichtungen im Rahmen des Ankara-Protokolls nachkommen muss: Menschenrechte, Demokratie, Minderheitenschutz sind Voraussetzung für einen EU-Beitritt.

Wenn die Türkei die bereits festgelegten Kriterien erfüllt und ihren Reformprozess weiter vorantreibt, halten wir auch an dem Ziel der EU-Mitgliedschaft fest. Das sollte in unserem Bericht entsprechend verteidigt werden. Für mich wäre das ein ganz klares Signal. Sollten der Berichterstatter oder das Parlament anderer Meinung sein, muss das in einem Türkei-Bericht auch gesagt werden. Sonst verlieren wir mit solchen Halbwahrheiten im Europäischen Parlament an Glaubwürdigkeit. Da wir uns in Straßburg im Oktober 2005 dafür entschieden haben, die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aufzunehmen, müssen wir uns auch heute daran halten.

Ich habe immer gesagt, die Türkei sei noch nicht aufnahmefähig, aber verhandlungsfähig. Das sollte Europa verständnisvoll und solidarisch begreifen und unterstützen.

2-233

Alexander Lamsdorff (ALDE). – Herr Präsident! Ich bin wirklich überrascht über diese Diskussion. Man könnte denken, Camiel Eurlings hätte für seinen Bericht im Ausschuss nur eine ganz knappe Mehrheit erzielt. Die Sozialdemokraten haben dem Bericht aber zugestimmt. Mit 54 Stimmen ist er durch den Ausschuss gegangen. Dieselbe sozialdemokratische Fraktion — Frau De Keyser, Herr Wiersma, sehr respektierte Kollegen — geht jetzt voll gegen das, was sie im Ausschuss noch befürwortet hat. Ich bin davon wirklich überrascht. Klarheit, liebe Frau De Keyser, ist wirklich etwas anderes!

Wir müssen uns einige kritische Fragen stellen. Die wichtigste Frage ist: Haben wir die Menschen auf dieser Erweiterungstour, auf dieser Verhandlungstour Richtung Türkei mitgenommen? Die Antwort ist eindeutig Nein. Die Menschen sehen das sehr kritisch. Das sage ich ausdrücklich auch an Kommission und Rat. Woher kommt denn diese Diskussion über die Aufnahmefähigkeit? Woher kommt denn dieser Stimmungsumschwung im Parlament? Wir alle hier führen das Gespräch mit dem Bürger ziemlich häufig, und wir spüren die Skepsis, die Zurückhaltung und zum Teil auch die massive Ablehnung, wenn es um die Frage des Beitritts der Türkei geht. Deswegen auch die Warnung an den Rat und an die Kommission: Keine neuen Zusagen, keine neuen Perspektiven, erst einmal die EU reformieren. Darin sind wir uns alle einig: Wir müssen institutionell vorankommen. Im Übrigen bin ich der Meinung, dass wir diese Debatte in Brüssel und nicht in Straßburg führen sollten.

2-234

Renate Sommer (PPE-DE). – Herr Präsident! Wenn man Probleme nicht anspricht, kann man sie auch nicht lösen. Schönreden hilft nie etwas. Du, lieber Camiel Eurlings, beschreibst sehr genau, was in der Türkei nicht im europäischen Sinne ist. Ich möchte mich für deinen Bericht bedanken. Tatsächlich gibt es dort in nahezu allen politisch relevanten Bereichen so gut wie keine Fortschritte, teilweise sogar Rückschritte. Kein einziges der politischen Kriterien von Kopenhagen ist bis heute erfüllt. Trotzdem wurden — gegen alle Regeln — Verhandlungen aufgenommen. Unsere Befürchtung aus dem vergangenen Jahr hat sich bestätigt. Mit der Aufnahme der Beitrittsverhandlungen haben wir eines der letzten Druckmittel zur Erzwingung von Reformen aus der Hand gegeben. Der Reformprozess ist eingeschlafen. Bereits beschlossene Reformen werden nicht oder nur mangelhaft durch die staatlichen Stellen umgesetzt oder — wie jüngst geschehen — durch Parlamentsbeschlüsse wieder einkassiert. Zum Beispiel hat das türkische Parlament gegen den vehementen Protest der Europäischen Kommission das neue Antiterrorgesetz beschlossen. Die Folge: Die ohnehin immer noch eingeschränkte Meinungs- und Pressefreiheit wird weiter beschnitten.

Der türkische Ministerpräsident versucht, das Land schleichend zu islamisieren, indem er den EU-Prozess für seine Zwecke ausnutzt. Damit spielt er wiederum den Nationalisten in die Hände, die sich vehement gegen die Europäisierung wehren. Will Erdoğan überhaupt den EU-Beitritt? Seine Weigerung gegenüber Zypern unterstreicht zumindest, dass er die EU nicht akzeptiert. Sollen wir so den Kandidaten Türkei akzeptieren können? Zypern ist ein Lackmustest. Sollte die türkische Politik hier nicht einlenken, müssen die Verhandlungen ausgesetzt werden. Die Türkei ist jetzt — ohne Wenn und Aber und ohne neue Bedingungen und Forderungen zu stellen — in der Pflicht. Das muss sich die Kommission auf die Fahnen schreiben, und das muss auch der Ministerrat endlich einfordern und durchsetzen. Alles andere wäre unfair gegenüber dem türkischen Volk, denn diese Menschen setzen doch Hoffnungen in uns. Nur unser Druck bewirkt Veränderungen. Wenn die Europäer wieder umfallen, sind wir endgültig eine Lachnummer, die niemand ernst nehmen kann. Nichts würde sich mehr in diesem Land bewegen.

2-235

Παναγιώτης Μπεγλίτης (PSE). – Κύριε Πρόεδρε, κύριοι συνάδελφοι, στις ευρω-τουρκικές σχέσεις θα ήταν σοβαρό λάθος, είτε να απαξιώσουμε τη σημαντική πρόοδο που έχει επιτευχθεί πλειοδοτώντας τα αρνητικά της Τουρκίας, είτε να δημιουργήσουμε μια ειδυλλιακή εικόνα αποκρύπτοντας την πραγματικότητα. Υπάρχουν δυνάμεις στην Ευρώπη που ακολουθούν τη μια ή την άλλη άποψη για τους δικούς τους λόγους. Όμως, στην κόπωση της διεύρυνσης και τη θεσμική κρίση της Ευρωπαϊκής Ένωσης δεν πρέπει να προστεθούν και τα αντιφατικά μηνύματα προς την Τουρκία. Είναι πια καιρός το μήνυμά μας να είναι καθαρό και συμβατό με τις αποφάσεις που έχουν υιοθετηθεί. Θα πρέπει να χαϊρετίσουμε ως θετικό στοιχείο το ένατο μεταρρυθμιστικό πακέτο που υιοθέτησε η Τουρκική Κυβέρνηση. Όμως, αν το δούμε στην ουσία του, είναι κατώτερο των ευρωπαϊκών προδιαγραφών. Πραγματικά, προκαλεί ανησυχία και προβληματισμό η δήλωση του Αντιπροέδρου της Τουρκικής Κυβέρνησης κ. Μεχμέτ Αλισαχίρ στην Turkish Daily News ότι δεν είναι στις προθέσεις της κυβέρνησής του να επιτρέψει τη λειτουργία της Θεολογικής Σχολής της Χάλκης. Τα αιτήματα του

Οικουμενικού Πατριαρχείου στην Κωνσταντινούπολη καθώς και τα αιτήματα της ελληνικής μειονότητας στην Ίμβρο και την Τένεδο παραμένουν, φοβάμαι, ανεπίλυτα.

Κύριε Πρόεδρε, όπως είπε προηγουμένως και ο Επίτροπος κ. Rehn, η αρχή του διεθνούς δικαίου *pacta sunt servanda* θα πρέπει να γίνει σεβαστή. Και αυτό αφορά βεβαίως την Τουρκία, αλλά αφορά και την Ευρωπαϊκή Ένωση. Θα πρέπει να παραμείνουμε σταθεροί στην υποστήριξη του στρατηγικού στόχου για την ένταξη της Τουρκίας στην Ευρωπαϊκή Ένωση. Παράλληλα, όμως, η Τουρκία θα πρέπει άμεσα να προχωρήσει στην επικύρωση και την εφαρμογή -μέσα στο συγκεκριμένο χρονοδιάγραμμα- του προσθέτου πρωτοκόλλου.

Η ευρωπαϊκή πορεία μπορεί να εγγυηθεί τη σταθερότητα και την ανάπτυξη της Τουρκίας. Θα πρέπει όμως η Τουρκία να υπερβεί φοβίες και σύνδρομα του παρελθόντος. Το σύνδρομο της Συνθήκης των Σεβρών. Γι' αυτό πιστεύω, κύριε Πρόεδρε, ότι η συμφιλίωση με το ιστορικό παρελθόν δεν μπορεί να είναι πηγή ανασφάλειας και κινδύνων. Είναι δείκτης δημοκρατικής ωριμότητας και αυτοπεποίθησης για μια χώρα. Το αίτημα για την αναγνώριση του ιστορικού τραυματικού παρελθόντος στις συγκρούσεις με τους Αρμένιους και τους Έλληνες της περιοχής του Πόντου δεν θα πρέπει να λειτουργήσει αποσταθεροποιητικά για τα εθνικά στερεότυπα της Τουρκίας.

Με τη συγκεκριμένη τροπολογία που έχουμε καταθέσει δεν βάζουμε νέες προϋποθέσεις στην Τουρκία. Είμαστε αντίθετοι στην αναγνώριση της γενοκτονίας των Αρμενίων και των Ποντίων ως πολιτική προϋπόθεση.

2-236

Marco Cappato (ALDE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, credo che questa relazione e anche questo dibattito siano il segno di un'Europa che si chiude. Alcuni colleghi abbiano quantomeno il coraggio di dirlo più apertamente, ritengono l'Europa un fatto e uno spazio religioso e quindi la morte dell'Europa politica.

Credevo che il sogno, le ragioni di ispirazione e della nascita e il sogno federalista europeo, fossero invece proprio di allargare lo spazio di stato di diritto e di democrazia.

Questa è la grande offerta che dovremmo fare alla Turchia e proprio in un momento in cui fondamentalismo islamico è montante nel mondo, noi dovremmo avere l'esigenza e concretizzarla in una relazione di accelerare il processo di adesione. In quel caso le critiche, anche le più dure, potrebbero avere un senso.

In realtà qui apertamente si configurano soluzioni divergenti, non l'adesione politica e la piena adesione della Turchia, ma piuttosto accordi di cooperazione rafforzata, tutte cose che non hanno dalla loro parte la forza del messaggio politico e della piena adesione.

Se seguiremo questa strada, indicata purtroppo anche dal Presidente Barroso nelle sue dichiarazioni di ieri, avremo la responsabilità non solo di allontanare la Turchia, ma anche di allontanare l'Europa politica.

2-237

Charles Tannock (PPE-DE). – Mr President, the stated EU position and that of my party is to support Turkish EU membership. But nevertheless, no one can under-estimate the challenges it poses in terms of Turkey's absorption into the EU, with its very large population and hence the political influence it will gain by joining the EU, its relative poverty and therefore demands on the structural funds, as well as its distinct and separate cultural and religious identity.

Given the current discussion on large-scale immigration, and in particular the challenges faced by integrating the existing Muslim minorities in our countries, a major concern inevitably will be unrestricted freedom of movement of Turkish workers. Turkey's membership of the Organization of the Islamic Conference countries will certainly complicate the CFSP. Recent Marshall Fund of Germany polls in Turkey have shown it to be the most anti-American and anti-Israeli country amongst EU and candidate countries; but more worrying in my view is large Turkish support for theocratic Iran.

Turkey will of course have to abide by all the economic, political and human rights clauses of the Copenhagen criteria before joining, and there are clear examples of continuing discrimination against Christian minority rights, including the Greek Orthodox and Syrians, and ongoing impediments to free speech, such as Article 301 of the Penal Code prohibiting insulting Turkishness.

In my view, failure by Turkey to come to terms with its past, including the 1915 Armenian genocide and the blockade of the Republic of Armenia, is deeply regrettable. But non-recognition of the Republic of Cyprus, where Turkey continues to station troops since the 1974 invasion, and the failure to implement the Ankara Agreement on the enlarged customs union to allow Cypriot ships to dock at Turkish ports, is currently a critical issue before the European Union. Neither is it true that torture has completely stopped, in spite of it being banned by the State; it is still allegedly being used against Kurdish insurgents, and we have heard about that from Mrs Flautre. We can therefore be sure that EU accession negotiations will be very lengthy, and I for one fully support the Eurlings report.

2-238

Inger Segelström (PSE). – Jag vill tacka Camiel Eurlings för betänkandet. Vi i den svenska socialdemokratiska gruppen är för ett turkiskt medlemskap när de kriterier vi haft för alla andra är uppfyllda. Vi skall inte ställa högre krav eller särbehandla Turkiet som några här har uttryckt. Just nu är det EU som är garanten för utvecklingen i Turkiet med uppmuntran, men också krav om bl. a. mänskliga rättigheter. En f.d. Europaparlamentsledamot, numera socialdemokratisk riksdagsledamot i Sverige, har skrivit till Turkiets ambassadör med anledning av att 1 200 barnböcker av svenska barnboksförfattare, använda av svenska skolor och finansierade av Sida och Olof Palme Center, stoppats i turkiska tullen. Detta är obegripligt för mig och därför har jag ställt en fråga till rådet om detta. Jag stödjer demokratiseringen i Turkiet och sådana här problem måste vi lösa. Jag delar de kritiska synpunkter på betänkandet som uttryckts av de övriga talarna från socialistgruppen. Låt oss uppmuntra framstegen och lösa problemen, men stå fast vid att vi i EU vill se Turkiet som medlem när tiden är rätt och det demokratiska underskottet har upphört.

2-239

Ioannis Kasoulides (PPE-DE). – Mr President, Commissioner Rehn speaking to the Committee on Foreign Affairs said, inter alia, that the momentum on reforms has been lost, the Penal Code punishing the expression of opinion remains in place, there are reports of interference by the military in the judiciary, there are restrictions on the property rights of non-Muslim religious foundations and the human rights record in south-eastern Turkey has deteriorated. That is the essence of the matter and of the Eurlings report.

Some Groups wish to table amendments to redress the situation. How? By introducing a dozen amendments against Cyprus, in the view that this is the way to redress the balance. Are we helping Turkey if we encourage it not to extend the Protocol by introducing conditional linkages? Are we helping Turkey if we delete the paragraph asking for the withdrawal of Turkish troops? Can you imagine what would happen if Turkey voluntarily withdrew some troops from Cyprus and how much it would be in Turkey's favour? Or what would happen if we were to delete the paragraph asking Turkey not to veto the participation of Cyprus in international organisations and so forth? Furthermore, we are restricting the two leaders in Cyprus, who have already agreed on working methods in the search of a solution, by indicating to them the basis of talks which neither of them has raised as a precondition. Does that help Turkey? I do not think so.

Finally, as regards our moral duty towards the Armenian community in Europe, we must demand recognition of the Armenian genocide.

2-240

Józef Pinior (PSE). – Panie Przewodniczący! Niepowodzenie integracji Turcji z Unią Europejską pogłębi nieufność pomiędzy Zachodem a światem islamu, wzmocni tendencje fundamentalistyczne, ożywi czarne scenariusze zderzenia cywilizacji. Turcja powinna dokonać koniecznych reform, a także zmierzyć się z własną historią tak, jak tego dokonały i dokonują inne narody europejskie. Nie możemy jednak w Parlamencie Europejskim stawiać warunków wstępnych natury historyczno-moralnej w stosunku do Turcji, jeżeli tego typu warunków nie stawiano innym państwom w procesach przystąpienia do Unii Europejskiej.

Ciąży na nas szczególna odpowiedzialność polityczna. Pragnę zwrócić uwagę na ostatnie badania opinii publicznej oraz elit europejskich przeprowadzone przez *The German Marshall Fund of the United States*. Według tych badań "Turcja coraz chłodniej spogląda na Stany Zjednoczone i Europę, a cieplej w stronę Iranu". Jednocześnie "(...) młodzi Turcy cieplej niż ich przeciętny rodak spoglądają zarówno na Stany Zjednoczone, jak i na Unię Europejską". Nie zmarnujmy w Europie tego proeuropejskiego potencjału!

2-241

Simon Coveney (PPE-DE). – Mr President, I spent last week in Turkey with members of the Human Rights Subcommittee. We were there to evaluate progress on human rights issues and the effects of reforms on the ground. On balance, Mr Eurlings has done an exceptional job in producing a tough but fair report on the story of Turkish accession so far.

On the Armenian issue, I believe that it should be mentioned in the report, but it should not be introduced as a new precondition for membership, as we should remain committed to the original criteria if we are to stay credible.

I am supportive of the principle of Turkish accession, but recognise that it will be a long, hard road. We need to send a clear message with this report that, while EU membership is achievable, it will require significant and sustained commitment to reform.

The two human rights concerns on which I wish to focus briefly are freedom of expression and the ongoing Kurdish issue, which needs a new approach. On freedom of expression, despite reform packages – and we are now on the ninth – journalists and writers are not free to comment openly and critically on Turkey or its government members. Article 301 of the penal code remains in place to punish those responsible for 'a public denigration of Turkishness or State authorities'. Prison terms of up to three years can be imposed. Up to 60 such cases are currently being brought against writers by the State Prosecutor. Despite the high profile case of novelist Elif Shafak, which was thrown out of court last week, self-censorship will continue to be forced upon the press until Article 301 is done away with entirely.

On the Kurdish issue, a guerrilla war using terrorism continues in the south-east – a Kurdish area of Turkey – and must be condemned. PKK terrorism and the massive military response in the south-east are inflicting real hardship on the region and its population. A new approach is required that uses diplomacy and politics instead of force.

2-242

Glenis Willmott (PSE). – Mr President, a year ago Labour MEPs warmly welcomed the opening of accession talks. We look forward to eventual Turkish membership of the EU.

We understand that, now that the active phase of negotiations has started, Parliament needs to be frank about progress in its reports. There are serious problems, in particular with preserving freedom of expression. Further reform of security services and the judicial system and further progress in implementing new human rights legislation are essential. However, our criticisms must always be balanced, fair and honest, recognising achievements as well as shortcomings.

The prospect of EU membership has already empowered modernisers and human rights defenders in Turkey to push for the necessary changes. We must give them our wholehearted support. We must not establish new preconditions for membership that were not applicable to other potential members and we must remain clear that negotiations are for full membership and that that is our only goal.

An EU with Turkey as a Member State will entrench values of multiculturalism and understanding between different religions and therefore strengthen all communities.

2-243

PRESIDÊNCIA: SR. MANUEL ANTÓNIO DOS SANTOS
Vice-Presidente

2-244

Ville Itälä (PPE-DE). – Arvoisa puhemies, ensinnäkin haluan kiittää Camiel Eurlingisiä. Hän on tehnyt hyvää työtä ja laatinut jopa aika rohkean mietinnön, joka omalla tavallaan kertoo siitä, että laajentumisen vauhti on aivan liian nopea. Turkin suhteen on vielä niin paljon tehtävää, että kymmenessä vuodessa jäsenyyttä ei voida ajatellakaan.

Arvoisa puhemies, ilahduin, kun luin tänä aamuna lehteä, jossa komission puheenjohtaja Barroso totesi, että ei ole viisasta jatkaa laajentumista ennen kuin olemme käsitelleet perustuslaillisen kysymyksen. Olen täysin samaa mieltä hänen kanssaan. Yhtä aikaa ei voi ajaa näin laajaa laajentumista Turkin kanssa ja viedä läpi perustuslaillista sopimusta. Meidän pitäisi kuunnella paljon herkemällä korvalla kansan mielipidettä, kansan ajatuksia. Kun muistetaan, mitä Ranskan ja Hollannin kansanäänestyksessä tapahtui, olisi otettava huomioon, mitä kansa tästä asiasta ajattelee.

Meidän pitäisi myös miettiä, kuinka pitkälle ja kuinka nopeasti EU voi laajentua. Jos kansalaiset eivät saa vastausta siihen, kuinka nopeasti laajentuminen tapahtuu, eivät he voi luottaa nykyiseen EU:hun. On sääli, että komissaari Rehn lähti pois istunnosta. Olisin kysynyt häneltä vielä, mikä on suunnitelma B silloin, jos kuitenkin edetään nopealla aikataululla ja Turkki on noin kymmenen vuoden kuluttua tulossa jäseneksi ja esimerkiksi Ranskassa järjestetään kansanäänestys. Jos kansa sanoo EI, silloin jäsenyyttä ei voida hyväksyä. Mikä on suunnitelma ja miten silloin edetään, etteivät turkkilaiset pety ja koko hanke kaadu siihen, että kansanäänestyksessä äänestetään taas yllättäen EI? Mutta ehkä vastaus tähän saadaan joskus myöhemmin.

(Suosionosoituksia)

2-245

Bogusław Sonik (PPE-DE). – Panie Przewodniczący! Rozpoczęte negocjacje akcesyjne z Turcją należy kontynuować. Turcja powinna być traktowana jak każde inne państwo, z którym prowadzone były wcześniej negocjacje. Proces harmonizacji prawa tureckiego z europejskim pomaga temu krajowi w modernizacji, demonopolizacji gospodarki i zbliżeniu się do podstawowych wartości, na jakich oparta jest Unia Europejska.

Turcja jest krajem, który podjął niezwykle trudny wysiłek oddzielenia islamu od struktur rządzenia państwem. Ten świecki charakter kraju muzułmańskiego jest dziś, w świecie, gdzie ujawnia się coraz częściej ekstremalne, fanatyczne oblicze islamu czymś, co warto i należy wspierać. Tym niemniej Turcja musi wiedzieć, że nie może liczyć na żadne uprzywilejowane traktowanie. Nie może oczekiwać, iż Unia złagodzi wobec Ankary normy, prawa, wymagania wynikające z traktatów europejskich.

Szczególnie chciałbym zwrócić uwagę na wolności i swobody obywatelskie. Nie wystarczy dokonać tylko zmiany zapisów w kodeksach i ustawach. Dbałość o swobody obywatelskie, o wolność słowa, swobodę sprawowania kultu religijnego musi być stałą praktyką administracji oraz władzy sądowniczej. Postęp w tej dziedzinie będziemy oceniać po faktach. Ankara musi wiedzieć i nie obrażać się o to, iż będziemy pytać, oceniać, sprawdzać jak są respektowane prawa mniejszości kurdyjskiej, czy ma ona te same prawa, które winny przysługiwać każdej mniejszości etnicznej w Unii Europejskiej, na przykład prawo posiadania szkół w swoim języku na każdym szczeblu od przedszkolnego począwszy.

Wprowadzane prawo antyterrorystyczne nie może być wykorzystywane do ograniczania swobód obywatelskich i dyskryminowania mniejszości.

Unia będzie przyglądać się również wolnościom, jakimi cieszą się wyznania chrześcijańskie, które nadal nie mogą otworzyć zamkniętego przed laty seminarium. Bez umożliwienia swobodnego funkcjonowania szkół chrześcijańskich będzie niemożliwe dołączenie Turcji do krajów Unii Europejskiej. I ostatnie zdanie: debatujemy o Turcji, ale proszę pamiętać, że dla Europy równie ważne jest otwarcie w przyszłości negocjacji stowarzyszeniowych z Ukrainą.

2-246

Werner Langen (PPE-DE). – Herr Präsident! Am Ende der Debatte möchte ich nochmals daran erinnern, dass Kollege Camiel Eurlings einen guten und konstruktiven Bericht vorgelegt hat, auch wenn das in der Türkei nicht so gesehen wird und kritisiert wurde.

Dass die Verhandlungsergebnisse offen sind und auch Alternativen zur Vollmitgliedschaft als Ergebnis haben können – und meiner Meinung nach auch haben sollen –, ist nicht neu, sondern Beratungsgegenstand in Rat und Parlament. Ich möchte ausdrücklich Kommissar Rehn widersprechen, der hier in seiner Eröffnungsrede gesagt hat, er erwarte den Abschluss der Verhandlungen und den Beitritt bis Ende dieses Jahrzehnts. Das sind keine vier Jahre mehr!

Niemand von denen, die die Türkei als Vollmitglied haben wollen, sagt: Die jetzige Türkei kann beitreten. Sie muss sich grundlegend ändern. Die Türkei muss Menschenrechte, Religionsfreiheit und Minderheitenrechte anerkennen und achten. Sie muss die Armenier-Frage klären und die Anerkennung Zyperns aktiv betreiben. Oder glaubt jemand in der Türkei, dass die Türkei Mitglied werden könnte, wenn auf der anderen Seite ein Vollmitglied der EU nicht anerkannt wird? Ein Insider hat vor kurzem behauptet, Zypern werde erst dann anerkannt, wenn die Türkei Vollmitglied sei oder von sich aus die Verhandlungen abbreche. Wenn sich die EU, auch die Kommission, das gefallen lässt, dann werden wir alle unsere Möglichkeiten, Europa zusammenzuhalten, aus der Hand geben.

Wenn ich an die Religionsfreiheit denke, dann ist es schon eine bemerkenswerte Tatsache, wie von türkischen Autoritäten, vom stellvertretenden Parteivorsitzenden, vom obersten Chef der Religionsbehörde – einem Staatsbeamten – die Papstrede bewertet wurde, bevor er sie überhaupt gelesen hatte. Papst Benedikt ist mit Hitler und Mussolini verglichen worden – ein ungeheurer Vorgang, der die Intoleranz und den Islamismus in den Köpfen der Leute, die mit uns in Verhandlungen treten, zeigt und dokumentiert. In Anbetracht des aufkeimenden Nationalismus und der starren Haltung der Regierung Erdoğan zweifle ich erheblich am politischen Willen, tatsächlich Souveränität an die EU abzugeben.

Deshalb ist der Bericht Eurlings notwendig und richtig. Die Türkei sollte die Hinweise und Forderungen als Chance und nicht als Bedrohung verstehen.

2-247

Paula Lehtomäki, neuvoston puheenjohtaja. – Arvoisa puhemies, hyvät parlamentin jäsenet, tässä ansiokkaassa ja perusteellisessa keskustelussa on hyvin nostettu esiin ne haasteet ja ongelmat, joita Turkin liittymisneuvotteluihin liittyy. Mutta on tullut selvästi myös esille Turkin valtavan suuri strateginen merkitys Euroopan unionille.

Puheenjohtajavaltiona me edistämme jäsenyysneuvotteluja laajentumisen yleisperiaatteiden mukaisesti. Näitä yleisperiaatteita ovat hakijoiden yhdenmukainen kohtelu ja eteneminen omien ansioiden pohjalta. On vielä kerran hyvä todeta, että Eurooppa-neuvosto on viimeksi kesällä 2006 vahvistanut, että se noudattaa olemassa olevia sitoumuksia laajentumisen osalta ja tältä pohjalta työ jatkuu. Haasteita Turkin osalta on paljon, mutta on selvää, että jäsenyysneuvottelut tukevat Turkin uudistusprosessin jatkumista, ja se on kaikkien etujen mukaista.

Yksi keskeisimmistä kysymyksistä on, että Turkin on ratifioitava ja pantava täytäntöön Ankaran lisäpöytäkirja. Tällä hetkellä työskentelemme aktiivisesti sellaisen ratkaisun löytämiseksi, joka yhtäältä mahdollistaisi suoran kaupan Euroopan unionin ja Pohjois-Kyproksen välillä ja toisaalta varmistaisi, että Turkki avaisi satamat myös kyproslaisille aluksille.

Yhtä aikaa liittymisneuvotteluiden kanssa on tärkeää löytää Yhdistyneiden Kansakuntien piirissä kokonaisvaltainen ratkaisu myös Kyproksen kysymykseen.

Arvoisa puhemies, hyvät parlamentin jäsenet, kiitän tästä ansiokkaasta ja aktiivisesta keskustelusta.

2-248

Louis Michel, membre de la Commission. – Monsieur le Président, chers collègues, je voudrais tout d'abord remercier le rapporteur pour le travail qu'il a fourni. C'est évidemment une contribution importante. C'est une évaluation extrêmement intéressante qui contribuera sans aucun doute à alimenter le rapport de la Commission du 8 novembre. Même si nous ne sommes pas nécessairement d'accord sur tout ce que contient le rapport, je crois qu'il est important que le Parlement se saisisse de cette question et éclaire par sa contribution notre propre point de vue.

Le débat qui vient de se dérouler a, je pense, parfaitement mis en lumière les enjeux du processus d'adhésion de la Turquie commencé voici presque une année. La Commission va bien sûr tenir compte de ce débat lorsqu'elle présentera son propre rapport le 8 novembre. Celui-ci sera comme toujours rigoureux, objectif et sans complaisance. Il reposera sur un large éventail de sources d'informations, incluant aussi bien les données officielles du gouvernement que les analyses des organisations non gouvernementales turques ou autres, ou encore des grandes institutions internationales. Il prendra aussi en compte les rapports des commissions de votre Parlement, ainsi que le rapport Bozkurt.

Je voudrais, Monsieur Toubon, avec toute l'estime que je vous dois et que j'ai pour vous, vous rassurer. Ce ne sera pas un conte pour enfants. La Commission n'est pas coutumière, du reste, de ce dont vous l'accusez subitement. Elle n'a pas pour vocation non plus, c'est vrai, fût-ce pour vous faire plaisir, de produire un rapport unilatéral et sans nuances ou incomplet.

Il est donc important de garder toujours à l'esprit l'enjeu de ce projet. La décision prise le 3 octobre 2005 reflète certes le souci de respecter nos engagements, mais traduit également un intérêt mutuel puissant. J'ai entendu quelqu'un dire ici tout à l'heure que la Turquie avait plus à gagner en l'occurrence que l'Europe. Je n'en suis pas du tout persuadé. Je pense que la Turquie a évidemment besoin de l'Europe pour continuer à se moderniser, à se démocratiser, à appuyer le développement de son économie, mais je crois que l'Europe a aussi besoin de la Turquie à ses côtés, comme pôle de paix, de stabilité, de démocratie et de prospérité.

L'actualité, comme quelqu'un l'a dit aussi, suffit à démontrer tous les jours la valeur stratégique de cet exercice. Qu'il s'agisse de l'Iran, de l'Irak, du Moyen-Orient en général, du dialogue entre les civilisations ou de la crise énergétique, à chaque fois la Turquie apparaît comme un pays clé, un atout indispensable à l'Europe. Ceci ne dispense certes en aucun cas la Turquie des obligations que doit remplir tout candidat à l'adhésion et l'Union européenne y veille. Ce faisant, elle ne s'érige pas non plus en précepteur qui dispense ses leçons baguette à la main.

Souvenons-nous que c'est la Turquie qui s'est portée candidate. Elle a franchi ce pas. Elle a donc accepté d'affronter les difficultés de l'intégration européenne, parce qu'elle y voyait la clé de son propre avenir et de celui de ses citoyens. C'est à ce titre qu'elle doit maintenant poursuivre et renforcer sans faiblir le processus des réformes qu'elle avait elle-même courageusement engagé. Pour notre part, nous allons évidemment continuer sans relâche à l'encourager dans ce sens. La Turquie aspire à rejoindre l'Europe. Je pense qu'il faut lui donner sa chance. C'est une chance qui doit être juste, qui découle de règles claires et transparentes établies dès le départ, qui ne changent pas non plus selon l'humeur du jour.

Je voudrais ajouter une chose. J'ai parfois le sentiment, et pas seulement dans cette enceinte, que quand on débat de cette question, c'est comme si on devait évaluer la Turquie aujourd'hui pour une adhésion qui aura lieu demain. Il va sans dire que l'adhésion n'est pas pour demain, et que le processus risque de durer encore un certain temps. Ceci n'est donc qu'une évaluation intermédiaire. On juge des progrès, on juge des avancées, qui prennent parfois trop de temps, on juge même des régressions. Il est évident qu'il s'agit d'un processus évolutif. Il est donc très injuste de faire un arrêt sur image. Ce n'est pas ça l'adhésion. Cela ne correspond d'ailleurs à aucun processus d'élargissement que nous aurions connu par le passé. Pourquoi donc faudrait-il traiter la Turquie différemment?

Et j'en viens, pour terminer en 20 secondes, à la question arménienne. Je voudrais tout de même rappeler – et je suis très attentif, et l'Europe est très attentive, parce que cela relève du devoir de mémoire qui fait partie de notre patrimoine de valeurs – que cette question n'est pas et n'a jamais été une condition arrêtée par le Conseil européen pour l'ouverture des négociations ni pour l'adhésion elle-même, que ce soit dans le cas de la Turquie ou de n'importe quel autre pays candidat. Et l'imposer aujourd'hui reviendrait à changer les règles du jeu en cours de partie et serait très vivement ressenti en Turquie comme une manœuvre de l'Union européenne pour poser de nouvelles conditions dans le but d'empêcher coûte que coûte l'adhésion.

Il est en revanche essentiel de s'assurer que la liberté d'expression, y compris sur les sujets sensibles, liés à l'histoire de la Turquie, soit pleinement respectée dans ce pays. L'expérience de nos propres pays démontre que le débat sur le passé, aussi douloureux soit-il, naît toujours d'une prise de conscience interne à nos sociétés et rarement, voire jamais, d'une injonction, d'un diktat de l'extérieur. Toute cette discussion est liée au principe de réconciliation qui est l'un des ressorts profonds du projet européen.

La Commission a toujours été claire à ce sujet. Les relations de la Turquie avec l'Arménie doivent s'améliorer. Cela commence par l'établissement de relations diplomatiques et l'ouverture de la frontière terrestre, qui est actuellement fermée. La perspective d'une adhésion de la Turquie doit conduire à une amélioration des relations bilatérales et à une réconciliation, y compris sur le passé. Nous attendons bien entendu de la Turquie qu'elle traite ce sujet comme faisant partie intégrante d'un débat public libre et ouvert où tous les points de vue doivent pouvoir s'échanger.

Voilà, Monsieur le Président, chers collègues, la réponse de la Commission et mon impression après avoir suivi ce débat extrêmement intéressant. Je vais bien sûr m'en faire l'écho auprès de M. Olli Rehn qui connaît ces questions mieux que moi. Ne doutez pas une seconde que votre contribution au rapport du 8 novembre sera appréciée.

(Applaudissements)

2-249

Philip Claeys (NI). – Voorzitter, ik wou alleen maar protesteren tegen het feit dat Commissaris Rehn niet aanwezig was op dit belangrijke debat. De reden die hij daarvoor heeft aangegeven, vind ik niet aanvaardbaar. Ik vind het dan ook niet serieus ten opzichte van het Europees Parlement. Hij had een antwoord kunnen geven op de vele opmerkingen die gemaakt zijn naar aanleiding van het verslag Eurlings.

2-250

Presidente. – Estou em condições de o informar que o Senhor Comissário Rehn tinha outros compromissos e não podia estar presente nesta reunião. Dou de novo a palavra ao Senhor Comissário Louis Michel.

2-251

Louis Michel, Lid van de Commissie. – Voorzitter, beste collega, ik zou willen herinneren aan het feit dat Commissaris Olli Rehn al zeer uitvoerig heeft uitgelegd dat hij absoluut niet kon blijven. Dat was echt spijtig voor het debat, maar ik heb toch geprobeerd hem te vervangen door de argumenten uiteen te zetten en de vragen te beantwoorden. Ik zal natuurlijk verslag uitbrengen aan Olli Rehn en ik ben ervan overtuigd dat hij in de volgende vergaderingen heel waarschijnlijk deze vragen zal kunnen komen beantwoorden.

2-252

Presidente. – O debate está encerrado.
A votação terá lugar na quarta-feira, às 12 horas.

2-253

13 - Período de perguntas (perguntas à Comissão)

2-254

Presidente. – Segue-se o período de perguntas (B6-0429/2006).

Foram apresentadas as seguintes perguntas à Comissão.

2-255

Primeira parte

2-256

Presidente. – Pergunta nº 33 da Deputada Avril Doyle (H-0756/06)

Assunto: Regime de comércio de emissões 2008-2012 - planos nacionais de atribuição

Em relação ao regime europeu de comércio de emissões para o período 2008-2012, pode a Comissão fazer um comentário sobre o facto de ter expirado o prazo, que tinha sido fixado para 30 de Junho de 2006, para a apresentação, por todos os Estados-Membros, dos respectivos planos nacionais de atribuição e para a apresentação, pela Comissão, do seu relatório sobre estes planos, sem que estes requisitos tivessem sido cumpridos? Menos de metade dos Estados-Membros apresentaram os seus planos nacionais de atribuição. De que forma tenciona a Comissão proceder para garantir que o segundo regime de comércio de emissões esteja pronto e operacional para 2008?

2-257

Σταύρος Δήμας, Μέλος της Επιτροπής. – Κύριε Πρόεδρε, 13 κράτη μέλη είχαν μέχρι χθες, επίσημα, κοινοποιήσει στην Επιτροπή τα εθνικά τους σχέδια κατανομής. Εκκρεμούν, δηλαδή, ακόμη περίπου τα μισά σχέδια, αλλά είναι σημαντικό να υπογραμμισθεί ότι τα κοινοποιηθέντα σχέδια αντιπροσωπεύουν ήδη πάνω από το 60% των δικαιωμάτων εκπομπής που ενέκρινε η Επιτροπή για την πρώτη περίοδο εμπορίας. Τα κράτη μέλη τα οποία έχουν κοινοποιήσει τα σχέδιά τους είναι: το Βέλγιο, η Γαλλία, η Γερμανία, η Ελλάδα, η Εσθονία, η Ιρλανδία, η Λετονία, η Λιθουανία, το Λουξεμβούργο, η Πολωνία, η Σλοβακία, η Σουηδία και το Ηνωμένο Βασίλειο. Τα υπόλοιπα κράτη μέλη οφείλουν, ασφαλώς, να κοινοποιήσουν τα σχέδιά τους.

Τα περισσότερα από αυτά τα σχέδια ήδη -σε προκαταρκτική μορφή- βρίσκονται σε διαδικασία δημόσιας διαβούλευσης σε διάφορα κράτη μέλη όπως η Αυστρία, η Κύπρος, η Φινλάνδία, η Ιταλία, οι Κάτω Χώρες, η Πορτογαλία και η Ισπανία. Αρκετά από τα ανωτέρω κράτη μέλη έχουν ήδη προωθήσει σημαντικά τις σχετικές διαδικασίες διαβούλευσης και αναμένεται να κοινοποιήσουν τα σχέδιά τους στην Επιτροπή εντός των προσεχών εβδομάδων. Η Επιτροπή αποδίδει μεγάλη σημασία στο να υποβάλουν τα υπόλοιπα κράτη μέλη το συντομότερο δυνατό τα σχέδιά τους για τη δεύτερη φάση. Ήδη έχει αποστείλει επιστολές στις οποίες επιστά την προσοχή των κρατών μελών στις υποχρεώσεις που υπέχουν. Αν σημειωθούν περαιτέρω καθυστερήσεις, η Επιτροπή θα εξετάσει το ενδεχόμενο κίνησης διαδικασιών για παράβαση εναντίον των κρατών μελών που έχουν καθυστερήσει, με βάση το άρθρο 226 της Συνθήκης. Σύμφωνα όμως με τις πληροφορίες που έχει στη διάθεσή της η Επιτροπή, εκτιμά ότι τα τελευταία κράτη μέλη θα έχουν κοινοποιήσει τα σχέδιά τους πριν από τα τέλη του 2006.

Η Επιτροπή προβαίνει ήδη σε αξιολόγηση των εθνικών σχεδίων κατανομής που έχουν κοινοποιηθεί και προτίθεται να λάβει αποφάσεις γι' αυτά το φθινόπωρο, εντός δηλαδή της προθεσμίας των τριών μηνών από την ολοκλήρωση των σχεδίων όπως αυτή προβλέπεται στην οδηγία για την εμπορία εκπομπών. Αυτό θα επιτρέψει στην Επιτροπή να λάβει αποφάσεις για τη μεγάλη πλειοψηφία της αγοράς δικαιωμάτων εκπομπής ρύπων πριν από τα Χριστούγεννα και να ολοκληρώσει τη διαδικασία αξιολόγησης ως την Άνοιξη του 2007. Με τον τρόπο αυτό θα διασφαλισθεί σε όλα τα κράτη μέλη η ομαλή και έγκαιρη έναρξη της δεύτερης φάσης του μηχανισμού εμπορίας εκπομπών της Ευρωπαϊκής Ένωσης για το 2008.

Η Επιτροπή, βεβαίως, δεν μπορεί να αποφανθεί επί της ουσίας των αξιολογήσεων που βρίσκονται σε εξέλιξη, θα χρησιμοποιήσει όμως κάθε πολιτικό και νομικό μέσο που έχει στη διάθεσή της, ώστε να εξασφαλισθεί ότι τα σχέδια είναι σύμφωνα με τις δεσμεύσεις του Κιότο και τα επιβεβαιωμένα στοιχεία για τις εκπομπές του 2005, με στόχο να εξασφαλισθούν ισότιμοι όροι ανταγωνισμού για τις εταιρείες.

2-258

Avril Doyle (PPE-DE). – The whole point of national allocation plans is to ensure that the EU emissions trading schemes deliver the best possible benefits for the climate. The lack of transparency in most Member State processes to determine their first NAPs has resulted in legitimate questions and concerns on the validity of the data within the first set of plans.

In the first year, 2005, the actual carbon dioxide emissions of 21 countries were 44 million tonnes short of the amount of CO₂ emissions permits allocated in those 21 countries. That resulted in absolutely no downward pressure to reduce emissions and in a very volatile carbon credit market. Will you insist that the information and data sources used to set the targets in the second round of NAPs will be publicly available to allow independent verification and to ensure maximum benefit for the climate and fair competition across the single market?

2-259

Stavros Dimas, Member of the Commission. – The criteria for preparing the National Allocation Plans for the second trading period are described in the directive. There are 12 criteria; two are very important. The first is whether the Member States are on track to achieve the curtailment target and how the allocations for the emissions trading system, together with other measures, will contribute to the achievement of that target. The second is the available publicly-known data regarding the emissions. For the second trading period, we have the advantage that we have the actual emissions for 2005, which are as described previously. So these two criteria will be very important in making the National Allocation Plans achieve the scarcity that is needed in the market in order to give companies and installations incentives to make the right investment in cutting down carbon dioxide emissions.

2-260

James Hugh Allister (NI). – Can the Commissioner comment on the validity and logic of a policy that compels Member States to radically reduce emissions with resulting increases in EU energy prices and lower manufacturing output while, at the same time, we promote trade with and production in China, the world's greatest polluter, with no enforceable requirements for the suppression of emissions from them. I do not object to trade with China, but I do object to the lack of compulsion upon them to reduce their emissions.

In effect, are we not really trading jobs and emissions ...

(The President cut off the speaker)

2-261

Stavros Dimas, Member of the Commission. – In our plans for the post-2012 period we consider it very important to bring on board all the big emitters of carbon dioxide and other greenhouse gases.

You are quite correct that China is one of the big emitters, but you forget that the biggest emitter is the United States, which emits about 25% of the greenhouse gases in the world. China comes second, with about 14%, together with the European Union, but in order to have the equilibrium which is needed regarding the contribution by each country to the battle against climate change, we have to take into account what the United Nations Climate Change Conference states, i.e. that each country should contribute in a common but differentiated way, which means that countries like China, India and other fast-developing countries, which have contributed to a smaller degree historically to the creation of the greenhouse phenomenon and have only a fraction of the per capita income of the developed countries, have to contribute in a different way according to their capabilities and their possibilities, without hindering their economic development and without creating unfair competition with other countries.

2-262

Esko Seppänen (GUE/NGL). – Arvoisa puhemies, arvoisa komission jäsen, päästöoikeuksien kaupan seurauksena sähkön hinta Euroopassa on yleisesti noussut, ja myös sellaisen sähkön hinta on noussut, jota ei ole tuotettu päästöoikeuksin, eli atomisähkön ja vesivoimasähkön hinta on noussut tuoden ylimääräisiä voittoja näille tuottajille.

Pohjoismaissa on yhteiset sähkömarkkinat, ja päästöoikeuksien hinta on siirtynyt sähköpörssissä suoraan sähkön hintaan. Se on siirtynyt myös atomisähkön ja vesivoimasähkön hintaan ja tuottanut ylimääräisiä voittoja atomisähkön ja vesivoimasähkön tuottajille. Kun jakoa uudistetaan, aikooko komissio puuttua näihin ylimääräisiin voittoihin, joita päästökauppa tuo tuottajille?

2-263

Stavros Dimas, *Member of the Commission*. – You are right. There are quite a few electricity companies that have windfall profits because they included the cost of free allocations in electricity prices. There are, therefore, windfall profits across Europe.

There are two ways to fight that. One is by auctioning some of the allowances instead of allocating them for free. That is a possibility for the second trading period. Countries can auction approximately 10% of allocations and the proceeds could be used either to promote innovation or to lessen the burden of taxes for labour, for example, or for other purposes. The second way is to liberalise the gas and power market in the European Union.

2-264

Presidente. – Pergunta nº 34 da Deputada Danute Budreikaite (H-0760/06)

Assunto: Alargamento do espaço Schengen

A União Europeia prepara-se para o alargamento do espaço Schengen. Contudo, de acordo com certas fontes, não será possível renunciar ao controlo das fronteiras internas em 2007 devido a problemas técnicos ligados à base de dados central para a protecção das fronteiras externas.

A Comissão poderia indicar como está a proceder à preparação para o alargamento do espaço Schengen? Quando é que este alargamento poderá realmente ter lugar? Como é que os países candidatos se estão a preparar para aplicar as exigências do espaço Schengen?

2-265

Franco Frattini, *Vice-President of the Commission*. – Firstly, SIS II is of crucial importance, because it is one precondition, if not the only one, for the enlargement of the Schengen area, which is a true European area for the free movement of people.

My second point is that enlargement of the Schengen area is a crucial political priority for the European Union and it will remain so. I can confirm the Commission's full commitment and my personal commitment to achieving this goal as soon as possible.

Some technical problems have emerged in this first phase of the technical implementation of this very complex system which, as you know, will connect the central part here in Strasbourg to all Member States' national systems. There are problems and delays due to some litigation. There were technical problems with the preparation of the Strasbourg site, but these problems have now been totally solved in close cooperation with the French authorities. A large majority of Member States have requested at least an extra three months in order to test the connections needed between the central system and the national systems.

My fourth point is that agreement on the legal basis has not yet been reached. We are working very hard. A few days ago there was a very fruitful dialogue to try to secure an agreement between the rapporteur, the Council Presidency and myself.

The implementation of national projects has been delayed in all Member States that have asked to join the Schengen area, except one. All the experts in all Member States, including the new ones, were and are perfectly aware of the current situation. That is why national experts have proposed that there should be a new timetable for the implementation of SIS II.

Next week the Council of Interior Ministers will probably approve a new timetable for SIS II. It will approve a proposal for a new timetable, which will be visible, pragmatic and realistic, and will also decide to establish a task force formed by national experts from the Member States to monitor continuously the national implementation of national systems.

Following that, there will be a concrete possibility to discuss a realistic timetable. On the one hand, it is really a political commitment, but on the other, it is extremely complex from a technical point of view. The delay has occurred not because of political problems but because of technical problems, and all the Member States have been made aware of them through their national experts cooperating in the Technical Committee.

2-266

Danutė Budreikaitė (ALDE). – Gerbiamas Komisare, ačiū už atsakymą, tačiau praeitą savaitę Tamperėje vidaus ir teisingumo ministrams diskutuojant apie Šengeno klausimą buvo kalbama, kad tai vistiek yra politinis klausimas ir kad prie naujosios sistemos neprisijungs visos šalys iš karto, kai bus pasirušusios, o prisijungs pirma senosios, o po to naujosios.

Norėčiau, kad tai patvirtintumėte arba paneigtumėte, kas be abejo būtų žymiai maloniau. Tikimės sulaukti greito atsakymo dėl realios darbotvarkės ir realios plėtos datos.

2-267

Franco Frattini, *Vicepresidente della Commissione*. – Signor Presidente, onorevoli deputati, posso dirvi certamente di sì: l'attuazione del progetto SIS 2 è una delle premesse indispensabili per unire e allargare lo spazio Schengen.

Credo che il calendario, che sarà approvato dal Consiglio dei ministri la prossima settimana, indicherà date molto certe per l'adesione dei nuovi Stati membri a Schengen.

Come annunciato prima, esiste una seconda premessa, ovvero che ciascuno dei nuovi Stati membri sia in grado di adeguare le proprie misure di sicurezza e di controllo delle frontiere come stabilito nello stesso Accordo di Schengen. Se queste due condizioni saranno raggiunte, la data stabilita dal Consiglio dei ministri costituirà una data certa per l'ingresso a Schengen.

2-268

Hubert Pirker (PPE-DE). – Herr Präsident, geschätzter Herr Kommissar! Zunächst herzlichen Dank für Ihr Engagement, das Sie im Zusammenhang mit der Realisierung von Schengen an den Tag legen.

Ich habe zwei Fragen: Es ist diskutiert worden, dass angeblich Schengen plus in einer Übergangsphase zuerst erfüllt werden sollte, bevor Schengen II realisiert wird. Ist Schengen plus eine zwingende Voraussetzung dafür, dass dann Schengen II implementiert wird? Ich verweise auf Slowenien, das angeblich Schengen II schon realisiert hat.

Zweite Frage: Welche neuen Verknüpfungen von Dateien sind mit Schengen II zusätzlich vorgesehen?

2-269

Franco Frattini, *Vicepresidente della Commissione*. – Signor Presidente, onorevoli deputati, l'ipotesi di una soluzione intermedia, ovvero in altri termini la Schengen 1+, è stata sollevata da una delegazione. A mio parere si tratta di una soluzione che possiamo seriamente considerare purché ci permetta il valore aggiunto che Schengen 2 sicuramente darà.

Desidero ricordare agli onorevoli deputati che oltre un anno fa era stata la Commissione stessa ad avanzare questa ipotesi, ovvero: perché non trovare una soluzione intermedia tra Schengen 1 e Schengen 2? Una soluzione che chiamammo, appunto, Schengen 1+.

A quel tempo la larga maggioranza degli Stati membri rifiutò questa ipotesi intermedia dicendo che non sarebbe stata abbastanza sicura come sarà Schengen 2. Oggi, come saprete, tale ipotesi è stata riproposta dalla delegazione portoghese, la rivaluteremo, ma la condizione è data dal valore aggiunto.

L'altra domanda è: "Qual è il valore aggiunto?". Schengen 2 sarà caratterizzato da una connessione immediata e in tempo reale tra una sezione centrale a Strasburgo, una seconda sezione a Salisburgo e i sistemi nazionali, che saranno connessi con uno scambio diretto di informazioni in tempi molto più rapidi e con una protezione dei dati personali molto più sicura di quanto non accada ora.

Questa è la caratteristica principale che fa ritenere Schengen 2 la proposta più avanzata ancora sul terreno.

2-270

Justas Vincas Paleckis (PSE). – Commissioner, I would like to ask you about security. I am sure that the Commission is very interested in the security and reliability of these Schengen borders but, as you know, the new countries have invested millions of euros in creating this information system and, with the postponement of their entry into the Schengen system, there are some fears that these systems will be outdated and not suited to the new demands.

2-271

Franco Frattini, *Vice-President of the Commission*. – This is a very important question. Many colleagues and ministers in Tampere raised exactly this point. My answer was, and I repeat it here, that I am aware of the impact of delay and possible additional cost. That is why I have promised all the ministers to study very carefully the possibility of taking at least partial account of the additional cost of postponing the concrete operation of SIS II. For example, I can take the IT scale systems into consideration. I have already postponed the possibility of spending money until the end of 2007. Why not think about postponing it again, or try to have additional funding for this extra cost? I cannot, for example, co-fund salaries for people in the police, but I will give serious consideration to the security infrastructure.

2-272

Presidente. – Recordo que este tema do alargamento do espaço Schengen vai ser objecto de um debate na nossa sessão plenária de Outubro. Portanto, teremos novamente oportunidade de voltar à questão com a presença do senhor comissário Frattini.

Pergunta nº 35 do Deputado Proinsias De Rossa (H-0769/06)

Assunto: Leitores de língua estrangeira em Itália

Na sequência do acórdão do Tribunal de Justiça Europeu de 18 de Julho de 2006 no processo C-119/04, tencionará a Comissão solicitar uma revisão do acórdão com base no facto de não terem sido disponibilizadas ao Tribunal de Justiça Europeu informações importantes sobre a situação real de trabalho dos leitores de língua estrangeira em Itália?

2-273

Vladimír Špidla, člen Komise. – Vážený pane předsedo, vážené dámy poslankyně, vážení páni poslanci, v rozsudku ze dne 18. června 2006 ve věci C 119/04 Soudní dvůr vyjádřil, že Italská republika tím, že k datu, ke kterému uplynula lhůta stanovená v odůvodněném stanovisku, nezajistila uznání nabytých práv bývalým lektorům, kteří se stali jazykovými spolupracovníky a odborníky, zatímco takové uznání bylo zaručeno všem vnitrostátním pracovníkům, neuplatnila všechna opatření, které vyplývají z rozsudku Komise v. Itálie ze dne 26. června 2001 ve věci C 212/99, a tím nesplnila povinnosti, které pro ni vyplývají z článku 228 Smlouvy o ES. Soudní dvůr však rozhodl, že k uložení pokuty, jak vyžadovala Komise, není důvod. K datu, kdy dané skutečnosti posuzoval, totiž neměl dostatečné informace k tomu, aby shledal, že nesplnění povinnosti stále přetrvává. Komise by ráda pana poslance upozornila na to, že Soudní dvůr rovněž uvedl, že nařízení s mocí zákona 2/2004, které nevyklučuje obnovení kariéry bývalých lektorů cizích jazyků za výhodnějších podmínek, je přípustným právním rámcem k tomu, aby každá z dotčených univerzit mohla se zpětnou platností obnovit kariérní postup těchto lektorů. Soudní dvůr nicméně uznal, že je ještě třeba prověřit, zda byla opatření přijatá po schválení nařízení s mocí zákona skutečně uplatněna. Útvary Komise v současné době analyzují obsah a důsledky tohoto rozsudku, jakož i nejvhodnější způsob, jak postupovat dál. Jednou z hlavních otázek, které je třeba v této souvislosti vyřešit, je, zda byla nabytá práva ve skutečnosti plně uznána a obnovena, to je včetně provedení zpětných plateb těm, kdo na to mají nárok, jak uvádějí italské orgány.

2-274

Proinsias De Rossa (PSE). – Would the Commissioner not agree that it is scandalous that no fines were imposed on the Italian authorities by the European Court of Justice, given that it is now almost 20 years since the matter was first brought to the Commission's attention, and that on each occasion when the Court has decided on this matter, it has found against Italy; and that even today, as I understand it, in La Sapienza University the criteria laid down have still not been complied with?

Also, would he not agree that it is extraordinary that the Court can claim that insufficient evidence was provided by the Commission to enable it to make a decision in relation to the imposition of fines?

Will the Commissioner undertake to ensure, even at this stage, that the Court's decision will be reviewed and that the Italian authorities will be obliged ...

(The President cut off the speaker)

2-275

Vladimír Špidla, člen Komise. – Vážený pane poslanče, Komise v projednávání případu zastávala stanovisko, které bylo formulováno před soudem, a soud rozhodl. Z tohoto hlediska formálně právního i obsahového jsme v dané procesní situaci. Je tudíž na Komisi, aby vyřešila a prověřila, zda rozsudek byl aplikován zcela, zda došlo ke zpětným platbám, zda byly kariéry obnoveny. To je úloha a touto cestou postupujeme. Jaká budou příp. navržena opatření, to je věc, kterou považují v současné době za stále otevřenou. Myslím si, že základním principem je respektovat právní rámec Evropské unie, Evropského společenství a Komise postupuje vždy velmi důsledně v tomto směru. Své stanovisko k případu zřetelně vyjádřila v průběhu jednání.

2-276

Glyn Ford (PSE). – I welcome the fact that you will be monitoring whether the ruling is properly applied. I think it is now 21 years since this matter was raised by one of my former colleagues, Hugh McMahon, as well as Mr De Rossa. I wonder whether we could consider having a birthday party for the question on its 21st anniversary when it comes of age, because it appears to be proceeding exceedingly slowly.

2-277

Vladimír Špidla, člen Komise. – Vážený pane poslanče, během sporného řízení Komise vždy trvala na tom, že z rozsudku 2001 vyplývá povinnost dosáhnout výsledku, pokud jde o skutečné zpětné uhrazení mezd a příspěvku na sociální zabezpečení dlužného bývalým lektorům. Zpochybnila rovněž kritéria použitá v nařízení s mocí zákona 2/2004 ke zpětnému stanovení kariérního postupu lektorů. Soud ovšem v daném okamžiku rozhodl nebo konstatoval, že nemá dostatek důkazů k tomu, aby prokázal, že doposud nedošlo k naplnění tohoto rozsudku. Vzal v úvahu to, že italské univerzity předložily informace o tom, že platby nebo alespoň některé platby byly provedeny. Soud se nezabýval otázkou, že toto potvrzení předložily univerzity a nikoliv jednotliví lektori.

Dámy a pánové, v této situaci je rozhodnutí soudu uzavřené a je na Komisi, aby co nejdříve prověřila příslušná fakta a rozhodla o dalším postupu. Zda tímto postupem bude nové otevření procesu, zda tímto postupem bude jiná forma, to je otázka, která je otevřená. Mohu vás pouze ujistit, že délka trvání tohoto procesu mně osobně připadá mimořádně dlouhá a myslím si, že jednou z podstat právní jistoty, jednou z velmi důležitých složek právní jistoty je to, že zadostiučinění přichází v přiměřeně rozumné době. To neznamená okamžitě, protože některé případy jsou komplikované, ale v době, kterou lze za přiměřenou považovat.

2-278

Segunda parte

2-279

Presidente. – Pergunta nº 36 do Deputado Esko Seppänen (H-0738/06)

Assunto: Despesas administrativas da Comissão

Na sua apresentação do orçamento para o exercício de 2007, o Conselho propõe consideráveis economias nas despesas administrativas que se alcançariam suprimindo lugares de funcionários na Comissão. Quais seriam, nos próximos anos, as consequências destas possíveis supressões no número de funcionários da Comissão e no dos efectivos das agências?

2-280

Dalia Grybauskaitė, Member of the Commission. – The question you asked is very important for the Commission and all the European institutions. The proposal we got from the Council consists of two parts: one part relates directly to the 2007 budget and the other relates directly to the seven-year period from 2007 to 2013. I should like to elaborate on the consequences in your question for both elements of the proposal that we got from the Council.

Firstly, with regard to the 2007 budget, the Council has reduced appropriations by EUR 56 million. That means that the Commission would not even be able to maintain the current level of staff, while the Council has approved 801 new posts for new members for enlargement. However, it refused to grant the corresponding appropriations for paying salaries for those positions. It would make *any* recruitment impossible, from either new or old Member States. It also will not allow the Commission to replace its staff who will retire during 2007. That means that the real labour force will be reduced by about 420 people. No recruitment will be taking place at all with this proposal for 2007.

The question was also about agencies. For 2007 the Council also proposed to cut agencies' appropriations by about EUR 29 million.

The second part of the proposal consists of reducing posts for the seven-year period. The Council's proposal has two parts. Firstly, every second post becoming vacant would be deleted from each institution's establishment plan. I have heard rumours that it is proposed for all three institutions – Parliament, the Council and the Commission. Secondly, the Commission would have to delete 500 additional posts, justified by the Council by the concentration of programmes and new managerial approaches. For the Commission that could cost up to 2000 positions during the seven-year period; for other institutions, such as the Council and Parliament, about 200 positions.

At the request of the European Parliament's Committee on Budgets, in early September I signed the working paper with all the detailed technical explanations and financial figures about that proposal. If you like, we could provide you today with that package for your information, in order to study the question in more detail.

The consequences only for the Commission will be a loss of close to 2000 posts, which means close to four DGs. It is also approximately half of the positions that have been given for enlargement during previous years. It does not take into account at all the fact that the Commission already started administrative reform on its own premises in 2002 and its ongoing reform. It also does not take into account that the European institutions are not national governments and the specific tasks which Parliament and Council perform are different. As an example, the European Commission, as a public civil service, is the cheapest public service in the world. In our budget all three institutions – the Council, Parliament and the Commission – only take up about 5% of the budget for administrative expenditures, while in most of our Member States they take up four or five times more.

We cannot agree because the proposal does not take into account the geographical balance. We need to keep within the requests of the Council. It does not take into account linguistic diversity, which we also need to keep. None of these things is taken into account.

Finally, we evaluated this as an attempt to reopen the debate on the interinstitutional agreement, which we signed just four months ago.

2-281

Esko Seppänen (GUE/NGL). – Arvoisa puhemies, arvoisa komission jäsen, kiitän perusteellisesta vastauksesta. Totean, että komissio on toimittanut budjettivaliokunnan jäsenille tästä asiasta myös kirjallista materiaalia, josta asia selviää, kysymyksen jättämisen jälkeen.

Lisäkysymyksenä haluaisin vielä kysyä, voiko komissio vapaasti disponoida olemassa olevia virkoja eri päähallintojen kesken omalla päätöksellään ilman, että on tehtävä erillinen budjettipäätös budjettiviranomaisten kesken neuvostossa tai parlamentissa. Voiko komissio siirtää vapaasti virkoja pääosastosta toiseen?

2-282

Dalia Grybauskaitė, Member of the Commission. – We carry out redeployment every year; each year we redeploy approximately 400 people internally. But here we are talking about posts without the preparations to pay salaries. Inside is part of our so-called productivity gain programme, which was introduced in 2002 as part of the reform. If the priorities change, we redeploy internally: that is the normal yearly practice.

2-283

Andreas Mölzer (NI). – Frau Kommissarin, welche Maßnahmen will man ergreifen, um bei der Vergabe von Beamtenstellen bei der Kommission die neuen EU-Mitgliedstaaten entsprechend verstärkt zu berücksichtigen, und dies, ohne die Verwaltungsaufgaben zu erhöhen?

2-284

Dalia Grybauskaitė, Member of the Commission. – Yes, in 2003 Parliament and the Council agreed to allocate 3400 new posts for enlargement in the four-year period between 2004 and 2008. Each year we have been receiving these posts, together with payments for the salaries. This year we have again been offered 801 posts by the Council, without any addition for the salaries. We are not magicians and we cannot magically pay for 800 posts from nowhere.

2-285

Eija-Riitta Korhola (PPE-DE). – Arvoisa puhemies, arvoisa komission jäsen, toivon, että tämä kysymys komission hallinnosta suo minulle tilaisuuden esittää jatkokysymyksen aiheesta, josta minuun on otettu yhteyttä toistamiseen viime vuosien aikana.

Komission hallintokäytännöissä on jatkuvasti se ikävä piirre, että tieteellisille hankkeille tulevat maksatukset ovat pahasti myöhässä. Etenkin näin on, jos tutkija tai tiedemies tulee komission kutsusta Brysseliin esimerkiksi arvioimaan tutkimus- ja tiedehankkeita. Tutkija maksaa matkansa ja hotellikulunsa, antaa työpanoksensa ja saattaa joutua odottamaan useita kuukausia ennen kuin komissio korvaa nämä kustannukset ja tehdyn työn. Tänäpäin olen saanut tiedon, että tämä on kestänyt viisi kuukautta.

(Puhemies keskeytti puhujan.)

2-286

Dalia Grybauskaitė, Member of the Commission. – It mainly concerns the Financial Regulation and the financial implementing rules. The Commission has prepared the simplification procedures and they were approved in May. This package of new legislation is on the Council's table and on the Committee on Budgets' table with Mrs Grässle, who is the rapporteur on this question. She can confirm that we took on about 80% of Parliament's proposals. The package is very good, but now much will depend on whether the Finnish Presidency will approve it and on the negotiations between the Council and Parliament, while it remains a Council decision. So I very much hope that a lot more simplification will take place from 2007, especially regarding the procedures for paying for these kinds of projects. But that is another matter.

2-287

Presidente. – Pergunta nº 37 da Deputada Ingeborg Grässle (H-0758/06)

Assunto: Correções financeiras na sequência da modernização da contabilidade e inquérito da Comissão às contas bancárias relacionadas com as suas actividades

Por que motivo pretende a Comissão proceder às correções financeiras ainda antes da publicação do relatório do Tribunal de Contas Europeu sobre a modernização da contabilidade, prevista para 23 de Outubro de 2006?

Quantas das contas bancárias abrangidas pela secção 1.3.1. do Projecto de Orçamento Rectificativo nº 5 ao Orçamento Geral 2006 figuram na lista da Comissão sobre as suas próprias contas bancárias de que não tinha conhecimento, lista essa que foi enviada em 2.6.2006 (complemento às perguntas E-4819/05 e H-0212/06) em resposta a uma pergunta escrita do Parlamento Europeu? Qual é o montante total em causa no caso das, pelo menos, 377 contas bancárias desconhecidas? De quantas contas se trata e de que montantes se trata no caso dos "bancos em situação de falência", das "diferenças de caixa" e do "peso do passado" referidos no Orçamento Rectificativo nº 5? Como surgiram as diferenças de caixa e será que resultaram da abertura de contas à margem do orçamento? O que é que se entende por "peso do passado" e qual a sua origem?

2-288

Dalia Grybauskaitė, Member of the Commission. – Within this question there are seven sub-questions, and I would like to be as precise and technical as possible because the questions were very specific and precise from an accounting point of view.

Your question mainly relates to our manning budget, where we are asking to create a budgetary line which would enable the Commission, where duly justified, to write off items in suspense accounts, and to write off losses which inevitably accrue in an administration manager's funds in accounts throughout 145 countries, sometimes with a weak banking sector and other political disturbances.

The creation of this budget line reflects the Commission's policy of administrative rigour and transparency, to clear up all *old* files, mostly relating to the years before 2000. That is mainly because we are now introducing a new accrual-based accounting system which allows us, and compels us, to be more transparent and more rigorous with our accounting system.

This proposal for a new budgetary line was presented in the amended Budget 5, to the budget line 40, and lists the following five types of operations which we will be looking into. The first is adjustments to cover amounts deposited in accounts in banks outside the European Union which have gone bankrupt during the previous year. The second is cash differences in imprest accounts. The third is settlement on some long-standing operations carried out mainly by delegations and representations under the imprest arrangements abroad. The fourth is repayments of principal and/or late payment interest and whether they were set off, and clearance of non-recoverable amounts of VAT.

Each year, the Commission will include this budgetary line in its PDB proposal, as it is now common practice to write off non-recoverable expenditure and not leave it in suspense accounts indefinitely, which was the practice in the past. The definition of a suspense account is that it is not just a bank account, but accounting records, in which the Commission's annual financial statements are listed outside the EU budget accounts because they correspond to operations which are waiting to be regularised from an accounting point of view, but cannot be attributed by any specific EU budget line for various reasons explained above. There is therefore no link with the bank accounts mentioned in my answer of 2 July this year, where the accounts were opened or managed by staff other than the accounting officer, both inside and outside the territory of the European Union.

As regards the Court of Auditors' 2005 annual report, this proposal also has no link whatever with that publication, other than the fact that the Court constantly presses the Commission to clear up these suspense accounts. It was presented in good time for the suspense account to be cleared up before the end of the present financial year. We did this with the amended budget.

As regards the main types of operation in a number of accounts which you ask about in your question and the amounts of money involved, I can provide some examples today. For example, funds lost following bankruptcies amount to about EUR 1.3 million, concerning mainly EUR 1 million in Kazakhstan in 1996. Funds lost from burdens of the past, for example, amount presently to EUR 3.5 million from imprest accounts held outside the European Union and only EUR 100 000 from imprest accounts held by representations. This is due to many different circumstances where the supporting documents that are needed to justify otherwise regular expenditure cannot be traced, despite long searches. All these amounts relate to years before 2000.

Finally, I just want to say that the creation of this budget line is not only part of the current process to modernise the Commission's accounting system; it also reflects the Commission policy of administrative rigour and transparency to clear up all old files, which will become common practice from 2006, and we will do it every year.

Despite the thorough inventory, I want to confirm that no bank accounts were found that have been unknown to the Commission at this stage.

2-289

Ingeborg Gräßle (PPE-DE). – Danke, Frau Kommissarin, für die Antwort. Die Übersetzung hat sich zwischendurch mal verabschiedet, weil sie Ihnen nicht folgen konnte. Ich habe versucht Ihnen zu folgen und habe festgestellt, dass Sie eine Frage nicht beantwortet haben, nämlich die in meiner Anfrage vom 2. Juli aufgestellten 377 Konten außerhalb des Budgets. Es ist dies schon das zweite Mal, dass diese Frage, um welche Gesamtsumme es sich dabei handelt, nicht beantwortet wurde. Ich möchte hinzufügen: Es gibt ein Konto des Economat-Supermarktes über 7 Millionen Euro. Ich bitte Sie, uns zu sagen, wofür diese 7 Millionen Euro ausgegeben wurden.

2-290

Dalia Grybauskaitė, Member of the Commission. – I cannot give you an answer at the moment about those specific figures, because that was not made clear in the letter or the oral question. We understood the main question concerned the budget amendment proposal, to which we tried to reply. If you would like an explanation about specific amounts, we will provide it in writing.

2-291

Presidente. – Pergunta n° 38 do Deputado Justas Vincas Paleckis (H-0700/06)

Assunto: Fuga de cérebros de mão-de-obra qualificada dos novos Estados-Membros da UE

As fronteiras e os obstáculos internos foram suprimidos na UE e dentro de alguns anos terão desaparecido completamente. A integração cada vez mais aprofundada dos novos e antigos Estados-Membros da UE favorece um processo de fuga de cérebros e de mão-de-obra qualificada, que regista uma aceleração crescente. Os novos Estados-Membros vêm-se privados, em benefício de antigos países da UE claramente mais ricos, de uma grande parte dos seus cidadãos mais dinâmicos, que adquiriram no seu país natal uma instrução de qualidade ou boas qualificações. Parece, pois, que a UE concede, de uma forma visível, ajudas aos novos Estados-Membros a título de vários Fundos, enquanto que, de uma forma invisível, os priva, seduzindo-os, dos jovens especialistas.

Uma solução para remediar este problema poderia ser a criação de um Fundo comunitário específico com o objectivo de limitar as consequências da fuga de cérebros bem como da mão-de-obra qualificada (como, por exemplo, um "Fundo de mundialização"). A contribuição para este Fundo seria maior para os países que acolhem especialistas qualificados. Os fundos reunidos poderiam ser utilizados para reforçar o sistema de educação dos países que são afectados pelo êxodo da sua mão-de-obra, a fim de neles criar novos empregos.

Qual é a posição da Comissão sobre esta proposta ou outras propostas equivalentes? Concorde que um processo fundamentalmente positivo – a criação de um mercado comum do trabalho – gera igualmente um problema crucial de fugas de cérebros e de mão-de-obra qualificada, que é necessário resolver com esforços comuns da UE e do conjunto dos seus 25 Estados-Membros?

2-292

Ján Figel, *Member of the Commission*. – The Member's question is on the issue of the brain- or skills-drain from Member States that joined the Union on 1 May 2004. He suggests that the Commission should create a special new fund to reduce the impact of brain-drain.

The free movement of persons is one of the fundamental freedoms guaranteed by Community law. After enlargement in 2004, despite the transitional arrangements for the free movement of workers from eight new countries, the EU saw increased mobility from new Member States. However, in the report we published recently on the functioning of the transitional arrangements, the Commission pointed out that flows from the EU-10, the new Member States, had been fairly limited in relation to the overall working-age population and that they are balanced, at least in part, by mobility from the original 15.

The report shows that migration flows are driven by factors related to supply and demand conditions, both in sending and receiving countries. Moreover, and more importantly, as pointed out in the report, rather than seeking permanent employment in another country, a significant percentage of migrant workers stay in the receiving country for a limited period only. Consequently, migrant workers often return to their country of origin, which will subsequently profit from the accumulated experiences gained abroad, especially by highly skilled workers. In this respect, we can speak about the concept of brain-gain.

It should also be noted that although the 'old' Member States attract talented people from the new Member States, the United States of America proves to be the most popular destination for tertiary students or educated people from the new Member States. The problem of brain-drain, insofar as it exists, seems more linked to the salary differential between the country of origin and destination countries than to the quality of the education systems in migrants' countries of origin. The new Member States perform quite well under most indicators in the Education-Training 2010 programme, where we have benchmarks and very concrete objectives.

The answer to the issue lies in the good use of the significant opportunities that will be provided by the structural funds for the 2007 to 2013 period. The structural funds will bring a substantial contribution to the economies of new Member States and, if used well, should provide the means to ensure steady growth and job creation.

The progressive convergence of the new Member States' economies with those of older Member States should reduce the existing salary differential and therefore eliminate a major reason for brain-drain.

The Commission, rather than supporting the creation of a special fund or efforts to regulate migration, would therefore encourage new Member States to use the structural funds effectively. The European Social Fund, in particular, will continue to support a comprehensive approach to education and training in the programming period beginning in 2007, namely by supporting measures to develop employability and improve the labour-market relevance of initial and vocational education and training, with a view to encouraging innovation and as part of a knowledge-based economy.

2-293

Justas Vincas Paleckis (PSE). – Ačiū gerbiamas Komisare už išsamų atsakymą. Prisipažinsiu, jis manęs nenuramino, kadangi fondų naudojimas yra tikrai svarbus dalykas ir judėjimui laisvei svarbus dalykas, bet naujosios šalys nukraujuoja atiduodamos geriausiai žmones senosioms šalims, kurios tikrai yra turtingesnės. Aš visgi vienu žodžiu paklauskiau Jūsų: ar Jūs jaučiate tam tikrą neteisybę toje situacijoje, kokia yra? Ar Jūs jaučiate tam tikrą solidarumo principo pažeidimą?

2-294

Ján Figel, *Member of the Commission*. – I would not talk about injustice; I would prefer to talk about freedom, which we have, and responsibility, which is the best part of freedom, or the other side of the same coin.

When we speak about the 'brain drain', it is not only the new Member States versus older Member States. The same happens in the Union versus most competitive partners in the world. When I was in France and Germany they talked about the brain drain to the United States. So either we are aware of the problems and the lack of competitiveness, the lack of value placed on knowledge or the lack of respect for knowledge in Europe, and improve conditions for intellectual property for patents on this continent for so many issues connected to innovation and the transfer of knowledge into real life, the real economy, production and services, or we will comment and lament later on, and maybe even more, because time is passing quickly and globalisation is really influencing our lives.

All our policies, programmes, strategies aim towards this goal. I do not want to anticipate developments in the Commission, but in a few weeks' time we would like to propose, for example, the establishment of a European institute of technology. Either we create space for a European dimension in knowledge and the transfer of knowledge and we improve together or, as I said before, we will lose time and momentum. I do not want to discuss that at length now, maybe next time I shall say more. The Lahti Summit in October should deal with the ten points for improving innovation in Europe. The first two points are education and universities and an institute of technology, and then there are others.

I think that political awareness of the problem is there. If there is also the political will to deliver, we can find better answers and better situations in the future. We need to work towards that.

2-295

Mairead McGuinness (PPE-DE). – Commissioner, given the announcement on Romania and Bulgaria, could you comment on the indications from the UK and Ireland that they will not be opening up their markets to workers from these two Member States? Would you agree that many of the host countries need a policy of integrating workers from new Member States, to be fair to their needs, and that we need to allow migrant workers with qualifications to progress in the careers for which they are qualified in the host Member States?

2-296

Ján Figel', Member of the Commission. – Thank you not only for the question but also for the encouragement that we should stay open. Politically I think Europe is a synonym of openness. If that is true, then we usually tend to solve problems. If we close, if we isolate ourselves, then problems usually get even bigger in time. On internal decisions and the opening of the labour market, this is, of course, the right of Member States. The Commission has always argued in favour of openness or at least gradual opening rather than moratoria. The report on the second anniversary of enlargement showed that those that opened their markets benefited, which confirms that until now integration in Europe has proved to be a win-win situation. Of course it must be carried out under certain rules and criteria and, if that is the case, then benefits will continue to be gained by those who are more open.

On qualifications and integration, one of the important contributions will come this month from the Commission. Last night there was a debate in this House on a European qualifications framework, which should create the basic matrix for comparison and transfer of qualifications between different autonomous national qualification systems or qualification frameworks. In this sense the value of the qualifications will be higher because we will make them more readable and transferable and we will empower people to use them more properly. This is one of the most important legal and political answers in order to turn our people in the same Union into citizens more than tourists.

2-297

Danutė Budreikaitė (ALDE). – Pernai Europos Komisija priėmė Žaliają knygą dėl ekonominės migracijos Europos Sąjungoje valdymo ir joje buvo siūloma kompensuoti protų nutekėjimo sąnaudas trečiosioms šalims, tai yra besivystančioms šalims. Tai yra tokie pat ekonominiai migrantai kaip Lietuvos žmonės, vykstantys į Europos Sąjungą, bet tai vadinama ne ekonominiu migravimu, o laisvu asmenų judėjimu. Kodėl Komisija nenorėtų pamėginti priemonių, kurias siūlo trečiosioms šalims, taikyti vidaus rinkoje?

2-298

Ján Figel', Member of the Commission. – We do not encourage or propose a brain drain, but we try to mobilise brains. There are many examples of how either we proceed together in order to release the potential which we have in our Member States and our universities in the new generation of students and researchers, or we are lost with the lack of growth, the lack of new and better jobs. Even in the programmes for which I am responsible, we do not stimulate or motivate third-country nationals to leave their home states, but rather to go back and build up their societies and economies in close partnership with European countries, European institutions or universities.

Instead of lamenting how little we did to stop the brain drain and for the recuperation of European potential, we should focus on the credible implementation of our next generation of programmes. We want to have even more mobility combined, of course, with freedom. I am also from a new Member State, and I usually answer that instead of lamenting that more young people go out than come back, we need to create conditions which build or offer a truly European perspective back home in Slovakia, in Lithuania or Latvia. After two years of membership of the Union, it is becoming more and more evident that the Europeanisation of conditions and prospects for young people is there, but it is a process; it takes time. The much-quoted, miraculous examples of Ireland or Finland are just logical results of long-term strategic

policies where education, training, knowledge and research are at the centre and remain at the centre. That is a good example for all to follow.

2-299

Presidente. – Pergunta nº 39 do Deputado Gyula Hegyi (H-0701/06)

Assunto: Educação - o ensino das línguas

Tanto a União Europeia, como os seus Estados-Membros investem montantes avultadíssimos no ensino das línguas. No entanto, os resultados são medíocres, visto que, de acordo com estudos realizados, apenas metade dos cidadãos da UE conseguem manter conversação numa língua estrangeira.

Tencionará a Comissão tomar medidas para incentivar os Estados-Membros a avaliar, sem qualquer preconceito, a eficácia de diferentes métodos de ensino das línguas, incluindo as novas técnicas?

Por que razão não estão as publicações da União Europeia a ser traduzidas para as línguas dos novos Estados-Membros?

2-300

Gay Mitchell (PPE-DE). – Mr President, this happens month after month. Members have tabled questions to be answered by the Commission, they sit here while you allow supplementary after supplementary and let Commissioners run on at will and our questions are not reached. It is an outrage the way Members of this House are being treated, it is absolutely outrageous. I protest strongly about this.

2-301

Presidente. – Compreendo perfeitamente a sua indignação, em certa medida acompanho-a, mas não é rigorosamente correcto dizer que as perguntas não serão respondidas, pois elas serão respondidas, por escrito naturalmente. Não sou responsável pela fixação das regras regulamentares, apenas sou o árbitro e o intérprete dessas regras e, como compreenderá, não é possível prolongarmos indefinidamente os nossos trabalhos. Dou de novo a palavra ao Sr. Comissário Figel.

2-302

Ján Figel, Member of the Commission. – Although estimating the effectiveness of any investment in education is always difficult, the Commission is not aware of any study demonstrating that the return on investment in language teaching is lower compared to other forms of education. On the contrary, it is commonly agreed that money spent on acquired language skills ensures a good return to the individual, his or her family, companies and society at large in terms of higher salaries, better jobs and increased business opportunities.

According to a recent Eurobarometer survey, more than 50% of European citizens stated that they are able to hold a conversation in one foreign language. That percentage is encouraging, although it is far from our objective of giving all European citizens the ability to communicate in at least two other languages in addition to their mother tongue. To pursue that objective, the Commission promotes language learning and linguistic diversity through its programmes for education and training as well as through many other exchange programmes.

Lingua 1 action under the Socrates Programme is aimed at developing and disseminating innovative techniques and examples of good practice in language teaching. Furthermore, the European Label for innovative projects in language teaching and learning is awarded each year to the most innovative language learning projects in each Member State. The Commission is bound by its legal obligation to translate into all official languages Community legislation and the related documents that are necessary to enable citizens, companies and other stakeholders to enjoy their rights and comply with their obligations.

As regards other documents, they are translated in accordance with real needs, taking into account available capacity. That principle applies to all official languages.

2-303

Gyula Hegyi (PSE). – In my experience many people learn foreign languages, but not so many of them can speak them in everyday life. I think that is why it is very important to have a criterion at Community level to compare the different language teaching methods. That would be very useful.

On your other remark, Commissioner, according to figures from InfoPoint Brussels, there are approximately 25% more EU publications in old Member State languages than publications in the new Member State languages. So those figures are correct as far as I know.

2-304

Ján Figel, Member of the Commission. – In reply to the first comment, we are working on that in real terms, especially on the creation of a European indicator of language competence, which will help us to assess and influence the situation more effectively and to obtain feedback and improvements in the teaching and learning of languages.

On publication, the ratio is something that reflects the total output, but the impact of the new languages has been to increase the linguistic diversity of the Union. We need, therefore, to function fully in this multilingual environment, because it defines us and provides us with a link to citizens. This has to be nurtured further, not only in the Union as a whole but also, and especially, in the institutions. We are working on that. I do not want to say much about that, as I was asked to shorten my answers. Perhaps in reply to other questions I can talk about the ways in which we want to promote multilingualism in our institutions.

2-305

Presidente. – Às perguntas 40 a 43 serão dadas respostas por escrito.

2-306

Pergunta nº 44 do Deputado Ignasi Guardans Cambó (H-0694/06)

Assunto: Atraso na construção da linha de alta velocidade Perpignan-Montpellier

Como já foi indicado pelo Conselho de Essen, a Decisão nº 1692/96/CE¹ e o grupo "van Miert", a Comissão optou, seleccionou dos 30 projectos prioritários da RTE-T a realização do eixo ferroviário de alta velocidade Lisboa-Madrid-Barcelona-Perpignan-Montpellier. A Decisão nº 884/2004/CE² estabelece que os trabalhos sobre a linha Perpignan-Montpellier deveriam estar concluídos em 2015. Recentemente, a França informou que adia a conclusão desta linha para 2030. Admitindo que a França considere esta obra pública numa perspectiva interna, a UE permitiria o isolamento ferroviário dos Estados-Membros e prejudicaria a mobilidade dos cidadãos e o transporte de mercadorias.

Recebeu a Comissão alguma comunicação oficial do Governo francês no sentido de modificar o calendário da construção da linha de alta velocidade Perpignan-Montpellier? Qual é a opinião da Comissão sobre o referido atraso? Que medidas previu para impedir que as decisões europeias sobre grandes infra-estruturas sejam ignoradas por um Estado-Membro em defesa dos seus supostos interesses e em prejuízo dos dos seus vizinhos?

2-307

Jacques Barrot, *vice-président de la Commission*. – Monsieur le député, la Commission a nommé le 20 juillet 2005 M. Etienne Davignon comme coordonnateur européen, afin de dynamiser le développement de l'axe prioritaire nº 3 TGV Sud, dont fait partie la section Perpignan-Montpellier.

Le premier rapport annuel du coordonnateur, M Davignon, rendu public le 13 septembre, fait état de possibles retards dans la mise en œuvre de la section en question. La réalisation de cette section est rendue plus difficile du fait de la présence de zones protégées et d'un habitat très concentré. Après vérification auprès des autorités françaises, il apparaît que les retards devraient être beaucoup plus limités que ceux que vous indiquez. S'il est probable que la date de 2015 ne pourra pas être respectée, la date de 2020 pour la mise en service de cette infrastructure paraît tout à fait réaliste et on peut même penser que cette réalisation pourrait intervenir avant.

À l'intérieur du cadre financier pluriannuel 2007-2013, la Commission veut concentrer une partie significative des ressources communautaires disponibles sur les trente projets prioritaires. Monsieur le député, dans sa proposition amendée du règlement déterminant les règles générales pour l'octroi d'un concours financier communautaire, la Commission prévoit de donner une attention particulière aux projets visant l'élimination des goulots d'étranglement, visant les parties transfrontalières et visant aussi la voie fluviale.

Je me permets d'insister pour que le Parlement, Monsieur le Président, Monsieur le député, permette une adoption rapide de ce règlement financier, grâce auquel nous pourrions mettre en place plus rapidement les financements et, pour cet axe prioritaire nº 3 comme pour les autres axes, accélérer leur mise en œuvre.

2-308

Ignasi Guardans Cambó (ALDE). – Merci, Monsieur le Commissaire. Quelle crédibilité reste-t-il à l'Union européenne vis-à-vis des citoyens lorsqu'elle déclare un projet d'intérêt européen, lorsqu'elle fixe une date pour sa réalisation, et permet ensuite aux autorités des États membres de considérer ce projet comme un projet interne et d'affirmer en conférence de presse qu'ils ne vont pas le mener à terme?

Vous dites que la date que je donne est exagérée; c'est la date donnée par les autorités françaises en conférence de presse. 2030, ce sont les autorités françaises qui le disent. Permettez-moi donc de faire davantage confiance aux autorités françaises qui sont responsables de la réalisation. Qu'est-ce que vous venez de nous dire? Quelle est la crédibilité qui reste à la Commission qui doit faire accomplir les décisions européennes, si ensuite tout est inutile?

2-309

Jacques Barrot, *vice-président de la Commission*. – J'ai parlé de 2020 après avoir consulté les autorités françaises. Vous avez raison, Monsieur le député, moi je suis le premier à souhaiter que la réalisation des grands réseaux européens puisse se faire dans des délais convenables. Cependant, cela dépend aussi de l'intervention des États membres, et vous savez par

1 JO L 228 de 9.9.1996, p. 1.

2 JO L 167 de 30.4.2004, p. 1.

ailleurs qu'au lieu des vingt milliards d'euros que nous espérions au titre des perspectives financières 2007–2013, nous n'avons eu que huit milliards.

Ceci étant dit, M. Davignon, coordonnateur, et moi-même n'avons pas l'intention de laisser les autorités françaises, en quelque sorte, compromettre l'avenir de ce grand corridor qui fait l'objet du projet prioritaire. J'ai donc un engagement personnel, Monsieur le député, et nous ferons tout pour que les choses soient modifiées, et s'il y a eu l'annonce malheureuse d'un calendrier que, pour ma part, je trouve tout à fait excessif, eh bien, je suis là pour vous dire que le commissaire aux transports se battra pour qu'il n'en soit pas ainsi et pour que nous puissions disposer d'un calendrier beaucoup plus raisonnable.

2-310

Luis de Grandes Pascual (PPE-DE). – Señor Comisario, elegidos los treinta proyectos prioritarios, resulta alarmante que la actitud retardataria de algunos Estados miembros convierta estos proyectos en proyectos fantasmas. En concreto, el coordinador del proyecto número tres ha denunciado que, en cuanto a la planificación del tramo Figueras-Perpiñán, hay que lamentar unos retrasos enormes.

En consecuencia, señor Comisario, ¿en qué medida está dispuesto a instar a los Gobiernos francés y español a que cumplan las obligaciones que les corresponden en aras de esta prioridad en el tramo al que nos estamos refiriendo?

2-311

Jacques Barrot, vice-président de la Commission. – Les programmes nationaux, Monsieur le député, seront examinés par les soins de la Direction générale des transports et moi-même et nous aurons l'opportunité, dans ces négociations avec la France comme avec l'Espagne, de rappeler les priorités. Il n'est pas question que nous dispersions l'argent européen à travers tous les projets sans avoir, de la part des États membres, une participation significative à nos priorités. Donc, dans cette négociation, nous aurons, me semble-t-il, des moyens de convaincre.

Et puis je pense que nous pourrions assez aisément rappeler aux États membres l'extrême intérêt de ces corridors qui vont modifier complètement le transport en Europe, aussi bien le transport des passagers que celui du fret. Je crois, par conséquent, qu'il ne faut pas avoir une vision complètement négative et par trop pessimiste de ces problèmes. Il est vrai qu'il faudra convaincre, mais, encore une fois, j'ai bien l'intention pour ma part, avec le soutien du Parlement, d'agir de façon à faire progresser ces projets qui ont été tout de même, je le rappelle, définis par les États membres eux-mêmes.

2-312

Presidente. – Pergunta nº 45 do Deputado Marc Tarabella (H-0697/06)

Assunto: Aplicação incorrecta do Regulamento (CE) nº 261/2004 sobre os direitos dos passageiros dos transportes aéreos

Na sua resposta à pergunta E-1422/06 sobre o assunto em epígrafe, a Comissão afirma que os Estados-Membros não são obrigados a notificá-la sobre o tratamento das queixas recebidas, nem sobre as soluções dadas pelas companhias em caso de sobrerreserva, atrasos significativos ou anulação de voos.

Poderá a Comissão indicar em que dados reais se baseia para apresentar o relatório ao Parlamento e ao Conselho sobre a aplicação do Regulamento (CE) nº 261/2004³ em 1 de Janeiro de 2007? Como tenciona garantir uma interpretação e uma aplicação homogénea do regulamento se não é informada pelos mesmos sobre o seguimento dado às queixas?

Como tenciona impedir as companhias de utilizar motivos impossíveis de verificar pelos utilizadores para que o regulamento não seja aplicado e transformá-lo em exercício de estilo?

2-313

Jacques Barrot, vice-président de la Commission. – La Commission a déjà répondu dans le cadre d'une question écrite. Les États membres ne sont pas tenus de transmettre les informations relatives au traitement des plaintes des passagers aériens ou aux sanctions imposées aux compagnies aériennes. Mais bien sûr, la Commission organise régulièrement des réunions avec les organismes nationaux de contrôle, afin d'harmoniser l'application du règlement et de renforcer les contacts entre ces organismes pour qu'ils partagent les données liées au traitement des plaintes.

Dans ce cadre, la Commission collabore étroitement avec les États membres pour élaborer un guide d'interprétation des dispositions du règlement. Je rappelle qu'il s'agit du règlement (CE) nº 261/2004. Je vais présenter une communication au Parlement européen et au Conseil durant le mois de janvier 2007 sur le fonctionnement de ce règlement, sur son application.

La Commission a publié un appel d'offres pour pouvoir faire le choix d'un consultant externe qui pourra recueillir les éléments quantitatifs et qualitatifs au sujet de l'application de ce règlement.

3 JO L 46 de 17.2.2004, p. 1.

La Commission souhaite notamment examiner ce qu'il en est du refus d'embarquement, des annulations, des retards et de la mise en application du règlement dans ces cas-là. Les résultats de cette étude seront incorporés dans ma communication.

Je tiens à vous le dire, Monsieur le député, la Commission a enregistré plus de 5 500 correspondances liées aux droits des passagers aériens. Ces courriers sont soigneusement traités. Ils permettent de détecter certaines tendances. L'ensemble de cet exercice de monitoring sera utilisé dans le cadre des procédures d'infraction que la Commission lancera contre les États membres qui ne respectent pas leurs obligations vis-à-vis des citoyens et les droits de ceux-ci en tant que passagers aériens.

Mais avant de pouvoir lancer ces procédures, il faut disposer de suffisamment d'éléments. Au cours des dix-huit mois de mise en œuvre de ce règlement, la Commission aura récolté une masse critique d'informations et elle pourra agir au moment approprié.

Je vous remercie de votre question parce que je suis vraiment très attentif, pour ma part, à ce que ces droits des passagers deviennent maintenant une réalité dans l'espace européen.

2-314

Marc Tarabella (PSE). – Monsieur le Commissaire, la Commission peut-elle me donner quelques indications complémentaires sur les modifications qu'elle entend apporter au règlement sur les droits des passagers, afin, tout d'abord, de tenir compte des centaines de plaintes enregistrées, par exemple, auprès des centres régionaux de consommation et qui témoignent, soit des lourdes lacunes, soit de la mauvaise application de la réglementation existante sur les droits de ces passagers?

Deuxièmement, comment compte-t-elle définir avec précision la force majeure, argument utilisé systématiquement par les compagnies, pour ne pas appliquer le règlement? Enfin, j'aimerais également demander à la Commission comment elle entend tenir compte à l'avenir des problèmes tels que ceux enregistrés par les centaines de voyageurs français bloqués récemment en Turquie et en Israël à la suite de défaillances des organisateurs de vols secs qui ne sont couverts par aucune réglementation européenne.

2-315

Jacques Barrot, vice-président de la Commission. – La Commission a organisé trois réunions avec les organismes nationaux de contrôle - le 19 mai 2005, le 17 février 2006 et le 14 septembre 2006, ce qui est très récent - afin de renforcer la coordination entre les différents États membres et d'harmoniser l'application des dispositions du règlement concerné.

Nous avons entre-temps établi un document d'information sous la forme de questions/réponses qui va faciliter le traitement quotidien des organismes nationaux de contrôle. Ce document a été diffusé au courant du mois de juillet 2006.

Je vous ai dit, Monsieur le député, que, grâce à cette masse critique d'informations, je pourrais, dans la perspective de la communication que je vais faire devant le Parlement, proposer en effet un certain nombre d'améliorations permettant de veiller à la bonne application du droit nouveau que nous avons créé au bénéfice des passagers. Je vous le répète, la Direction générale des transports a traité 5 623 correspondances, ce qui nous permet déjà de détecter certaines tendances.

Je dois dire, par exemple, que nous avons constaté avec satisfaction une nette régression de la pratique de la surréservation.

Mais vous avez raison, les incidents survenus cet été sont aussi à prendre en compte. J'espère pouvoir, lorsque j'aurai vraiment une vision globale des choses, venir devant ce Parlement et lui rendre compte à la fois des améliorations apportées mais aussi de ce qui nous reste à faire pour nous assurer d'une application effective de ces nouvelles règles.

Je vous remercie d'avoir posé cette question, qui est aussi pour moi une incitation à me montrer plus vigilant encore.

2-316

Elizabeth Lynne (ALDE). – It is just a question about airline operators. I understand that they are the ones that have to tell passengers what their rights are, but in various instances, with Air France in particular, we are told that it is not up to the airline operator. What is the Commission doing to make sure that airline operators take their responsibilities seriously? I had to intervene on behalf of several passengers because they were told that they would not get overnight accommodation, for instance. I told them that was wrong and that the new law said that they were entitled to that compensation.

2-317

Jacques Barrot, vice-président de la Commission. – Oui, Madame le député, j'ai indiqué que nous allions demander à un organisme d'audit de faire le point sur les refus d'embarquement, sur les annulations et retards, sur la mise en application du règlement par les compagnies aériennes et les autorités nationales et sur le degré d'indépendance des organismes nationaux de contrôle des autorités nationales de l'aviation civile.

Vous avez tout à fait raison. Il ne faut pas seulement que les passagers aient des droits, encore faut-il que les compagnies aériennes, les autorités nationales puissent vraiment faire connaître ces droits aux intéressés. Par ailleurs, l'étude sera

menée en collaboration avec les compagnies aériennes, avec les associations de consommateurs et de passagers, et avec les autorités nationales.

Je pense personnellement qu'à la lumière de cette étude, nous pourrions beaucoup mieux, à l'avenir, veiller à l'information des passagers qui est en effet une condition indispensable pour faire appliquer ces nouvelles règles.

2-318

Presidente. – As perguntas que, por falta de tempo, não obtiveram resposta obtê-la-ão ulteriormente por escrito (ver Anexo).

O período de perguntas à Comissão está encerrado.

(A sessão, suspensa às 19h50, é reiniciada às 21h00)

2-319

IN THE CHAIR: MR McMILLAN-SCOTT
Vice-President

2-320

14 - PROGRESS (continuation of debate)

2-321

President. – We now continue with the debate on the report by Karin Jöns on the establishment of a Community programme for employment and social solidarity.

2-322

Jan Jerzy Kulakowski, w imieniu grupy ALDE. – Panie Przewodniczący! Ostateczne przyjęcie wspólnego stanowiska instytucji europejskich w sprawie programu PROGRESS - programu na rzecz zatrudnienia i solidarności społecznej - należy uznać za bardzo istotny krok w kierunku ustalenia i wprowadzenia w życie spójnej i przejrzystej polityki społecznej Unii Europejskiej, a także jej przełożenia na polityki społeczne państw członkowskich. Program PROGRESS nie tylko upraszcza i porządkuje poszczególne elementy tej polityki, ale integruje je w pewną całość. Tego dotychczas brakowało i to będzie zasadniczym wynikiem naszej wspólnej debaty.

Podział programu na pięć sekcji jest racjonalny i słuszny. Zatrudnienie to dziś wyzwanie numer jeden dla Unii Europejskiej, jej decydentów oraz jej obywateli. Ochronę socjalną i integrację społeczną można by potraktować jako dwie odrębne dziedziny, ale chyba słusznie zostały one ujęte w tej samej sekcji, bo ochrona socjalna jest jakby warunkiem udanej integracji społecznej. Warunki pracy to dopełnienie polityki zmierzającej do poprawy zatrudnienia nie tylko ilościowej, ale także jakościowej. Walka z dyskryminacją i różnorodność to praktyczne wprowadzenie w życie zasady pozytywnej tolerancji i pluralizmu, która powinna cechować i chyba cechuje Unię Europejską, a ostateczne wprowadzenie efektywnej równości płci to realizacja zasady przyjętej już przez traktat rzymski, ale jak dotąd realizowanej w sposób niewystarczający.

Dwie uwagi: po pierwsze, w podziale funduszy zatrudnienie, jako główne wyzwanie, zasługuje na traktowanie priorytetowe. Natomiast równość płci jest równie istotna jak walka z dyskryminacją i różnorodność. Kolejna uwaga to fakt, że mało tu mowy o dialogu społecznym, bez którego nie da się przecież zrealizować programu PROGRESS. Jeśli chodzi o dostęp do programu, to słuszne jest wyliczenie instytucji i organizacji do tego upoważnionych. PROGRESS walnie przyczyni się do osiągnięcia celów agendy społecznej.

2-323

Hiltrud Breyer, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – Herr Präsident! Auch wir begrüßen diesen Bericht PROGRESS. Wir hoffen, dass er der dringend notwendige Rückenwind für die EU-Gleichstellungspolitik ist. Nach der enttäuschenden *gender road map* der EU-Kommission ist es umso wichtiger, dass so viel Geld wie möglich zur Verfügung steht, um Analysen und Öffentlichkeitsarbeit zur EU-Gleichstellungspolitik in den EU-Mitgliedstaaten durchzuführen. Ich bin froh, dass die Abgeordneten gegenüber dem Rationalisierungsdruck der EU-Kommission die Bremse gezogen haben oder ziehen werden und auf einer Mittelerhöhung für PROGRESS bestanden haben. Es ist die Hartnäckigkeit des Parlaments, die dazu geführt hat, dass die Mittel für Beschäftigung und soziale Solidarität erhöht werden konnten.

Wir alle wissen, Politikerinnen und Politiker ohne Geld sind nur Lyrikerinnen und Lyriker. Von daher muss das Ziel der Gleichstellungspolitik sein, entsprechende Mittel bereitzustellen, weil es ohne Geld nicht möglich ist, diese Politik weiterzuführen. Ein Erfolg ist es, dass das Europäische Parlament die Verpflichtung zum *gender mainstreaming* in allen Programmbereichen durchgesetzt hat. Zwar ist es uns nicht gelungen, ein eigenständiges Aktionsprogramm durchzusetzen, dafür aber eine Querschnittsaufgabe.

2-324

Mary Lou McDonald, on behalf of the GUE/NGL Group. – Mr President, the PROGRESS programme plays an important role in promoting employment and social solidarity and it is all the more important as, increasingly, the drive to put profits before people excludes and marginalises so many.

We are disappointed that Parliament's proposals were not accepted in their entirety and that the Council decided to weaken the programme in the areas of equality, migrant rights and, crucially, in relation to the budget. However, we believe it is important not to delay the implementation of the programme, otherwise much important work could not take place. I would like to thank the rapporteur for her efforts to strengthen the programme and I hope that in the future we can work together to prioritise EU action to combat social exclusion.

2-325

Zbigniew Krzysztof Kuźmiuk, w imieniu grupy UEN. – Panie Przewodniczący! Wyrażam poparcie dla wszystkich działań instytucji europejskich, mających na celu wspieranie wzrostu zatrudnienia oraz solidarności społecznej, w szczególności dla omawianego obecnie nowego programu wspólnotowego PROGRESS. Mam nadzieję, że program ten nie stanie się kolejnym nieefektywnym instrumentem pochłaniającym nasze wspólne pieniądze, ale w bezpośredni sposób przyczyni się do zmiany trudnej sytuacji w tym zakresie w wielu krajach Unii Europejskiej.

Chcę podkreślić, że stawką w tej grze jest utrzymanie europejskiego modelu socjalnego w obliczu postępującego w całej Europie niżu demograficznego. O tym, że model ten można realizować przy jednoczesnym utrzymywaniu przyzwoitego poziomu wzrostu gospodarczego świadczy sytuacja w krajach skandynawskich. Oczywiście kluczem do ich sukcesu jest wysoka stopa zatrudnienia, która tak w przypadku mężczyzn, jak i kobiet kształtuje się tam zwykle powyżej 70%. Tym czasem, jak wiemy, dla większości państw Unii Europejskiej wskaźniki te są wyraźnie niższe. W Polsce np. stopa zatrudnienia mężczyzn wynosi zaledwie 51%, a kobiet zaledwie 46%. Widać zatem wyraźnie, że wsparcie w dziedzinie zatrudnienia, szczególnie w nowych państwach członkowskich, jest absolutnie niezbędne.

Osobną bardzo istotną kwestią jest problem biedy i wykluczenia społecznego, nie może być bowiem tak, że w sercu Europy – jednego z najbogatszych zakątków globu – żyją ludzie poniżej minimum socjalnego, a nawet minimum biologicznego. W moim kraju, tzn. w Polsce, aż ponad 10% ludności żyje poniżej granicy minimum egzystencji. Mam nadzieję, że program PROGRESS przyczyni się do poprawy tej sytuacji.

Zamożna Europa powinna zdobyć się na wiele więcej solidarności z tymi grupami społecznymi, które znajdują się w bardzo trudnej sytuacji materialnej.

2-326

Kathy Sinnott, on behalf of the IND/DEM Group. – Mr President, I should like to congratulate the rapporteur for her work on PROGRESS, a new and comprehensive structure for social solidarity.

For many years, social partners have been viewing social funding, human resources and even goodwill as a cake for which they, like hungry children, have felt compelled to compete. PROGRESS will hopefully take the competition out of the allocation of funding and other resources to social partners representing people who, because of their situation in life – physical, mental, social, ethnic, economic, employment or lack of employment, and so on – need the support of the wider community.

I should like to stress once more that within PROGRESS there needs to be room for small and new NGOs. They need to be encouraged to survive and to thrive. It cannot only be the older, bigger NGOs, unions and organisations that are recognised and involved. Needs change and new needs arise. We need to remember that the well-established groups were once small too.

2-327

Proinsias De Rossa, on behalf of the PSE Group. – Mr President, hopefully it will be equally on time! I welcome this new Community programme, which brings together four previous programmes and seeks to streamline them and to provide more money for their implementation. I would like to congratulate the rapporteur, Mrs Jöns, my own Group, Commissioner Špidla and the Council for largely agreeing the amendments which Parliament put forward and which the Commission fought hard for. It is important that more money is available, but it is also important that we should seek here to enhance the socially-inclusive Europe citizens clearly desire.

I am particularly pleased that we have achieved the inclusion of gender mainstreaming in this new programme. I look forward to our sharing experiences with each other through organisations across Europe at conferences and so on. It is a sad fact that the European Union has, over many years, engaged in a lot of pilot projects, but a lot of the lessons that have been learnt in those projects and programmes have not been mainstreamed. Hopefully the achievement of gender mainstreaming, at least in this programme, will ensure that gender mainstreaming is part of all policies developed by the European Union and the Member States.

2-328

Jacek Protasiewicz, w imieniu grupy PPE-DE. – Panie Przewodniczący! Realizacja strategii lizbońskiej to bardzo ambitny cel postawiony państwom członkowskim przez przywódców Unii Europejskiej. Jak bardzo ambitny świadczą już zróżnicowane doświadczenia w poszczególnych krajach, np. w obszarze zatrudnienia.

Znamy takie przykłady, gdzie poziom zatrudnienia zbliża się do wyznaczonych wskaźników, które – pozwolę sobie na ich przypomnienie – wynoszą 70% wśród mężczyzn, 60% wśród kobiet, 50% w grupie wiekowej pomiędzy 55 a 64 lat. Są jednak i takie kraje, w szczególności wśród nowych członków Unii Europejskiej, gdzie osiągnięcie celów tejże strategii jest bardzo odległe. W tym kontekście raz jeszcze pragnę wyrazić zadowolenie z inicjatywy ustanawiającej nowy wspólnotowy program na rzecz zatrudnienia i solidarności społecznej PROGRESS.

Jako poseł frakcji PPE-DE pragnę w tym momencie podkreślić, że moje ugrupowanie od początku pracy w Komisji Zatrudnienia i Spraw Społecznych prezentowało stanowisko na rzecz zwiększenia środków na poszczególne obszary zadaniowe przy jednoczesnym obniżeniu poziomu 10% rezerwy celowej, założonej w projekcie programu. W szczególności PPE-DE postulowała konieczność zmniejszenia poziomu własnego wkładu ze strony beneficjentów i dlatego przyjmujemy z zadowoleniem fakt zwiększenia środków w ramach programu PROGRESS do poziomu ponad 743 mln euro, które są już – całe szczęście – uzgodnione w ramach porozumienia międzyinstytucjonalnego i zapisane w perspektywie finansowej na lata 2007-2013.

Na koniec pragnę z satysfakcją odnotować fakt, że wspólne stanowisko Rady zawiera większość poprawek złożonych przez Parlament Europejski. Szczególnie cieszy to w kontekście lepszego wykorzystania środków na aktywizację zawodową kobiet oraz osób niepełnosprawnych. Niski poziom aktywności zawodowej, zwłaszcza osób niepełnosprawnych, jest szczególnym problemem w moim kraju i mam nadzieję, że dzięki programowi PROGRESS uda się tę sytuację zmienić w perspektywie najbliższych siedmiu lat.

2-329

Ευαγγελία Τζαμπάζη (PSE). – Κύριε Πρόεδρε, θα ήθελα να συγχαρώ την εισηγήτρια, την κ. Jöns, για την αποτελεσματικότητα του εγχειρήματος.

Το κοινοτικό πρόγραμμα PROGRESS αποτελεί ένα πολύ σημαντικό εργαλείο για την επίτευξη των στόχων της Ατζέντας της Λισαβόνας στον τομέα της απασχόλησης και της κοινωνικής πολιτικής. Η σπουδαιότητα αυτού του εργαλείου αποκρυσταλλώνεται στη συναίνεση όλων των θεσμικών οργάνων της Ευρωπαϊκής Ένωσης.

Οφείλουμε να τονίσουμε ότι η αναφορά στην πλήρη και ισότιμη πρόσβαση των ατόμων με αναπηρία σε όλες τις δραστηριότητες οι οποίες χρηματοδοτούνται από το PROGRESS συμβάλλει στην επίτευξη των βασικών στόχων του προγράμματος, στην καταπολέμηση δηλαδή των διακρίσεων και την κοινωνική ενσωμάτωση.

Συγχρόνως, όμως, θέλω να τονίσω ότι θεωρώ ιδιαίτερα σημαντική την πρόβλεψη για τυχόν αντιστάθμιση των επί πλέον βαρών -οικονομικών ή άλλων- που προέρχονται λόγω της αναπηρίας, προκειμένου να εξασφαλίζεται η ισότιμη συμμετοχή των ατόμων με αναπηρία στις δραστηριότητες του προγράμματος.

Τέλος, θέλω να τονίσω την ανάγκη συμμετοχής των Μη Κυβερνητικών Οργανώσεων των ατόμων με αναπηρία σε περιφερειακό, εθνικό και ευρωπαϊκό επίπεδο, στις διεργασίες που προβλέπονται από τα προγράμματα και αποσκοπούν στη μεταφορά καλών πρακτικών όπως και στην ανταλλαγή πληροφοριών για ευαισθητοποίηση των πολιτών στα θέματα της ενσωμάτωσης και της κοινωνικής προστασίας.

2-330

Alejandro Cercas (PSE). – Señor Presidente, en primer lugar, quiero expresar mi felicitación a la ponente Karin Jöns, al señor Comisario y al Consejo, por haber trabajado tan rápido y tan bien. Gracias a ellos, Europa podrá contar desde el uno de enero con este instrumento, que yo espero que sea, como decimos, un salto adelante en cuanto a la mejora de la coherencia y de la complementariedad de los programas ya existentes.

En segundo lugar, quiero expresar, señor Presidente, mi satisfacción, porque parece que nos vamos tomando en serio el Proceso de Lisboa en su totalidad. Este proceso nos obliga a una reforma económica y, sin duda, a una modernización de Europa, pero, al mismo tiempo, a recordar que, para que la reforma económica tenga éxito, tenemos que construir una sociedad más cohesionada, más inclusiva. Creo que con PROGRESS hoy encima de la mesa podemos decir que se equivocan aquellos que dicen que la Europa social es una cuestión sólo de los Estados miembros.

Europa tiene muchas cosas que decir, muchas cosas que hacer y, aunque, como es obvio, son los Estados miembros los que siguen construyendo su Estado de bienestar, Europa da un valor añadido de coherencia y de inteligencia y ayuda a nuestros Estados miembros a abordar las inmensas cuestiones que tenemos planteadas como retos en esta era de la globalización.

Espero por ello que la Comisión actúe con inteligencia porque es un instrumento pequeño financieramente, pero debe ser utilizado con mucha inteligencia. Deseo que mantengamos este rumbo de trabajar juntos, de no perder las prioridades y hacer que nuestra Agenda sea la Agenda de los ciudadanos.

2-331

Katalin Lévai (PSE). – Tisztelt Elnök Úr! Legelőször is gratulálni szeretnék Karin Jöns asszonynak ehhez a remek programhoz. A lisszaboni stratégia tükrében rendkívül fontosnak tartom, hogy ilyen kezdeményezések szülessenek, amelyek célja a foglalkoztatás javítása, a társadalmi befogadás erősítése és hogy ez által versenyképesebbé tehesük az Uniót.

Kellenek a nagyszabású célok: a teljes foglalkoztatás visszaállítása, a munka minőségének és termelékenységének javítása, a társadalmi kohézió erősítése. És itt szeretném külön kiemelni, hogy üdvözlöm a programnak azt a részét, amely külön foglalkozik a gender mainstreaminggel, a nemek közötti egyenlőség elvének érvényre juttatásával a szociálpolitikában.

Örömmre szolgál az is, hogy a jelentés törekszik arra, hogy vegyék figyelembe a fogyatékos személyek különleges szükségleteit. A program kidolgozásában és megvalósításában fontosnak tartom a kellő kooperációt más bizottságokkal is. Véleményem szerint a kisebbségek, és ezen belül a roma közösségek védelme a jelentés külön szakaszát kell, hogy képezze, és talán arányaiban a nemek közötti esélyegyenlőség finanszírozására érdemes lenne többet fordítani.

A PROGRESS végrehajtásához európai szintű információcserére és a Közösség egészében bevált gyakorlatok elterjesztésére van szükség, ha meg akarjuk valósítani ezeket a célkitűzéseket. Összességében egy kizárólag európai összefogással megvalósítható programot tartunk a kezünkben, mely minden téren támogatásunkra érdemes.

2-332

Teresa Riera Madurell (PSE). – Señor Presidente, voy a referirme únicamente a las acciones para la igualdad entre hombres y mujeres.

Señorías, cuando a mediados del año 2004 todas y todos esperábamos que la Comisión Europea lanzara un nuevo plan de acción para la igualdad de hombres y mujeres, tuvimos la sorpresa de que, en su lugar, la Comisión propuso PROGRESS, un programa de fomento del empleo y la solidaridad, que incluía las acciones a favor de la igualdad entre hombres y mujeres pero dentro de un marco más amplio de acción social.

Con el convencimiento de que todavía era necesario prestar una atención mayor y más diferenciada a la igualdad entre hombres y mujeres, la Comisión de Derechos de la Mujer e Igualdad de Género se opuso desde un primer momento a subsumir bajo PROGRESS el programa de igualdad entre hombres y mujeres, a la vez que reclamaba mayores recursos presupuestarios e insistía en la necesidad de que la igualdad entre hombres y mujeres debía manifestarse como algo común a todas las políticas comunitarias.

Se inició así una negociación importante y positiva, que se ha mantenido a lo largo de toda la tramitación parlamentaria que hoy termina, con unos resultados que podemos calificar de más que razonables. Las acciones para la igualdad entre hombres y mujeres se mantienen dentro de PROGRESS y esto no nos satisface. Logramos la separación del Programa DAPHNE y aquí no ha sido posible.

Seguimos reclamando una mayor visibilidad para las políticas de igualdad, pero debemos felicitar a la ponente, la señora Jöns, a las ponentes de opinión y también a la Comisión y al Consejo, porque su trabajo conjunto sí ha permitido mejorar sustancialmente la propuesta inicial en cuanto a contenidos y financiación y en cuanto a la integración de la perspectiva de género en todas las acciones del programa.

2-333

Vladimír Špidla, člen Komise. – Dámy a pánové, dovoluťe, abych ještě jednou poděkoval zpravodajce a všem, kteří se podíleli na této práci, která tak, jak mohu vyhodnotit diskuzi, je považována za společný úspěch evropských institucí. V diskuzi je zřejmé, že program je považován za racionálně uspořádaný a vybavený odpovídajícími prostředky. Je také zřejmé, že způsob podávání zpráv, a tady bych chtěl podtrhnout, že bude podávána zpráva i přímo Parlamentu, je považován za odpovídající nárokům a situaci. Dámy a pánové, je tedy na nás, abychom tuto možnost od 1. ledna příštího roku využili, abychom sledovali účinné a úspěšné uplatnění všech prvků a záměrů, které jsou v programu zamýšleny, a abychom tak naplnili očekávání, která jsme nepochybně touto úspěšnou fází vyvolali.

2-334

President. – I should like to thank all the speakers, 50% of whom were women.

The debate is closed.

The vote will take place tomorrow.

2-335

15 - Pericles programme - Pericles programme - extension to non-participating Member States (debate)

2-336

President. – The next item is the joint debate on

- the report by Agustín Díaz de Mera García Consuegra, on behalf of the Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs, on the proposal for a Council decision amending and extending Decision 2001/923/EC establishing an exchange, assistance and training programme for the protection of the euro against counterfeiting (the ‘Pericles’ programme) (COM(2006)0243 – C6 0179/2006 – 2006/0078(CNS)) (A6-0276/2006), and

- the report by Agustín Díaz de Mera García Consuegra, on behalf of the Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs, on the proposal for a Council decision extending to the non-participating Member States the application of Decision 2006/.../EC amending and extending Decision 2001/923/EC establishing an exchange, assistance and training programme for the protection of the euro against counterfeiting (the ‘Pericles’ programme) (COM(2006)0243 – C6 0180/2006 – 2006/0079(CNS)) (A6-0277/2006).

2-337

Síim Kallas, Vice-President of the Commission. – Mr President, allow me first to express my sincere gratitude to the rapporteur, Mr Díaz de Mera García Consuegra, for his support for the Commission’s proposal for the extension of the Pericles programmes. Pericles, a Community programme for exchange, assistance and training in the protection of the euro against counterfeiting, was established by a Council decision in 2001 and is designed to support and supplement the measures undertaken by the Member States to protect the euro against counterfeiting.

With an initial duration of four years – 2002 to 2005 – it had a total reference amount of EUR 4 million. The Pericles programme covers a broad range of actions organised not just within the EU, but also in third or candidate countries. Its action incorporates diversified target groups and participants, covering all the areas relevant to the protection of the euro – law enforcement, judicial, financial and technical – and promoting the creation of networks useful in achieving greater efficiency in the fight against the crime of counterfeiting. In addition, Pericles assists the increased effectiveness of cooperation between law enforcement agents and representatives of the judiciary and financial institutions. Nevertheless, the counterfeiting of euros remains a serious and especially a symbolic problem, even if its proportions are not alarming.

Since early summer 2003, the number of counterfeit euro banknotes detected in circulation has stabilised at about 50 000 a month, a level below the pre-euro levels, lower than the US dollar and extremely low compared to the 9 million genuine euro banknotes in circulation. The number of counterfeit euro coins also remains low by historical standards. Recently police forces have successfully conducted a number of operations to dismantle workshops and seize large numbers of counterfeit banknotes and coins before they enter into circulation.

The Pericles programme is playing a significant role in achieving results in the protection of the euro and the fight against the crime of counterfeiting. There is clearly a need for continued joint efforts to combat this form of crime.

The Pericles programme has recently been evaluated. The evaluators concluded that the programme did indeed improve awareness, its target groups have been reached, especially law enforcement officials, and its activities and information exchanges were considered relevant to the objectives of the programme.

Based on the positive evaluation of Pericles and the continued need, in 2005 the Commission proposed the extension of the programme. Pending an agreement on the Community financial perspectives for the period 2007-2013, the Council initially decided to extend the Pericles programme for one year only, until 2006, but made a political commitment to the continuation of the programme. Consequently, building on the success the programme has demonstrated, in May 2006 the Commission tabled a proposal for a Council decision concerning the extension of the Pericles programme for the period 2007-2013. The yearly amount remains unchanged, approximately EUR 1 million, leading to an overall reference amount of EUR 7 million. The Commission’s proposal for extension until 2013 also reflects the practical convenience of fitting in with the duration of the Community’s financial framework.

Once more I would like to thank Parliament, and in particular the rapporteur, for their attention to the protection of this important element of the common European identity and heritage that is its common currency. The public authorities at national and European level, as well as industry, have to keep up their efforts and continue cooperation and the exchange of know-how. It is through our combined efforts that we will be able to protect the interests of tradesmen, consumers and the economy in general against illicit gain from the counterfeiting of our money.

2-338

Agustín Díaz de Mera García Consuegra (PPE-DE), Ponente. – Señor Presidente, la lucha contra la falsificación del euro es muy importante para la confianza de los ciudadanos en la moneda única. Comparto todas y cada una de las manifestaciones del señor Kallas.

La introducción del euro como moneda única supuso todo un reto. El dólar, como moneda de carácter transnacional, de reserva y de transacción mundial, es, en la actualidad, la divisa más falsificada.

Desgraciadamente, el euro comparte con el dólar, aunque en menor cuantía, esas mismas características, motivo por el que, desde su nacimiento, se han debido adoptar y adaptar numerosas medidas para impedir su falsificación.

El programa Pericles tiene por objeto apoyar y completar las acciones iniciadas por los Estados miembros y por los programas existentes en materia de protección del euro mediante el intercambio, la asistencia y la formación en la lucha contra la falsificación de nuestra moneda única.

El programa fue establecido, como se sabe, por Decisión del Consejo de 17 de diciembre de 2001, en la que se contemplaba la necesidad de presentar informes de evaluación del programa acompañados de una propuesta sobre la continuación o la adaptación del mismo.

El primer informe se emitió y fue presentado al Parlamento y al Consejo el 30 de noviembre de 2004. Posteriormente, el 8 de abril, la Comisión presentó una propuesta sobre cuya base el Consejo prorrogaba el programa para el ejercicio 2006, dotándolo de un presupuesto de un millón de euros y exigiendo la presentación de un informe detallado al Parlamento y a la Comisión sobre los resultados del programa.

En cuanto a la evaluación, Pericles ha aportado una contribución netamente positiva en materia de protección del euro y lucha contra la falsificación, que justifica plenamente su continuación: se ha mejorado, en particular, la percepción de la dimensión comunitaria del euro y se ha permitido a los participantes comprender mejor la legislación y los instrumentos de que se dispone; se ha alcanzado un nivel global de compromiso del 80 % del importe de referencia inicial en el período 2002-2006; se han desarrollado 64 proyectos en los que están implicados 76 países; se ha puesto de relieve la eficaz complementariedad de los niveles nacionales y comunitarios –48 de las 64 iniciativas emanan de los Estados miembros, mientras que 16 procedían de la Comisión o de la OLAF; se ha obtenido una proyección internacional del programa, con implicación no sólo de todos los Estados miembros y de los de próximo ingreso, sino también de otros Estados extracomunitarios en los que hay una gran incidencia de producción de billetes falsos, como, por ejemplo, Colombia; se han realizado notables mejoras estructurales, con la creación e instauración en varios países de oficinas centrales nacionales encargadas de la lucha contra la falsificación de la moneda; se ha producido una implicación sistemática del Banco Central Europeo y de otras organizaciones, como Europol, OLAF e Interpol.

Los resultados que, por el momento, ofrece el programa Pericles son esperanzadores, tal y como se pone de manifiesto en el informe semestral del Banco Central Europeo sobre la falsificación del euro.

Cada vez es más difícil falsificar nuestra moneda. Los datos relativos al primer semestre del presente año muestran cómo la proporción de billetes falsos disminuye en relación con el incremento del número de billetes auténticos puestos en circulación. Como ya ha dicho el Comisario, 50 000 billetes de nuestra moneda son falsificados mensualmente, mientras que el total de billetes auténticos en circulación es de 9 000 millones de billetes.

Entre enero y junio de este año, se retiraron de la circulación 300 000 billetes falsos. Del total de billetes falsos decomisados en el primer semestre de este año, un 44 % eran billetes de 20 euros y un 36 % de 50 euros, lo que supone un importante incremento en la falsificación de los primeros. Por su parte, los billetes de 100 euros representan el 12 % del total de billetes falsificados, mientras que los de 500 sólo representan el 1 %.

En definitiva, señor Presidente, me muestro muy solidario con la propuesta. Es de trascendental importancia que el legislador comunitario vele por que la ampliación del programa se vincule adecuadamente tanto a las perspectivas financieras como a la introducción del euro en los nuevos Estados.

Una vez adoptado un acuerdo final sobre las perspectivas para el período 2007-2013, el Consejo pospone la decisión Pericles; estamos plenamente de acuerdo con hacerla coincidir con las perspectivas financieras, con un presupuesto anual de un millón de euros.

Por todo ello, propongo al Parlamento Europeo que apruebe, en estas condiciones, las propuestas de la Comisión, por una parte, modificando y prorrogando el programa Pericles.

Me gustaría decir una cosa más, señor Presidente, protesto por el cambio de horario de este debate. Ni he sido consultado ni he recibido explicaciones. Yo tenía que estar ahora con las víctimas del terror de mi país, pero estoy aquí por respeto a todos ustedes. Cuando termine mi exposición, me ausentaré para estar con ellas y les expreso a todos ustedes y sobre todo a usted, señor Kallas, las disculpas que merecen y que a mí no me ofrecieron.

Les ruego que comprendan las razones por las que me tengo que ausentar.

President. – Apparently the actual timetable has not been changed. However, we began the Rapkay report this morning and we then went on with the continuation as foreseen in the original agenda. However, thank you for your observations. I am sorry that it caused you difficulties.

2-340

Agustín Díaz de Mera García Consuegra (PPE-DE), Ponente. – Señor Presidente, hablo con conocimiento de causa y creo que usted debe ser bien informado.

Tengo en mi poder el orden del día, con el horario y la previsión de la votación de los dos Pericles para esta mañana. Es decir, los dos Pericles debían haberse votado esta mañana y está aquí en letra impresa, señor Presidente.

Por eso, ofrezco las disculpas que a mí no me dieron, para abandonar la sala en estos momentos.

2-341

President. – We understand your position. We will write you a letter explaining what has happened, from this perspective. Thank you for your observations and I am sorry that you were put to such discomfort.

2-342

Hubert Pirker, im Namen der PPE-DE-Fraktion. – Herr Präsident, Herr Kommissar! Wir haben mit dem Euro eine der sichersten Währungen der Welt. Das soll auch so bleiben. Das ist nur keine Selbstverständlichkeit, sondern dazu sind permanente Maßnahmen notwendig. Dies sind einerseits technische Maßnahmen, die gesetzt worden sind und die bei Erneuerungen noch gesetzt werden, und außerdem Schulungs- und Austauschmaßnahmen. Pericles als ein unterstützendes Aktionsprogramm — bisher mit 64 Projekten und über 3000 Teilnehmern aus 76 Ländern äußerst erfolgreich — zeigt, welch großes Interesse an diesem Aktionsprogramm tatsächlich bestand. Die Fälschungen und der Schaden wurden reduziert. Für mein Land Österreich kann ich ein Beispiel anführen, nämlich dass innerhalb des letzten Jahres die Sicherstellungen um über 40 % zurückgegangen sind und der Schaden um über 50 % reduziert worden ist. Das ist teilweise auch auf das Programm zurückzuführen.

Aber die Evaluation durch OLAF hat auch gewisse Schwächen aufgezeigt. Ich danke der Kommission und dem Berichterstatter, dass das Ganze als Chance genutzt worden ist, um das neue Programm Pericles bis 2013 auf die Beine zu stellen. Ich halte es als besonders bedeutsam, dass neue Schwerpunkte gesetzt werden, etwa im Bereich der praktischen Ausbildung, im Bereich des Personalaustausches und schon in Vorausschau auf die neue Generation der Euroscheine spezifische Schulungen über die neuen technischen Gegebenheiten. Ich begrüße auch, dass eine Ausdehnung auf Länder stattfindet, die den Euro einführen wollen, also auf Partnerländer, in denen Fälschungen tatsächlich stattfinden, auch spezifisch auf Personengruppen, die bisher nicht so erfasst wurden, wie das beim ersten Teil der Fall war, wo das Programm speziell für Strafverfolgungsbehörden genutzt wurde.

Wir müssen nun einen Appell an die Mitgliedstaaten richten, das Programm auch optimal zu nutzen, damit wir optimistisch in die Zukunft blicken können und der Euro die sicherste Währung der Welt wird.

2-343

Donato Tommaso Veraldi, a nome del gruppo ALDE. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, vorrei esprimere il mio parere favorevole sulla decisione del Consiglio del 30 gennaio 2006 che modifica e proroga la decisione 2001/923/CEE che istituisce un programma di azione in materia di scambi, di assistenza e di formazione per la protezione dell'euro contro la contraffazione monetaria, di cui io sono relatore ombra.

La decisione prevede inoltre l'estensione del programma agli Stati membri non partecipanti. Lo scopo principale del programma è assicurare attraverso scambi, assistenza e formazione, la protezione dell'euro in modo uniforme a tutti gli Stati membri pur considerandone le particolarità di ognuno.

Nel mese di maggio di quest'anno la Commissione ha presentato un documento di valutazione globalmente favorevole, visto il grande contributo che il programma ha apportato in materia di protezione dell'euro e lotta contro la falsificazione. Il programma Pericle ha permesso di segnalare delle zone geografiche, come ad esempio la Colombia, in cui vi era una facile tendenza a produrre biglietti falsi grazie alla creazione di migliori strutture, attraverso la costituzione di centri nazionali impegnati nella lotta contro la falsificazione della moneta.

E' importante, dunque continuare ad assicurare la cooperazione tra le Istituzioni europee, ovvero la Commissione, l'Olaf, la Banca centrale europea e l'Europol, al fine di permettere di segnalare quelle aree in cui l'incidenza della falsificazione dell'euro è maggiore.

L'estensione del programma permette di proseguire le attività di sorveglianza, di formazione e di assistenza tecnica, fondamentali per mantenere la protezione dell'euro contro la contraffazione. Inoltre il programma permette di aumentare l'efficacia ampliando l'assistenza tecnica fino ad offrire, grazie alla partecipazione dell'Europol, anche l'assistenza finanziaria per la cooperazione nelle operazioni transfrontaliere.

Particolare attenzione deve essere rivolta ai nuovi Stati membri, soprattutto quelli che introdurranno l'euro come moneta unica.

Concludo esprimendo un parere favorevole sia alla prosecuzione del programma, così come proposto dal Consiglio, che alla sua estensione anche agli Stati membri non partecipanti affinché si possano adottare misure necessarie per garantire lo stesso livello di protezione dell'euro anche negli Stati membri che non lo hanno ancora adottato come moneta ufficiale.

2-344

Johannes Blokland, *namens de IND/DEM-Fractie*. – Voorzitter, het besluit van de Raad om de looptijd van het Pericles-programma te verlengen heeft onze instemming. Ook de uitbreiding van het programma tot lidstaten die niet deelnemen aan de euro is noodzakelijk en gewenst. Het is immers van groot belang dat het vertrouwen in de euro niet wordt ondermijnd door vervalsingen. Er zijn twee zaken die op dit moment vragen oproepen rond de euro.

In de eerste plaats het gebruik van de euro als betaalmiddel in landen buiten de eurozone. Met name in Montenegro en Turkije wordt de euro op grote schaal als betaalmiddel geaccepteerd. Kan Commissaris Kallas aangeven op welke wijze deze landen bij het programma betrokken worden om vervalsingen en het in omloop brengen van vervalste euromunten te bestrijden? In 2004 heeft het Europees Parlement het verslag aangenomen over op euromunten lijkende medailles en penningen. Er was sprake van een sterke stijging van fraude met penningen die op euromunten lijken. Commissaris, kunt u zeggen of de verordening van de Raad op dit punt effect gesorteerd heeft?

2-345

Marek Aleksander Czarnecki (NI). – Panie Przewodniczący! Odkąd zapadła decyzja o utworzeniu wspólnej waluty Unii Europejskiej w ramach traktatu z Maastricht, należało się liczyć również z zagrożeniami jakie to niesie. Fałszerstwa istnieją odkąd człowiek zna wartość podrabianego towaru. Zwalczanie zaś fałszowania euro ma ogromne znaczenie dla zaufania obywateli do wspólnej waluty i dlatego w celu ochrony euro powstał program PERYKLES.

Obecnie najistotniejsze jest, by prawodawstwo wspólnotowe zapewniało, iż przedłużenie programu zostanie odpowiednio powiązane z terminem wprowadzenia euro w nowych państwach członkowskich, a także z emisją drugiej serii banknotów euro. Istotne jest, by w tym ważnym procesie uniknąć dublowania się kompetencji, a także, by wszystkie wspólnie podejmowane przez różne instytucje działania wzajemnie się uzupełniały i były ze sobą zgodne. Wydaje mi się zasadne, aby właśnie w tym celu, współpracując ze sobą, Komisja oraz Europol wspólnie dokonywały oceny nowo inicjowanych projektów podlegających finansowaniu w ramach programu PERYKLES.

2-346

Carlos Coelho (PPE-DE). – Senhor Presidente, Senhor Comissário, caras e caros Colegas, concordamos com a necessidade de proteger adequadamente o euro com medidas conjuntas, homogéneas e eficazes que têm de passar por uma estreita cooperação quer ao nível europeu, quer internacional. Por isso aplaudimos a criação do programa Péricles.

Apreciámos o relatório detalhado apresentado a este Parlamento sobre a execução e os resultados deste programa e sublinhamos que os resultados são francamente positivos. No último semestre de 2003 estabilizou o número de notas de euros falsas em circulação, com um nível inferior quer em relação aos níveis registados antes da introdução do euro, quer aos níveis de falsificação do dólar americano. Se é verdade que o número de moedas de euros falsas continua a aumentar, mantém-se num nível baixo em termos de comparação com a falsificação das antigas moedas. Podemos, assim, afirmar que existe uma taxa de falsificação mínima, para o que contribui em muito o elevado grau de cooperação dos serviços competentes. Foram levadas a cabo operações de desmantelamento e de confiscação de volumes importantes de notas e moedas falsas antes da sua entrada em circulação.

Este programa atingiu assim, em larga medida, os objetivos a que se propunha e permitiu identificar as áreas geográficas que têm um impacto mais significativo na produção de notas falsas, quer ao nível comunitário, quer internacional. Permite igualmente a criação de melhorias estruturais consideráveis, como é o caso da criação em vários países de organismos centrais responsáveis pela luta contra a falsificação do euro.

Apoio, assim, a excelente proposta do relator, o colega Agustín Díaz de Mera, no sentido de aprovar a prorrogação do programa até ao final de 2013 de forma a alinhar a sua duração com as Perspectivas Financeiras, bem como, e gostaria de sublinhar a sua importância, tornar a sua aplicação extensível aos Estados-Membros não participantes.

2-347

Andreas Mølzer (NI). – Herr Präsident! Die Ausweitung des Pericles-Programms ist gewiss wichtig. Es nützt uns aber nichts, wenn wir den Euro als fälschungssicher anpreisen, ihm viele Sicherheitsmerkmale verpassen, unsere Bürger und Kassierer aber diese Sicherheitsmerkmale nicht kennen oder nicht richtig anwenden können. Zwar ist man mittlerweile sensibilisiert und prüft ab 100-Euro-Scheinen. Da falsche Zwanziger und Fünziger heute aber etwa 80 % der Blüten ausmachen, müssen wir das Bewusstsein um die Probleme noch verstärken. Gerade das große Verwendungsgebiet macht es für Fälschmünzer leider auch interessant, gefälschte Münzen in hochwertiger Qualität herzustellen. Und dank des Fortschritts im Bereich der Drucktechnik wird es für den Laien immer schwieriger, echte von falschen Scheinen zu unterscheiden. Mit rund 600 000 jährlich aus dem Verkehr gezogenen Blüten haben wir hier sicher noch einiges an Arbeit

vor uns. Dies umso mehr, als nicht nur die Anzahl im Steigen begriffen ist, sondern auch vermehrt Münzen das Interesse der Fälscher erregen.

Dem Anstieg der Fälschungen können wir nur durch eine bessere Aufklärung beikommen, weshalb vermehrt entsprechende Workshops auch von bzw. in den EU-Informationsstellen auszurichten wären. Besonders sinnvoll wäre es, jeweils in jenen Gegenden vermehrt zu informieren, in denen es zu einer Häufung von Blüten, also von Falschgeld, gekommen ist. Sinnvoll wäre vielleicht auch eine Ausweitung des Projekts Fahndung mittels telefonischem SMS an Geschäftsleute, das in Österreich bereits mit einigem Erfolg läuft, um die Täter dingfest machen zu können.

Die Eurozone als ein Bereich einer fälschungssicheren Währung sollte uns allen jedenfalls ein wichtiges Anliegen sein.

2-348

Charlotte Cederschiöld (PPE-DE). – Först vill jag tacka föredragande Agustín Díaz hans arbete i detta ämne som kanske inte är så upphetsande, men nog så viktigt. Díaz har utarbetat ett bra betänkande, det vill jag gärna framhålla eftersom jag själv var föredragande för denna fråga när den var aktuell under förra valperioden. Då skilde sig uppfattningarna något mer åt, inte minst om vilka valörer som skulle komma att bli förfalskade. Så här i efterhand har det visat sig att PPE-DE-gruppens linje var den rätta. Många trodde att 500-eurosedlarna skulle bli mest utsatta för förfalskning, men vi i PPE-DE-gruppen bedömde att risken var större för de mindre valörerna, t.ex. 20- och 50-eurosedlar. Agustín Díaz följer glädjande nog tanken med noggrann kontroll även i länder som ännu inte har infört euro som valuta. Där är riskerna för förfalskningar oftast större eftersom befolkningen inte är förberedd på samma sätt som i euroländer. Det är svårare för människor i dessa länder att skilja mellan äkta och falska sedlar och många gånger är man också mindre misstänksamma där. Problemet med förfalskningar har lyckligtvis blivit mycket mindre än man hade befarat, kanske just tack vare Periklesprogrammet och inte minst den stora omfattning som det har fått. Här har ännu ett exempel på en bra sak som EU har gjort. Det är ett område där vi inte har så mycket konflikt längre, men det finns all anledning att informera medborgarna om detta program som skyddar oss alla i vår vardag.

2-349

Siim Kallas, Vice-President of the Commission. – I am grateful to Members for their comments and their support for the Pericles programme, which tries to fight counterfeiting. Counterfeiting is politically a very serious crime, which somehow humiliates the authorities, but the fight against it is eternal.

The fight against the counterfeiting of euro coins in the European Union has been relatively successful. The cooperation between the European Central Bank, Europol and OLAF has also been relatively efficient. Euro notes are of quite a high quality. But that does not diminish the importance of fighting counterfeiting. In my previous occupations I have had occasion to deal with the issue. The main problem is always the streets and dark bars where the counterfeit notes are put into circulation. That explains why EUR 500 notes are not found amongst counterfeit notes.

One specific question was about Turkey and Montenegro. Montenegro is a specific issue. It has the euro as an official currency. It is not so much a question of counterfeiting as of the monetary policy of the European Union. I know my colleagues are thinking about how to deal with that.

Turkey has promised – I have visited Turkey and discussed this with the Turkish authorities – to gradually phase out the coins that are quite similar to euro coins. To change the production process takes some time, but at least they have made a promise to do so.

2-350

President. – The joint debate is closed.

The vote will take place tomorrow.

2-351

16 - Taking into account previous convictions in another Member State (debate)

2-352

President. – The next item is the report by Panayiotis Demetriou, on behalf of the Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs, on the proposal for a Council Framework Decision on taking account of convictions in the Member States of the European Union in the course of new criminal proceedings (COM(2005)0091 – C6 0235/2005 – 2005/0018(CNS)) (A6-0268/2006).

2-353

Franco Frattini, Vice-President of the Commission. – Mr President, first of all I should like to thank the rapporteur for the quality of his report and for the excellent cooperation. Currently, little, if any, account is taken of convictions handed down in other Member States. That is not acceptable in an area of freedom, security and justice. That is why the objective of the EU is twofold: first, information on criminal convictions should circulate efficiently between the Member States, and secondly, it should be possible to use that information outside the territory of the sentencing Member State.

The main objective of the proposal is to define the conditions under which a conviction handed down in another Member State can be taken into account in new criminal proceedings concerning different facts. As the effects attached to the existence of a previous conviction can vary widely from one Member State to another, the proposal does not aim at harmonising those effects. The core principle – which I fully agree with – is, rather, a principle of assimilation where the objective is to ensure that those effects are equivalent to those of a previous national conviction.

In line with that principle, the proposal is not limited to the trial stage but covers the various stages of criminal proceedings where national law can attach effects to a previous conviction. It encompasses the pre-trial stage where the existence of a previous conviction can, for example, influence decisions on pre-trial detention, as well as the post-trial stage where they can notably have an impact on the execution of the sentence.

The Commission fully supports this report and looks forward to cooperating closely with the rapporteur.

2-354

Παναγιώτης Δημητρίου (PPE-DE), Εισηγητής. – Κύριε Πρόεδρε, η πρόταση για συνυπολογισμό καταδικών στην Ευρωπαϊκή Ένωση, είναι μέρος των θεσμικών ρυθμίσεων που προωθεί η Επιτροπή στα πλαίσια της υλοποίησης των συμπερασμάτων του Ευρωπαϊκού Συμβουλίου του Τάμπερε. Και σ' αυτό το σημείο θέλω να επαινέσω τον Αντιπρόεδρο, Επίτροπο κ. Frattini, για τις προσπάθειες που κάνει για την υλοποίηση αυτών των συμπερασμάτων του Ευρωπαϊκού Συμβουλίου του Τάμπερε.

Η πρόταση αποτελεί ένα ακόμη βήμα προς την κατεύθυνση της διεύρυνσης της δικαστικής συνεργασίας και της ανάπτυξης της εμπιστοσύνης μεταξύ των κρατών μελών στον τομέα της δικαιοσύνης. Αποτελεί ένα ακόμη μέτρο για προώθηση της αρχής της αμοιβαίας αναγνώρισης δικαστικών αποφάσεων -αστικής και ποινικής φύσης- που θεωρείται ο ακρογωνιαίος λίθος της δικαστικής συνεργασία στην Ένωση.

Η εισαγωγή του θεσμού συνυπολογισμού καταδικών είναι απαραίτητη για αποτελεσματικότερη καταπολέμηση του εγκλήματος, ιδιαίτερα αφότου οι υπάρχουσες σχετικές ευρωπαϊκές συμβάσεις του 59 και 70 αποδείχθηκαν αναποτελεσματικές.

Η πρόταση όπως έχει διαμορφωθεί περιορίζεται στη ρύθμιση θεμάτων ουσιαστικού δικαίου. Τα διαδικαστικά θέματα έχουν αφεθεί να ρυθμιστούν στα πλαίσια της άλλης πρότασης που εκκρεμεί στην Επιτροπή Ελευθεριών και την επεξεργάζεται ο φίλος και συνάδελφος Díaz de Mera ως εισηγητής. Εκείνη η πρόταση είναι η άλλη πλευρά του ίδιου νομίσματος. Με την υπό ψήφιση πρόταση οι διοικητικές καταδικές εξαιρούνται του ορισμού της καταδίκης, διότι στα περισσότερα κράτη μέλη δεν καταγράφονται στο αρχείο καταδικών και διότι δεν υπάρχει ομοιογένεια ως προς το τί είναι διοικητική καταδίκη. Προωθείται η εξομοίωση της σημασίας και της βαρύτητας της καταδίκης από δικαστήριο άλλου κράτους μέλους με εκείνη του κράτους μέλους, όπου λαμβάνει χώρα η νέα ποινική διαδικασία. Έτσι, σε περίπτωση καταδίκης για αδίκημα που δεν υπάρχει στο κράτος μέλος που επιδικάζει τη νέα υπόθεση, η καταδίκη δεν λαμβάνεται υπόψη. Απαλλάσσεται η προτεινόμενη πρόταση από τη σύγχυση και αβεβαιότητα που θα υπήρχε αν είχαν υιοθετηθεί οι διατάξεις της αρχικής πρότασης για επιλεκτικό συνυπολογισμό καταδικών και παρεκκλίσεων, παραμένει όμως η υποχρέωση του κράτους μέλους να μη λαμβάνει υπόψη καταδικές σε άλλο κράτος μέλος, όταν παραβιάζεται η αρχή *non bis in idem*, η παραγραφή και η αμνηστία.

Είμαστε της γνώμης ότι όπως είναι διαμορφωμένη η υπό ψήφιση πρόταση υπηρετείται επαρκώς και η αρχή της αμοιβαίας αναγνώρισης δικαστικών αποφάσεων και η πολιτική της βαθμιαίας εξομοίωσης του δικαίου.

Πρέπει να υπογραμμισθεί και πάλι ότι το παρόν μέτρο, όπως και άλλα παρόμοια μέτρα, βασίζεται στις αρχές της αμοιβαίας αναγνώρισης και εμπιστοσύνης. Όμως, είναι σημαντικό το Συμβούλιο να προχωρήσει το συντομότερο δυνατό στην έγκριση της δραστηκής πρότασης για τα ελάχιστα κριτήρια σε ποινικές διαδικασίες, όπως αυτή ψηφίστηκε πριν από πολλούς μήνες από το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο, η οποία θα ενδυναμώσει τις πιο πάνω αρχές.

Γιατί καθυστερεί το Συμβούλιο σ' αυτό το τόσο σημαντικό θέμα;

Τέλος, χαιρετίζω την προχθεσινή δήλωση της Φινλανδικής Προεδρίας για εντατικοποίηση της σύνταξης νομοθεσιών και της παρακολούθησης της εφαρμογής των αποφάσεων που αφορούν ποινικά θέματα. Ας ελπίσουμε ότι η δήλωση αυτή θα μεταφραστεί σε πράξη.

2-355

Ιωάννης Βαρβιτσιώτης, εξ ονόματος της ομάδας PPE-DE. – Κύριε Πρόεδρε, κύριε Αντιπρόεδρε της Επιτροπής, αγαπητοί συνάδελφοι, τα τελευταία 7 χρόνια παρατηρούμε την ανάπτυξη εργαλείων, όπως το ευρωπαϊκό ένταλμα σύλληψης ή τη μεταφορά κρατουμένων, που στοχεύουν στην ενίσχυση της αμοιβαίας εμπιστοσύνης μεταξύ των εθνικών δικαστικών αρχών και την ανάπτυξη μιας πολιτικής που οδηγεί σε σύγκλιση του ποινικού δικαίου.

Τώρα, εγκρίνουμε την απόφαση της Επιτροπής να εγκαθιδρύσει ένα νέο σύστημα με βάση το οποίο τα κράτη μέλη θα μπορούν να λαμβάνουν υπόψη, σε ποινικές διαδικασίες, προηγούμενες καταδικές εναντίον του ίδιου προσώπου οι οποίες εκδόθηκαν σε κάποιο άλλο κράτος μέλος της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Οι προηγούμενες καταδικές, οι οποίες εκδόθηκαν σε

άλλα κράτη μέλη θα έχουν την ίδια ισχύ, ως να είχαν εκδοθεί στο κράτος μέλος στο οποίο θα ξεκινήσει η νέα ποινική διαδικασία. Θα ήθελα, εκτός των λοιπών επιχειρημάτων για την αναγκαιότητα του μέτρου τα οποία ανέπτυξε ο κ. Δημητρίου, να προσθέσω και κάτι ακόμη. Ότι αυτό είναι απόλυτα λογικό διότι οι προηγούμενες καταδίκες διαμορφώνουν την προσωπικότητα του δράστη και διαδραματίζουν ρόλο στην επιμέτρηση της ποινής.

Τελειώνοντας θα ήθελα να συγχαρώ τον εισηγητή, ο οποίος πέτυχε, με τις τροπολογίες του, να συμβιβάσει τις απόψεις του Συμβουλίου και της Επιτροπής, που σε κάποια βασικά σημεία ήταν έντονα διστάμενες. Τέλος, να ευχηθώ η δήλωση της Φινλανδικής Προεδρίας να μη μείνει μόνο δήλωση αλλά να αρχίσει να πραγματοποιείται. Είναι ανάγκη να προχωρήσουμε με ταχύτερα βήματα για την ενοποίηση του ποινικού δικαίου.

2-356

Andrzej Jan Szejna, on behalf of the PSE Group. – Mr President, while taking into account the current diversity of national judicial systems, it is highly desirable to promote mutual recognition of judgments between the European Union Member States.

As already indicated by the Tampere European Council, the mutual recognition principle is the cornerstone of judicial cooperation in both civil and criminal matters. That being so, it is of the utmost importance to lay down an appropriate legal basis, so that a conviction handed down in one Member State can be taken into account in new criminal proceedings against the same person concerning different facts in other Member States.

The Commission proposal for a framework decision should be approved as amended. The object of the mutual recognition principle is to confer the same validity and the same effect on convictions handed down in other Member States as on previous national convictions. It should be explicitly stated that the Member State is not required to enforce the conviction handed down in another Member State, but just to draw the appropriate conclusions from the earlier case in the new proceedings.

Furthermore, the effects of previous convictions will still be governed by national laws in each Member State. A principle of assimilation of judgments given in other Member States to national convictions should be established, still leaving it to national legislation to draw the appropriate conclusions from the principle. However, I have to consider it necessary for previous sentences to be taken into account, provided that their weight in the other evaluation is equal to the sentence issued by the Member State in which proceedings have been opened.

Moreover, in the case of criminal proceedings in the Member State, a firm conviction related to acts not punishable in that Member State must not be taken into account.

2-357

Gerard Batten, on behalf of the IND/DEM Group. – Mr President, in this report we see another example of the so-called beneficial crisis which gives the European Union the opportunity to press forward with yet more political integration. There is indeed a problem. In London, the Metropolitan Police admit that most of the organised crime is now run by a variety of ethnic gangs, many of them from EU countries. This is quite apart from individual criminals who have come to Britain to pursue their professions.

The real problem lies with Britain's open border policy and the right of EU citizens to unhindered entry to the UK, as well as the Government's complete abdication of any control over who can and cannot come in from anywhere in the world. But the telling part of this report is the reference to the Tampere European Council which intends to force a European system of justice on the UK and the comment that 'there is a long way to go until justice is procedurally, evidentially and substantially administered in a more or less similar way in all the Member States'.

Yes, indeed there is, and long may it remain so. Britain still has *habeas corpus* – the right to trial by jury and the presumption of innocence until proven guilty – and some of us in Britain intend, and want, that we should keep those safeguards. The UK Independence Party's response to this report is 'thanks, but no thanks'.

2-358

Marek Aleksander Czarnecki (NI). – Panie Przewodniczący! Decyzja ramowa, nad którą dzisiaj debatujemy jest niezwykle ważna w aspekcie asymilacji połączonej z harmonizacją prawa. Jestem zdania, podobnie jak sprawozdawca, że jedynym kryterium decydującym czy i w jakim stopniu skutki prawne powinny być nadane wcześniejszym wyrokom skazującym wydanych za granicą jest prawo krajowe.

Nie można zapominać jednak o podstawowych zasadach jak *ne bis in idem*, przedawnienie czy amnestia, albo wykreślenie z krajowego rejestru karnego. Dlatego też uważam, że należy zachować art. 4. Trzeba również podkreślić, że podczas postępowania karnego toczącego się w państwie członkowskim nie możemy pozwolić na uwzględnianie wyroków wydanych za granicą za czyny, które nie podlegają karze w tym państwie członkowskim.

Podobnie jak sprawozdawca uważam, że najlepszym miejscem dla przepisów art. 6. jest wniosek dotyczący decyzji ramowej Rady w sprawie zorganizowania wymiany informacji z rejestru skazanych pomiędzy państwami członkowskimi, a także treści w nim zawartych.

2-359

James Hugh Allister (NI). – Mr President, as in the case of many EU harmonising proposals there is a certain simplistic and plausible appeal to mutual recognition of criminal convictions throughout the Community. But make no mistake: it is part of a grand design for an integrated and EU-controlled criminal justice system requiring, of necessity, the subservience of national systems.

For me, criminal justice matters are intrinsically national issues and must remain so. Hence I welcome the resistance at last Friday's Council of Ministers meeting to a further surrender of the national veto. I hope it will be sustained.

Not only because of my opposition to the grand design of which it is part but because it diminishes the protection of my constituents against unfairness, I oppose this proposal.

The savage experience of British citizens abroad confirms my view that we have much to lose from criminal justice integration. Remember the spectacle made of the British plane spotters in Greece. Remember the appalling conviction of Kevin Sweeney in Holland. Why should it be possible for ropery convictions, secured by lesser standards than those applicable in the United Kingdom, to be held against United Kingdom citizens in their own country? I say they should not. Therefore, I oppose this proposal.

In the protection of my constituents, my watchword is 'British standards for British citizens'.

2-360

President. – The debate is closed.

The vote will take place tomorrow.

2-361

17 - Strategic guidelines on cohesion (debate)

2-362

President. – The next item is the recommendation from the Committee on Regional Development on the proposal for a Council decision on Community strategic guidelines on cohesion (11807/2006 – C6 0266/2006 – 2006/0131(AVC)) (Rapporteur: Constanze Angela Krehl) (A6-0281/2006).

2-363

Danuta Hübner, Member of the Commission. – Mr President, let me start by saying, on behalf of Commissioner Špidla and myself, that we very much welcome the report on strategic guidelines for cohesion adopted by Parliament's Committee on Regional Development on 11 September. In particular I should like to thank Mrs Krehl for her hard work in drafting the report and also for the good cooperation we have enjoyed over the past year on the dossier.

I have been grateful for the support and ideas of the Committee on Regional Development and Parliament during this period on what is perhaps the most important and innovative part of the new cohesion policy for 2007-2013. Through the guidelines we are seeking to ensure that Community priorities are more fully integrated into national and regional development programmes supported by the Union. The guidelines seek to provide a clear and consistent approach in support of growth and jobs under the renewed Lisbon Strategy. I believe that the guidelines have benefited considerably from Parliament's contribution.

I would draw your attention to the recitals that have been added to the document since Parliament produced its report last May. These are important in the sense that they reveal the political orientation that lies behind the guidelines. The recitals draw heavily on the suggestions in the report drafted by Mrs Krehl. For example, they draw attention to the importance of partnership (recital 16), to the contribution of infrastructure to convergence (recital 11), to equality of opportunity and the fight against discrimination (recital 15), to the importance of development that is sustainable in environmental terms (recital 14), to territorial cohesion and to the urban dimension (recital 12).

It is worth noting that in adopting these recitals the Council and the Member States are in effect writing a memo to themselves on how the next programmes should be run. This is clearly very important for us as we look forward to the programme negotiations.

In addition to the recitals, the text of the guidelines has been reinforced in key areas of importance to Parliament. In particular we have given more attention to territorial cohesion. This includes stronger wording on the urban question. We have also developed the text on the three initiatives – Jasper, Jeremy and Jessica – which you have supported strongly. This should, among other things, make a contribution to developing the use of public/private partnerships in our

programmes, which is one of the recommendations of your report on the guidelines. There are many other areas where I think you will find that the Commission has tried to accommodate Parliament's wishes.

I do not need to summarise once again the content of the document, but perhaps it would be worthwhile to remind ourselves of the vision of the new cohesion policy, which the strategic guidelines can help us to achieve. This vision is centred around economic development, which is increasingly being driven by local and regional resources, be it innovative small and medium-sized enterprises, local human skills or academic institutions. This vision is about developing our unique system of multilevel governance by taking policy closer to the local and regional levels, closer to the people and closer to the place where growth and jobs are created.

I know that some of you expressed a wish to have more debate on strategic guidelines, so I am looking forward to hearing your views.

2-364

Constanze Angela Krehl (PSE), *Berichterstatterin*. – Herr Präsident, sehr geehrte Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Europäische Parlament setzt mit der heutigen Debatte und der morgigen Abstimmung den Schlussstein einer zweieinhalb Jahre währenden Arbeit an der Vorbereitung des Legislativpakets zur Kohäsionspolitik für die Jahre 2007-2013. Eine Kohäsionspolitik, die zum ersten Mal mit 25 bzw. mit 27 Mitgliedstaaten funktionieren soll, wobei die neuen Mitgliedstaaten allesamt Kohäsionsländer sind und von der zukünftigen Kohäsions- und Strukturpolitik sehr stark profitieren. Wir möchten mit der Abstimmung morgen den Weg dafür frei machen, dass die operationellen Programme in den Regionen abgeschlossen, eingereicht und von der Kommission genehmigt werden können und somit ein frühzeitiger Beginn der Projekte in den benachteiligten Regionen der Europäischen Union im nächsten Jahr gewährleistet ist.

Ich möchte mich rückblickend ganz herzlich für die Zusammenarbeit bedanken, die es im Rahmen des Berichts über die Strategischen Leitlinien gegeben hat. Die Kommission hat einen guten Vorschlag präsentiert; wir haben gemeinsam daran gearbeitet, und zwar mit Kommission und Rat zusammen und hatten – das möchte ich hier ausdrücklich erwähnen – sehr viel Kontakt direkt zu den Regionen. Die Besuche, die ich als Berichterstatterin in Lissabon, Madrid, Bratislava, Prag, Stockholm und Helsinki durchführen konnte, haben erheblich zur Qualität des Berichts beigetragen, den wir dann gemeinsam im Ausschuss und im Plenum verabschiedet haben.

Ich bin sehr froh, dass sich die Schwerpunkte, die das Europäische Parlament für die Leitlinien zusätzlich einbringen wollte, im Wesentlichen auch in dem Dokument wiederfinden, für das sich der Rat im August entschieden hat.

Der wichtigste Punkt ist wohl die deutliche Aussage, dass wir eine nachhaltige Entwicklung der Europäischen Union wollen, dass wir nicht nur kurzzeitige ökonomische Ziele im Auge haben, sondern eine nachhaltige Verbesserung anstreben, nachhaltig bessere Arbeits- und Lebensbedingungen, gerade auch in den schlechter gestellten und den unterentwickelten Regionen der Europäischen Union. Für uns war es deshalb auch ganz wichtig, dass der Zugang zu den Mitteln der Kohäsionspolitik diskriminierungsfrei ist. In dem jetzt endgültig vorliegenden Dokument wird nochmals ausdrücklich festgelegt, dass der Zugang für Behinderte, für ältere Menschen, für Menschen mit Migrationshintergrund genau so möglich ist wie für alle anderen Menschen. Das ist ein wichtiges Signal für die Bürgerinnen und Bürger in den Regionen.

Wir haben Wert darauf gelegt festzuhalten, dass wir in der Europäischen Union nicht irgendwelche Arbeitsplätze schaffen wollen, sondern dass wir qualitativ bessere, zukunftsfähige Jobs anstreben. Dies ist eng verbunden mit einer Verbesserung der Ausbildung, verbesserten Möglichkeiten zur Errichtung von Forschungseinrichtungen sowie der Möglichkeit, kleine und mittlere Unternehmen an die Ergebnisse genau dieser Forschungseinrichtungen stärker und schneller heranzuführen. All dies haben wir in den Strategischen Leitlinien nochmals stärker verankert.

Ganz wichtig ist uns – nach einer langen, ausführlichen Debatte – der Bereich der städtischen Förderung und der Förderung des städtischen Raums. 80 Prozent der Bevölkerung der Europäischen Union leben genau dort. Deswegen müssen wir auch die Mittel in diesem Bereich konzentrieren, nicht nur, was die Schaffung von Arbeitsplätzen betrifft, sondern etwa auch die Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur oder die Verbesserung der Umweltsituation in den Städten.

Wir haben einen Punkt besonders hervorgehoben, nämlich die territoriale Zusammenarbeit, die in einer größer gewordenen Europäischen Union wichtiger denn je ist, um voneinander zu lernen und miteinander Projekte zu gestalten. Erst letzte Woche konnte ich mich bei einem Arbeitsgruppenbesuch in Ungarn davon überzeugen, welche strategisch kluge Vorstellungen und Ideen auch in den neuen Mitgliedstaaten entstehen. Vielleicht kann die eine oder andere Region, die schon seit Jahren Kohäsionsmittel aus der Europäischen Union erhält, sich an den neuen Mitgliedstaaten ein Beispiel nehmen. Doch dafür müssen wir die territoriale Zusammenarbeit weiter fördern.

Ein weiterer Punkt – und hier spreche ich insbesondere auch als Koordinatorin der sozialdemokratischen Fraktion – ist die Förderung der Chancengleichheit in der Europäischen Union, gerade für Frauen und junge Menschen. Die Erfolge, die wir uns in der Gemeinschaft mit EQUAL erarbeitet haben, sollen weiter genutzt werden, die Netzwerke sollen weiter geführt

werden, auch in der neuen Förderperiode. Dies wurde ebenfalls in die Leitlinien übernommen. Insgesamt können wir als Parlament die Verhandlungsergebnisse als großen Erfolg nicht nur für das Parlament, sondern auch für die Bürgerinnen und Bürger ansehen.

Kein Erfolg und kein Kompromiss kann leben ohne ein Aber. Ein Aber gibt es natürlich auch bei den Leitlinien. Das Europäische Parlament hat großen Wert darauf gelegt, die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern und der Zivilgesellschaft zu verstärken. Das hat zwar auch Eingang in die Leitlinien, in den letztlich verabschiedeten Bericht des Rates gefunden, allerdings leider nur in deutlich abgeschwächter Form. Wir werden uns darum kümmern, dass wir als Parlament uns zur Halbzeit der Strukturförderperiode nochmals zu Wort melden und diese Leitlinien gemeinsam überarbeiten. Das wird die Zusammenarbeit betreffen, ebenso wie wir auch sehr genau prüfen werden, ob das *earmarking* wirklich eine sinnvolle Erfindung des Rates war, oder ob es nur mehr Bürokratie für die Beteiligten bringt. Wenn Letzteres der Fall ist, werden wir mit Sicherheit dafür streiten, es auch wieder abzuschaffen, denn als Europäisches Parlament stehen wir in der Verantwortung und in der Pflicht den Bürgerinnen und Bürger gegenüber. Und dieser Pflicht werden wir auch nachkommen.

2-365

Jan Olbrycht, *w imieniu grupy PPE-DE*. – Panie Przewodniczący! Chciałem przede wszystkim złożyć serdeczne gratulacje Pani poseł Krehl nie tylko za tekst sprawozdania, ale za wysiłek włożony w wypracowanie stanowiska Parlamentu Europejskiego. Sprawozdanie Parlamentu dotyczy strategicznych wytycznych wspólnoty i jest bardzo dobrym przykładem współpracy międzyinstytucjonalnej.

Parlament Europejski, poprzez pracę swojej Komisji Rozwoju Regionalnego, starał się w trakcie procesu legislacyjnego sformułować swoje oczekiwania i dzisiaj można powiedzieć, że zostały one prawie w całości uwzględnione. Istnieje co prawda rozbieżność pomiędzy faktem prezentacji strategicznych wytycznych dzisiaj, a wcześniejszą publikacją listy wydatków lizbońskich, umieszczonych później jako załącznik do rozporządzenia, jednakże my posłowicie uznaliśmy, że należy poprzeć ostateczną wersję strategicznych wytycznych, ponieważ spełniają one nasze oczekiwania.

Można powiedzieć, że strategiczne wytyczne stanowią wewnętrznie spójną koncepcję bazy programowej dla wdrażania polityki spójności przez państwa członkowskie. Należy mieć nadzieję, że poszczególne państwa członkowskie zechcą wdrażać wytyczne, które wcześniej same zaakceptują decyzją Rady. Wskaźnikiem determinacji rządów będzie na przykład wykorzystanie wytycznej dotyczącej wzmocnienia roli miast, zarówno w procesie programowania, jak i wdrażania zintegrowanych programów rewitalizacyjnych. Strategiczne wytyczne są niezbędne dla uruchomienia systemu wdrażania polityki spójności w latach 2007-2013 i dlatego uważam, że przedstawiona propozycja, uwzględniająca sugestie Parlamentu Europejskiego, powinna zostać przez Parlament wsparta.

2-366

Σταύρος Αρναουτάκης, *εξ ονόματος της ομάδας PSE*. – Κύριε Πρόεδρε, κυρία Επίτροπε, αγαπητοί συνάδελφοι, δεν μπορώ παρά να εκφράσω την ικανοποίησή μου και τα θερμά συγχαρητήριά μου στην εισηγήτρια της έκθεσης για το γεγονός ότι σημαντικά θέματα που είχαν τονιστεί από το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο έγιναν αποδεκτά τόσο από το Συμβούλιο όσο και από την Επιτροπή. Θα μπορούσα να αναφέρω, σε σχέση με το αρχικό κείμενο, την αναβάθμιση των κατευθυντηρίων γραμμών της αρχής της αειφόρου ανάπτυξης στις παρεμβάσεις των διαρθρωτικών ταμείων και του Ταμείου Συνοχής, της ίσης μεταχείρισης ανδρών και γυναικών αλλά και της μη διάκρισης με βάση το φύλο, τη φυλή, την εθνική καταγωγή, τη θρησκεία, την αναπηρία -με έμφαση στην προσβασιμότητα των ατόμων με αναπηρία σε όλα τα στάδια της προετοιμασίας και υλοποίησης των προγραμμάτων και των έργων- της έμφασης στην αστική διάσταση, στη διασύνδεση των πόλεων και αγροτικών περιοχών, καθώς και της ευρείας εταιρικής σχέσης.

Αποτελεί για μας ουσιαστικό παράγοντα επιτυχίας των προγραμμάτων το κατά πόσο θα συμπεριληφθούν στον σχεδιασμό και την υλοποίησή τους όλοι οι ενδιαφερόμενοι φορείς-σε περιφερειακό και τοπικό επίπεδο- και ιδιαίτερα οι κοινωνικοί εταίροι και η τοπική αυτοδιοίκηση. Η επίτευξη του στόχου της οικονομικής και κοινωνικής συνοχής κατά τη νέα προγραμματική περίοδο αποτελεί πραγματικά δύσκολη πρόκληση, τη στιγμή που αυξάνονται οι ανισότητες στη διευρυμένη Ένωση και περιορίζονται οι πόροι για την εφαρμογή της πολιτικής συνοχής.

Οι στρατηγικές κατευθυντήριες γραμμές αποτελούν σημαντικό μέσο προς την κατεύθυνση της αποδοτικότερης και της πιο στοχευμένης διάθεσης των πόρων. Ταυτόχρονα ενισχύουν το στρατηγικό περιεχόμενο της πολιτικής συνοχής και δημιουργούν το πλαίσιο συνέργειάς της με τη στρατηγική της Λισσαβόνας.

Αγαπητοί συνάδελφοι, είμαστε στην αρχή μιας νέας εποχής για την πολιτική συνοχής. Τη νέα προγραμματική περίοδο και, ενόψει της ενδιάμεσης αναθεώρησης, η πολιτική συνοχής θα κληθεί να αποδείξει -επιτρέψτε μου να πω- την αναγκαιότητα ύπαρξής και συνέχισής της. Όλα τα ανωτέρω, καθώς και άλλα ποιοτικά χαρακτηριστικά που εισήχθησαν από το Κοινοβούλιο, είτε στους κανονισμούς, είτε στις κατευθυντήριες γραμμές, θα είναι αυτά που θα βοηθήσουν στο να πετύχει τους στόχους της. Τα κράτη μέλη και οι περιφέρειες πρέπει να τα λάβουν υπόψη κατά την κατάρτιση των εθνικών στρατηγικών πλαισίων αναφοράς και των λειτουργικών προγραμμάτων. Η σωστή εφαρμογή αλλά και η επίβλεψη όσον αφορά την εφαρμογή τους είναι υπόθεση όλων μας.

2-367

Jean Marie Beupuy, *au nom du groupe ALDE*. – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, mes chers collègues, tout d'abord je me joindrai moi aussi à mes collègues pour remercier Mme Krehl, pour le travail qui a été fait, et pour vous remercier, Madame Hübner, pour la qualité des rapports que nous avons eus avec vous et tous vos services tout au long de ces mois qui nous ont conduits à ce vote de demain, un vote qui, s'agissant de mon groupe, ne surprendra personne car, bien sûr, nous adopterons ce texte, et cela pour deux raisons au moins. D'abord il prend en compte la plupart des demandes de notre groupe, mais aussi, je crois, des demandes de la majorité d'entre nous. Ensuite, le calendrier est largement dépassé et il est donc important que nous adoptions ce texte.

Je voudrais faire quatre observations. Premièrement vous rappeler – comme mes collègues l'ont déjà fait à plusieurs reprises - que, dans le texte qui a été adopté le 18 août par le Conseil, à l'article premier, il est écrit en toutes lettres, Madame la Commissaire, "pour servir de cadre indicatif aux États membres". Je sais que, dans le contexte actuel, il est de mauvais ton de vouloir imposer aux vingt-cinq chefs d'État des directives qui viendraient de la Commission ou du Parlement. Je tiens toutefois à souligner que nous aurions aimé trouver dans ce texte des éléments un peu plus contraignants. Comme l'ont dit certains de mes collègues, dont Mme Krehl, nous ferons en sorte, à mi-parcours, de formuler les points de vue qui conviendront pour corriger les dérives qui pourront avoir eu lieu.

Deuxième point, je me permettrai d'insister sur la motivation de ces orientations stratégiques. Les contacts que j'ai actuellement me renvoient à une "technostructure" de Bruxelles, à un Parlement qui décide d'orientations stratégiques. Tout cela est bien compliqué. Les gens oublient trop vite, beaucoup trop vite qu'en fait, c'est grâce à ces fonds structurels et à ces orientations que, les années précédentes, avec le Portugal, l'Espagne, l'Irlande, nous avons obtenu des résultats importants, et cela au bénéfice des êtres humains qui vivent des situations défavorables dans des régions défavorisées. Ils oublient que notre volonté de solidarité qui s'exprime aujourd'hui dans cette politique de cohésion vise à permettre à tous les peuples, à chacun des habitants des régions défavorisées, d'accéder aux mêmes avantages que ceux des régions plus favorisées.

Je voudrais dire en un mot combien j'apprécie dans ce texte le parti pris de souplesse annoncé d'emblée, souplesse qui doit permettre de donner la priorité, en tenant compte des atouts et des faiblesses de chaque région, aux transports, à l'environnement et à l'énergie, notamment.

Enfin, comme nos collègues de l'intergroupe, qui l'ont déjà souligné, nous apprécions que ce texte souligne l'importance des villes. Me trouvant moi-même il y a quelques jours en Allemagne, je peux dire, sous le contrôle de mes collègues allemands, que 90 % de la population allemande vit dans des villes de plus de 2 000 habitants. Dans le texte qui nous est soumis, cette importance de la ville est soulignée. Ce que je voudrais dire, c'est qu'au-delà des mots, au-delà des montants financiers qui vont être consacrés au fonds de cohésion, il y aura la façon de s'en servir.

Madame la Commissaire, dans votre communication sur la politique de cohésion et les villes, vous avez réservé une place particulière à l'approche intégrée. Je voudrais dire, à ce stade du débat, combien nous devons rester attentifs et faire en sorte surtout que la mise en œuvre des approches intégrées ne touche pas seulement les villes *stricto sensu* mais aussi les bassins de vie autour des villes. Nous en parlions avec ma collègue, Mme Bourzai, ici présente, ce midi; ce n'est pas seulement la ville qui compte, c'est tout le territoire qui l'entoure, dans un rayon de 10, 20, 50, 100 km où, chaque jour, les gens vivent ensemble. Et pour que les gens vivent ensemble de manière harmonieuse, il faut que les différents thèmes du transport, du social, de l'éducation soient bien reliés les uns aux autres.

Et je terminerai en disant qu'il faut aussi que les acteurs soient bien reliés entre eux: acteurs nationaux, régionaux, locaux, etc. Et comme pour faire un bon orchestre avec ses violons et ses pianos, il faut un chef d'orchestre; nous ferons en sorte que, pour tous ces dispositifs, il y ait un bon chef d'orchestre, capable de faire de ces fonds de cohésion une réussite.

2-368

VORSITZ: INGO FRIEDRICH

Vizepräsident

2-369

Bairbre de Brún, *on behalf of the GUE/NGL Group* . – *(The speaker spoke Irish)*

I would like to thank the Commissioner for coming so frequently to Parliament to discuss her proposals with us. I would like in particular to thank Mrs Krehl for her work to bring some improvements to the Commission's original proposal, particularly in regard to partnership, the role of cities and their hinterlands, civil society, access for the disabled and the environment. I must, however, reiterate concerns that I have raised repeatedly about earmarking, which remains central to the Commission's guidelines. It has been and will continue to be used at Member State level to downgrade much of what Parliament has sought to do and what people have spoken about here this evening. It champions Lisbon over Gothenburg and some elements of Lisbon over others.

In Ireland, at present, there is another concern, unrelated to the guidelines, which I take this opportunity to raise. Namely, that in the future 'Peace Programme' funding will be distributed in a way contrary to equality measures and equality provisions. I hope to speak to the Commissioner further about this.

(The speaker continued in Irish)

We need to remember the original reasons for these funds and programmes and to look at them again in the mid-term review. As Mr Beaupuy reminded us, we in Ireland, north and south, experienced great benefits and great strides with the help of those funds. We have to remember our solidarity and allow other areas to do the same in the future.

2-370

Mieczysław Edmund Janowski, *w imieniu grupy UEN*. – Panie Przewodniczący! Gratuluję pani poseł Krehl wykonanej pracy. Dzisiaj mówiliśmy w Parlamencie o akcesji Rumunii i Bułgarii do wspólnoty. Nawiązując do tego rozszerzenia chciałbym zaakcentować stwierdzenie zawarte we wstępie decyzji Rady. Brzmi ono: „Rozszerzenie Unii do 25 państw członkowskich stanowi bezprecedensową okazję do wzmocnienia zarówno konkurencyjności ekonomicznej jak i wewnętrznej spójności Unii”.

Oczywiście należy mieć pełną świadomość tego, że w chwili obecnej mamy nadal istotne dysproporcje w poziomie zamożności i stadium rozwoju poszczególnych regionów. Jednakże już teraz, zaledwie po 28 miesiącach od momentu rozszerzenia Unii o 10 nowych państw widać, że nawet najbardziej ubogie obszary doznają znacznego przyspieszenia, odnotowując relatywnie wysokie wskaźniki wzrostu. Mówię to jako mieszkaniec jednego z takich regionów, Podkarpacia, na południowym wschodzie Polski.

Słowo spójność oznacza nie tyle jednorodność czy uniformizm, ale opisuje taki stan, w którym dana struktura zachowuje swą immanentną całość bez wewnętrznych napięć i tendencji do pęknięcia. Tak właśnie oceniam politykę spójności prowadzoną przez Unię Europejską. Sukces działań podejmowanych w ramach solidarności państw i narodów tworzących naszą wspólnotę będzie tym większy i szybszy im większa będzie stabilność gospodarcza w skali makroekonomicznej, im skuteczniej będą przeprowadzone niezbędne zmiany strukturalne.

Konieczne jest zatem określenie zasad kohezji dla całej Unii, jak i skorelowanie ich ze strategicznymi ramami odniesienia poszczególnych krajów. Dobrze więc, że w latach 2007-2013 polityka spójności skupiać się będzie na wspieraniu finansowym najmniej rozwiniętych terytoriów, przy koncentracji uwagi na wzroście gospodarczym i wzroście zatrudnienia. Z satysfakcją odnotowuję podkreślenie wymiaru terytorialnego polityki spójności, który ma równoważyć rozwój miast jak i terenów wiejskich oraz obszarów mających szczególne uwarunkowania.

Ogromnie ważne będzie racjonalne wykorzystanie narzędzi finansowych - stąd wielka rola przeglądu śródk okresowego. Nasze europejskie działania winny cechować się dalekowzrocznością. Uważam więc, że istnieje konieczność wznowienia strategii lizbońskiej. Innowacyjność we wszystkich możliwych dziedzinach, oparcie gospodarki na wiedzy i edukacji, wspieranie przedsiębiorczości, niezależnie od tego jak wielkie są przedsiębiorstwa, zapewnią sukces. Musimy jednak pamiętać, że to wszystko, co robimy, winno być działaniem odniesionym do człowieka jako jednostki, jako członka rodziny, społeczności lokalnej i regionalnej, konkretnego państwa i całej wspólnoty. Dotyczy to również osób niepełnosprawnych. Ogromnie ważne jest więc dostrzeżenie aspektu demograficznego w polityce spójności.

2-371

Κωνσταντίνος Χατζηδάκης (PPE-DE). – Κύριε Πρόεδρε, με την έκθεση της κ. Krehl, την οποία θα ήθελα να συγχαρώ για τη δουλειά που έκανε, τελειώνουμε τη νομοθεσία σε σχέση με τα διαρθρωτικά ταμεία για την περίοδο 2007-2013 και περνάμε στην πράξη, δηλαδή στην εφαρμογή της νομοθεσίας.

Το ερώτημα που τίθεται όμως είναι: η νομοθεσία που έχουμε ψηφίσει είναι η καλύτερη; Απαντώ όχι! Κατά την άποψή μου θα μπορούσε να είναι και αρκετά καλύτερη. Δεδομένων όμως των ισορροπιών που υπάρχουν σ' αυτήν την Ένωση - της οποίας οι χώρες μας είναι μέλη- την Ευρωπαϊκή Ένωση των εικοσιπέντε κρατών, μπορώ να πω πως είναι η καλύτερη δυνατή. Και, επομένως, έχουμε τώρα μπροστά μας την πρόκληση να δούμε, όχι απλά και μόνο πώς θα απορροφηθούν από τα κράτη μέλη και τις περιφέρειες τα 308 δισεκατομμύρια που αφορούν τον προϋπολογισμό της συνοχής, αλλά και πώς θα αξιοποιηθούν όλα αυτά τα χρήματα. Και στο πλαίσιο αυτό οι στρατηγικές κατευθυντήριες γραμμές τις οποίες κουβεντιάζουμε σήμερα είναι σημαντικές διότι αναφέρονται ακριβώς στο περιεχόμενο της πολιτικής συνοχής. Πού θα κατευθυνθούν τα χρήματα; Ποιοί είναι οι τομείς προτεραιότητας; Και, βεβαίως, είναι απόλυτα σωστό ότι συνδέεται η πολιτική συνοχής με τη στρατηγική της Λισαβόνας πράγμα που εκφράζεται ξεκάθαρα και μέσα από τις κατευθυντήριες γραμμές. Θα ήταν ίσως σωστότερο αν αυτή είχε συνδεθεί με πιο σαφή και με πιο συγκεκριμένο τρόπο, ή αν είχε δοθεί στην πολιτική της Λισαβόνας ένας πιο στενός ορισμός ώστε να καλύπτει κάποιους τομείς -πραγματικά αιχμής- για την οικονομία της Ευρωπαϊκής Ένωσης.

Εν πάση περιπτώσει, τώρα είναι η ώρα της ευθύνης. Ώρα της ευθύνης για την Επιτροπή, ώρα της ευθύνης για τα κράτη μέλη, ιδιαίτερα δε για τα δέκα νέα κράτη μέλη τα οποία θα πρέπει να κάνουν ταχύρρυθμα μαθήματα για να δουν πως λειτουργεί το κοινοτικό πλαίσιο στήριξης, αλλά και για εμάς όσον αφορά τον έλεγχο.

Δεν τελειώνει σήμερα η δουλειά μας. Θα έλεγα πως σήμερα αρχίζει.

2-372

Bernadette Bourzai (PSE). – Monsieur le Président, Madame la Commissaire et chers collègues, je tiens d'abord à remercier et féliciter notre collègue, Constanze Krehl pour son rapport, et notamment pour son premier rapport d'initiative qui a permis au Parlement européen d'exprimer son opinion sur les orientations pour la cohésion, assez tôt pour être entendu et influencer la deuxième version proposée par la Commission, et dont nous débattons.

Il faut souligner en effet que la procédure a été un peu surprenante. Alors qu'au niveau communautaire, nous n'avions pas encore adopté les orientations stratégiques, les États étaient déjà en train de préparer leur adaptation nationale. Certes, les États membres étaient motivés par un souci d'efficacité légitime pour une utilisation des nouveaux fonds structurels dès 2007, mais au risque d'un manque de cohérence d'ensemble.

En effet, la réforme de la politique régionale s'est effectuée dans le cadre difficile de l'élargissement et du renouvellement des perspectives financières, mais aussi dans le cadre de la relance de la stratégie de Lisbonne, ce qui a clairement réorienté les objectifs. Or, une réorientation exclusive vers l'innovation, l'économie de la connaissance, la compétitivité, l'entrepreneuriat, ne suffit pas à assurer les objectifs de cohésion territoriale et de développement durable qui me semblent prioritaires.

Je déplore en particulier que le fléchage des crédits sur les objectifs de Lisbonne ainsi que la classification des dépenses n'aient pas été soumis à l'accord du Parlement européen. Je regrette aussi que la dimension territoriale de la cohésion n'ait pas été explicitement prise en compte comme une orientation stratégique, même si j'ai bien noté les évolutions sur la politique urbaine. Je m'inquiète cependant des absences, des lacunes sur le milieu rural dont les fonds ne sont pas très ...

(Le Président retire la parole à l'orateur)

2-373

Alfonso Andria (ALDE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, gli orientamenti strategici comunitari definiscono i principi e le priorità della politica di coesione e suggeriscono strumenti per permettere alle regioni europee di sfruttare appieno la dotazione di 308 miliardi di euro stanziata per programmi di aiuto nazionali e regionali nei prossimi sette anni.

Vorrei soffermarmi particolarmente su un fattore determinante per l'efficacia della politica di coesione: la qualità del partenariato tra tutti gli attori a livello locale e regionale coinvolti nella preparazione e nell'attuazione dei programmi. Le strategie concepite a livello più prossimo al cittadino devono infatti formare parte integrante degli sforzi volti a promuovere la crescita e l'occupazione. Il ruolo delle piccole e medie imprese, la necessità di soddisfare il fabbisogno locale di competenze, l'importanza dei raggruppamenti, la necessità di centri di innovazione locali sono tanto rilevanti che il più delle volte è indispensabile partire dal basso.

Il coinvolgimento non riguarda solo l'agenda economica, ma anche l'impegno più diretto dei cittadini attraverso il partenariato e i meccanismi di *governance* a vari livelli, nell'ambito dei quali è gestita la politica di coesione, al fine di conseguire gli obiettivi di crescita e di occupazione dell'Unione. Una più stretta collaborazione tra la Commissione e le autorità degli Stati membri è fondamentale per definire una strategia di coesione che affronti le priorità comunitarie in un contesto nazionale e regionale e anche per una sua utile ricaduta sui territori attraverso un programma operativo.

Vorrei inoltre, compiacermi con la collega Krehl che ha stimolato con grande acume e con la consueta competenza il dibattito su un tema così rilevante come quello oggetto della presente raccomandazione.

Noto con piacere, signora Commissario che nel testo degli orientamenti strategici l'incisivo lavoro svolto dal Parlamento nel corso degli ultimi due anni trova puntuale riscontro. E' un risultato che riteniamo molto significativo e importante. Si prendono infatti in considerazione temi rilevanti su cui i colleghi si sono soffermati e che hanno costituito l'oggetto della riflessione della commissione parlamentare competente e del dibattito qui nella plenaria.

Concludo esprimendo l'auspicio, ma confidando nella certezza, che i colleghi con il loro voto favorevole sapranno premiare l'impegno profuso in questa risoluzione legislativa.

2-374

Rolf Berend (PPE-DE). – Herr Präsident, Frau Kommissarin! Zunächst Anerkennung und Glückwunsch an Frau Krehl für diesen wichtigen Baustein im Rahmen der Kohäsionspolitik für die nächsten Jahre. Denn es ist ja Aufgabe der Strategischen Leitlinien, die Strukturfonds-Verordnung zu ergänzen und nationale und regionale Behörden bei der Programmplanung zu unterstützen. Somit werden darin die politischen Schwerpunkte für die zu tätigen Investitionen festgelegt.

Richtigerweise konzentrieren sich die neuen Strategischen Leitlinien in größerem Maße als bisher auf Wachstum und Arbeitsplätze, wobei die Betonung auf Wissens- und Informationsgesellschaft, auf unternehmerischer Initiative und Beschäftigung liegt. Mit anderen Worten: Es geht hierbei schwerpunktmäßig um die Lissabon-Strategie, aber – und das möchte ich betonen – niemals als Selbstzweck, sondern im Rahmen der Kohäsionspolitik immer unter dem Aspekt der Erreichung des Ziels eines stärkeren wirtschaftlichen Zusammenhalts und einer gesamteuropäischen Wettbewerbsfähigkeit. Dabei muss der Förderung von einzelbetrieblichen Investitionen durch Zuschüsse speziell an KMU auch in diesen Leitlinien Rechnung getragen werden.

Besorgnis muss aber nach wie vor geäußert werden über den hohen Verwaltungsaufwand im Bereich der Europäischen Strukturpolitik, der leider mit den Vorgaben dieser Leitlinien nicht wesentlich verringert wird. Betonen möchte ich auch, dass die uns zur Verfügung stehenden knappen Mittel nicht nur intelligent, effizient und konzentriert eingesetzt werden müssen, sondern dass auch der privaten Kofinanzierung auf Projektebene große Bedeutung zukommen muss. Leider werden öffentlich-private Partnerschaften im Zusammenhang mit den Strukturfonds noch viel zu selten eingesetzt, nicht zuletzt wegen vieler ungeklärter Rechtsfragen. Es muss jetzt schnellstens alles getan werden, um den Ländern die zeitnahe Einreichung ihrer operationellen Programme, vor allem einen lückenlosen Übergang in die neue Förderperiode, zu ermöglichen.

2-375

Iratxe García Pérez (PSE). – Señor Presidente, señora Comisaria, quiero comenzar mi intervención reiterando los agradecimientos al trabajo de la señora Krehl, gracias al cual hemos sido capaces de llegar a una postura común dentro del Parlamento, que, sin duda alguna, ha mejorado notablemente el contenido de estas directrices estratégicas. De esta manera, podremos permitir a las regiones europeas sacar pleno partido de la dotación presupuestaria consignada a tal fin y hemos puesto encima de la mesa las bases de los marcos estratégicos nacionales, es decir, la búsqueda del equilibrio entre el crecimiento y la cohesión territorial.

No podemos olvidar que Europa está formada por un amplio abanico de regiones con muchas características similares entre ellas, pero también con muchas peculiaridades, a las que hay que atender desde la perspectiva de la cohesión: medio urbano y medio rural, con predominio de la agricultura como actividad principal, regiones ultraperiféricas, islas, zonas que sufren procesos de despoblación. En definitiva, la política de cohesión debe dirigirse a eliminar las dificultades específicas de cada una de ellas, garantizando así la igualdad de oportunidades.

Por ello, en el marco de las directrices estratégicas se han introducido recomendaciones importantes de señalar: la creación de más y mejores puestos de trabajo, la innovación y la economía del conocimiento, que contribuyan a la eliminación de la brecha digital, las inversiones medioambientales, que garanticen la sostenibilidad y la gestión de los recursos naturales, las infraestructuras de transporte y la accesibilidad, que permita la igualdad de oportunidades dirigida a aquellas personas que más lo necesitan, como los mayores, las personas con discapacidad o las mujeres. Éstas han sido incorporaciones determinantes para el buen desarrollo de la política de cohesión, que garantizarán la consecución de los objetivos inicialmente planteados.

Por último, debemos señalar que el principio de participación en el diseño de la política europea ha sido tenido en cuenta. De esta manera, contamos con las bases para movilizar el potencial de crecimiento económico que existe en todas las regiones, con una política de cohesión que mejore el equilibrio geográfico del desarrollo económico y eleve el crecimiento de la Unión en su conjunto y que cree, en definitiva, las bases de una Europa más fuerte cohesionada y solidaria.

2-376

Ambroise Guellec (PPE-DE). – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, nous n'avons guère de doute sur l'issue du vote de demain sur ces orientations stratégiques qui recueilleront vraisemblablement la quasi-unanimité de notre Assemblée; je pense, comme beaucoup ici, que le travail de notre rapporteur y est pour quelque chose.

Il est cependant, comme chacun sait, bien tard pour en parler, ici et maintenant. L'élaboration des programmes opérationnels est déjà bien avancée dans la plupart des pays. Évidemment, c'est la suite qui nous intéresse. À quoi servira réellement la politique régionale de l'Union, qui représente presque 40% du budget communautaire: à la stratégie de Lisbonne, à la cohésion territoriale, ou bien aux deux? C'est ce que nous espérons.

Il m'apparaît en tous les cas que le principe sur lequel le Parlement n'a pas été consulté, l'*earmarking*, qui concerne surtout les États membres anciens, est l'un des plus technocratiques et, à mon modeste point de vue, l'un des moins intelligents sans doute jamais imaginés en Europe. C'est la conjugaison de deux technocraties, celle de la Commission, dont la science en la matière est bien réputée, celle des États membres, qui est aussi variée que développée. Qu'en sortira-t-il? Il est encore permis d'espérer le meilleur. Il faudra pour cela attendre l'examen par la Commission, qui va durer des mois, des programmes opérationnels présentés par les États membres.

Je forme le vœu qu'ils répondent d'abord et avant tout aux besoins et à la volonté des populations urbaines, et des populations rurales, auxquels ils s'appliquent. Nous vous savons attentive, Madame la Commissaire, à ces préoccupations de bon sens. Puissiez-vous en convaincre vos interlocuteurs et vos collaborateurs.

2-377

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (PSE). – Panie Przewodniczący! Strategiczne wytyczne Wspólnoty w dziedzinie spójności to jeden z najważniejszych dokumentów dla programowania wydatkowania funduszy strukturalnych w państwach członkowskich Unii Europejskiej. Dokument ten określa główne priorytety dla państw, które będą ubiegać się o pomoc w ramach polityki spójności w latach 2007-2013. Wytyczne stanowią podstawę do opracowania w każdym z krajów narodowych strategicznych ram odniesienia określających krajowe priorytety rozwoju. Omawiane wytyczne ukierunkowują przyszłą politykę spójności przede wszystkim na poprawę konkurencyjności wspierającej wzrost gospodarczy i zatrudnienia.

Aby osiągnąć ten cel Unia musi koncentrować się przede wszystkim na wiedzy, innowacyjności i inwestowaniu w kapitał ludzki, przyczyniając się do niwelowania dysproporcji w rozwoju między poszczególnymi regionami. Kluczowym zadaniem jest efektywne wykorzystanie dostępnych funduszy, także poprzez wspieranie partnerstwa publiczno-prywatnego, szczególnie na poziomie lokalnym. Niezwykle ważne jest także zwrócenie szczególnej uwagi na kwestię wymiaru miejskiego, gdyż to właśnie miasta i aglomeracje miejskie najczęściej borykają się z takimi problemami jak przestępczość, wykluczenie społeczne, skażenie środowiska naturalnego czy zagażowanie ruchu drogowego.

Jako Parlament Europejski powinniśmy być zadowoleni z osiągniętego kształtu strategicznych wytycznych Wspólnoty. Pozostaje mieć nadzieję, że państwa członkowskie będą potrafiły skutecznie realizować politykę spójności według tychże ram.

Na koniec gratuluję sprawozdawczyni, pani Constanze Krehl, bardzo dobrze przygotowanego dokumentu.

2-378

Lambert van Nistelrooij (PPE-DE). – Voorzitter, ook van mijn kant veel lof voor het verslag Krehl en de resultaten die nu ook zijn opgenomen in de richtlijn. Dat geldt ook voor de resultaten die in de afgelopen 2,5 jaar door mevrouw Hübner in het debat op het Europees niveau zijn bereikt. Ik ben voorstander van de *earmarking*. Dat mag in deze zaal ook wel eens gezegd worden, ik heb het nog niet gehoord. Maar dat wil ook zeggen dat we de vrijblijvendheid en de versnippering links en rechts in het beleid kunnen voorkomen. We updaten hiermee het cohesiebeleid naar een nieuwe agenda: afrekenen op de Lissabon-agenda.

Het accent verschuift van minder beton en minder asfalt naar het opleiden van onze mensen in de kennissamenleving. Een scherpe concurrentie die de komende twintig jaar op wereldschaal plaatsvindt, daarop zullen we de nadruk moeten leggen. Centraal is dan de rol van het Parlement in de nieuwe periode, bij de tussentijdse herziening van 2009-2010. Spannend wordt het dan: dan wordt landbouw afgewogen tegen cohesiebeleid en tegen de externe rol van Europa in de wereld. De focus zal dan nog meer liggen op de toegevoegde waarde van het beleid. Het is om die rol dat ik het amendement van de Groenen betreffende een grotere rol van het Parlement bij de herijking ook mee heb ondersteund in de commissie.

Ik vraag ook nu aan de Europese Commissie, aan de Commissaris of wij voldoende informatie zullen krijgen om het debat over de financiële herprioritering 2013-2020 hier goed te kunnen voeren. Ik vraag u om ons informatie te geven over wat de nationale staten nu doen. Ik voel een huiver bij onze lidstaten om adequaat te rapporteren, ik vind dat een echte schande. Men krijgt de middelen en dient adequaat te reageren.

De nieuwe synthese voor de nieuwe periode en de nieuwe financiële verhoudingen, dat vraagt inderdaad om sterk herijkt beleid en een blijvende rol voor de regio's en de steden in het cohesiebeleid.

2-379

Jamila Madeira (PSE). – Senhor Presidente, Senhora Comissária, caros Colegas, a proposta de decisão sobre as orientações estratégicas em matéria de coesão a que fomos chamados a dar parecer favorável e que servirá de base à elaboração dos quadros de referência estratégica nacionais parece-me um excelente processo de intenções para o Conselho e devemos agradecer-lo ao enorme esforço da nossa colega Constanze Krehl. Estas orientações estratégicas vêm afirmar claramente a necessidade de a Europa se concentrar em cumprir os objectivos enunciados na Estratégia de Lisboa, e que naturalmente me são muito caros, quer em matéria de emprego e de crescimento, quer de incentivo à inovação e de economia baseada no conhecimento.

Procurando responder aos desafios da União Europeia à escala mundial e enfatizando a nova dimensão e escala que temos hoje, há que ter o particular cuidado de conseguir sempre garantir o envolvimento de todos, sejam eles parceiros sociais, ONG, municípios ou regiões. Hoje somos um enorme gigante com grandes ambições e não podemos dar-nos ao luxo de descurar esta ou aquela parte do território para que juntos consigamos atingir os objectivos que nos propomos alcançar.

Temos que provar que o modelo típico multinível da nossa sociedade é suficientemente sólido. O pleno emprego, a mão-de-obra qualificada, a formação ao longo da vida ou o aumento da produtividade são factores essenciais para que a coesão económica, social e territorial da União seja uma realidade coroada de êxito. Para isso estes têm que chegar a todos no espírito de rede.

A aposta na inovação e nos investigadores através de incentivos para que estes talentos não saiam do espaço europeu, a par da criação de centros de excelência, são a meu ver muito bem considerados neste documento como uma peça fundamental para o desenvolvimento económico das regiões e dos Estados-Membros.

Há cada vez mais consciência da necessidade de descentralizar os *spots* de saber dos grandes aglomerados populacionais para as zonas menos povoadas, que poderão oferecer excelentes condições de radicação destes centros.

2-380

Antonio De Blasio (PPE-DE). – Tisztelt Elnök Úr! Az előttünk lévő hétéves időszakra vonatkozó közösségi stratégiai iránymutatások igen nagy lépést és segítséget jelentenek főleg az új tagországok kohéziós politikájának kialakításához, mely mindannyiunk számára egy egységesebb, koherensebb Európát jelenthet majd néhány év múlva.

A közösségi stratégiai irányelvek elkészítésében az Európai Parlament a lehető leggyorsabban járt el, és immár a tagállamok dolga lesz, hogy a megfelelő keretekbe minél jobb, hiteles és megvalósítható nemzeti fejlesztési terveket készítsenek és nyújtsanak be az Európai Unióhoz.

Engedjék meg, hogy a dokumentum néhány olyan vonatkozására hívjam fel a figyelmet, melyek korábban nem kaptak ekkora hangsúlyt, és így a tagországok számára is kevésbé jelentettek ilyen irányú készítményt nemzeti fejlesztési terveik elkészítésekor. Elsőnek hadd említsem azon részét a dokumentumnak, mely a tagállamok nemzeti fejlesztési terveinek készítése során a széles részvételre, a különböző civil és szakmai szervezetek bevonására hívja fel a figyelmet, egyenlő beleszólási esélyt javasol a tagországokban a fejlesztési tervek készítése során.

Nagyon fontos előrelépése a dokumentumnak az a szemlélet, mely szerint az egészséget gazdasági értéként a fejlődés motorjának tekinti, és ugyanezt javasolja a nemzeti fejlesztési tervek készítésekor is. Az egészség nem csupán az egészségügy javítását, jobb elérhetőségét jelenti ma már, hanem a több és jobb munkahely megteremtését, a fenntartható fejlődés célkitűzéseit és a már korábban említett egyenlő esélyek elvét is. Nagyon fontos előrelépése az anyagnak, hogy az európai uniós támogatások átláthatóságát és elszámoltathatóságát is javítja, így a bizalmat is erősíti a tagországok között.

Mindannyian tudjuk, hogy egy ilyen anyag elkészítése milyen hatalmas munkával jár, így a magam részéről csak gratulálni tudok és megköszönni a raportőrnek Krehl asszonynak és a „shadow-raportőrnek” Olbrycht úrnak remek munkájukat.

2-381

Brigitte Douay (PSE). – Monsieur le Président, la réduction des disparités entre territoires, notamment frontaliers, est un enjeu important des orientations stratégiques communautaires. Dans cette perspective, il convient d'insister sur les actions qui auront un impact à long terme, comme celles menées dans le domaine des transports et de l'environnement, mais aussi dans le cadre de la stratégie de Lisbonne en matière d'appui aux PME et au marché du travail transfrontalier.

On peut toutefois regretter que, dans cette recherche d'un développement équilibré, les régions frontalières prises pour base dans la politique régionale soient parfois des entités très différentes par la taille, par la population, et puissent connaître d'importantes disparités liées à la nomenclature statistique. Cela peut donner lieu, en effet, à des attributions disparates de fonds structurels et le risque est grand alors que le renforcement de la compétitivité de ces régions frontalières, une des priorités de la coopération, se transforme en une compétition âpre entre régions voisines. Les inégalités de développement qui pourraient en résulter de part et d'autre des frontières risqueraient de mettre à mal la politique de cohésion de l'Union européenne, alors même que l'un des objectifs de cette politique est d'atténuer l'effet négatif des frontières.

Comment dans ce cas permettre aux citoyens concernés de percevoir la valeur ajoutée de l'Union européenne? Il est donc impératif d'optimiser les conditions d'un développement économique et social transfrontalier équilibré et d'apporter une attention toute particulière aux programmes destinés à cette coopération transfrontalière.

Enfin, pour conclure, je voudrais remercier Constance Krehl pour son rapport et surtout pour son ardeur sans cesse renouvelée à défendre une cohésion durable.

2-382

Jim Higgins (PPE-DE). – Mr President, I welcome the strategic guidelines on cohesion and the three priority areas identified. Like everybody else, I compliment the rapporteur, Mrs Krehl.

As an Irish Member of the European Parliament and coming from an economy that has been transformed in 15 years from the weakest in the EU to one of the strongest, I wish to acknowledge the huge role that the cohesion and structural funds have played in bringing about the economic miracle known as the 'Celtic Tiger'. The EUR 308 billion for 2007-2013 will go largely to the new Member States. Ireland's entitlement is reduced from EUR 3.7 billion for 2000-2006 to EUR 901 million, which is a barometer of our economic success. I have no problem with that.

However, I should like to ask my colleagues in the new Member States not to give their national governments the power to decide at central government level how and where the money is to be spent. They need regional structures with real development power, real decision-making powers for the regions.

I speak from experience. I represent a constituency in Ireland known as the BMW region. It is one of the poorest regions, bordering the Atlantic Ocean and largely mountainous. It is still the only region in Ireland that retains Objective 1 status, though that, through national economic performance, ceases on 31 December 2006. Over the years, funds that flowed from the cohesion and structural funds and were intended for regions such as mine were channelled to Dublin, the east and the south of the country and co-financed national development plans. I do not exaggerate. EUR 680 million of co-financed monies intended for the BMW region have gone to Dublin, the east and the south. Why? Because in Ireland there is no regional authority with real decision-making powers. Everything is decided in Dublin at central government level.

Now is the time for the new Member States to ensure that they have real regional authorities – not just paper tigers – otherwise they may find that the Irish experience will be their experience tomorrow. Commissioner Hübner reiterated that this evening. I think it should happen, it must happen, and the Commission has a role here as well in insisting that it does happen.

2-383

Sérgio Marques (PPE-DE). – Senhor Presidente, Senhora Comissária, caros Colegas, gostaria também de felicitar a colega Constanze Krehl pelo excelente trabalho realizado em torno da proposta de decisão do Conselho relativa às orientações estratégicas comunitárias. O trabalho da relatora foi essencial para que várias posições do Parlamento Europeu relativamente a assuntos como o desenvolvimento sustentável, a dimensão urbana, a igualdade de oportunidades, as energias renováveis, etc., tivessem merecido o acolhimento por parte do Conselho, razão que, entre outras, justifica a presente recomendação para um parecer favorável do Parlamento Europeu.

Após a adopção da referida decisão do Conselho, os Estados-Membros disporão de muito pouco tempo para apresentar à Comissão Europeia as suas estratégias de aplicação dos Fundos Estruturais integrando já as orientações comunitárias. Lamenta-se que este calendário apertado possa comprometer a execução da nova política de coesão logo a partir de Janeiro de 2007.

Uma nota também para expressar a minha concordância com as orientações e prioridades propostas, nomeadamente a de conceber a política de coesão como um instrumento crucial para a concretização dos objectivos da Estratégia de Lisboa.

Mas atenção, não nos esqueçamos de que a Estratégia de Lisboa assenta, acima de tudo, numa lógica de promoção da competitividade europeia, por contraponto com uma lógica de solidariedade em que assenta a política de coesão. Nem sempre será fácil compatibilizar estas duas lógicas distintas, mas há que encontrar um equilíbrio.

À luz do exposto, parece-me ser muito questionável a obrigatoriedade de nos antigos Estados-Membros se consignarem percentagens elevadas das verbas dos fundos para o cumprimento dos objectivos da Estratégia de Lisboa e, em simultâneo, se promover uma política de coesão eficaz, nomeadamente na vertente da coesão territorial.

Confio, no entanto, em que as estratégias nacionais a apresentar saibam encontrar o melhor equilíbrio para o binómio competitividade/solidariedade.

2-384

James Nicholson (PPE-DE). – Mr President, first of all, cohesion funding has been very important in underpinning the success of the 2004 enlargement and, like others, I would like to thank the rapporteur for her work in that area. The economic progress seen over recent years in the EU-15 Member States that enjoyed cohesion funding represents something of a model for what we can do when EU resources are properly targeted and implemented.

While the implementation of the Lisbon Agenda is largely a matter for the Member States, I am nevertheless pleased that the strategic guidelines set out an ambitious programme for growth and jobs, which we hope will be realised throughout the European Union.

When the ten new Member States joined in 2004, we welcomed their membership for various reasons, not least because those countries in central and eastern Europe had marked a major milestone in their remarkably short transition from the horrors they had experienced under communism to democracy. We welcomed enlargement in the political sense. However, we also recognised that if enlargement was to work it would be necessary to provide adequate funding for the new Member States in order to boost their economies, thereby creating growth and jobs. I am pleased that we are using tried and tested mechanisms of structural and cohesion funding to achieve that important goal.

The United Kingdom Government announced last year that it would offer an extra EUR 8 billion over the 2007-2013 budget period to help the new Member States build their economies and societies. While my constituents in Northern Ireland recognised that enlargement would bring with it a financial burden on the richer Member States, they were also

keen to ensure that funding is allocated in ways that will bring sustainable improvement throughout the entire European Union. We appreciate that the economic development of eastern Europe will in the longer term bring economic advantages for all of us.

As someone from Northern Ireland, I would just like to say that the people there were very envious of the cohesion funding received by the Republic of Ireland, because it certainly helped that country. It is an awful pity that Parliament, the Commission and the Council did not listen to us in the past when we asked for cohesion funding for Northern Ireland.

2-385

Oldřich Vlasák (PPE-DE). – Pane předsedo, vážené dámy a pánové, paní komisařko, projednávané strategické obecné zásady Společenství pro soudržnost jsou velice důležitým dokumentem, který by měl sloužit pro dopracování národních strategických referenčních rámců upravujících čerpání strukturální pomoci v jednotlivých členských státech. Bohužel však schválení tohoto dokumentu má oproti původnímu rozvrhu výrazné zpoždění. Národní materiály jsou ve většině států již připraveny a při jejich zpracování tak logicky nemohl být tento evropský dokument formálně aktivně použit. Tím dochází ke zbytečné komplikaci v celém procesu. Uvědomme si, že vzhledem k návaznosti na přípravu operačních programů a jejich nutnému schválení Evropskou komisí dochází již nyní ke skluzu v programování, a tím se odsouvá i možnost bezrizikového čerpání finančních prostředků ze strukturálních fondů pro jednotlivé státy.

Na druhé straně je třeba vyzdvihnout, že tyto strategické zásady zohledňují převážnou většinu našich připomínek. Jsem osobně rád, že se nezapomíná na nezastupitelnou úlohu hlavně místních samospráv, to znamená měst, v procesu zlepšení konkurenceschopnosti Společenství jako celku. Věřím, že toto urbánní prohlášení nezůstane pouze na papíře a že se všichni osobně zasadíme, aby princip partnerství mezi státní správou, kraji, obcemi a dalšími subjekty byl důsledně ve všech členských státech uplatňován.

Dámy a pánové, čeká nás však ještě mnoho práce při vyjasňování některých dílčích aspektů jako např. způsob programování urbánní dimenze. Do budoucna je třeba vyjasnit zejména podobu integrovaných plánů měst tak, aby nedocházelo k nedorozuměním a změnám během pravidel hry jako např. při uvolnění pomoci zaměřené na zlepšení municipalitami vlastněné vodárenské infrastruktury v České republice. Závěrem mi dovoluje poděkovat za aktivitu paní Krehl.

2-386

Tomáš Zatloukal (PPE-DE). – Vážená paní komisařko, vážený pane předsedo, kolegyně, kolegové, poslední rozšíření, díky němuž se Evropská unie rozrostla o deset nových členů, přineslo v rámci Společenství prohloubení rozdílu v hospodářském vývoji, geografický přesun nerovností směrem na východ, zdvojnásobení socio-ekonomických rozdílů a pokles průměrného HDP. Přesto jsou to právě nové členské státy, které vykazují jednu z nejvyšších mír růstu ekonomiky. S ohledem na blížící se přistoupení dalších států Rumunska a Bulharska, jejichž HDP je třetinové oproti nynějšímu průměru Evropské unie, myslím, že právě diskutované strategické zásady pro soudržnost potřebujeme nyní více než kdykoliv dříve.

Evropská solidarita je zmiňována již v preambuli Smlouvy o Evropské unii, kde se upřesňuje, že Společenství posiluje svou hospodářskou a sociální soudržnost s cílem především snížit rozdíly v úrovni rozvoje různých regionů. Evropská unie věnuje více než třetinu rozpočtu na snížení rozdílů v rozvoji jednotlivých regionů a nerovností v blahobytu občanů. Prostřednictvím fondu Evropské unie přispívá Unie k rozvoji zaostávajících regionů, k restrukturalizaci průmyslových oblastí či revitalizaci zanedbaných městských oblastí. Reforma politiky soudržnosti by měla poskytnout příležitost k větší efektivitě, transparentnosti a politické odpovědnosti. Politika soudržnosti na příští programové období musí mít jasnější a přehlednější charakter a já osobně očekávám, že se stane i cílenější a účelovější. V případě zemi, které jsou příjemci podpory jak z Fondu soudržnosti tak ze strukturálních fondů, je třeba dbát na rozšíření, na rozlišení mezi různými druhy činností podporovanými jednotlivými fondy.

2-387

Danuta Hübner, Member of the Commission. – Mr President, while I believe that the guidelines now take on board Parliament's main concerns, as you know we were not in a position to accommodate all of them fully. I am thinking in particular of certain provisions that are now enshrined in the regulations and which cannot, by definition, be contradicted in the guidelines. Certainly earmarking is perhaps the principal example of such a provision which Parliament has tended to oppose, but let me emphasise very strongly that earmarking is not anti-cohesion.

It is a recognition that the world has changed and that we need to redirect efforts towards new priorities in order to achieve sustainable cohesion. At the same time, compared to the Commission's initial proposal, the final list of earmark categories has been enlarged during the negotiations to include other expenditures, especially in the convergence regions, but not only those regions. In addition, the regulations now provide for the possibility, during the programme negotiations, for the national authorities and the Commission to agree to earmark other expenditure categories that do not appear on the final list, where these are held to be of national or regional importance.

We are now on the home strait with regard to the implementation of the EU cohesion policy. We have the regulations in place and by the beginning of October, assuming Parliament's assent tomorrow, the guidelines will be adopted as a first phase in the programming exercise. While it is the home strait, we should not underestimate the challenges that lie ahead in reaching the finishing line, but I can assure you that I will spare no efforts in persuading our partners in the Member States and regions to put in place ambitious and innovative programmes.

2-388

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.
Die Abstimmung findet morgen statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 142)

2-389

Gábor Harangó (PSE). – Először is szeretném megköszönni minden kollégámnak, a bizottság a tanács kollégáinak és természetesen Krehl asszonynak azt az erőfeszítést, amelyet az iránymutatások jobbá tételéért tettek.

A megállapodás lényege és igazi vívmánya az új tagországok régiói, kistérségei, városai szempontjából az, hogy meggyőzően javult a pozíciójuk:

- biztosabban (biztonsággal 2007 évi indítással számolva, teljes kihasználást tervezve)
- könnyebben (jóval kisebb önerővel, kedvezőbb szabályokkal)
- testre szabottan (új saját célokra, mint lakásfelújítás, tömegközlekedés, útépités) használhatják fel a forrásokat.

Szélesedik a fejlesztések köre, szabadabban választható a felhasználásuk, értékük - ezzel jelentősen nőnek esélyeink a dinamikus fejlődésre, felzárkózásra.

27 ország közül a második legmagasabb egy főre eső kohéziós/ felzárkóztatási támogatással hazám fejlődhet, amelyből legalább 8 milliárd Ft értékű fejlesztés valósítható meg

A felzárkózásunkat szolgáló rendeletekben, így a stratégiai iránymutatásokban is, a legtöbb, a Parlament és a Tanács bizottságaiban megfogalmazott magyar kérés, módosító indítvány támogatást nyert, sőt olyasmit is kaptunk, amit nem kértünk, nem reméltünk.

Minden adott, hogy Európa ma még elmaradott régiói felzárkózzanak az élvonalhoz. A további siker azon múlik, hogy sikerül-e hazánkban is a brüsszelihez hasonló összefogással az országot építenünk, képesek leszünk-e valódi ügyekkel foglalkozni, és üres szócáták helyett Magyarországot és a többi új tagállamot Európa éllovasai közé emelni. Most már csak rajtunk múlik...

2-390

Francesco Musotto (PPE-DE). – Le statistiche mostrano che tra il 1988 ed il 2001 il divario tra le regioni più povere e la media Ue si è ridotto di un sesto proprio grazie ai risultati raggiunti dalla politica di coesione.

Il 2005 è stato un anno record per la politica di coesione in termini di risorse investite, con un totale di 38.3 miliardi di euro impegnati nel Fondo Europeo di Sviluppo Regionale, nel Fondo Sociale Europeo, nel Fondo di coesione e nel Fondo per le politiche di preadesione riservato ai paesi candidati.

Nello stesso anno la riforma della politica regionale dell'Ue ha ottenuto notevoli risultati, tra i quali il suo ufficiale riconoscimento a strumento della strategia di Lisbona per la crescita e l'occupazione.

Per il periodo 2007-2013, una recente ricerca indica che la crescita aggiuntiva del PIL dei nuovi Stati membri sarà dell'ordine del 7-12% circa e che potrebbero essere creati 2.5 milioni di posti di lavoro.

I nuovi orientamenti strategici approvati oggi in aula concentrano maggiormente l'attenzione sulla crescita, indicando che in futuro la politica di coesione dovrà porre accento sulla società della conoscenza e dell'informazione, sull'imprenditoria, sull'ambiente e sull'occupazione, al fine di promuovere uno sviluppo ancora più equilibrato e sostenibile della Comunità.

2-391

Margie Sudre (PPE-DE). – Je remercie la Commission européenne d'avoir considérablement étoffé la prise en compte de la dimension territoriale de la politique de cohésion dans la dernière version de ses orientations stratégiques.

Je souscris au souhait formulé par la Commission de rechercher des mécanismes d'exécution de la politique de cohésion contribuant à garantir un traitement équitable de tous les territoires, sur la base de leurs capacités individuelles en matière de facteurs de compétitivité.

Pour la prochaine génération de programmes, la promotion de la cohésion territoriale doit viser à ce que l'Europe tout entière ait la possibilité de contribuer à l'action en faveur de la croissance et de l'emploi, grâce notamment à des partenariats de haute qualité rassemblant les acteurs à tous les niveaux: national, régional, urbain, rural et local.

Le nouveau cadre législatif prévoit également de fournir aux régions ultrapériphériques une allocation spéciale pour tenir compte des coûts élevés que les distances font peser sur elles. Je partage l'objectif de la Commission consistant à faire en sorte que cette allocation contribue elle aussi à créer de la croissance et des emplois durables dans les RUP.

2-392

18 - Galileo (Aussprache)

2-393

Der Präsident. – Als nächster Punkt folgt die Aussprache über die mündliche Anfrage an die Kommission über die Bestandsaufnahme des Programms Galileo im Namen der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokraten, der Sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament und der Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (O-0094/2006 – B6-0430/2006).

2-394

Etelka Barsi-Pataky (PPE-DE), szerző. – Tisztelt Elnök Úr! Alelnök Úr, egy évvel ezelőtt itt Strasbourgban az Európai Parlament a GALILEO program finanszírozásáról szavazott első olvasatban, és lényegében egyhangúlag támogatta a programot. Az elmúlt év nagy sikere volt, hogy a GIOVE-A pályára állt, és elfoglalta a frekvenciát. Elismerésünk az európai mérnököknek és fejlesztőknek.

A megvalósításra és üzemeltetésre vonatkozó koncessziós tárgyalások folynak, és a Parlament tudomásul veszi a Bizottság közleményét, hogy a tárgyalások első eredményeképpen még ez évben elénk kerül a finanszírozásra vonatkozó úgynevezett „head of terms”. Felkérjük a Bizottságot, hogy tegyen meg mindent annak érdekében, hogy megvalósulhasson az a közös kitűzött cél, hogy a GALILEO programot kétharmad-egyharmad arányban a magántőke, illetve a Közösség finanszírozza.

Az eredmények ellenére aggodalmunkat kell kifejeznünk. A program jelentős késésben van. Látjuk a jelentős nehézségeket, amelyekkel a Bizottság naponta szembesül. Európai jogrendünk és szabályozásunk nehezen alkalmazható egy közös projekt megvalósításakor. Továbbá úgy tapasztaljuk, hogy a megvalósításra kiválasztott európai űripar számára is új és nehéz a feladat, ami a finanszírozást, a kockázatokat és az üzemeltetést illeti.

Egyetértünk azzal, hogy az európai GALILEO program kilépett a globális térbe és szolgáltatásait világszerte felajánlotta. Ha azonban a harmadik országokkal való együttműködés a „supervisory authority” globális intézményi átalakításában is megjelenne, akkor az Európai Parlament erről előzetesen véleményt kíván mondani.

Mi, az Európai Parlament különböző frakciói úgy látjuk, hogy amire most a GALILEO programnak szüksége van, az az úgynevezett „good governance”. Ezért tehát kérdezem az elnök urat, alelnök urat, hogy mit kíván tenni a Bizottság, hogy ezt az Európa számára ígéretes programot, lisszaboni céljaink egyik hordozóját úgy valósítsuk meg, hogy további késést ne szenvedjen. Mikorra készülnek el azok az alkalmazásokra vonatkozó szabályozások, amelyek alapján az európai vállalkozások időben felkészülhetnek a részvételre, amely az egész program sikerének a kulcsa?

2-395

Fiona Hall (ALDE), author. – Mr President, I, like Mrs Barsi-Pataky, am also particularly concerned about the issue of timing. Delay is absolutely critical, because Galileo's unique attractiveness to investors is lost once the American GPS 3 system has reached operational capability, which is estimated to be in about 2015. I should be grateful if the Commissioner would spell out to what extent the delay is going to be detrimental to Galileo's success in the international market for satellite navigation.

I am concerned that the delay undermines Galileo's business plan in other respects as well. Firstly, with the delay have come increased costs. Indeed, the costs of Galileo have already exceeded the budget by over 40%. Secondly, the delay undermines the potential for revenue. The most important source of revenue is expected to be royalties from intellectual property rights. Receiving manufacturers would pay a licence fee to the Galileo-operating company in order to have their receivers Galileo-enabled. But what manufacturer will want to pay a licence fee for Galileo if it does not offer any added value when compared to an upgraded GPS? Therefore, delay to the Galileo programme is not just unfortunate: it could have really grave consequences for the financial burden which is carried by the public purse. I should be very grateful if the Commissioner could give us some explanation on this.

2-396

Jacques Barrot, vice-président de la Commission. – Monsieur le Président, d'abord je voudrais remercier les parlementaires, Mme Barsi-Pataky, Mme Hall, ainsi que MM. Rübig et Glante qui devaient nous rejoindre. Je les remercie, et plus particulièrement Mme Barsi-Pataky, de suivre très attentivement l'évolution de ce grand programme qui est Galileo.

Je vais essayer de vous répondre de manière précise car je voudrais dissiper certaines craintes qui me semblent, malgré tout, quelque peu excessives. Je rappelle que le programme Galileo a été conçu en trois temps. D'abord, une phase de développement et de validation, comprenant le développement des satellites et des composantes terrestres du système, ainsi que la validation en orbite. Cette phase de développement s'étend de 2003 à 2009; elle est gérée actuellement par l'entreprise commune Galileo. De 2009 à 2010 aura ensuite lieu la phase de déploiement, avec la fabrication et le lancement des satellites ainsi que la mise en place complète de la composante terrestre. Enfin, en 2010, doit débiter la phase d'exploitation.

Les phases de déploiement et d'exploitation feront l'objet d'une concession portant sur une vingtaine d'années. L'autorité de surveillance, qui est une agence communautaire, encadrera ces deux phases. Ce sera l'autorité concédante.

Dans ce calendrier, il y a une date à laquelle nous devons impérativement nous tenir – et vous avez raison sur ce point – il s'agit de la date à partir de laquelle les entreprises et les citoyens pourront capter des signaux fiables et précis de Galileo. Ce sera à la fin de 2010, lorsque les premiers satellites de Galileo commenceront à émettre leurs signaux.

Cela dit, je ne suis pas là pour dissimuler les difficultés. Galileo est non seulement une innovation technologique, mais c'est aussi, sur le plan institutionnel, une entreprise tout à fait spécifique. Le projet implique aujourd'hui huit acteurs industriels, vingt-cinq acteurs publics, trois institutions. Ce parrainage multiple sera à terme la force de Galileo, mais il est vrai qu'il faut que tous ces acteurs, tous ces parrains de Galileo puissent vraiment s'adapter pour faire avancer ensemble le dossier.

Quand j'ai constaté, en 2005, les difficultés entre les huit membres du futur consortium industriel, j'ai chargé Karel van Miert de dénouer les problèmes, ce qu'il a remarquablement fait. Nous avons eu aussi à faire face à l'évolution des exigences de sécurité et de sûreté qui ont nécessité un nouveau délai pour cause d'examen technique. Quoi qu'il en soit, ce qui compte, c'est l'échéance 2010.

Pour le reste, dans le calendrier des étapes intermédiaires, il faut aussi avancer de manière sûre, en veillant bien à la qualité et à la viabilité du projet. Ainsi, les activités industrielles de la phase de validation en orbite, qui sont confiées à l'Agence spatiale européenne, ont démarré en décembre 2004. La signature du contrat relatif à l'achèvement de cette phase a eu lieu le 19 janvier 2006 et les travaux se déroulent actuellement de façon satisfaisante. La faisabilité technique a été démontrée et il s'agit maintenant de jeter les bases d'un vrai partenariat public/privé pour les vingt prochaines années. Il va de soi que je serai amené à évoquer devant vous les problèmes qui se poseront autour de la signature du contrat de concession.

Je voudrais à présent, pour répondre à la deuxième question que vous m'avez posée, évoquer l'autorité européenne de surveillance. C'est à cette autorité qu'est confié le contrôle du futur concessionnaire. L'autorité de surveillance devra veiller au respect, par le concessionnaire, du contrat de concession et du cahier des charges annexé; elle prendra toutes les mesures appropriées pour assurer la continuité des services en cas de défaillance du concessionnaire. En outre, l'autorité de surveillance devra veiller à tous les aspects techniques, sécuritaires et financiers de la concession. À cet égard, je voudrais dire que la rédaction du contrat de concession est évidemment très importante, car ce contrat de concession sera l'instrument primordial sur lequel s'appuiera l'autorité de surveillance pour suivre le concessionnaire. Donc, il faudra véritablement une rédaction sans équivoque du contrat de concession et, bien entendu, j'informerai le Parlement puisque la Commission s'est engagée à vous communiquer le contenu du contrat de concession avant sa signature par l'autorité de surveillance.

Deux derniers problèmes doivent encore être évoqués et, d'abord, le problème financier. La répartition des efforts financiers entre les États membres et les industriels dépend très largement de l'évaluation des risques, mais cette évaluation est elle-même liée à la meilleure connaissance possible des applications de Galileo. C'est pourquoi je vais, d'ici à la fin novembre, faire une communication, à travers un Livre vert, sur ces applications. Ainsi, avons-nous imaginé un concours pour faire appel à l'imagination des Européens sur les applications possibles de Galileo. Je suis convaincu que nous sous-estimons encore le potentiel de Galileo et j'insiste auprès de vous, chers parlementaires, pour que, de votre côté, vous vous efforciez d'encourager tous nos industriels européens à contribuer à cette découverte des applications possibles de Galileo.

Le deuxième problème est celui de la coopération avec les États tiers. Vous le savez, les accords internationaux concernant le programme Galileo sont négociés sur la base de l'article 300 du traité. La procédure prévue par cet article comprend toujours une consultation du Parlement préalablement à la conclusion de tels accords, et j'y veillerai personnellement. Il est certain que la coopération avec les États tiers concernant Galileo est une chance, mais cette coopération doit être encadrée, et la Commission fera une nouvelle communication au Parlement et au Conseil encore cet automne, dans laquelle nous exposerons les grandes lignes de cette politique de coopération.

Mesdames, Messieurs les députés, Monsieur le Président, je ne veux pas, ici, taire les difficultés qui accompagnent la mise en œuvre d'un projet aussi ambitieux, mais en même temps j'attire votre attention sur les risques qu'il y a à laisser entendre que ce programme aurait, en quelque sorte, à subir des retards absolument déterminants et mettant en cause la viabilité du projet. Nous n'en sommes pas là, et nous n'en serons pas là, parce que j'ai bien l'intention, personnellement, avec votre

aide, avec le concours actif du Parlement, de veiller, Monsieur le Président, à ce que ce grand projet puisse être réalisé en respectant le calendrier que nous nous sommes fixé pour pouvoir assurer sa viabilité, car vous avez raison, d'autres concurrents ne manqueront pas de se manifester. Il est donc nécessaire que Galileo puisse être mis en œuvre dans le laps de temps que j'ai indiqué. J'y veillerai vraiment tout au long de la procédure, aidé et soutenu en cela par votre Parlement.

2-397

Lambert van Nistelrooij, *namens de PPE-DE-Fractie*. – Voorzitter, ik ben bijzonder blij met het feit dat we op dit moment, zij het laat, dit onderwerp nog aan de orde stellen, omdat we inderdaad moeten versnellen. We moeten het tempo erin houden ook omwille van de mondiale concurrentie. Mevrouw Barsi-Pataky heeft het kader al heel goed geschetst met betrekking tot de mogelijke vertraging, het wettelijk kader, enzovoort. Mag ik vanavond nog eens stilstaan bij die publiek-private samenwerking?

Er is berekend dat zo'n toekomstgericht project 150.000 extra banen kan opleveren. Ik weet dat het bedrijfsleven staat te popelen om in te stappen in het project. Bovendien zijn er ook regio's in Europa, bijvoorbeeld Beieren en Noord-Nederland, bereid om gelden uit de structuurfondsen te investeren in die verdere ontwikkeling. Dat is ook al eerder gedaan bij een radiotelescoopproject LOFAR in Noord-Nederland.

De structuurgelden - en u weet dat, mijnheer Barrot, u was een tijd de Commissaris voor het regionaal beleid - moeten meer dan ooit worden ingezet op technologieën en informatie. Ik vraag u: bent u bereid om ook deze ontwikkeling van decentrale betrokkenheid en financiering over te nemen? U spreekt over een groenboek. Mag dit dan inderdaad de brug zijn om die versnelling tot stand te brengen?

Bovendien denk ik aan de nieuwe regels voor staatssteun. Mevrouw Kroes heeft daarjuist mogelijkheden voor dit soort projecten tot stand gebracht. Ik denk dat we onvoldoende de overige instrumenten in dit Parlement en in de Europese Unie gebruiken.

Galileo loopt op wereldschaal nu nog voorop. Europa loopt nog voorop. Maar Galileo mag in de uitvoeringsfase geen uitglijder worden. Galileo mag niet blijven zweven, het moet gaan landen.

2-398

Teresa Riera Madurell, *en nombre del Grupo PSE*. – Señor Presidente, agradezco a la Comisión sus explicaciones; creo que ha comprendido perfectamente que la situación en la que se encuentra el programa Galileo –igual que está sucediendo, por ejemplo, con Airbus– nos preocupa. Es éste realmente el motivo del debate. La planificación temporal y el cumplimiento del calendario previsto son cruciales para la viabilidad comercial y para el éxito del programa.

Galileo está acumulando un sensible retraso con respecto a las previsiones de 2005. El procedimiento de licitación ha sido prorrogado, y ello va a repercutir seriamente en la programación del proyecto en su conjunto. De ahí también la pertinencia de nuestra pregunta. Es necesario asegurar la continuidad del proyecto, buscar las soluciones más creativas y más adecuadas a los objetivos del programa.

Animamos a la Comisión a continuar el esfuerzo negociador, asegurando que no van a producirse nuevos retrasos, para que Galileo, el más grande de los proyectos industriales a escala europea, salga adelante en condiciones óptimas y pueda desempeñar el papel que le corresponde en la consecución de los objetivos de Lisboa.

Pedimos también a la Comisión que emprenda las reformas necesarias para favorecer también la participación de las PYME.

Para apoyarlo, el Parlamento necesita estar informado. El compromiso está ahí y usted lo ha recordado. También debemos estar informados de los costes y consecuencias del retraso. Comparto la convicción de que será útil que el Parlamento haga un seguimiento periódico del proyecto. Para ello es importante que la autoridad supervisora, que usted ha citado, mande también sus informes al Parlamento y que el experto nombrado por el Parlamento tenga el estatus de observador en las actividades de la autoridad.

De hecho, este Parlamento ya ha dado con anterioridad pleno apoyo al programa Galileo, asumiendo compromisos legislativos y presupuestarios, y reconociendo claramente que Galileo es un proyecto estratégico, uno de los pilares de la Estrategia de Lisboa, que, a su vez, ofrece una gran oportunidad para nuestras pequeñas y medianas empresas.

2-399

Jacques Barrot, *vice-président de la Commission*. – Monsieur le Président, vous savez, je serais heureux de poursuivre ce dialogue, même toute la nuit, parce que Galileo est un projet passionnant.

Je voudrais tout de même rassurer à nouveau nos amis parlementaires. Le premier des deux satellites expérimentaux a été lancé de Baïkonour le 28 décembre 2005; il a transmis avec succès l'ensemble des signaux permettant de garantir l'utilisation des bandes de fréquence attribuées au système européen de navigation par satellite. Le deuxième satellite,

GIOVE-B, sera lancé dans le courant de l'année 2007. Il emportera d'autres équipements de technologie avancée tels que l'horloge atomique basée sur le maser passif à hydrogène, qui sera l'horloge atomique la plus précise jamais lancée dans l'espace. Parallèlement, les activités industrielles de la phase de validation en orbite ont démarré en décembre 2004. Je l'ai déjà dit, je le répète, la totalité du contrat relatif à la phase de validation a été signée le 19 janvier 2006, pour un montant de 1 038 millions d'euros.

À présent, nous abordons une nouvelle phase, qui va consister à rechercher toutes les applications possibles de Galileo. Je vous ai expliqué que nous avons lancé une sorte d'appel à toutes les entreprises, petites et moyennes, et à tous les ingénieurs susceptibles d'innover en la matière. Le livre vert aura précisément pour objectif de poser les bonnes questions, qui devraient nous permettre de mieux connaître toutes les applications possibles. Ensuite, quand nous aurons ainsi une vision globale des applications, nous pourrons mieux traiter le partenariat public/privé et envisager la répartition des efforts. Il faut en effet aussi que le secteur industriel collabore, dans la mesure où il pourra tirer des bénéfices de ces applications. Alors, nous pourrons enfin asseoir ce contrat de concession sur des bases financières raisonnables. Rien ne laisse penser aujourd'hui que nous nous retrouverons dans une situation à ce point difficile qu'elle remettrait en cause l'équilibre du projet.

Ceci étant dit, je me suis vraiment engagé à tenir le Parlement informé - Madame Barsi-Pataky le sait bien, en tant que rapporteur, et je la remercie encore une fois. Je me suis vraiment engagé à venir toutes les fois qu'il le faudra au Parlement pour vous expliquer où les choses en sont et comment elles évoluent. Vous avez suggéré une place d'observateur; nous nous sommes déjà expliqués sur ce point devant les commissions compétentes. Il est difficile pour le Parlement de vouloir être observateur et d'exercer en même temps toutes ses fonctions de contrôle.

Mais en tout état de cause, Monsieur le Président, je confirme ce soir l'engagement que j'ai pris: je tiendrai le Parlement pleinement informé de tout ce qui se passe, à la fois de la mise en œuvre du contrat de concession et du partenariat public/privé, mais aussi de la manière dont nous allons gérer l'apport des pays tiers et leur participation à Galileo.

2-400

Der Präsident. – Vielen Dank Herr Vizepräsident Barrot.

Zum Abschluss der Aussprache wurde gemäß Artikel 108 Absatz 5 der Geschäftsordnung ein Entschließungsantrag⁴ eingereicht.

Die Aussprache ist damit geschlossen.

Die Abstimmung findet am Donnerstag statt.

2-401

19 - Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

2-402

20 - Schluss der Sitzung

2-403

(Die Sitzung wird um 23.40 Uhr geschlossen.)

⁴ Siehe Protokoll